

SPD

2009

## Peer Steinbrück Bundestag Februar 2009: PSB0209

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16206.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Dann haben mir meine Mitarbeiter den ersten Satz aufge-  
2 schrieben: Meine Damen und Herren! Ich habe leider kein ausformuliertes Manuskript;  
3 aber ich werde mich trotzdem bemühen, entgegen den Erwartungen des Kollegen Michael  
4 Glos Subjekt, Prädikat und Objekt in freier Rede aneinanderzufügen.

5 Man kann nicht beides haben: Man kann nicht auf der einen Seite einen starken Konjunk-  
6 turimpuls haben und auf der anderen Seite eine Absenkung der Neuverschuldung. Das ist  
7 eine Debatte gewesen, die uns in den letzten Wochen und Monaten, wie ich finde, sehr  
8 stark beschäftigt hat. Ich kann mich erinnern, wie die Bundesregierung bis weit in den  
9 Dezember hinein von Verbänden, von Gewerkschaften und darüber hinaus auch von  
10 Sachverständigen und Wirtschaftswissenschaftlern aufgefordert worden ist, einen sehr  
11 starken Konjunkturimpuls zu setzen. In dem Augenblick, wo die Bundesregierung nach  
12 dem Konjunkturpaket I ein in der deutschen Geschichte ungewöhnlich groß dimensio-  
13 niertes Konjunkturpaket II der Öffentlichkeit vorgestellt hat, ist aber nur noch von der  
14 Rekordverschuldung die Rede. Beides geht nicht zusammen, will sagen: Ein solcher Kon-  
15 junkturimpuls ist nach Lage der Dinge nicht ohne eine Erhöhung der Neuverschuldung  
16 zu haben.

17 Es gehen auch nicht drei Sachen zusammen, nämlich erstens die Neuverschuldung bzw.  
18 generell die Schulden herunterzuführen, zweitens die öffentlichen Investitionen zu ver-  
19 stärken und drittens ein Steuersenkungsprogramm der deutschen Öffentlichkeit in den  
20 Dimensionen vorzustellen, wie wir es in den letzten Wochen und Monaten gehört haben.

21 Es macht auch keinen Sinn, in den Debatten – dies konnte ich auch in den Ausschusssit-  
22 zungen insbesondere in Beiträgen von Oppositionspolitikern verfolgen – das Rezessions-  
23 problem gegen das Schuldenproblem zu schieben. In dem Augenblick, in dem wir ge-  
24 meinsam die Überzeugung gewonnen haben, dass die Politik in Deutschland in dieser  
25 konkreten Situation keinen Attentismus zeigen darf, sondern handeln muss, kann man  
26 sich über die Notwendigkeit, die Maßnahmen über Kredite zu finanzieren, nicht beklagen.  
27 Dann geht es allein um die Frage, wie wir mit diesen Schulden zukünftig umgehen wol-

28 len. Deshalb freue ich mich darüber, dass es in der gestrigen Sitzung der Föderalismus-  
29 kommission II gelungen ist, eine Schuldenbremse zu verankern, die nicht nur den Bürge-  
30 rinnen und Bürgern, sondern auch den Märkten, was wichtig ist, und unseren internatio-  
31 nalen Partnern signalisiert – insbesondere mit Blick auf die Glaubwürdigkeit des Stabili-  
32 täts- und Wachstumspaktes –, dass wir es mit dem Vorsatz ernst meinen, in den Zeiten,  
33 die nicht von einer tiefen Rezession gekennzeichnet sind, die Schuldenaufnahme zurück-  
34 zuführen, um das Ziel zu erreichen, das wir uns eigentlich für 2011 vorgenommen haben.  
35 Ich bedanke mich ausdrücklich bei den beiden Vorsitzenden, Herrn Oettinger und Herrn  
36 Struck, dass es gestern gelungen ist, dieses wichtige Thema einer Lösung zuzuführen.

37 Die Bürger erwarten, dass der Staat handelt. Deshalb ist es richtig, in dieser historisch  
38 relativ einmaligen, tiefen Rezession eine antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu  
39 betreiben. Dies tut die Bundesregierung. Alles zusammen – Konjunkturpaket I, Konjunk-  
40 turpaket II und das, was etwas technokratisch als automatische Stabilisatoren bezeichnet  
41 wird – führt zu einem Beitrag in einer Größenordnung von mehr als 4 Prozent des Brut-  
42 tosozialproduktes in den Jahren 2009 und 2010. Damit leistet die Bundesregierung den  
43 Löwenanteil dessen, was beim Europäischen Rat im Dezember als gemeinsame Maßnah-  
44 men zur Stützung der Konjunktur verabredet worden ist. Sie wissen, dass dort eine Di-  
45 mension von 200 Milliarden Euro festgelegt worden ist. Die Bundesregierung wird weit  
46 über ihren Anteil am europäischen Bruttosozialprodukt hinaus dazu beitragen. Gelegent-  
47 lich habe ich den Eindruck, dass die Vertreter der Länder, die bis weit in den November  
48 und sogar in den Dezember hinein die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf-  
49 gefordert haben, zu handeln, noch ihre lieben Schwierigkeiten haben werden, ihre eigenen  
50 Beiträge entsprechend der Absichten, die dort verkündet worden sind, zu belegen.

51 Wir haben es mit einer Kategorie zu tun, die im Augenblick keine Hochkonjunktur hat –  
52 sie wirkt prägend auf die Finanzmärkte und unterliegt dem Eindruck dieser wirtschaftlich  
53 schlechten Phase –: Vertrauen. Denjenigen, die bereits jetzt, vor Verabschiedung dieses  
54 Konjunkturpakets, darüber spekulieren, was noch alles erreicht werden müsste, was noch  
55 alles obendrauf gelegt werden müsste, rufe ich zu, dass sie zum Abschwung der Kategorie  
56 Vertrauen beitragen, weil sie Unsicherheit verbreiten.

57 Deshalb bitte ich darum, zu vermitteln, wie wichtig es ist, diese Konjunkturmaßnahmen  
58 wirken zu lassen. Wir sollten erst dann zu einer kritischen Bestandsaufnahme kommen,

59 wenn es die ersten Anzeichen dafür gibt, wie diese Konjunkturmaßnahmen tatsächlich  
60 wirken.

61 Das Konjunkturpaket II ist richtig ausgerichtet. Ich widerspreche all denjenigen, die den  
62 Eindruck haben, das sei eine Art Bauchladen. Fünf maßgebliche Kompassweisungen prä-  
63 gen dieses Paket: Das ist zum Ersten die Notwendigkeit, Investitionen zu fördern. Vor  
64 dem Hintergrund einer richtigen Logik müssen wir etwas tun, was zur Modernisierung  
65 des Landes beiträgt und über diesen Konjunkturzyklus hinaus positive Wirkung entfaltet.  
66 Zweitens wird die Nachfrage durch eine Reihe von Maßnahmen gefördert, bis hin zu einer  
67 steuerlichen Komponente. Darüber hinaus wird die Leitindustrie in Deutschland, die Au-  
68 tomobilindustrie, die zusammen mit der Zulieferindustrie nach wie vor jeden siebten bis  
69 achten Arbeitsplatz prägt, gefördert. Viertens wird es eine Arbeitsmarktpolitik geben, die  
70 darauf gerichtet ist, dass die Menschen nicht entlassen, sondern weiterqualifiziert werden.  
71 Die Schuldenbremse habe ich schon erwähnt, das ist die fünfte richtige Kompassweisung.

72 Die Abwrackprämie hat sich nach einem fulminanten Start als eine richtige Maßnahme  
73 herausgestellt. Ich kann mich an viele kritische Einlassungen erinnern. All die Kritiker  
74 sind widerlegt worden.

75 Das Echo darauf, dass kommunale Investitionen mit mehr als 13 Milliarden Euro geför-  
76 dert werden, ist – insbesondere aus dem kommunalen Raum – so positiv, dass wir das  
77 nicht kaputtreden sollten.

78 Es wird darauf ankommen, dass wir die Kriterien dieses Investitionsprogramms wirklich  
79 durchsetzen: Erstens sollen 70 Prozent dieser Maßnahmen unmittelbar zu kommunalen  
80 Investitionen führen. Zweitens geht es um das Kriterium der Zusätzlichkeit.

81 Ich bin dankbar dafür, dass im Haushaltsausschuss auf diesen Akzent Wert gelegt worden  
82 ist. Es gibt entsprechende Formulierungen und Vorschläge, wie das gewährleistet werden  
83 soll. Darauf will ich aus Zeitgründen nicht im Einzelnen eingehen. Es wird drittens darum  
84 gehen, dass insbesondere finanzschwache Kommunen partizipieren können; sie haben  
85 den größten Nachholbedarf. Es wird viertens darum gehen, dass der überwiegende Anteil  
86 wie verabredet in Bildungseinrichtungen investiert wird. Das sind die vier maßgeblichen  
87 Orientierungen, die für dieses Investitionsprogramm gelten.

88 Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei denjenigen Ländern bedanken, die be-  
89 reits die ersten Entscheidungen darüber getroffen haben, dass dieses Geld in den Kom-  
90 munen zur Wirkung kommt.

91 Das sind übrigens eine ganze Reihe von Ländern, die schon entsprechende Kabinettsent-  
92 scheidungen herbeigeführt haben. Insbesondere möchte ich mich bei denjenigen Ländern  
93 bedanken, die bereits jetzt zum Ausdruck gebracht haben, dass sie im Zweifelsfall für  
94 ihre finanzschwachen Kommunen den Eigenanteil übernehmen oder Gewährleistung da-  
95 für übernehmen, dass er aufgebracht werden kann.

96 Ich will im zweiten Teil meiner Ausführungen einige allgemeine Bemerkungen zu den  
97 uns sehr stark beschäftigenden Problemen machen. Wir merken zunehmend, dass auf den  
98 internationalen Bühnen protektionistische Tendenzen nicht mehr ausgeschlossen werden.  
99 Die Stichworte sind Ihnen allen bekannt, insbesondere mit Blick auf das Konjunkturpaket  
100 in den USA, wo von einer Buy-American-Klausel die Rede gewesen ist. Wir haben es in  
101 Großbritannien mit einer Bewegung zu tun – „Put British workers first!“ –, die sich auch  
102 damit beschäftigt. Ich glaube, dass insbesondere die Bundesrepublik Deutschland ein  
103 massives Interesse daran hat, sich bei den anstehenden internationalen Treffen dafür ein-  
104 zusetzen, dass die Welt nicht denselben Fehler macht, den sie 1930 mit einem Überho-  
105 lungswettbewerb an protektionistischen Maßnahmen gemacht hat.

106 Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das über 40 Prozent seiner Wirtschafts-  
107 leistung in Außenwirtschaftsbeziehungen generiert, ist wie kein anderes Land darauf an-  
108 gewiesen, dass diesen protektionistischen Tendenzen oder Reflexen Einhalt geboten  
109 wird. Die damalige Wirtschaftskrise von 1929/1930, an die gelegentlich in historischen  
110 Betrachtungen erinnert wird, war gar nicht so sehr vom Crash an der New Yorker Börse  
111 im Oktober 1929 geprägt, sondern sehr viel mehr davon, dass es 1930 unter dem damali-  
112 gen amerikanischen Präsidenten Hoover zu einem Gesetz kam, durch das die Importzölle  
113 von sage und schreibe 20 000 Produkten in schwindelerregende Höhen gesetzt wurden.  
114 Dies hatte den Effekt, dass alle anderen Länder im Rahmen eines Überbietungswettbe-  
115 werbs mit der Einführung von entsprechenden Zöllen nachgezogen haben. Als Ergebnis  
116 war der Welthandel 1933 im Vergleich zu 1928 um zwei Drittel eingefroren bzw. zurück-  
117 geführt. Das war der eigentliche Treibsatz, der Verstärker in der Folge des Börsencrashes

118 vom Oktober 1929. Wir werden alles tun müssen, damit sich so etwas in der jetzigen  
119 Phase, in der wir uns bewegen, nicht einmal ansatzweise wiederholt.

120 Ich habe bereits heute und morgen beim G-7-Finanzministertreffen in Rom, bei dem üb-  
121 rigens auch der nächste Finanzgipfel am 2. April dieses Jahres und die zwischenzeitlich  
122 anstehenden vorbereitenden Sitzungen für den Finanzgipfel geplant werden, die Möglich-  
123 keit, dieses Thema zu erörtern. Ich werde sehr genau zuhören, insbesondere bei dem, was  
124 mein neuer amerikanischer Kollege vielleicht über die Beratungen zum amerikanischen  
125 Konjunkturprogramm, die inzwischen im Repräsentantenhaus und im Senat vollzogen  
126 wurden, berichten kann.

127 Nächste Bemerkung. Die Situation der Banken nicht nur in Deutschland, sondern auch  
128 darüber hinaus bereitet nach wie vor erhebliche Sorgen. Wir werden Ihnen in den nächs-  
129 ten Tagen und Wochen eine Novelle des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vorstellen,  
130 die bestimmte Lerneffekte berücksichtigen wird, die wir durch dieses Gesetz und die über  
131 dieses Gesetz eingerichteten Maßnahmen und Institutionen erworben haben. Es geht ins-  
132 besondere um das Thema, wie Banken nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa  
133 mit den faulen Wertpapieren umgehen, die belastend auf ihren Bilanzen liegen. Um-  
134 gangssprachlich formuliert: Es geht darum, wie wir dazu beitragen können, dass diese  
135 Banken nicht in einen weiteren prozyklischen Strudel geraten, weil sie immer größere  
136 Abschreibungen mit einem immer größeren Verzehr ihres Eigenkapitals und damit einer  
137 immer größeren Bedrohung vornehmen müssen.

138 Kurzfristig werden wir aber nicht das Problem der Bilanzbereinigung in dem Sinne lösen  
139 können, wie es in den letzten Wochen von vielen debattiert wurde. Sie kennen meine  
140 nicht nur große Skepsis, sondern definitive Ablehnung, wenn in Deutschland darüber spe-  
141 kuliert wird, dass ein zentralisiertes systemübergreifendes Institut à la Bad Bank einge-  
142 richtet werden soll, dass diese faulen Assets aufnehmen soll.

143 Das bedeutet nicht, dass wir nicht auf anderem Wege eine Lösung finden müssen. Aber  
144 diese Lösung wird nicht so aussehen, wie es in den letzten Wochen von vielen angedacht  
145 und angeheizt wurde, von einigen auch aus einem unmittelbaren Interesse. Dieses unmit-  
146 telbare Interesse ist davon geprägt, dass die Kapitalisierung einer solchen Bank mit öf-  
147 fentlichen Geldern vollzogen werden müsste. Ich werde es Ihnen und mir nicht zumuten,

148 Ihnen von diesem Pult aus etwas abzuverlangen, ein solches Institut mit öffentlichem  
149 Geld zu kapitalisieren, das spielend eine Dimension von 150 bis 200 Milliarden Euro  
150 erreichen könnte.

151 Ich möchte Ihnen signalisieren – Sie werden mir nachsehen, dass ich an dieser Stelle nicht  
152 sehr konkret werde –: Das ist eine der größten Herausforderungen, mit denen wir es im  
153 Augenblick zu tun haben. Wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass die Kapitalinjek-  
154 tionen mit öffentlichen Geldern und Garantien im Rahmen der bisherigen Leistungen des  
155 SoFFin auf der Basis des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes nicht verloren gehen, weil  
156 der Bund möglicherweise nicht die Kontrolle darüber hat, wie mit diesen Garantien und  
157 Kapitalinjektionen umgegangen wird.

158 Ich für meinen Teil kann nicht verantworten, dass solche Maßnahmen fortgesetzt werden  
159 – dabei handelt es sich nämlich um ein großes schwarzes Loch riesigen Ausmaßes –, ohne  
160 dass tatsächlich das Ziel der Restrukturierung und Stabilisierung der davon begünstigten  
161 Banken als Licht am Ende des Tunnels erkennbar ist.

162 Ich will einen letzten Gesichtspunkt aufgreifen – ich erinnere mich, dass Herr Kauder ihn  
163 bereits in der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes angesprochen hat –: die Bankenauf-  
164 sicht in Deutschland. Zu diesem Thema will ich ein paar Worte verlieren. Ich bitte darum,  
165 keine Vorschläge zu machen oder öffentlich zu debattieren, die im ersten Augenblick  
166 vielleicht einen intellektuell bestechenden Eindruck hinterlassen mögen, die aber nicht  
167 funktionieren würden. Viele Vorschläge, die gemacht werden – die mich auch erreichen  
168 –, würden darauf hinauslaufen, die Bankenaufsicht in Deutschland über BaFin und Bun-  
169 desbank zusammenzuführen. Das favorisieren offenbar viele.

170 Das ist eine ausgesprochen schwierige Operation. Warum? Weil die BaFin eine Eingriffs-  
171 verwaltung ist. Sie erlässt Hoheitsakte, die anschließend übrigens auch Gegenstand von  
172 Verwaltungsgerichtsverfahren sein können. Die Verschmelzung der BaFin, einer klassi-  
173 schen Eingriffsverwaltung, die der Rechtsund Fachaufsicht des Bundesfinanzministeri-  
174 ums untersteht, mit einer Einrichtung, die von Verfassungswegen ein Höchstmaß an Un-  
175 abhängigigkeit hat, die definitiv keine Eingriffsverwaltung sein und definitiv nicht der  
176 Rechtsund Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums unterworfen werden möchte,  
177 wird nicht funktionieren.

178 Wenn das einigen von Ihnen unglaublich erscheint, weil ich es sage und weil ich Ihrer  
179 Meinung nach vielleicht als zu parteiisch gelte, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie  
180 vor Ihren nächsten öffentlichen Einlassungen ein Gespräch mit dem Bundesbankvorstand  
181 führen würden, damit er Ihnen unmittelbar seinen Eindruck schildert, wie eine solche  
182 Verschmelzung zu bewerten ist. Das ändert nichts daran, dass die Bemühungen um eine  
183 stärkere und effizientere Bankenaufsicht in Deutschland fortgesetzt werden. Sie können  
184 sicher sein, dass ich, auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse eines Gutachtens, das  
185 ich in diesen Tagen bekomme, zuerst der Bundesregierung und dann Ihnen, dem Deut-  
186 schen Bundestag, entsprechende Vorschläge dazu machen werde.

187 Von entscheidender Bedeutung ist die Wegstrecke bis zum von mir schon erwähnten  
188 Weltfinanzgipfel am 2. April dieses Jahres in London, an dem die Bundeskanzlerin und  
189 ich teilnehmen werden. Die Tatsache, dass im Augenblick nur wenig von den Aktionen,  
190 die seinerzeit, im November letzten Jahres, in Washington verabredet worden sind, die  
191 Rede ist, ist nicht dahin gehend zu interpretieren, dass nicht gearbeitet wird.

192 Ich will Ihnen nur ganz kurz im Telegrammstil mitteilen, dass vier Arbeitsgruppen ein-  
193 gesetzt wurden, eine unter dem Vorsitz der Bundesrepublik Deutschland, die sich sehr  
194 aktiv mit den Themen, die in London zu erörtern sind, beschäftigen, unter anderem mit  
195 der Umsetzung der Maßnahmen, die bereits verabredet worden sind. Die Bundesregie-  
196 rung wird sehr gezielt weitere Impulse setzen, um in den für eine bessere Regulierung der  
197 Finanzmärkte entscheidenden Fragen voranzukommen. Als Obersatz gilt nach wie vor  
198 die Vereinbarung von Washington, die da lautet: Kein Finanzmarktteilnehmer, kein Fi-  
199 nanzmarkt und kein Finanzmarktprodukt der Welt soll zukünftig keiner Regulierung un-  
200 terworfen sein.

201 Meine Damen und Herren, die Bürger erwarten, dass wir angesichts dieser Krise verant-  
202 wortungsbewusst gegensteuern. Dies erwarten sie nicht nur von der Bundesregierung,  
203 sondern auch vom Deutschen Bundestag, und ich füge hinzu: auch vom Bundesrat.

204 Deshalb ist meine Bitte an Sie, dieser Verantwortung in der gegenwärtigen Situation, an-  
205 gesichts der tiefen Krise, die wir derzeit erleben, gerecht zu werden und dem Konjunk-  
206 turpaket II in der zweiten und dritten Lesung sowie im zweiten Durchgang im Bundesrat  
207 zuzustimmen.

---

208 Der britische Premier Churchill hat einmal gesagt: Es ist sinnlos, zu sagen: Wir tun unser  
209 Bestes. Es muss dir gelingen, das zu tun, was erforderlich ist. Dieses Konjunkturpaket,  
210 meine Damen und Herren, ist erforderlich.

211 Vielen Dank.

**Thomas Oppermann Bundestag Juli 2009 (SPD): TOB0709**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16230.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahre 2005 hat diese Bun-  
2 desregierung – nicht die rot-grüne Bundesregierung, sondern die Große Koalition – einen  
3 Bericht mit den Stimmen der CDU-Minister und -Ministerinnen einstimmig beschlossen.  
4 Dieser Bericht an das Parlamentarische Kontrollgremium enthält zwei wesentliche  
5 Grundaussagen: Erstens. Die deutschen Behörden haben beim Krieg gegen den Terror  
6 die rote Linie zu keinem Zeitpunkt überschritten. Zweitens. Deutschland war nicht  
7 Kriegspartei im Irakkrieg. Wenn Sie, Frau Köhler und Herr Mayer, jetzt zu einer etwas  
8 anderen Bewertung kommen, ist das ganz offenkundig dem näher rückenden Wahltermin  
9 geschuldet.

10 Eigentlich wollte ich jetzt gar nicht mehr über den Irakkrieg sprechen. Er ist schon so  
11 lange her; aber seine negativen Wirkungen sind noch allgegenwärtig. Die Sicherheitslage  
12 Israels hat sich verschlechtert, der Iran hat eine Vormachtstellung bekommen, die Ausei-  
13 nandersetzung in Afghanistan ist schwieriger geworden usw.

14 Dieser Krieg war falsch, und diesen Krieg haben wir damals politisch nicht gewollt; die  
15 Regierung hat ihn nicht gewollt.

16 Das sah bei der damaligen Opposition allerdings ganz anders aus. Die CDU-Fraktions-  
17 vorsitzende Dr. Frau Merkel hat sich in einem Namensartikel in der Washington Post  
18 unter der Überschrift „Gerhard Schröder spricht nicht für alle Deutschen“ ganz klar für  
19 die Option des Krieges geöffnet.

20 Wenn Sie daran Zweifel haben, Frau Köhler, dann zitiere ich einmal die heutige Bundes-  
21 kanzlerin aus der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 22. Dezember 2002: Die  
22 Union steht zu allen bisherigen politischen und militärischen Maßnahmen, dem Aufbau  
23 einer glaubwürdigen Drohkulisse gegenüber dem Irak und, das sage ich deutlich, auch  
24 der Bereitschaft, in letzter Konsequenz notfalls auch militärische Mittel einzusetzen.

25 Mit anderen Worten: Sie waren kriegsbereit. Vor dem Hintergrund finde ich es nicht son-  
26 derlich überzeugend, wenn Sie hier unsere Ablehnung des Krieges in Zweifel ziehen. Das

27 kann insbesondere nicht auf Grundlage der Tatsache geschehen, dass wir zwei BND-Mit-  
28 arbeiter in Bagdad hatten. Sie waren da völlig zu Recht.

29 Die Bundesregierung brauchte ein eigenes Lagebild. Im Übrigen war eines völlig klar:  
30 Obwohl wir gegen den Krieg waren und trotz der damit verbundenen enormen Belastung  
31 der deutsch-amerikanischen Beziehungen durften die Bündnisverpflichtungen nicht in-  
32 frage gestellt werden. Die Bundesregierung hat damals ganz offen Folgendes getan: Die  
33 amerikanischen Militäreinrichtungen in Deutschland wurden während des Irakkrieges  
34 von deutschen Sicherheitskräften bewacht, der US-Regierung wurden Überflugrechte  
35 eingeräumt, und selbstverständlich haben die USA auch ihre militärischen Stützpunkte in  
36 Deutschland für den Irakkrieg nutzen können. Es war völlig klar, dass wir in diesem Kon-  
37 flikt nicht neutral waren. Aber wir haben den Amerikanern in der operativen Kriegsfüh-  
38 rung nicht geholfen. Es ist keine Bombe auf Bagdad gefallen, es ist keine Rakete im Irak-  
39 krieg abgeschossen worden, die auf Informationen der BND-Mitarbeiter zurückgeht. Frau  
40 Köhler, wenn Ihre Fraktion damals hätte entscheiden müssen, dann wären nicht zwei  
41 BND-Beamte in Bagdad gewesen, sondern dann wären Tausende von Bundeswehrsolda-  
42 ten dort gewesen. Das wäre ein Drama geworden.

43 Wenn Sie sagen, das sei ein Doppelspiel, dann spiele ich Ihnen den Ball gerne zurück.  
44 Wissen Sie, was ich doppelzünftig finde? Sich erst bei George W. Bush einschleimen und  
45 dann Barack Obama ganz toll finden!

46 Ich finde es gut, dass Deutschland es geschafft hat, beim Kampf gegen den Terrorismus  
47 die rechtsstaatlichen Prinzipien zu wahren. Ich hatte im Ausschuss manchmal den Ein-  
48 druck – daran bin ich wieder erinnert worden, als Sie, Herr Paech, und auch Sie, Herr  
49 Stadler, gesprochen haben –, als sei dieser ein Tummelplatz für Gesinnungsethiker, die  
50 alle noch keine echte politische Verantwortung getragen haben, aber höchst moralische  
51 Ansprüche formulieren, die so hoch sind, dass ihnen am Ende niemand gerecht werden  
52 kann.

53 Wer Verantwortung für die Sicherheit der Menschen trägt, der kann sich nicht mit Gesin-  
54 nungsethik zufriedengeben, sondern der muss sich entscheiden. Wir haben uns für höchst-  
55 mögliche Sicherheit in Deutschland und die gleichzeitige uneingeschränkte Geltung der  
56 Grundrechte entschieden. Das ist nicht vielen Ländern im Antiterrorkampf gelungen.

57 Auch den Amerikanern ist das nicht gelungen; ihnen ist beides misslungen. Deshalb soll-  
58 ten wir bei der Bewertung der Arbeit der Sicherheitsorgane fair sein. Diese Fairness las-  
59 sen Sie vermissen, wenn Sie ausgerechnet am Beispiel von Herrn Zammar aufzeigen wol-  
60 len, dass wir offenkundig mit amerikanischen Agenten kollaboriert hätten, um Herrn  
61 Zammar zu verschleppen und möglicherweise der Folter auszuliefern. Herr Zammar  
62 wollte aus Hamburg ausreisen. Sein Reiseziel war Marokko. Er hat angegeben, dass er  
63 sich in Marokko von seiner marokkanischen Frau scheiden lassen will. Kein deutsches  
64 Recht, Herr Stadler, erlaubt oder gebietet es, dass ihm aufgrund dieser Tatsache ein Pass  
65 verweigert oder seine Reise- und Ausreisefreiheit eingeschränkt wird. Ich wundere mich,  
66 dass Sie eine solche Position vertreten.

67 Dass die Linke historisch gesehen mit der Reise- und Ausreisefreiheit Probleme hat, war  
68 mir immer klar. Aber die FDP und die Linkspartei unterstellen hier Handlungen, die nicht  
69 dem geltenden Recht entsprechen. Natürlich steckt eine Absicht dahinter, und die ist  
70 leicht zu durchschauen, Herr Stadler.

71 Sie unterstellen, die deutschen Behörden hätten gewusst, dass in Marokko CIA-Agenten  
72 warten, um Herrn Zammar festzusetzen und nach Syrien zu verschleppen. Dafür haben  
73 Sie aber keine Belege. Deshalb konstruieren Sie juristische Argumente in Bezug auf das  
74 Passgesetz. Sie haben keine Beweise! Wer keine Beweise hat und solche Behauptungen  
75 aufstellt, diffamiert und verhält sich intellektuell unredlich. Sie verhalten sich in hohem  
76 Maße intellektuell unredlich, wenn Sie sich an solchen Kampagnen beteiligen.

77 Die deutschen Sicherheitsorgane haben es nicht verdient, dass ihre Arbeit so unfair dar-  
78 gestellt und bewertet wird. Deshalb bin ich froh, dass der Untersuchungsausschuss – er  
79 war zwar nicht notwendig, aber doch erfolgreich – für die vielen Anschuldigungen, Be-  
80 hauptungen und Diffamierungen am Ende keinerlei Belege gefunden hat, wie auf den  
81 circa 3 400 Seiten des Abschlussberichts dokumentiert wird. Das ist ein gutes Ergebnis  
82 dieses Ausschusses und auch ein gutes Ergebnis für unseren Rechtsstaat. Ich bin froh,  
83 dass diese Debatte nach über drei Jahren zu Ende ist.

84 Vielen Dank.

**Hans Eichel Bundestag Juli 2009 (SPD): HEB0709**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16230.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man den Kollegen Wes-  
2 terwelle hört, meint man, die FDP sei niemals an Steuererhöhungen beteiligt gewesen.  
3 Sie sind aber diejenige Partei, die in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik am  
4 längsten mitregiert hat. Sie sind die Partei, die die meisten Steuererhöhungen in der Ge-  
5 schichte der Bundesrepublik mitbeschlossen hat. Das ist die schlichte Wahrheit.

6 Übrigens: Am Ende Ihrer Koalition mit der Union hatten wir einen Eingangssteuersatz  
7 von 25 Prozent. Jetzt, am Ende dieser Legislaturperiode, liegt er – nach zwei Perioden  
8 Rot-Grün und einer Periode Großer Koalition – bei 14 Prozent. Mit all dem hatten Sie  
9 nichts zu tun.

10 Als Sie die Regierung verlassen haben, hatten wir bei der Einkommensteuer einen Spit-  
11 zensteuersatz von 53 Prozent. Jetzt liegt er bei 45 Prozent. Gott sei Dank wurden viele  
12 Ausnahmetatbestände beseitigt, damit diejenigen, die hohe Steuersätze zahlen sollen, sie  
13 auch wirklich zahlen. Erst wir haben dafür gesorgt. Das war nicht in Ihrer Zeit. Deswegen,  
14 Herr Westerwelle, ist das langsam unglaublich. Es kann passieren, was will, ob die  
15 Konjunktur boomt oder in den Keller geht, Sie haben nur eine Antwort und die lautet:  
16 Steuern runter.

17 Und was die OECD betrifft – wenn Sie sich das einmal angesehen hätten, hätten Sie es  
18 festgestellt –: Es sind nicht die Steuern, sondern die Sozialversicherungsbeiträge, die das  
19 Problem ausmachen. Ich gebe zu: Ich wäre vielleicht ein bisschen zurückhaltender gewe-  
20 sen, als es darum gegangen ist, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu senken. Er ist  
21 von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent reduziert worden. So niedrig war er in der Geschichte der  
22 Bundesrepublik seit Jahrzehnten nicht mehr. Mit dieser Bilanz der Großen Koalition ha-  
23 ben Sie nichts zu tun.

24 Es macht aber wenig Sinn, immer wieder auf diese Einzelheiten einzugehen. Deswegen  
25 sage ich: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ich finde es sehr gut, dass das Klimathema  
26 auf dieser Konferenz ein großes Thema sein wird. So bitter die Finanzkrise ist und so  
27 lange wir daran tragen werden: Die Klimakatastrophe ist ein viel tiefer gehendes Problem.

28 Da gab es Gedankenlosigkeiten. Zu meinen, wir könnten es uns wegen der Finanzkrise  
29 nicht leisten, auf die Klimakatastrophe zu reagieren, ist so falsch, wie etwas nur falsch  
30 sein kann. Alle Maßnahmen, die in dieser Phase nicht ergriffen werden können, müssen  
31 über Konjunkturprogramme angeschoben werden. Das ist die Antwort.

32 Zur Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise will ich nur eine Bemerkung machen. Die  
33 Schwellenländer und die ärmsten Länder dieser Erde sehen es so, dass diese Krise ihren  
34 Ausgang in den Industriestaaten genommen hat – das trifft ja auch zu –, nämlich in den  
35 Vereinigten Staaten und in Europa. Wir sind auch am meisten betroffen.

36 Die großen Schwellenländer in Asien und Lateinamerika kommen möglicherweise – Gott  
37 sei Dank, kann man da sagen – besser durch diese Krise hindurch; nur die Aller ärmsten  
38 sind wieder richtig getroffen. Darauf muss eine Antwort gegeben werden, und zwar eine  
39 solidarische.

40 Deswegen bin ich sehr froh über das, was Sie, Frau Bundeskanzlerin, zu den Dialogforen  
41 gesagt haben. G 8 hat für die Zukunft in der Tat nur noch so weit eine Berechtigung, wie  
42 die reichsten Länder dieser Erde, die Industrieländer, dort ihre besondere Verantwortung  
43 wahrnehmen. Aber G 8 ist nicht mehr das Format, in dem die globalen Themen, mit denen  
44 wir es zu tun haben, besprochen und gelöst werden können.

45 Deswegen ist das Zukunftsformat G 20 und nicht irgendetwas zwischen G 8 und G 20.  
46 Denn irgendetwas dazwischen lässt die ganze islamische Welt außen vor, was nicht an-  
47 geht, auch wenn sie wirtschaftlich vielleicht noch nicht so bedeutend ist.

48 Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist meine letzte Rede im Deutschen Bun-  
49 destag. Gestatten Sie mir ein paar wenige persönliche Bemerkungen. Wenn man über vier  
50 Jahrzehnte politische Mandate ausgeübt hat, muss man sich natürlich irgendwann ent-  
51 scheiden, zu sagen: Es müssen Jüngere ran. Das wird hier geschehen. Aber man wird kein  
52 unpolitischer Mensch. Das ist nach einer so langen Zeit nicht möglich. Ich werde mich  
53 weiter ziemlich intensiv auch mit Grundsatzfragen der Politik in der Evangelischen Aka-  
54 demie Tutzing und bei Stiftungen beschäftigen. Dieses politische Leben hat mir unglaub-  
55 lich viele Chancen gegeben, Einblicke zu nehmen und Einsichten über das zu gewinnen,  
56 was im internationalen, im globalen Bereich passiert. Das muss man auch ein Stückchen  
57 weitergeben.

58 Die Bemerkungen, die ich jetzt machen will, sind kritisch. Verstehen Sie das bitte gleich-  
59 zeitig immer auch als selbstkritisch; alles andere wäre nicht in Ordnung. Wir haben die  
60 schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. In dieser leben wir. Ich weiß  
61 noch sehr gut, dass uns gesagt wurde – die Zeiten habe ich als Finanzminister erlebt –:  
62 Was heißt hier „Staaten“? Die Finanzmärkte werden euch raten; Ratingagenturen werden  
63 den Staaten Noten erteilen. – Meine Damen und Herren, wo hat das geendet? In einem  
64 völligen Desaster ebendieser Märkte und zum Beispiel ebendieser Ratingagenturen! Das  
65 ist die schlichte Wahrheit.

66 Wir in diesem Hause haben unglaubliche Mittel, Steuermittel der Bürger, einsetzen müs-  
67 sen. Das geschah nicht, um die Finanzmarktakteure zu retten. Aber funktionierende Fi-  
68 nanzmärkte sind die Voraussetzung dafür, dass die Wirtschaft überhaupt funktioniert. Das  
69 war der einzige Grund, mit dem man das rechtfertigen konnte.

70 Wir haben aber auch erlebt: Wir sind handlungsfähig. Das war ein gutes Erlebnis. Nur:  
71 Es darf dabei nicht bleiben. Ich bin sehr froh über das, was Sie, Frau Bundeskanzlerin,  
72 zum Thema „Staat und Markt“ gesagt haben. Es gibt nach dieser Krise kein „Weiter so!“.  
73 Man hat schon wieder den Eindruck, als ob insbesondere die Finanzmarktakteure glau-  
74 ben, die nächste Party könne beginnen.

75 Das darf nicht passieren.

76 Ein Riesenproblem ist, Einigkeit zu erzielen, zum Beispiel in der Europäischen Union.  
77 Ich weiß, wovon ich rede. Da wird die Frage gestellt: Was habt ihr denn versucht, um  
78 Regulierungen zu erreichen? Wir wissen ganz genau, wie es im Fall der Entwicklung der  
79 City of London und über ganz lange Zeit auch – ich freue mich über den Wechsel in den  
80 Vereinigten Staaten – der Wall Street gewesen ist.

81 Die Schulden, die wir gemacht haben, müssen bezahlt werden. Es ist wunderbar, wenn  
82 Parteien trotz dieses Schuldenbergs versprechen – er beläuft sich in der nächsten Wahl-  
83 periode auf etwa 400 bis 500 Milliarden Euro –, keine Steuern zu erhöhen. Es ist noch  
84 viel schöner, wenn versprochen wird, die Steuern zu senken. Glauben tun das die Bürger  
85 nicht, und sie haben recht damit.

86 Sie ahnen sehr genau, dass die Rechnung bezahlt werden muss. Die entscheidende Frage  
87 wird sein, wer sie bezahlt. – Herr Kollege Kauder, in dem Paket sind für das nächste Jahr  
88 Steuersenkungen von 28 Milliarden Euro vorgesehen. Das muss man gelegentlich auch  
89 einmal sagen. Mehr, Herr Kauder, ist wirklich nicht zu machen. Das wissen auch alle  
90 Beteiligten.

91 Das, worüber ich mir – genau wie Sie alle – nach meinem Ausscheiden aus dem Bundes-  
92 tag die meisten Sorgen machen werde, ist der unglaubliche Vertrauensverlust, den wir als  
93 Politiker in der Bevölkerung erlitten haben.

94 Wir alle sind – das sage ich ganz kritisch und auch selbstkritisch – an dem Vertrauens-  
95 verlust, den wir erlitten haben, selbst schuld. Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir sollten  
96 den Bürgern mehr zutrauen. Wir sollten ihnen zutrauen, die Wahrheit auszuhalten, die  
97 zum Beispiel nach dieser Krise heißt, dass diese Krise auch bezahlt werden muss. Mit  
98 solchen Sprüchen wie denen von Herrn Westerwelle ist der Krise nicht zu begegnen.

99 Wenn wir den Bürgern mehr zutrauen, dann heißt das auch: Wir müssen uns mehr zu-  
100 trauen. Der nächste Bundestag wird nicht nur darüber zu entscheiden haben, wie die Krise  
101 bezahlt wird, sondern auch darüber, wer sie bezahlt. Da kann ich nur noch eines sagen:  
102 Sorgen Sie bitte dafür, dass der soziale Zusammenhalt in diesem Lande nicht verloren  
103 geht!

104 Das wird eine ganz entscheidende Bewährungsprobe für den Deutschen Bundestag und  
105 für uns alle in der Politik sein.

106 Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich sehr für die viele schöne  
107 kollegiale Zusammenarbeit. Selbstverständlich hat es auch viel Streit gegeben, und es hat  
108 ebenso Verletzungen gegeben. Aber alles in allem muss ich sagen: Es hat auch viel  
109 freundschaftliche Zusammenarbeit und Wertschätzung über Parteigrenzen hinweg gege-  
110 ben. Dafür bedanke ich mich herzlich. Ich wünsche allen, die in der aktiven Politik blei-  
111 ben, alles Gute für die schwere Arbeit, die vor ihnen liegt.

## Kanzlerduell Merkel gegen Steinmeier 2009: FWSK09

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=9L4Pa0zN1MM> (eigene Transkription)

1 **Herr Steinmeier:** Herr Plasberg, weil's eine bessere Alternative gibt. Nämlich mich. Worum  
2 geht's denn am 27. September? Am 27. September ist Bundestagswahl und da geht's um die  
3 Richtung von Politik. Und Frau Merkel ist ja heute nicht hier als die Kanzlerin der großen Ko-  
4 alition, sondern als Kandidatin für Schwarz-Gelb. Und da gibt's Unterschiede. Und die Unter-  
5 schiede müssen wir heute Abend deutlich machen. Bevor ich zu den Unterschieden komme,  
6 aber vielleicht ein Blick auf die Große Koalition, auf die letzten vier Jahre zurück: Da haben  
7 wir, Frau Merkel und ich, denk ich, ordentlich miteinander zusammengearbeitet, wir haben vie-  
8 les erreicht. Manches, insbesondere seit dem September in den Maßnahmen gegen die Krise,  
9 vielleicht nur deshalb, weil es die große Koalition gab. Aber wir haben nicht alles erreicht. Auch  
10 wir sind unter unseren Möglichkeiten geblieben, in vielen Bereichen deshalb, weil die CDU das  
11 ein oder andere nicht mitgetragen hat, bei den Mindestlöhnen zum Beispiel, aber auch bei der  
12 Begrenzung der Managergehälter. Das hätte den Menschen geholfen.

13 **Herr Steinmeier:** Jedenfalls geht es darum, Herr Plasberg. So habe ich Ihre Einladung hierher  
14 verstanden, dass man Unterschiede auch deutlich macht, darum geht's. Und ich sage Ihnen ganz  
15 offen, - ich stelle mir das so vor, dass Demokratie davon lebt und nur lebt, wenn sozialer Aus-  
16 gleich gewährleistet ist. Dafür will ich sorgen mit einer Regierung, die von der SPD geführt  
17 wird nach dem 27. September. Ich bin dafür und will dafür sorgen, dass Verantwortung und  
18 Vernunft in die Wirtschaft zurückkehren. Ich will für Arbeit von Morgen sorgen und dafür, dass  
19 kein Rückweg in die Atomkraft stattfindet. Dafür stehe ich und dafür werbe ich um Unterstüt-  
20 zung, ja.

21 **Herr Steinmeier:** Nein. Wir duzen uns nicht und das halte ich jetzt auch nicht für notwendig  
22 in der Politik.

23 **Herr Steinmeier:** Ein Wort lassen Sie mich vielleicht noch zu den Ausführungen von Frau  
24 Merkel sagen. Frau Merkel hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit herunter  
25 gegangen ist. Darüber ist niemand mehr froh als ich. Aber ich glaube niemand wird bestreiten,  
26 auch niemand der der gegenwärtig in der Regierung der Großen Koalition angehört Frau Mer-  
27 kel, niemand wird bestreiten, dass das Früchte sind, die nicht einfach vom Himmel gefallen  
28 sind. Und bei Ihren Bemerkungen zu Rot-Grün sag ich nur unter Rot-Grün sind Maßnahmen  
29 eingeleitet worden. Manchmal auch schmerzhaft Entscheidungen getroffen worden, die es

30 überhaupt erst möglich gemacht haben, dass wir zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit kom-  
31 men. Mich freut das, dass wir 1,6 Millionen mehr Erwerbsbeschäftigte haben. Mich freut, dass  
32 wir die Arbeitslosenzahl von 5 Millionen auf 3 Millionen heruntergekriegt haben. Aber wir  
33 wollen doch daran erinnern, das waren Entscheidungen aus Rot-Grüner Zeit, die das möglich  
34 gemacht haben.

35 **Herr Steinmeier:** Ich glaube das ist ein Missverständnis gegenüber Wahlen und dem Wahlakt  
36 Herr Klöppel. Wenn Sie sagen Koalitionen werden gegründet. Große Koalitionen werden nicht  
37 gegründet. Sie sind in der Regel nicht mal beabsichtigt. Sie sind das Ergebnis eines Wählervo-  
38 tums. So war das auch hier. Weder die CDU noch die SPD hat 2005 Wahlkampf für eine Große  
39 Koalition geführt. Das Wählervotum war so, dass am Ende keine andere regierungsfähige,  
40 keine andere Regierung zustande kam. Und insofern haben wir uns in dieser Großen Koalition  
41 zusammengefügt, haben versucht das Beste draus zu machen. Ich habe vorhin gesagt, wir sind  
42 trotzdem unter unseren Möglichkeiten geblieben, weil zwar viele gute Vorschläge von der SPD  
43 sich durchgesetzt haben, ich auch finde, dass diese Große Koalition auch durchaus sozialdemo-  
44 kratisch geprägt ist, aber an vielen wichtigen Stellen sind wir gescheitert, weil die CDU Vor-  
45 schläge nicht mitgetragen hat. Ich habe genannt: den Mindestlohn, die Begrenzung von Mana-  
46 gergehältern.

47 **Herr Steinmeier:** Ich bin fest davon überzeugt das manche Denke, die uns in diese Krise ge-  
48 führt hat untauglich geworden ist, um uns aus dieser Krise wieder herausführen will zwei Dinge  
49 sagen. Erstens: Das ist eine Krise sicherlich in Daten und Fakten, das ist eine Krise in Wachs-  
50 tumsraten, ganz ohne Zweifel ja. Aber ich bin sicher mit der Kraft unserer Volkswirtschaft  
51 werden wir uns daraus in den nächsten Jahren wieder heraus bewegen. Was dramatischer ist,  
52 und womit wir noch Jahre zu tun haben werden, wird die Krise in den Köpfen sein und das  
53 scheint mir unterbelichtet zu sein. Das wird auch nicht genügend gesehen auf Ihrer Seite Frau  
54 Merkel. Ich glaube wir müssen sehen, dass wir einen wirklichen Neustart der Sozialen Markt-  
55 wirtschaft brauchen. Denn Glaubwürdigkeit hat gelitten, Legitimation hat gelitten. Ich habe vor  
56 Kurzem gesagt, dass was hier wenige mit unverantwortlichem Verhalten in der Finanzwirt-  
57 schaft an Werten zerstört haben, dass könnten extreme Populisten in einem Land gar nicht zer-  
58 stören. Insofern müssen wir zu einer neuen Haltung zurückkehren. Eine Wirtschaft ohne eine  
59 ethische Grundhaltung kann nicht bestehen und wir müssen diese Diskussion über eine neue  
60 wirtschaftsethische Haltung in der Tat begleiten durch strenge Regeln.

61 **Herr Steinmeier:** Kaputt gegangen ist die Vorstellung, dass man wirtschaften kann, erfolgreich

62 wirtschaften kann, nur mit Blick auf die kurzfristige Rendite. Das funktioniert nicht. Das sind  
63 falsche Anreize und diese falschen Anreize müssen wir wegnehmen. Deshalb Frau Merkel geht  
64 es auch nicht nur, darum das wir auf der internationalen Bühne eine verbesserte Aufsicht durch-  
65 setzen, sondern wir müssen hier national bei uns das notwendige tun. Und das heißt: falsche  
66 Anreize bei der Managerbesoldung beseitigen. Das bedeutet: klare Begrenzung der Manager-  
67 gehälter. Klare Begrenzung auch der Boni und klare Begrenzung auch bei den Abfindungen.

68 **Herr Steinmeier:** Das kann ich nicht mit letzter Sicherheit beantworten. Das ist auch durch die  
69 Große Koalition noch nicht beantwortet. Sehen Sie: wo sind wir gestartet? Wir sind gestartet  
70 gemeinsam mit der Großen Koalition als das Grundsatzprogramm der CDU galt. Das Grund-  
71 satzprogramm der CDU war ein marktradikales Programm, das Leipziger Programm. Von der  
72 Beseitigung des Kündigungsschutzes, Einschränkung der Mitbestimmung, bis hin zur Flattax  
73 bei den Steuern kann ich mich erinnern. Das war deutlich marktradikal. In der Großen Koali-  
74 tion, wenn Sie so wollen, hat die Sozialdemokratie die CDU wieder zur Mitte gebracht. Ob das  
75 der letzte Standpunkt ist, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das müssen Sie Frau Merkel  
76 fragen.

77 **Herr Steinmeier:** Wissen Sie: Die soziale Gerechtigkeit, die steht nicht nur in irgendwelchen  
78 Parteiprogrammen. Das ist der Grund, weshalb ich in die Politik gegangen bin und deshalb sag  
79 ich Ihnen auch mit einiger Erfahrung: das wird ein Ziel sein, auf das wir immer neu hinarbeiten  
80 müssen. Hätten Sie mich im August vergangenen Jahres gefragt, hätte ich gesagt wir bewegen  
81 uns langsam von befriedigend auf die Zwei zu. Diese Krise hat uns zurückgeworfen. Und was  
82 viel besorgniserregender ist, Herr Limburg, ist seit September vergangenen Jahres zwei Dinge  
83 gleichzeitig passieren, die mich wirklich besorgt machen. Und wo wir gegensteuern müssen.  
84 Wenn auf der einen Seite, Sie erinnern sich an den Fall, die Kassiererin erwischt wird mit ihrem  
85 Pfandbon von 8,50 Euro in der Tasche fristlos entlassen wird und zur gleichen Zeit in denselben  
86 Monaten ein Manager der Milliarden versenkt hat für seine Bank, auch noch mit einer Abfin-  
87 dung und Steuervergünstigungen bekommen hat. Das zerrt an den Nerven dieser Gesellschaft.  
88 Da kann sozialer Zusammenhang zerreißen. Und das ist ein Aspekt von Ungerechtigkeit, der  
89 misst sich nicht unbedingt in den Leistungen, die ein Hartz-IV-Empfänger oder an Kinder oder  
90 an Alleinerziehende ausgezahlt werden.

91 **Herr Steinmeier:** Wissen Sie das Grundproblem ist, wir befinden uns in einer Lohnspirale  
92 nach unten. Die kann man laufen lassen oder die muss man aufhalten. Ich sage man muss sie

93 aufhalten. Wir sind ja auf die Forderungen des Mindestlohns nicht auf daffke gekommen, son-  
94 dern wir haben uns die Praxis und die Diskussionen in anderen europäischen Ländern ange-  
95 guckt. 27 europäische Länder. 20 von denen haben den Mindestlohn schon eingeführt. Groß-  
96 britannien und Frankreich mit ganz vergleichbaren Diskussionen wie sie hier auch stattgefunden  
97 haben. Der Arbeitsplatzverlust hat dort nicht stattgefunden. Ich sage wir müssen diese  
98 Lohnspirale nach unten aus mehreren Gründen aufhalten: erstens, weil hier auch der Aspekt  
99 von Würde von Arbeit bedroht ist. Wer den ganzen Tag arbeiten geht muss von seinem Ein-  
100 kommen aus Arbeit auch leben können. Wirklich leben können. Und das gehört dazu. Wir dür-  
101 fen den nicht verweisen auf das Amt am Monatsende und sich noch zusätzlich Stütze abzuho-  
102 len. Ich sage das aber auch mit einer Perspektive nach vorn. Das wird sich rächen, wenn wir  
103 uns nicht entschließen den Mindestlohn jetzt in diesen Jahren durchzusetzen. Weil das allesamt  
104 Leute sind, die später im Alter arm sein werden und deshalb sage ich wer nicht will das die  
105 Menschen heute unterhalb des Mindestlohns oder eines Mindestlohns arbeiten zu Niedrigst-  
106 und Billigtlöhnen. Wer dafür plädiert das sie weiterhin zu Niedrigst- und Billiglöhnen arbeiten,  
107 der gibt jetzt schon die Basis für Armut im Alter. Das kann nicht das Ziel von Politik sein und  
108 das ist nicht im Interesse der Menschen.

109 **Herr Steinmeier:** Meinetwegen auch das. Aber ich habe in keine Aktien oder Fonds investiert.  
110 Insofern habe ich auch keine Veränderung meiner Vermögenslage oder Anlage vor. Sie können  
111 sicher sein, was Opel angeht bin ich zuversichtlich. Und ich gehöre zu den Menschen, die sagen,  
112 jetzt ist uns was gelungen nach langem Streit. Jetzt können wir uns vielleicht auch mal darüber  
113 freuen. Das was viele bezweifelt haben, dass ein Investor gefunden wird, die vier deutschen  
114 Standorte aufrecht erhalten bleiben und die große Mehrzahl der Arbeitsplätze auch. Das wir  
115 dahin gekommen sind ist gut.

116 **Herr Steinmeier:** Der Sinn und Zweck für deutsche Steuergelder ist, dass die deutschen Stand-  
117 orte erhalten bleiben und die Mehrzahl der Arbeitsplätze. Das kann gelingen und ich glaube das  
118 wird gelingen auf Grundlage eines Konzepts, zu dem wir uns ja nicht aus Leichtsinns entschlos-  
119 sen haben. Sondern das wir uns sehr sehr genau angeguckt haben. Das war das tragfähigste  
120 Konzept für eine Zukunft von Opel. Ich bin froh darüber, dass General Motors das genauso  
121 gesehen hat und sich für diesen Partner entschieden hat. Das war ein langes Ringen Herr Lim-  
122 burg. Ich darf daran erinnern, dass ich an diesem langen Ringen beteiligt war. Und wenn Sie  
123 nach den Unterschieden fragen, zwischen den beiden die hier vorne stehen und die nicht in  
124 genügender Weise sehen, dann sage ich Ihnen, denken Sie einfach mal zurück in den Januar

125 und den Februar. Denken Sie zurück und stellen Sie sich vor Schwarz-Gelb hätte regiert. Dann  
126 wäre Opel heute mausetot.

127 **Herr Steinmeier:** Nein. Aber eine Ergänzung noch. Ich meine Herr Limburg hat eben gesagt,  
128 da würden Steuergelder riskiert. Herr Limburg was meinen Sie eigentlich was es den Steuer-  
129 zahler gekostet hätte, wenn wir die Pleite von Opel einfach hingenommen hätten? Unsere Fach-  
130 leute haben ausgerechnet, den Arbeits- und Sozialministerien, das uns in den ersten Jahren eine  
131 Pleite von Opel, mit Wegfall der Betriebe, mit den negativen Wirkungen auf die Zulieferbe-  
132 triebe für Opel. Das hätte uns in den ersten Jahren 2 Milliarden Euro pro Jahr gekostet und zwar  
133 wirklich gekostet. Vieles haben wir bewirkt mit der Erwartung, dass die Bürgschaft nicht in  
134 Anspruch genommen wird.

135 **Herr Steinmeier:** Ich halte den Rückweg in die Atomtechnologie und darum geht es im Kern  
136 für nicht verantwortbar und politisch auch für falsch. Für nicht verantwortbar deshalb, Frau  
137 Merkel, weil wir ja nicht nur über Krümel reden. Dieses Anschalt- und Ausschaltmonster in  
138 Schleswig-Holstein. Ich würde gerne mal hören, wenn Herr Pofalla dort im Norden der Repub-  
139 lik sagt, dass die Atomenergie die ökologische Energie des 21. Jahrhunderts ist. Aber was mir  
140 viel wichtiger ist mit Blick auf die Bilder, die wir in den letzten Tagen und Wochen aus Assex  
141 gesehen haben. 126 000 Fässer, die da in der Salzlake herumschwimmen und vor sich hin ros-  
142 ten. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion, ob auf die Gutachten zur Erkundung von Gorleben  
143 Einfluss genommen worden ist oder nicht. Das ist alles der falsche Weg. Ich sage Ihnen, es  
144 muss beim Atomausstieg bleiben. Und ich glaube Sie haben sich beeinflussen lassen, dadurch  
145 dass die Umfragen plötzlich in den vergangenen Jahren andere waren. Seitdem der Atomkon-  
146 sens stand, war die Öffentlichkeit beruhigt. Der Großkonflikt war befriedet und scheinbar war  
147 der Widerstand gegen die Atomenergie erloschen. Seitdem Sie sagen, Sie wollen zurück in die  
148 Atomenergie haben Sie dasselbe Verhältnis von Befürwortern und Gegner, wie damals auch.  
149 Die große Mehrheit lehnt Atomenergie ab. Aus wie ich finde, richtigen Gründen. Politisch für  
150 falsch halte ich den Weg, weil wir seit acht Jahren jetzt unterwegs sind beim schrittweisen  
151 Ausstieg aus der Atomkraft, gleichzeitig erneuerbare Energien einzusetzen. Wir sind weit ge-  
152 kommen. Wir sind Technologie-Führer. Und ich garantiere Ihnen, sobald Sie den Weg angehen  
153 für die Verlängerung von Laufzeiten, die Rückkehr in die Atompolitik, sobald Sie das tun wird  
154 die Investition in diesem Bereich abbrechen und der hoffnungsvolle Weg den wir da bestritten  
155 haben mit vielen neuen Jobs, die da entstanden sind, wird zum Abschluss kommen.

156 **Herr Steinmeier:** Unsere Waffen sind eindeutig zu stumpf Frau Illner. Das ist das was ich

157 vorhin am Anfang der Sendung schon mal gesagt habe, Wir müssen sie schärfen und das ist  
158 auch möglich. Ich habe vor einem Jahr ungefähr, vor Ausbruch der Krise auf den Finanzmärk-  
159 ten, einen Vortrag gehalten vor 2000 Unternehmensberatern. Ich habe gesagt, dass was mir  
160 Sorge macht, ist die auseinander Entwicklung von den Gehältern ganz oben und ganz unten.  
161 Die Entfremdung die dadurch stattfindet. Dass die ganz oben gar nicht mehr verstehen was für  
162 Sorgen, die da ganz unten haben. Und deshalb glaube ich, weil wir um das Ganze, weil wir,  
163 Politik, Verantwortung für das Ganze trägt, haben wir auch das Recht darüber nachzudenken  
164 wie begrenzen wir Managergehälter vernünftig. Und ich habe mit Peer Steinbrück, mit dem  
165 Finanzminister gemeinsam Januar, Februar einen Vorschlag vorgelegt, den wir nicht durchge-  
166 setzt haben in der Großen Koalition, in dem wir gesagt haben wir wollen ja, Frau Merkel, in  
167 der Tat nicht nur das amerikanische Beispiel abbilden, sondern wir wollen eine Begrenzung,  
168 nicht nur der Grundgehälter der steuerlichen Begünstigungen bei Abfindungen von den Grund-  
169 gehältern, sondern auch der Boni. Und der weitergehende Vorschlag, den wir damals gemacht  
170 haben, ist der, dass man die Grundgehälter und die Boni, also diese variablen Gehaltsbestand-  
171 teile in ein bestimmtes Verhältnis setzt. Man könnte sagen, dass die Boni nicht dreimal höher  
172 sein dürfen als das Grundgehalt. Also es gibt Möglichkeiten.

173 **Herr Steinmeier:** Ich bin dafür, dass wir das machen. Wir haben nur durchsetzen können in  
174 der Großen Koalition, dass der Bonus der regelmäßig zur Auszahlung kommt, nicht mehr an  
175 Einjahresfristen, sondern an einen längeren Zeitraum von 3 Jahren gebunden wird und auch die  
176 Haltefristen von Aktienaktionen verlängert wird auf 4 Jahre. Immerhin das ist gelungen, aber  
177 ich gebe Ihnen Herr Klöppel völlig Recht, das reicht mir nicht. Da müssen wir weiter machen.  
178 Da brauchen wir schärfere Bedingungen.

179 **Herr Steinmeier:** Das habe ich Ihnen nachvollziehbar zu vermitteln versucht, warum manches  
180 in der Großen Koalition nicht gelungen ist. Und wenn ich jetzt mit einem Auge auf das Spen-  
181 denaufkommen an die Parteien schaue, dann sehe ich, dass, wenn ich das richtig in Erinnerung  
182 habe, FDP und CDU zusammen aus dem Bereichen Banken, Unternehmen ungefähr 3 Millio-  
183 nen Spendenaufkommen haben und die SPD mal grade 200 000. Insofern scheint die Banken-  
184 welt

185 **Herr Steinmeier:** Ich bin sehr Ihrer Auffassung, dass wir die Bankenaufsicht viel effektiver  
186 ausgestalten müssen und wir dürfen Frau Merkel auch nicht alles auf die internationale Ebene  
187 abschieben. Wir müssen international erfolgreich sein. Das ist gar keine Frage. Die Finanz-

188 märkte sind international, deshalb brauchen wir auch eine effektive internationale Finanzauf-  
189 sicht. Die Frage ist nur, was tun wir, wenn wir uns mit einzelnen Vorschlägen auf der interna-  
190 tionalen Ebene nicht durchsetzen? Und da gibt es ja jetzt einen Vorschlag, den Peer Steinbrück  
191 und ich in der vergangenen Woche gemacht haben. Eine internationale Finanzmarktsteuer. Gar  
192 nicht so sehr, um die Aufsicht zu verbessern, aber mindestens ebenso wichtig, weil wir sagen  
193 wir müssen den Menschen bei uns zuhause auch zeigen, dass wir die Verursacher der Krise an  
194 der Bewältigung der Kosten der Krise beteiligen. Peer Steinbrück hat es auf der Finanzminis-  
195 terkonferenz in London vorgetragen, eine vorsichtige Unterstützung erhalten. Das macht uns  
196 den Mut damit nach Pittsburgh zu gehen. Ich habe gelesen Frau Merkel Sie werden das unter-  
197 stützen. Die Frage ist, was passiert nach Pittsburgh? Es könnte ja sein, dass wir uns in Pittsburgh  
198 mit diesem Vorschlag noch nicht ganz durchsetzen. Da ist die entscheidende Frage, geben wir  
199 dann das Vorhaben auf oder machen wir dann national die Konsequenz und sagen dann gibt es  
200 hier bei uns zuhause eine Börsenumsatzsteuer, die wir vorgeschlagen haben, zu der sich die  
201 CDU bisher nicht entschließen kann.

202 **Herr Steinmeier:** Nein das führt zu weit für dieses Duell. Die Toben-Steuer war ausgerichtet  
203 insbesondere auf die Besteuerung von Devisen-Vorgängen. Das ist hier offensichtlich nicht der  
204 Fall.

205 **Herr Steinmeier:** Also das Argument habe ich mir wirklich noch nicht überlegt Frau Illner.  
206 Nein. Es zeigt im Gegenteil, gerade wenn Oskar Lafontaine so oft sagt in der Öffentlichkeit,  
207 dass er ja Recht gehabt habe, beweist sich hier gerade, dass die Flucht aus der Verantwortung  
208 der eindeutig falsche Weg ist. Beharrlichkeit führt hier zum Ziel. Wir haben seit 2005 gesagt,  
209 wir brauchen strengere Regeln auf den internationalen Finanzmärkten und Sie sehen jetzt im  
210 Jahre 2009 kommt auch der der Vorschlag einer internationalen Finanzmarktsteuer, in das Sta-  
211 dium, in dem wir internationale Unterstützung finden. Das heißt Beharrlichkeit über Jahre führt  
212 zum Ziel, aber nicht Flucht aus der Verantwortung. Insofern ist mir die Nähe zur Linkspartei in  
213 dieser Frage wirklich noch nicht gekommen.

214 **Herr Steinmeier:** Es wäre putzig, wie Sie sagen, wenn man das ganze Problem auf einen Kre-  
215 ditmediator abwälzen würde. Ich meine, dass ist es jetzt nun wahrlich nicht. Ich meine so naiv  
216 war hier bei uns auch keiner. Nicht mal in der SPD Frau Illner stellen Sie sich vor. Sondern wir  
217 haben natürlich gesagt, wir müssen vermeiden was in den USA passiert ist. Das schlechteste  
218 Beispiel ist gesetzt worden, durch die Pleite der Lehman-Brothers Bank. Insofern haben wir

219 versucht aufzuhalten was aufzuhalten ist. Die deutschen Bankinstitute, die wichtigen, die sys-  
220 temrelevanten, sind weitgehend am Markt geblieben. Schon das war auch ein Schutz für die  
221 produzierenden Unternehmen und Betriebe. Wir haben das Problem der sogenannten Kredit-  
222 klemme noch nicht beseitigt. Das hat ganz unterschiedliche Ursachen. Eine der Ursachen ist  
223 zum Beispiel, dass eine ganze Reihe von ausländischen Banken, die ihr Kreditvolumen auf dem  
224 deutschen Markt zur Verfügung gestellt haben, schlicht und einfach nicht mehr da sind. Nicht  
225 mehr da sind, weil sie pleite sind oder aber, weil sie staatliche Banken geworden sind, wie viele  
226 britische Banken, die ihr Geld und Kredit jetzt auf dem Heimatmarkt zur Verfügung stellen.  
227 Jetzt brauchen wir weitere Druckmöglichkeiten, um in der Tat die Banken auch dazu zu brin-  
228 gen, die Hilfen, die wir ihnen gegeben haben, als Kredite an die Realwirtschaft, an die Betriebe  
229 und Unternehmen weiterzugeben. Das tun wir in Gesprächen mit Banken, auch nachdrückliche  
230 Gespräche mit den Banken. Und wir haben ein Beispiel übernommen aus der französischen  
231 Praxis, der sogenannte Kreditmediator, der in der Tat Argumentationsunterstützung für kleine  
232 und mittelständische Betriebe gibt, um an Kredite zu kommen, die ihnen bisher nicht gewährt  
233 worden sind. Das ist ein kleiner, aber durchaus für eine große Zahl von mittelständischen Be-  
234 trieben wirksamer Beitrag.

235 **Herr Steinmeier:** Natürlich. Meine Sie die hätten wir nicht aufgemacht? Ich meine Sie haben  
236 doch die ganzen Diskussionen vom Jahresbeginn in Erinnerung als Präsident Obama in den  
237 USA ein 900 Milliarden Konjunkturpaket auf den Markt warf.

238 **Herr Steinmeier:** Haben Sie doch einfach Interesse an meinem Argument Frau Illner. Dort  
239 haben wir ein 900 Milliarden Konjunkturpaket und alle haben hier geschrien das was in  
240 Deutschland gemacht wird ist viel zu wenig. Wir haben Wert daraufgelegt, dass wir ein effizi-  
241 entes Konjunkturprogramm auflegen, wo jede Maßnahme auch gezielt Arbeitsplätze erhält und  
242 deshalb war der erste Beitrag Frau Illner, dass wir die Neuverschuldung nicht so ganz so an-  
243 steigen lassen wie es in einigen europäischen Nachbarländern der Fall ist.

244 **Herr Steinmeier:** Politische Beobachter wünschen sich, dass Politik sich immer wiederholt  
245 und immer mit denselben Maßnahmen regiert. Die Wirklichkeit ist leider eine andere.  
246 2004/2005 steuerten wir zu auf eine Zahl von 5 Millionen Arbeitslosen. Das war so nicht halt-  
247 bar. Das hätte uns alles zerschlagen, was wir an sozialen Sicherungssystemen hatten. Wir haben  
248 damals eingegriffen mit Entscheidungen, die wehgetan haben. Auch der SPD wehgetan haben.  
249 Wir haben Wahlen darüber verloren. Nur Sie können heute nicht mit denselben Maßnahmen  
250 reagieren. Sie können sozusagen nicht einfach nochmal dasselbe machen, härter machen und

251 dann haben Sie eine neue Wirklichkeit, die in Ihrer Sicht dann bequemer ist. Nein. Wir müssen  
252 jetzt versuchen, dass wir den Anstieg der Neuverschuldung begrenzen. Wir haben das kombi-  
253 niert: die Neuverschuldung der kommenden Jahre mit der sogenannte Schuldenbremse. Und  
254 wir müssen natürlich die Haushalte der nächsten Jahre vorsichtig steuern. Wir können Sie nicht  
255 drastisch expandieren. Aber es ist richtig und das steckt ja in Ihrer Frage drin, nachfolgende  
256 Generationen werden an diesem Abbau der Neuverschuldung, werden zu diesem Abbau der  
257 Neuverschuldung beitragen müssen. Nur sehen Sie, ich habe das auch jetzt in den letzten Jahren  
258 hinter mir. Wir haben das begonnen 2004/2005. Wir sind damals auch von ungefähr 50 Milli-  
259 arden Neuverschuldung auf 6 Milliarden zurückgekommen. Insofern ist das eine Größenord-  
260 nung, die ich jetzt noch für zu bewältigen halte.

261 **Herr Steinmeier:** Wenn Sie mich noch ein Wort dazu sagen lassen, weil Frau Illner hat ja  
262 unterstellt, dass wir die Neuverschuldung in unverantwortlicher Weise in die Höhe getrieben  
263 hätten. Frau Illner ich will Ihnen nur sagen, wenn man nichts getan hätte. Sehen Sie und da ist  
264 das Glaubwürdigkeitsproblem. Nicht bei der Neuverschuldung. Die war unumgänglich. Das  
265 Glaubwürdigkeitsproblem entsteht da nämlich wo Frau Merkel in einem Nebensatz sagt und  
266 deshalb machen wir Steuersenkungen. Da sind Steuersenkungen notwendig. Das ist nicht mög-  
267 lich. Das ist nicht finanzierbar.

268 **Herr Steinmeier:** Frau Merkel. Wenn ich dazu was sagen darf. Wachstum. Das ist ja gut und  
269 schön. Ich setze auch auf Wachstum. Aber die Frage, wie in welchem Umfang können wir aus  
270 Wachstum Steuersenkungen finanzieren? Wenn ich mal Ihre Zahlen nehme. Sie sagen Steuer-  
271 senkungen in der Größenordnung 20 – 30 Milliarden. Die FDP sagt Steuersenkungen von 80 –  
272 100 Milliarden sind notwendig. Jetzt stelle ich mir mal nur für eine Sekunde vor, Schwarz und  
273 Gelb regierten zusammen und machen einen Koalitionsvertrag und sagen na gut wir einigen  
274 uns ungefähr in der Mitte, machen 50 Milliarden Steuersenkungen. Wenn Sie das aus Wachs-  
275 tum generieren wollen, finanzieren wollen, dann brauchten Sie pro Jahr, ab dem Jahre 2010 und  
276 2011 9 Prozent Wachstum. Sowas haben wir in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht  
277 gehabt, das kommt auch nicht.

278 **Herr Steinmeier:** Bis wir die Mehrheiten dafür haben, dass wir das ändern. Herr Plasberg Sie  
279 wissen, dass wir in die Koalitionsverhandlungen 2005 hineingegangen sind mit der Forderung  
280 eine Bürgerversicherung zu machen, dass die Bürger dieses Landes zu gleichen Bedingungen  
281 versichert werden. Damit auch Anspruch auf die gleichen Leistungen haben und auch gleich  
282 behandelt werden im Wartezimmer und beim Arzt. Das konnte nicht gelingen. Wir haben uns

283 verständigt auf den Gesundheitsfond und dass was mich sorgt, ist das dieser kleine Schritt nun  
284 einer ist, der zwar nicht von der CDU, aber von Teilen der CSU in Frage gestellt wird und den  
285 die FDP auch wieder in den Orkus der Geschichte werfen möchte. Das würde bedeuten, dass  
286 das was wir mühsam hingekriegt haben, zur Senkung der Krankenkassenbeiträge, alles wieder  
287 hinfällig wird. Die Krankenkassenbeiträge würden steigen und wenn ich dann die FDP-Forde-  
288 rung noch mit hinzunehme. Frau Merkel, wenn Sie sagen Schwarz-Gelb ist Ihr Ziel. Die FDP  
289 möchte ja nun auch noch den staatlichen Beitrag für das Gesundheitswesen, immerhin 14 Mil-  
290 liarden, die wir da hineintun, auch nun wieder zurücknehmen. Auch das geht zu Lasten der  
291 Versicherten und geht auf die Höhe der Beiträge. Das ist der falsche Weg.

292 **Herr Steinmeier:** Herr Plasberg ich ahne Sie wollen auf eine Dienstwagendiskussion hinaus.  
293 Aber da sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich. Herr Plasberg über was reden wir hier eigent-  
294 lich?

295 **Herr Steinmeier:** Das sage ich nicht dem Wähler, ich sage zunächst mal Ihnen Herr Plasberg,  
296 über was reden wir eigentlich? Reden wir über eine Sache, die rechtlich in Ordnung war, über  
297 die man politisch, persönlich anders entscheiden kann. Und ich habe Frau Schmidt gesagt in  
298 Zukunft anders entscheiden wird. Ja gut. Ich meine die Diskussion hat uns nicht geholfen. In-  
299 sofern habe ich sie mir definitiv nicht gewünscht und dass Frau Schmidt gesagt hat, dass sie  
300 diese Sachen in Zukunft anders entscheiden wird, ist sicherlich gut und richtig. Aber ich frage  
301 Sie worüber reden wir? Reden wir darüber eigentlich? Ist das Politik oder reden wir über einen  
302 Frau die acht Jahre lang jetzt mutig gestanden hat gegen viel Lobbyismus und Interessengrup-  
303 pen, in diesem Bereich. Die dafür gesorgt hat.

304 **Herr Steinmeier:** Wenn Sie sagen, dass das ein ausgesprochen fairer Umgang war, dann hab  
305 ich gar nichts dagegen, dass Sie das als Vorgeschmack bezeichnen. Ich hab nur auch meine  
306 Erfahrungen, in den vielen Jahren Politik und ich weiß ganz genau was passiert wäre, wenn ich  
307 mich einfach stur hingestellt hätte und gesagt hätte ich ignoriere den Fall eigentlich. Mir war  
308 von Anfang an völlig klar

309 **Herr Steinmeier:** Da haben schon alle geschrien, Herr Plasberg. Sie haben sich daran nicht  
310 beteiligt. Das ist erfreulich.

311 **Herr Steinmeier:** Kann sein.

312 **Herr Steinmeier:** Herr Klöppel das ist nicht fair. Wenn Sie zitieren aus dem was Sie gelesen  
313 haben, dann hätten Sie dort gesehen nicht den Abzug 2013, sondern dass wir innerhalb der

314 nächsten Legislaturperiode bis 2013 die Voraussetzungen schaffen wollen, dass der Abzug be-  
315 ginnen kann. Darum geht es.

316 **Herr Steinmeier:** Herr Klöppel. Bei dem Thema glauben Sie es mir, als Außenminister dieses  
317 Landes, kenne ich meine Verantwortung. Ich habe Sie getragen. Auch in schwierigen Zeiten.  
318 Auch in dieser Debatte in dieser Woche im deutschen Bundestag. Ich stehe dazu, zu unseren  
319 außenpolitischen Verpflichtungen, die wir haben. Ich vergesse nicht, warum wir in Afghanistan  
320 sind. Das hatte seine Vorgeschichte mit dem 11.09. bei dem 3000 Menschen ums Leben ge-  
321 kommen sind. Die sich fortgesetzt hat in Anschlägen in Balisha, bei Casablanca, vielen anderen  
322 und die Anschlagsserie rückte näher, nach Madrid, nach London. Auch hier hatten wir Angst,  
323 dass wir betroffen sein könnten. Das ist nicht irgendein Thema. Jetzt lassen Sie mich drei Sa-  
324 chen dazu sagen. Insofern war es unsere Pflicht unter anderem dafür zu sorgen, dass dieses  
325 Land Afghanistan nicht länger Ausbildungslager für islamistische Terroristen ist, die uns auch  
326 hier bedrohen. Jetzt sind wir dort. Jetzt kann ich in der Tat nicht mit Oskar Lafontaine und  
327 Gregor Gysi sagen, wir gehen da mal eben kopflos rein und raus. Das geht nicht. Das sind wir  
328 anderen Verbündeten schuldig. Das sind wir insbesondere einer Bevölkerung dort schuldig, die  
329 dort in 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg geknechtet und entrechtet worden ist. Jetzt rauszuge-  
330 hen, hieße dass die Frauen alle wieder in den Keller, die Mädchen nicht mehr zur Schule gehen,  
331 die Bauern wieder Drogen anbauen und vieles weitere mehr.

332 **Herr Steinmeier:** Herr Klöppel. Und deshalb sage ich und nicht erst seit dem Luftangriff der  
333 vorletzten Woche. Wir müssen diese Wahlen, die jetzt stattgefunden haben, als Einschnitt be-  
334 trachten. Ich sage und habe geschrieben, dass wir mit dem gewählten Präsidenten klare Bu-  
335 chung machen müssen. Klare Buchung, was sind seine Prioritäten. Was erwartet er von der  
336 internationalen Staatengemeinschaft. Auch von uns. Und einen klaren Fahrplan vereinbaren,  
337 wie lange wir da sein müssen. Unser Zweck besteht darin Herr Klöppel, dass wir uns in Afgha-  
338 nistan überflüssig machen. Das geht aber nur dann, wenn die Sicherheitskräfte dort ihre Auf-  
339 gaben selbst erfüllen können.

340 **Herr Steinmeier:** Und was die Zukunft angeht haben Sie deutliche Unterschiede festgestellt.  
341 Was die Bewertung der Opelvorgänge, haben Sie auch sehr viele Unterschiede festgestellt.

342 **Herr Steinmeier:** Opposition kommt auf keinen Fall in Betracht. Wenn Sie nicht nur Hubertus  
343 Heil zitieren, sondern Franz Müntefering, dann können Sie von dem hören oder haben Sie in  
344 Erinnerung: „Opposition ist Mist.“ Daran halte ich mich auch für den Wahlkampf auch so, dass

345 wir regieren und dass wir die Regierung führen.

346 **Herr Steinmeier:** Ich glaube, das können wir diesem Land nicht antun. Und das meine ich  
347 wirklich aus vollem Herzen. Ich glaube, dass dieses Land eine starke Sozialdemokratie braucht.  
348 Gerade jetzt in der Krise. Und wenn darüber gestritten wird, welche Wege wir aus dieser Krise  
349 nehmen.

350 **Herr Steinmeier:** Stellen Sie sich vor, selbst darüber habe ich mir Gedanken gemacht. Selbst  
351 das habe ich mir angesehen.

352 **Herr Steinmeier:** Indem ich weiterhin engagiert Wahlkampf mache und indem ich Umfragen,  
353 zwar nicht ignoriere, aber auch nicht zu ernst nehme. Wissen Sie, ich stelle fest die Umfragen  
354 sind das eine, auf den Straßen und Plätzen. In den vielen Gesprächen, die ich führe, habe ich  
355 ein anderes Bild. Das Bild muss nicht repräsentativ sein, aber das Bild zeigt, dass da was in  
356 Bewegung ist und ich glaube auch auf der Unionsseite ist man sich seit den Wahlen in Thürin-  
357 gen und an der Saar auch nicht mehr so ganz sicher, ob die Blütenträume halten. Und wenn Sie  
358 einen letzten Blick auf das Lager von Schwarz-Gelb werfen, so ist das ja seit den letzten 14  
359 Tagen, in den letzten 14 Tagen nicht gerade solider geworden. Das ist deutlich unter die 50  
360 Prozent Marke gerutscht. Insofern sehen Sie, da ist noch was drin. Da ist Bewegung drin.

361 **Herr Steinmeier:** Nein ich bin ebenso gewiss, es wird nicht Schwarz-Gelb geben am Wahltag.  
362 Zweitens Große Koalitionen sollten die Ausnahmen in einer Demokratie bleiben. Gleichwohl  
363 sehe ich dazu keinen Anlass, mich von dem zu distanzieren, was ich mitgetragen habe. Sage  
364 aber gleichzeitig wohl, wir sind unter unseren Möglichkeiten geblieben und für die Zukunft  
365 braucht dieses Land eine andere Politik. Braucht eine andere Politik mit einer starken Sozial-  
366 demokratie, ja. Weil ich Ihnen eines sage: Demokratie wird ohne sozialen Ausgleich, für den  
367 wir stehen, nicht auf Dauer funktionieren. Und hier ist einiges aus den Fugen geraten in den  
368 letzten Monaten. Gerade deshalb brauchen wir eine starke Sozialdemokratie und was die FDP  
369 angeht ist doch eine ähnliche Situation Frau Illner, wie vor fünf Jahren mit der CDU. Ich habe  
370 das vorhin ja nochmal geschildert, mit dem Leipziger Programm der CDU. Das war eine markt-  
371 radikale.

372 **Herr Steinmeier:** Nein. Das hat mit Oskar Lafontaine nur bedingt zu tun. Ich gebe zu, natürlich  
373 spielen solche personellen Überhänge eine Rolle bei der Bewertung der Linkspartei. Aber es ist  
374 nicht die entscheidende Frage. Natürlich spielt das eine Rolle. Ich habe das vorhin an einer

375 anderen Stelle schon mal angemerkt. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine sind beide aus Funk-  
376 tionen geflohen, in denen Verantwortung drohte. Das ist zunächst mal kein gutes Beispiel in  
377 der Politik. Zweitens ich als Außenminister habe das vier Jahre beobachtet. Ich habe das von  
378 der Regierungsbank aus beobachtet, dass keine einzige verantwortungsvolle Position in der Au-  
379 ßenpolitik eingenommen worden ist. Im Gegenteil. Sogar ein dezidiert anti-europäischer Kurs  
380 von der Linkspartei gefahren wurde. Das ist der Grund, weshalb ich gesagt habe es geht auf  
381 Bundesebene nicht.

382 **Herr Steinmeier:** Ach Frau Illner. Ich kenne die SPD sehr lange. Ich glaube ich bin 35 Jahre  
383 jetzt Mitglied. Ich kenne die inneren Diskussionen. Ich weiß wenn es Spannungen und Reibun-  
384 gen gibt. Das was ich gesagt habe zu einer Koalition mit der Linkspartei auf Bundesebene haben  
385 wir nicht nur diskutiert und ich habe es gesagt, sondern es steht im Regierungsprogramm drin.

386 **Herr Steinmeier:** Ich höre in diesen Fragen immer, auch bei Ihnen Herr Klöppel, so ein biss-  
387 chen Frohlocken darüber, dass das mit den Volksparteien angeblich zu Ende geht. Ich finde wir  
388 verleugnen ein bisschen unsere eigene Geschichte. Ich meine die Geschichte der Volksparteien  
389 hat dieser deutschen Nachkriegsdemokratie gutgetan, hat ihr Stabilität verliehen. Es hat einen  
390 Differenzierungsprozess gegeben. Es sind jetzt mehr im Parlament. Damit ist sozusagen die  
391 Restverteilungsmasse für die klassischen Volksparteien kleiner geworden. Aber die SPD wird  
392 den Anspruch nicht aufgeben ein Politikaufgebot für die ganze Gesellschaft zu entwickeln. Das  
393 ist kein Nachteil, wenn eine Partei wie die SPD fürs Ganze denkt und sich nicht zu einer Kli-  
394 entelpartei entwickelt.

395 **Herr Steinmeier:** Ja. Liebe Bürgerinnen und Bürger ich will ehrlich sein. Wir sind mitten in  
396 der Krise und wir sind noch nicht über den Berg. Ich bin fest davon überzeugt, wir können aus  
397 dieser Krise herauskommen. Unsere Volkswirtschaft ist stark und die Menschen werden helfen,  
398 dass wir diese Krise überwinden. Die Frage ist nur, welche Richtung nehmen wir bei dem Weg  
399 aus dieser Krise und dazu werden Sie eine Entscheidung treffen am 27. September. Eine Ent-  
400 scheidung, nicht eine Schicksalswahl für die Parteien, aber eine Wahl, eine Entscheidung über  
401 die Richtung der Politik, die Zukunft des Landes und Ihre persönliche Zukunft. Die eine Rich-  
402 tung ist die von Schwarz-Gelb. Schwarz-Gelb wird bedeuten, dass diejenigen die zu den Ver-  
403 ursachern der Krise gehören, nicht für die Folgekosten zur Verantwortung gezogen werden.  
404 Schwarz-Gelb wird bedeuten, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander  
405 geht. Schwarz-Gelb wird bedeuten, dass eine Rückkehr in die Atomkraft stattfindet. Das ist  
406 nicht mein Weg. Das ist kein sozialdemokratischer Weg. Ich stehe dafür, dass jeder der arbeitet

407 aus seinem Einkommen auch leben kann. Ich stehe dafür, dass Gesundheit für jeden zur Verfü-  
408 gung steht, ganz unabhängig davon wie er versichert ist. Das keine Unterschiede stattfinden  
409 und ich stehe dafür, dass es beim Ausstieg aus der Atomenergie bleibt. Meine Damen und Her-  
410 ren machen Sie sich die Bedeutung für diese Entscheidung klar. Weil meine feste Überzeugung  
411 ist, Demokratie wird ohne sozialen Ausgleich auf Dauer nicht funktionieren. Deshalb will ich  
412 eine Regierung führen, die sozial denkt und die dafür sorgt, dass auch Vernunft und Verant-  
413 wortung in die Wirtschaft zurückkehrt. Ich will Arbeit für morgen und ich will Ausstieg aus der  
414 Atomkraft. Das ist mein Weg meine Damen und Herren. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung  
415 und natürlich auch um Ihre Stimme für die SPD.

## Dr. Frank-Walter Steinmeier Elefantenrunde 2009: FWSE09

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=xnXTAh6VWFU> (eigene Transkription)

1 **Herr Steinmeier:** Ich darf Ihnen sagen Herr Brender an solchen Abenden sitzt man lieber  
2 bei den Siegern. Das hat nicht sollen sein. Die Wählerinnen und Wähler haben ein klares  
3 Votum getroffen und das ist ein bitterer Tag für die SPD. Auch für mich. Es war eine  
4 herbe Niederlage. Ich habe zunächst einmal Glückwunsch zu sagen, denn Siegern des  
5 heutigen Abends Frau Merkel und Herrn Westerwelle. Auch das gehört dazu. Zweitens.  
6 Natürlich ich gehöre nicht zu denjenigen, die am Wahlabend schon wissen wo genau die  
7 Ursachen liegen für dieses Wahlergebnis. Da wird man sicherlich noch ein bisschen ge-  
8 nauer hingucken müssen. Aber eines können wir schon sehen: Uns ist es jedenfalls nicht  
9 gelungen, dass wir alle unsere Wählerinnen und Wähler wirklich in die Wahllokale an  
10 die Wahlurne bekommen haben. Wir wissen heute Abend, dass viele von denen, die nicht  
11 zur Wahl gegangen sind, offenbar im Prinzip Sympathisanten der SPD sind oder waren  
12 und da gilt es in den nächsten Jahren aufzuholen. Ich würde sagen das ist ein Ergebnis,  
13 das ist bitter. Da kann man auch nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen, son-  
14 dern wir müssen uns jetzt anstrengen, dass wir die SPD zu alter Stärke zurückführen und  
15 mit neuer Kraft in die neue Legislaturperiode gehen.

16 **Herr Steinmeier:** Ich sage das mit vollem Herzen: Ich bin ein überzeugter Vertreter des  
17 Prinzips der Volksparteien. Ich glaube mit Blick auf die europäische Nachbarschaft, da  
18 nehmen die Parlamente keine gute Entwicklung, die sich mehr und mehr in Richtung  
19 Klientel-Partei entwickeln. Ich glaube das ist gut und ein Teil der Stabilität der deutschen  
20 Nachkriegsdemokratie, dass die Volksparteien gegeben haben, die unterschiedliche Kon-  
21 flikte in der Gesellschaft schon integriert haben innerhalb der Volksparteien. An dem  
22 Prinzip wollen wir festhalten und ich bleibe dabei: Auch die SPD muss eine Partei sein,  
23 die ein politisches Angebot an die ganze Gesellschaft macht und dafür stehe ich.

24 **Herr Steinmeier:** Naja. Ob sie geschlachtet worden sind, Herr Brender, das lassen wir  
25 mal dahingestellt. Es war ein bitteres Wahlergebnis aber die SPD hat in ihrer langen Ge-  
26 schichte, 146 Jahre schon schwierige Krisen überstanden. Ich kann Ihnen versprechen:  
27 Wir werden auch diese Krise überstehen. Und natürlich bedeutet das jetzt harte Arbeit für

28 diejenigen, die Verantwortung getragen haben und ich sage hinzu: auch weiter Verant-  
29 wortung tragen werden. Das habe ich heute sehr bewusst gesagt. Natürlich spekulieren  
30 viele darüber, ob man nach einer solchen bitteren Wahlniederlage, die wir heute einge-  
31 fahren haben, aus der Verantwortung geht, sich aus der Verantwortung stiehlt. Ich fände  
32 das nicht verantwortbar. Nicht verantwortbar für die SPD und auch für die Demokratie in  
33 Deutschland. Sondern ich sage: Ich werde jetzt die Rolle der SPD als Opposition anneh-  
34 men und auch die Rolle als Oppositionsführer, um die Themen, die ich weiterhin für rich-  
35 tig halte, auch zu treiben. Herr Trittin hat die Energiepolitik angesprochen. Da stehen  
36 klare Alternativen jetzt gegenüber. Herr Westerwelle und Frau Merkel halten die Rück-  
37 kehr in die Kernkraft für nicht nur Billigens Wert, sondern für machbar und wünschens-  
38 wert. Da werden wir hart dagegen halten und ich bleibe dabei Herr Brender: Mein Kern-  
39 satz ist: Demokratie, auch Demokratie in Deutschland wird nicht leben und überleben  
40 wenn wir nicht für sozialen Ausgleich sorgen. Und für diese soziale Balance steht SPD,  
41 steht Sozialdemokratie weiterhin. Diese historische Mission der SPD, die ist nicht erle-  
42 digt, die wird weiterhin notwendig sein.

43 **Herr Steinmeier:** Was meinen Sie denn eigentlich? Was meinen Sie mit der Agenda  
44 2010? Meinen Sie eigentlich, dass die vier Milliarden, die der Bund ausgegeben hat für  
45 die Ganztagschulen Unsinn waren? Oder meinen Sie jetzt kurzschlüssig, dass die  
46 Agenda 2010 in diesem Wahlkampf eine entscheidende Rolle gespielt hat? Ich bin auf  
47 den Marktplätzen und Straßen gewesen. Ich habe das verteidigt, was uns in eine bessere  
48 wirtschaftliche Situation geführt hat. Von der die Große Koalition profitiert hat. Immer-  
49 hin haben wir 2 Millionen Arbeitslose weniger gehabt vor Ausbruch der Wirtschafts- und  
50 Finanzkrise im September vergangen Jahres und was mich persönlich ärgert Herr Wes-  
51 terwelle und Frau Merkel werden weiter davon profitieren. Aber das ist doch kein Grund  
52 um jetzt sozusagen von Dingen, die ich mitentschieden habe, für die ich stehe auch Ab-  
53 stand zu nehmen.

54 **Herr Steinmeier:** Ja. Aber erlauben Sie bitte. Das halte ich für falsch. Dieser Vorwurf  
55 ist falsch und der ist inhaltlich falsch, weil es doch kein guter Ratschlag ist im Jahre 2003  
56 und 2004 sich hinzustellen und zu sagen „wir lassen die Arbeitslosigkeit einfach weiter  
57 steigen. Vielleicht von 5 Millionen auf 5,5 Millionen auf 6 Millionen“. Das wäre doch  
58 keine politisch verantwortbare Haltung gewesen. Sondern da mussten Maßnahmen und

59 Entscheidungen getroffen werden, die uns Umkehr erlauben und sie ist gelungen beim  
60 Abbau der Arbeitslosigkeit. Hohe Arbeitslosigkeit zerschlägt alles, was wir uns als Si-  
61 cherheiten in der deutschen Nachkriegsdemokratie erarbeitet haben. Und deshalb stehe  
62 ich zu den Entscheidungen, die wir getroffen haben und bittere Wahlniederlagen wie wir  
63 sie heute erfahren haben müssen zuerst mal eine gediegene Analyse folgen lassen. Aber  
64 ich kann nicht mit Ihnen übereinstimmen, dass dieses Wahlergebnis heute Abend eine  
65 Abstimmung über die Agenda 2010 gewesen wäre. Da habe ich wirklich andere Erfah-  
66 rungen.

67 **Herr Steinmeier:** Darf ich Sie erinnern, das war mein Anfangswort.

68 **Herr Steinmeier:** Das befürchte ich.

69 **Herr Steinmeier:** Es ist sehr gut und richtig, dass wir in Deutschland trotz Krise Arbeits-  
70 plätze erhalten haben. Und es ist gut und richtig, dass wir Maßnahmen ergriffen haben,  
71 damit die Krise hier keine tiefe Schneise der Verwüstung hinterlässt. Aber ich darf doch  
72 daran erinnern Frau Merkel: Das alles ist gegen den Widerspruch der FDP geschehen.  
73 Wir haben Konjunkturprogramme gemeinsam miteinander verabredet und die FDP hat  
74 geschrien „denkt an die Neuverschuldung.“ Ich sage Ihnen nur Herr Westerwelle nichts  
75 zu tun wäre das Teuerste gewesen, was wir durch Unterlassung auf den Weg hätten brin-  
76 gen können. Sie haben geschrien, als wir überlegt haben, wie man 200 000 Arbeitsplätze  
77 in der deutschen Automobilindustrie sicher über diese Krise hinweg bringt. Frau Merkel:  
78 Sie tun so, als sei das mit der FDP dieselbe Politik, als sei mit der FDP dieselbe Politik  
79 möglich gewesen. Das ist doch einfach nicht wahr.

80 **Herr Steinmeier:** Nein. Nein. Das hat nichts mit der Großen Koalition zu tun, sondern  
81 Frau Merkel hat hier so getan, als ginge diese vernünftige Politik einfach weiter. Das ist  
82 hier nicht der Fall.

83 **Herr Steinmeier:** Die Ergebnisse dieser Politik, die haben wir 1998 schon mal übernom-  
84 men. Die Weiglsche Steuerpolitik hat immer gesagt das finanziert sich alles selbst durch  
85 Wachstum. Das Ergebnis haben wir damals übernommen. Ich kann Ihnen sagen die Fol-  
86 gen davon waren wichtige Reformen, die uns sehr schmerzhaft, auch die SPD sehr  
87 schmerzhaft getroffen haben.

88 **Herr Steinmeier:** Herr Westerwelle nehmen Sie mal ein bisschen den Triumph aus der  
89 Stimme.

90 **Herr Steinmeier:** Frau Merkel. Ich will zu Ihrer Frage nochmal sagen: Ich habe mich  
91 nicht beworben für Opposition, sondern das ist die Folge des Wählervotums des heutigen  
92 Tages, dass wir alles heute hier miteinander zu akzeptieren haben. Aber Opposition ist  
93 auch eine wichtige Aufgabe in der Demokratie und deshalb sage ich den Wählerinnen und  
94 Wählern: Diejenigen, die uns unsere Stimme gegeben haben, haben diese nicht ver-  
95 schenkt, sondern wir werden diese Oppositionsrolle sehr ernsthaft wahrnehmen. Und ich  
96 werde nicht streiten, um die beste Oppositionsfraktion. Ich werde insbesondere nicht  
97 streiten um die möglichst populistischen Positionen in den nächsten Jahren. Ich weiß, was  
98 da vor uns liegt und was da für Entscheidungen anstehen. Aber wir sind jetzt aus der  
99 Phase der Ankündigungen heraus. Wir werden jetzt sehr sorgfältig auf das achten, was  
100 die neue Regierungsmehrheit und die neue Regierung vorschlägt. Und ich habe eine Vor-  
101 stellung davon, was das sein wird, mit Blick auf die Ankündigungen von Herrn Wester-  
102 welle und der CDU. Das wird nicht so weitergehen, wie das bisher war und diejenigen,  
103 die sich daran gewöhnt haben, dass Sozialdemokraten in der Regierung die sozialen Fol-  
104 gen der Wirtschaftskrise abgefedert haben mit vernünftigen Vorschlägen, die werden jetzt  
105 sehen, dass das in Zukunft nicht mehr der Fall sein wird. Ich bin sicher Sozialdemokratie  
106 wird fehlen in der Regierung und das wird den Menschen auffallen. Aber es bleibt dabei:  
107 Wir werden eine kräftige, konstruktive Oppositionsrolle wahrnehmen.

**Dr. Frank-Walter Steinmeier Bundestag November 2009 (SPD): FWSB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Union und FDP – da sitzt es nun, das  
2 selbsternannte Traumpaar der deutschen Politik. Auf alles war dieses Traumpaar vorbe-  
3 reitet, nur nicht auf gemeinsames Regieren. Diese Kleinigkeit haben sie vergessen.

4 Aber die Öffentlichkeit hat ihr Urteil schon gesprochen. „Blanker Dilettantismus“, „Kli-  
5 entel statt Klarheit“, „finanzpolitischer Blindflug“, das sind nicht meine Worte, nicht nur  
6 die Worte der Opposition, sondern so urteilt auch die Wirtschaftspresse, Ihre enttäuschte  
7 Anhängerschaft. Katastrophaler hätte der Fehlstart nicht sein können. Durchgefallen, und  
8 das knapp zwei Wochen nach dem Start.

9 Wir hätten hier gern etwas zu der Koalitionsvereinbarung gehört. Was Sie mit dieser Ver-  
10 einbarung abgeliefert haben, ist ein einziges Dokument der Vertagung, der Verunsiche-  
11 rung, gestreckt auf 124 Seiten. Wenn es in den vergangenen Wochen Taktik war, Verwir-  
12 rung in der deutschen Öffentlichkeit zu stiften, dann haben Sie damit allerdings sehr gro-  
13 ßen Erfolg gehabt. Acht Kommissionen und 15 Prüfaufträge finden sich in diesem Koa-  
14 litionsvertrag. Alle schwierigen Entscheidungen haben Sie vertagt. Kaum war die Tinte  
15 trocken, musste schon zu Nachverhandlungen eingeladen werden.

16 Heute Klarheit zu schaffen, Frau Merkel, wäre Ihre Aufgabe gewesen. Deshalb hat sich  
17 der Deutsche Bundestag heute hier versammelt, und das erwartet die deutsche Öffentlich-  
18 keit.

19 Aber ich sage Ihnen ebenso offen: Nach der Hauerei der Koalitionäre am vergangenen  
20 Wochenende habe ich geahnt, dass das nichts wird. Frau Bundeskanzlerin, das eben war  
21 keine Regierungserklärung, sondern ein Regierungsrätsel, und Sie kennen die Lösung  
22 selbst nicht.

23 Rätselhaft ist, wann, wo und wie die versprochenen Steuersenkungen umgesetzt werden  
24 sollen. Rätselhaft ist, wie Sie diese Steuersenkungen finanzieren wollen, was Sie den  
25 Menschen dann zumuten wollen, was Sie ihnen aufbürden wollen:

26 Erhöhung von Abgaben, Kürzungen bei den Sozialleistungen oder bei der Bildung, Ein-  
27 führung der Pkw-Maut oder am Ende alles zusammen? Seit Wochen verweigern Sie dar-  
28 über die Auskunft, und heute sind wir auch nicht schlauer.

29 Ich sage Ihnen auch: Vernebeln als Strategie hat in dieser Koalition und in dieser Koali-  
30 tionsvereinbarung Methode. Ihr erstes Gesetz – Sie haben es vorhin vorgestellt – ist das  
31 Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Orwell hätte seine helle Freude daran. Es handelt sich  
32 um kryptische Wortungetüme, die das Gegenteil von dem meinen, was sie sagen. Warum  
33 sage ich das? – Hören Sie genau hin! – Dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist doch  
34 in Wirklichkeit ein Zukunftsverhinderungsgesetz. Allein für diese Maßnahmen muss der  
35 Bund bis 2013 3,9 Millionen Euro mehr an Zinsen zahlen, Geld, das dann für Forschung  
36 und Investitionen fehlt. So entsteht eben kein Wachstum. So verhindert man Wachstum,  
37 so macht man Zukunft kaputt. Deshalb ist das der falsche Weg.

38 Was Sie mit diesem Koalitionsvertrag vorlegen, ist keine Konjunkturpolitik. Das ist Kli-  
39 entelpolitik. Ich frage mich: Was reitet Sie da eigentlich mitten in dieser tiefsten Krise,  
40 wo doch alle wissen – Sie haben es eben selbst gesagt –, dass das dicke Ende auf dem  
41 Arbeitsmarkt noch kommt? Millionen von Menschen – nicht nur bei Opel – bangen um  
42 ihre Zukunft. Aber was machen Sie? Sie verteilen Geschenke an Steuerberater, Erben,  
43 Ärzte und Hotelketten.

44 Ich sage Ihnen: Wenn das die Antwort auf die Krise ist, dann ist diese Regierung fehl am  
45 Platze. Das ist alles erst der Anfang. 24 Milliarden Euro Steuerentlastungen sollen noch  
46 in Aussicht stehen. Steuergeschenke auf Pump sind doch ökonomische Geisterfahreerei.

47 Ich habe mich immer gefragt, Frau Bundeskanzlerin, was Sie meinten, wenn Sie gesagt  
48 haben, mit der FDP könnten Sie endlich all das machen, was mit der SPD nicht möglich  
49 gewesen sei. Jetzt wissen wir, was gemeint war: zusätzliche Schulden in Rekordhöhe,  
50 und das für Steuersenkungen, die schlicht und einfach nicht finanzierbar sind. Das ist die  
51 Botschaft, die Sie zwar nicht aufgeschrieben haben, die aber alle so verstanden haben.  
52 Das versichere ich Ihnen.

53 Damit das am Ende nicht so auffällt, wollten Sie diese Schulden anfänglich in riesigen  
54 Schattenhaushalten verschwinden lassen.

55 An dieser Stelle sind Sie scheinbar und nur unter öffentlichem Druck zurückgerudert.  
56 Wenn man aber in diesem Koalitionsvertrag das Kleingedruckte liest, dann muss man  
57 sagen: Das gigantische Täuschungsmanöver, das dort angelegt war, ist doch erhalten ge-  
58 blieben; da steht jetzt nur etwas anderes. Sondervermögen für generationengerechte Fi-  
59 nanzen, so wird im Koalitionsvertrag fabuliert. Was ist das denn anderes als ein Schat-  
60 tenhaushalt im neuen Gewand? Das Ganze wird nur gemacht, um Spielgeld für Steuer-  
61 senkungen zu haben. Frau Merkel und Herr Westerwelle, diese Operation „Täuschen,  
62 Tricksen, Vernebeln“ wird scheitern. Sie muss scheitern. Wir werden dabei helfen; das  
63 versprechen wir Ihnen.

64 Wir lassen uns nicht blenden von der einen oder anderen verharmlosenden Überschrift in  
65 diesem Koalitionsvertrag. Wer da nämlich genau hinschaut und wer ein bisschen gelernt  
66 hat, zwischen den Zeilen zu lesen, der erkennt doch in diesem Koalitionsvertrag: Da sind  
67 Weichen für eine andere Republik gestellt.

68 Frau Merkel, Sie haben letzte Woche in Washington vor dem Kongress gesagt, dass es  
69 unsere Aufgabe sei, Mauern niederzureißen, Mauern in unseren Köpfen, Mauern auf-  
70 grund eines kurzsichtigen Eigeninteresses, Mauern zwischen Gegenwart und Zukunft.  
71 Schön gesagt. Ich denke, da sind wir alle in diesem Haus einer Meinung. Das Problem ist  
72 nur: Sie meinen das nicht ernsthaft.

73 Dieser Koalitionsvertrag reißt keine Mauern ein. Er zieht neue Mauern hoch. Das ist die  
74 bittere Wahrheit. Das wird sich herausstellen. Verniedlichen Sie das nicht! In diesem Ko-  
75 alitionsvertrag sind durch eine Rekordverschuldung Spaltungen zwischen dieser Genera-  
76 tion und den kommenden Generationen angelegt. Sie spalten zwischen den Kindern mit  
77 reichlich Chancen und den Kindern mit wenigen Chancen. Sie legen im Gesundheitswe-  
78 sen die Axt an das Solidarprinzip an.

79 Sie gefährden den sozialen Zusammenhalt, und Sie treiben dieses Land mit der Rückkehr  
80 zur alten Atompolitik – das prophezeie ich Ihnen – in den damaligen gesellschaftlichen  
81 Großkonflikt zurück. Deshalb sage ich: Sie wollten Brücken bauen, doch in Wirklichkeit  
82 heben Sie Gräben aus. Das wird das Ergebnis der Politik sein. Das hat dieses Land, das  
83 haben die Menschen in diesem Land nicht verdient. Herr Westerwelle, ich erinnere mich

84 noch gut daran, wie Sie als Oppositionsredner in den vergangenen Jahren anlässlich von  
85 Haushaltsberatungen an diesem Pult gestanden haben.

86 Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen, haben Sie immer gesagt. Die  
87 Frage ist nur: Warum gilt das alles nicht mehr? Vor ein paar Monaten haben Sie uns noch  
88 das Liberale Sparbuch auf den Tisch geknallt, und jetzt sind Sie der Schuldenmacher der  
89 Nation. Ämter verändern Menschen; aber das ist Mutation in Lichtgeschwindigkeit.

90 Darum geht es aber gar nicht. Viel schlimmer ist: Unsere Kinder und Enkel werden diese  
91 Zeche bezahlen, weil der Trick „Steuersenkungen finanzieren sich selbst“ – sie alle wis-  
92 sen das – natürlich nicht funktioniert. Er hat nie funktioniert, nicht bei Ronald Reagan  
93 und nicht bei Theo Waigel. Das Schlimme ist: Sie wissen, dass er auch bei Ihnen nicht  
94 funktionieren wird. Dennoch machen Sie es. Das ist vorwerfbar, das ist Handeln wider  
95 besseres Wissen und Täuschung, und dies werfen wir Ihnen vor.

96 Ich bin fest davon überzeugt: Schon im nächsten Sommer wird sich zeigen, Frau Bundes-  
97 kanzlerin, dass diese Schuldenpolitik tiefe Löcher nicht nur in den Haushalt des Bundes,  
98 sondern auch in die Haushalte der Länder und Kommunen reißt. Sie werden dann dort  
99 sparen müssen, wo es um Lebenschancen von Kindern geht. Wir werden weniger neue  
100 Ganztagschulen und weniger Jugendsozialarbeit haben. Viele Kinder wird das treffen,  
101 aber manche besonders hart, nämlich diejenigen, die am Rande dieser Gesellschaft ste-  
102 hen. Dafür liefert in der Tat das erste Gesetzesvorhaben, zu dem Sie eben geredet haben,  
103 den ersten Beweis.

104 Ich verstehe, dass sich die Menschen freuen, wenn mehr Geld für Familien versprochen  
105 wird. Aber der Grundsatz muss doch heißen: Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Aber  
106 was machen Sie? Was ist die Folge Ihres Gesetzesvorschlags? Die Folge ist – das sollten  
107 alle wissen –: Die Verkäuferin bekommt 240 Euro im Jahr mehr, und die Besserverdie-  
108 nenden bekommen fast das Doppelte, 443 Euro, mehr. Sie treiben die Schere zwischen  
109 armen und reichen Familien weiter auseinander. Ich sage: Das ist nicht gerecht. Das ist  
110 die falsche Politik.

111 Die ganze Wahrheit ist: Dieses Füllhorn können wir nicht zweimal ausschütten. Wer den  
112 Kinderfreibetrag und das Kindergeld erhöht, muss auch sagen, was das für den Ausbau

113 der Betreuung bedeutet. Da werden Sie ganz schmallippig. Wo ist denn da ein einiger-  
114 maßen glaubwürdiges Gesamtkonzept? Die letzten zehn Jahre waren wir doch auf einem  
115 ganz ordentlichen Weg: mehr Betreuung, auch mehr Ganztagsbetreuung, bessere Verein-  
116 barkeit von Familie und Beruf. Aber das, was jetzt kommt – das haben Sie eben angedeu-  
117 tet –, ist doch ein Salto rückwärts.

118 Denn Sie sagen den Eltern nicht, dass Großzügigkeit jetzt und heute ihren Preis hat und  
119 dass Sie das Geld nicht zweimal ausgeben können. Das heißt, der Ausbau der Betreuung  
120 wird zum Ende kommen. Sie verkennen, dass auch Ihre Politik Prioritäten setzen muss.  
121 Ich sage: Wenn ich über Prioritäten entscheide, dann muss der Ausbau der Betreuung  
122 Priorität haben.

123 Es muss doch Einverständnis in diesem Hohen Hause bestehen, dass moderne Familien-  
124 politik nur da sein kann, wo Familien, wo Eltern ihren Lebensunterhalt wirklich selbst  
125 verdienen können. Das ist moderne Familienpolitik, und die verraten Sie ein zweites Mal.

126 Ich weiß, es wird viel über die Herdprämie geredet. Das richtige Wort müsste eigentlich  
127 sein: Fernhalteprämie. – Schauen wir doch einmal in einige Randbezirke der deutschen  
128 Großstädte, auch Sie! Hier in Berlin gibt es genügend Anschauungsmaterial. – Auch in  
129 Köln, in Hamburg, in München und anderswo. – Anreize dafür zu geben, dass die Kinder  
130 zu Hause bleiben, statt mit anderen zu lernen, das ist doch zynisch.

131 Sie, Frau von der Leyen, haben das Betreuungsgeld als bildungspolitische Katastrophe  
132 bekämpft. Ich fordere Sie auf: Wenden Sie diese Katastrophe ab! Unsere Unterstützung  
133 haben Sie dabei; das versprechen wir Ihnen.

134 Bessere Betreuung und bessere Bildung gehören zusammen. Wir wollen keine verlorene  
135 Generation der Schulabbrecher. Wir müssen nach wie vor über sozialen Aufstieg reden.  
136 Ich weiß, was das ist. Aber noch mehr müssen wir über sozialen Einstieg reden. Wenn  
137 ich über sozialen Einstieg rede, dann meine ich Zuwandererfamilien, aber weiß Gott nicht  
138 nur die. Was brauchen sie? Sie brauchen konkrete Hilfe, Sprachtraining, Förderlehrer und  
139 Sozialarbeiter. Sie brauchen mehr davon und weniger an sozialen Hürden auf den Bil-  
140 dungslaufbahnen. Deshalb kann die Antwort nur sein: weg mit den Gebühren von der  
141 Kita bis zur Universität! Das und nur das ist moderne Bildungspolitik, und das wollen Sie  
142 einfach nicht glauben.

143 Ich habe vorhin gesagt, und das mit großem Ernst: In diesem Koalitionsvertrag ist soziale  
144 Spaltung angelegt. – Dies wird auch Ihnen in den nächsten Wochen und Monaten mit  
145 dem Beginn der politischen Auseinandersetzung hier in diesem Hause deutlich werden.  
146 – Das ist nirgendwo deutlicher als in der Gesundheitspolitik. Das ist nicht irgendetwas;  
147 da steht was auf dem Spiel! Ich habe mich in der Vergangenheit darum gekümmert. Des-  
148 halb sage ich Ihnen: Vielleicht schauen wir manchmal ein wenig zu nachlässig auf das,  
149 was wir miteinander erreicht haben. Andere jedenfalls – das weiß ich aus vielen Kontak-  
150 ten mit dem Ausland –, auch die Amerikaner, gerade in der heutigen Situation, schauen  
151 mit Anerkennung auf unser Gesundheitssystem: dass wir es geschafft haben, dass bei uns  
152 nach wie vor jeder Zugang zu medizinischen Leistungen hat, dass Menschen für Men-  
153 schen in diesem Gesundheitssystem eintreten und dass wir die Kosten solidarisch tragen.  
154 Auch wenn wir es nicht jeden Tag so hoch bewerten, andere tun es; das kann ich Ihnen  
155 versichern. Das ist nicht irgendetwas, wenn Sie jetzt darangehen und das Prinzip der So-  
156 lidaritat an einer, wie ich finde, ganz entscheidenden Stelle zum Kippen bringen, indem  
157 Sie das Vorhaben wahrnehmen, die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung wirk-  
158 lich einzufrieren. Was ist denn die Botschaft? Sie ist doch ganz einfach zu verstehen. Die  
159 Botschaft ist: Sie verlagern die Risiken für die weitere Zukunft einseitig auf die Versi-  
160 cherten.

161 Ob das höhere Arztehonorare sind, die Sie gerade beschlossen haben, oder steigende Arz-  
162 neimittelpreise: Sie schonen die einen und belasten die anderen. Das ist es, was ich „Aus-  
163 stieg aus der Solidarität“ nenne. Die Arbeitgeber – das habe ich heute Morgen in einer  
164 bekannten deutschen Tageszeitung gelesen – sind aus dem Schneider. Schleichend ma-  
165 chen sie sich vom Acker des Sozialstaates. Das hat kein Sozialdemokrat gesagt, das hat  
166 ein Christdemokrat gesagt. Norbert Blüm schreibt das heute in der Süddeutschen Zeitung.

167 Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Das ist ein Weg, der den sozialen Zusammen-  
168 halt gefährdet. Wir gehen auf diesem Weg nicht mit.

169 Richten Sie sich in dieser Frage auf ganz harten Widerstand ein!

170 Aber das ist nicht alles. Wenn man ein wenig weiter und genauer liest, dann kommt man  
171 noch auf einen anderen Punkt. Sie planen Entsolidarisierung nicht nur zwischen Arbeit-  
172 gebern und Versicherten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern auch im Verhältnis

173 der gesetzlichen Krankenkassen zueinander. Auch wenn das im Augenblick noch keiner  
174 so richtig gemerkt hat, – danke, Herr Fricke. – geht es im Grunde genommen darum: Sie  
175 wollen über den Gesundheitsfonds an den Finanzausgleich zwischen den armen und den  
176 reichen Krankenkassen heran. Das mag gut für Bayern sein, aber ist schlecht für den Os-  
177 ten.

178 Denn was wird die Folge sein für die strukturschwachen Regionen, und zwar nicht nur in  
179 Ostdeutschland, sondern auch in einigen Gegenden in Westdeutschland? Die Folge sind  
180 entweder irrsinnig hohe Beiträge oder aber weniger Leistung und weniger Ärzte. Das ist  
181 erkennbar nicht die Lösung, sondern das Problem. Dieses Problem schaffen Sie in dieser  
182 Regierung selbst, weil Sie die Solidarität und das Einstehen füreinander im gesetzlichen  
183 Gesundheitssystem in Deutschland nicht wirklich verstehen. So wird ruiniert, was uns in  
184 den sechs Jahrzehnten der Nachkriegszeit stark gemacht hat, sowohl was den sozialen  
185 Zusammenhalt als auch was die Demokratie in Deutschland betrifft.

186 Im Kern spreche ich über den Bereich Gesundheit, aber den Geist, den ich beschreibe und  
187 den ich kritisiere, sehe ich an verschiedenen Stellen des Koalitionsvertrages. Dieses Land  
188 wird gespalten zwischen denen, die alleine zurechtkommen, und denjenigen, die abge-  
189 hängt werden. Wir haben die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den letzten Ta-  
190 gen bei den Feierlichkeiten zur deutschen Einheit immer wieder genannt, bewertet, betont  
191 und unterstrichen. Wir haben feierlich geschworen, dass das ein Gebot der Verfassung  
192 ist. Gerade deshalb dürfen wir das nicht aufgeben, auch nicht schleichend.

193 Sie haben in dieser Koalitionsvereinbarung ein verharmlosendes Wort, ein Vernebelungs-  
194 wort gefunden. Dieses Vernebelungswort lautet – ich habe es im Koalitionsvertrag mehr-  
195 fach gefunden –: Regionalisierung. Sie wollen regionale Hebesätze bei der Erbschafts-  
196 teuer, sie wollen eine Regionalisierung bei der Krankenversicherung, und das alles am  
197 Ende mit derselben Konsequenz: Wer mehr hat, darf mehr behalten. Das ist Ihre Politik,  
198 Frau Bundeskanzlerin. Ich finde, wir finden, das ist die falsche Politik, und wir werden  
199 sie bekämpfen.

200 Ich bin mir sicher: Wir werden da nicht alleine sein, nicht in diesem Hohen Hause und  
201 auch nicht in der deutschen Öffentlichkeit insgesamt. Warum sage ich das? In den Kom-  
202 munen fehlen infolge der Wirtschaftskrise schon jetzt Steuereinnahmen in Höhe von 6

203 Milliarden Euro. Viele Kommunen – Sie hören das auch von Bürgermeistern und Ober-  
204 bürgermeistern aus Ihren Reihen – stehen schon jetzt mit dem Rücken zur Wand. Durch  
205 die Änderungen und durch die Prüfaufträge, die Sie vergeben haben, droht den Kommu-  
206 nen in Wahrheit, dass ihnen auch noch das letzte Hemd genommen wird: ohnehin weniger  
207 Einkommensteuereinnahmen, Infragestellung der Gewerbesteuer durch die Kommission,  
208 die Sie einberufen, und Wegfall des Mehrwertsteuerprivilegs für die kommunalen Unter-  
209 nehmen. Meine Damen und Herren, wenn Sie mit diesen Plänen in all den Bereichen  
210 wirklich durchkommen, dann sind die Kommunen am Ende. Wenn Sie das mir nicht glau-  
211 ben – dafür hätte ich ja noch Verständnis –, dann sollten Sie es doch der Frankfurter  
212 Oberbürgermeisterin glauben, die Ihrer Partei angehört. Sie spricht von „Demontage der  
213 kommunalen Selbstverwaltung“. Die Menschen werden das bitter zu spüren bekommen.

214 Frau Roth hat das gesagt, der Deutsche Städtetag hat das gesagt, und auch der Deutsche  
215 Städte- und Gemeindebund ist auf dieser Linie. Sie haben doch gar keine andere Wahl,  
216 wenn Sie diese Politik wirklich wahr werden lassen. Was sollen sie denn anderes tun, als  
217 das, was ihnen genommen wird, in Gebühren- und Abgabensteigerungen für die Bürger  
218 zu übersetzen?

219 Das ist das Kleingedruckte in Ihrem Koalitionsvertrag. Das ist das, was viele bisher über-  
220 sehen haben. Deshalb sage ich: Schwarz-Gelb wird am Ende eben nicht mehr Netto vom  
221 Brutto bedeuten. Sie gehen den anderen Weg, den der Abgaben- und Gebührensteigerun-  
222 gen. Ich prophezeie Ihnen: Am Ende wird es weniger Netto vom Brutto sein. Das wird  
223 Ihre Politik ergeben.

224 Das aus meiner Sicht Verheerendste zum Schluss: Sie entzweien das Land weiter. Auf  
225 der einen Seite sind diejenigen, die von ihrer Arbeit leben können, und auf der anderen  
226 Seite diejenigen, die mit Billiglöhnen abgespeist werden. Das Gegenteil ist richtig; wir  
227 wissen das doch alle. Wenn es richtig ist – ich jedenfalls glaube daran –, dass derjenige,  
228 der den ganzen Tag arbeitet, auch von seinem Lohn einigermaßen leben können muss,  
229 und dies immer noch das Grundprinzip einer Arbeitsgesellschaft ist, dann machen Sie  
230 dieses Prinzip kaputt, und zwar wieder mit einem Trick an der entscheidenden Stelle; Sie  
231 haben ihn eben vorgestellt. Sie sagen, dass Sie in Ihrer Koalition sittenwidrige Löhne  
232 ausschließen wollen. Ich sage: Was für ein Heldenmut! Das gilt schon, und das wissen  
233 alle Beteiligten hier.

234 Sittenwidrig sind nach herkömmlicher Rechtsprechung Löhne – das wissen Sie alle –, die  
235 die Tariflöhne bzw. die ortsüblichen Löhne um mehr als ein Drittel unterschreiten. Was  
236 heißt das auf gut Deutsch? Das heißt, dass Sie für Hunderttausende in dieser Republik  
237 Billiglöhne von 4 Euro festschreiben, und das als diejenigen, die in diesem Wahlkampf  
238 „Arbeit muss sich wieder lohnen“ plakatiert haben. Was ist das für ein Leistungsbegriff?

239 Ich kann fragen: „Was ist das für ein Leistungsbegriff?“, aber eigentlich müsste man fra-  
240 gen: Was ist das für ein Menschenbild? Wenn Eltern ihren Kindern sagen müssen: „Ich  
241 war zwar den ganzen Tag arbeiten, aber am Monatsende muss ich trotzdem aufs Amt“,  
242 dann ist und bleibt das entwürdigend. Das ist heute entwürdigend, und das ist die Alters-  
243 armut von morgen. Deshalb ist das der falsche Weg. Mindestlöhne sind die richtige Ant-  
244 wort, und diese Antwort verweigern Sie in der Koalitionsvereinbarung, in der Politik.

245 Schuldenpolitik im Blindflug, Schwächung der Schwachen, Stärkung der ohnehin Star-  
246 ken, Entsolidarisierung beim Gesundheitssystem, Ausspielen der Regionen gegeneinan-  
247 der, Ausbluten der Kommunen, aber eben gleichzeitig vollmundige Steuersenkungen auf  
248 Pump – Frau Merkel, Herr Westerwelle, ich glaube, Sie sind nicht das Traumpaar der  
249 deutschen Politik. Wenn das so wahr wird, dann werden Sie zum Trautänzlerpaar. Das  
250 spricht sich mittlerweile herum.

251 Frau Bundeskanzlerin, diese Regierung hat einen Koalitionsvertrag, aber sie hat keinen  
252 Plan. Da ist kein Projekt, da ist kein Anspruch, und da ist kein Ehrgeiz. Das ist das ei-  
253 gentlich Schlimme, weil unser Land – auch Sie sagen es – vor entscheidenden Jahren  
254 steht. Unser Land braucht eine Leitidee, wie Wohlstand und Arbeit in diesem neuen Jahr-  
255 zehnt entstehen können, eine Idee, welche Konsequenzen wir aus der Krise der Finanz-  
256 märkte, mittlerweile einer weltweiten Wirtschaftskrise, ziehen, wie wir die daraus entste-  
257 henden Lasten fair verteilen, wie wir die Finanzmärkte dazu bringen und zwingen, ihren  
258 Beitrag zu leisten, und vor allen Dingen wie wir verhindern, dass sich diese Krise wie-  
259 derholt. Wir brauchen eine Idee, wie wir die sozialen Gräben dieses Landes überwinden,  
260 wie wir wirkliche Chancengleichheit schaffen und wie wir im Bereich der Integration  
261 nachholen, was wir jahrzehntelang möglicherweise versäumt haben. Nur wer Antworten  
262 auf diese Fragen hat, kann ernsthaft und kraftvoll regieren. Diese Regierung – davon bin  
263 ich überzeugt – hat sie jedenfalls nicht.

264 Sie haben gesagt, Frau Bundeskanzlerin: In diesem Land steckt viel. Ja, aber das Problem  
265 ist: In dieser Regierung steckt der Wurm. Deshalb haben Sie die schönsten Tage Ihrer  
266 Regierungszeit schon hinter sich.

267 Vielen Dank.

## **Martin Schulz auf dem Bundesparteitag November 2009 (SPD): MSBP1109**

Quelle: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/2009\\_bpt\\_dresden\\_protokoll\\_.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/2009_bpt_dresden_protokoll_.pdf)

1 Liebe Genossinnen und Genossen, wir diskutieren über die notwendige Analyse der Lage der  
2 SPD nach dieser für meine Begriffe unstrittig schweren Wahniederlage. Ich möchte euch  
3 eine Frage stellen nach den Redebeiträgen, die ich gehört habe, nach der Rede von Franz,  
4 nach den vielen analytischen Beiträgen, die sicher in großer Zahl in den Analysen und Argu-  
5 menten voll zutreffend sind. Den- noch folgende an uns selbst gerichtete Frage, auch mit  
6 dem Ziel zu überlegen, ob ihr aus der Beantwortung der Frage, die ich stelle, vielleicht für  
7 euch selbst mit Blick auf die Zukunft etwas gewinnen könnt.

8 Die Sozialistische Partei Frankreichs hat in den letzten Wahlen ein anderes Programm als  
9 wir vorgelegt. Es war eine Oppositionspartei und keine Regierungspartei. Sie hat viele  
10 Forderungen, die hier auf den Tisch gelegt worden sind, als Kritik an uns und unserem  
11 Regierungshandeln als Wahlprogramm formuliert und liegt bei 17 %. Wir haben in den  
12 skandinavischen Staaten europaweit verloren. Ich bin auch Vorsitzender einer parlamenta-  
13 rischen Fraktion, die am Tag der Europawahl in ganz Europa verloren hat. Nichts gibt es zu  
14 beschönigen an dem, was wir falsch gemacht haben. Nichts gibt es daran zu bestreiten. Aber  
15 vielleicht müssen wir auch begreifen, dass die Krise der Sozialdemokratie nicht ein deut-  
16 sches Phänomen ist, sondern ein Phänomen in Gesamteuropa und dass wir uns als SPD  
17 deshalb auf den Weg machen müssen, eine Strategie zu entwickeln, weil wir die größte  
18 Mitgliedspartei der Sozialistischen Inter- nationale sind, die größte Mitgliedspartei der sozi-  
19 aldemokratischen Partei Europas sind, eine Strategie, wie die Sozialdemokratie nicht nur in  
20 Deutschland, sondern in Europa insgesamt wiederbelebt werden kann. Das ist auch eine  
21 Aufgabe dieses Parteitags.

22 Denn, Genossinnen und Genossen, ein Stück von dem, was Ottmar Schreiner hier beschrei-  
23 ben hat, kann man auch beim Namen benennen. Verteilungsgerechtigkeit herzustellen  
24 bedeutet, dass der Staat auch die Einnahmen erzielen können muss, damit er Verteilungsge-  
25 rechtigkeit garantieren kann. Ein Stück der Krise des Kapitalismus ist aber doch, und das  
26 ist einer unserer Fehler als deutsche Sozialdemokraten und als Sozialdemokraten in anderen  
27 Ländern, dass der Nationalstaat nicht mehr in der Lage ist, die Anteile so zu generieren,  
28 dass er sein eigenes Budget, seinen eigenen Haushalt so aufstellen kann, dass er die Vertei-  
29 lungsgerechtigkeit auf nationaler Ebene noch garantieren kann. Wir tun aber noch immer

30 oder schon viel zu lange so, als könnten wir es noch, obwohl wir es lange nicht mehr kön-  
31 nen.

32 Deshalb ist eine Antwort auf die Krise der Sozialdemokratie: Die Konservativen und Libe-  
33 ralen haben längst erkannt, dass die Globalisierung und Europäisierung der Finanz-  
34 marktgesetzgebung, der Wirtschaftsgesetzgebung, der Handelsgesetzgebung auf europäi-  
35 scher Ebene in ihrem Interesse ist, ihre Interessen befriedigt, die Interessen ihrer Wählerin-  
36 nen und Wähler befriedigt. Die Antwort darauf kann nicht die Renationalisierung des Sozi-  
37 alstaats sein, sondern muss die Europäisierung des Sozialsystems als Ergänzung der natio-  
38 nal vorhandenen Schutzstrukturen sein.

39 Deshalb, Genossinnen und Genossen, ist es ganz wichtig – das will ich an dieser Stelle doch  
40 mal sagen –, dass sich diese Partei dazu bekennt, dass sie regieren will. Wir sind jetzt in der  
41 Opposition, aber was heißt das denn? Die Gesetzgebung, die für die Dinge, die ich gerade  
42 angesprochen habe, notwendig ist in Europa, für die Kontrolle der Finanzmärkte, wird jetzt  
43 von Guido Westerwelle vertreten. Da hätte ich aber lieber Peer Steinbrück und Herrn Stein-  
44 meier sitzen gehabt. Das will ich deutlich sagen.

45 Deshalb, Genossinnen und Genossen, glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir klar analy-  
46 sieren, was wir bei uns falsch gemacht haben. Aber wir müssen aus der Analyse auch eine  
47 Konsequenz ziehen. Und die Konsequenz, von der ich glaube, dass wir sie ziehen müssen,  
48 lautet: Die Glaubwürdigkeit von sozialdemokratischer Politik – das hat Gernot Grum-  
49 bach, finde ich, richtig auf den Punkt gebracht – hängt davon ab, dass das Handeln der  
50 Personen und das, was sie sagen, übereinstimmen. Sagen, was man tut, und tun, was man  
51 sagt. Das ist absolut richtig.

52 Aber es hängt auch ein Stück davon ab, dass wir unseren Wählerinnen und Wählern die  
53 Grenzen dessen, was wir im Nationalen erreichen können, wirklich beschreiben, wenn  
54 sie erreicht sind, und dass wir nicht so tun, als ob man zum Beispiel eine Finanzmarktkrise  
55 durch nationale Gesetzgebung oder Parteitagsbeschlüsse bewältigen könnte. Dafür braucht  
56 man eine transnationale Politik. Wenn man das nicht schafft, Genossinnen und Genossen,  
57 dann werden wir den Sozialstaat auf Dauer nicht erhalten können. Zum Sozialstaat im nati-  
58 onalen Rahmen gehört das soziale Europa dazu.

59 Deshalb finde ich, sind die Beschlüsse, die wir als Partei in Hamburg gefasst haben, die  
60 Beschlüsse in unserem Wahlprogramm, die richtigen und richtungsweisenden. Dazu gehört

61 auch das, was Franz Müntefering gesagt hat, worüber überhaupt keiner in der Debatte  
62 geredet hat: Demokratie und Wirtschaft, Demokratie und dieser Wildwestkapitalismus  
63 schließen sich aus. Denn dieser Wildwestkapitalismus gefährdet die Demokratie – aber nicht  
64 nur national. Denn der Kapitalismus hat sich längst internationalisiert. Dann brauchen wir  
65 als Gegenmacht aber auch eine internationale Demokratie, die diesen Namen verdient. Was  
66 das im Konkreten bedeutet, das will ich euch anhand eines kleinen Beispiels zum Abschluss  
67 erläutern: Franz hat von den Boulevardpolitikern in Italien und in Frankreich gesprochen. Ja,  
68 in Frankreich wird weniger über den Abbau des Sozialstaats diskutiert als darüber, was Carla  
69 Bruni beim letzten Staatsempfang anhatte. Und in Italien haben wir eine Politik, in der eine  
70 mediale Verquickung mit den ökonomischen Interessen des Regierungschefs zum Alltag ge-  
71 hört.

72 Jetzt werdet ihr fragen: Was hat das auf dem Parteitag hier zu suchen? Deshalb komme ich  
73 zurück auf die europäische Demokratie, die der Franz angesprochen hat: Als die Kirch  
74 Media Gruppe in Deutschland pleite gegangen ist, standen ProSieben und Sat 1 zum Verkauf.  
75 Der vorletzte Bieter war die Firma des Herrn Berlusconi, Fininvest. Die haben den Zuschlag  
76 Gott sei Dank nicht bekommen. Wenn sie ihn bekommen hätten, dann würden über diesen  
77 Parteitag heute zwei dem Silvio Berlusconi gehörende Medienanstalten in Deutschland be-  
78 richten. Und ich sage euch, wie die berichten würden: so, wie es dem italienischen Premiermi-  
79 nister gefällt. Ich sage euch noch einmal: Kritik an allem, was wir richtig oder falsch gemacht  
80 haben, ja. Aber ich will in die Zukunft gerichtet schauen und mit dafür sorgen – Franz hat  
81 das zu Recht im Zusammenhang mit der europäischen Demokratie angesprochen –, dass die  
82 Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht nur Nabelschau betreibt, sondern das bleibt,  
83 was sie immer war: die Avantgarde des europäischen Sozialismus. – Vielen Dank.

84 Martin Schulz, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD hat eine neue  
85 Position geschaffen durch eine Satzungsänderung. Im Präsidium der Partei soll sich je-  
86 mand verantwortlich um die Angelegenheiten der Europäischen Union kümmern. Ich be-  
87 werbe mich um dieses Amt. Ich möchte euch drei Gründe nennen, warum ich glaube, dass  
88 dieses Amt wichtig ist.

89 Alles, was Sigmar Gabriel in seiner Rede gesagt hat, alles, was Andrea Nahles eben in  
90 ihren Ausführungen hier dargelegt hat, alles, was die Manuela Schwesig, Olaf Scholz,  
91 Hannelore Kraft und Klaus Wowereit hier vorgetragen haben, alle Fragen der Innenpo-

92 litik, die die soziale Gerechtigkeit betreffen, alle Fragen der Innenpolitik, die die Kon-  
93 trolle der Finanzmärkte berühren, alle Fragen, die die Sicherheit am Arbeitsplatz betref-  
94 fen, die Bewältigung des Klimawandels, die Arbeitnehmerrechte in multinationalen  
95 Konzernen, den Ausbau der Mitbestimmung, egal, welches Thema wir heute diskutiert  
96 haben: Es ist alles nationale Politik und zugleich europäische Politik.

97 Wenn wir nicht den europäischen Sozialstaat schaffen, dann bedroht die EU, so, wie sie  
98 heute ist, den Sozialstaat auf der nationalen Ebene. Deshalb ist es gut, dass die SPD eine  
99 Position für jemanden schafft, der sich mit der Entwicklung der EU, die in eine falsche  
100 Richtung geht, befasst. Das ist der Grund, warum ich um euer Vertrauen für diese Position  
101 bitte.

102 Zweitens, Genossinnen und Genossen. Die SPD ist eine internationale Partei! Ich will  
103 den Satz zitieren, den Sigmar Gabriel in Anlehnung an Willy Brandt und seine Regie-  
104 rungserklärung von 1969 gesagt hat: Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, nach  
105 innen und nach außen. – Ein Volk der guten Nachbarn nach außen heißt: Solidarität der  
106 reichen Staaten. Und wir sind immer noch ein reiches Land. Wir sind ein reicher Konti-  
107 nent und solidarisch mit den Regionen dieser Erde, die von Hunger, Armut und Bürger-  
108 krieg heimgesucht sind.

109 Auch das ist eine Aufgabe der EU: in der internationalen Politik nicht als globale Wirt-  
110 schaftsmacht allein, sondern vor allen Dingen als Friedensmacht aufzutreten. Für das  
111 steht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wie keine andere Partei in Europa.

112 Zum Dritten, Genossinnen und Genossen. Internationale Solidarität heißt auch: Stär-  
113 kung internationaler Institutionen. Wir haben mit dem Lissaboner Vertrag, der jetzt in  
114 Kraft tritt, die Chance, Europa ein Stück demokratischer zu machen. Dafür braucht es  
115 endlich auch Wahlerfolge. Es kann nicht sein, dass wir uns damit abfinden, dass wir die  
116 Europapolitik nicht so ernst nehmen wie die anderen Politikfelder. Ja, ich bin dafür, dass  
117 wir ein Kommunalgremium beim Parteivorstand schaffen. Ich war elf Jahre lang Bürger-  
118 meister einer rheinischen Stadt.

119 Kommunalpolitik ist wichtig, die Landespolitik ist wichtig, die Bundespolitik ist wichtig, aber  
120 wir haben am 7. Juni wieder einmal eine Europawahl verloren, weil wir bis dato keinen  
121 Beauftragten für die EU-Politik im Präsidium hatten. Das ändern wir jetzt. Vielen Dank.

122 Wir kommen jetzt zu den europapolitischen Anträgen. Dazu bitte ich Martin Schulz, sich

123 bereitzuhalten und einleitend vielleicht ein paar Sätze zu sagen. Danach haben wir eine  
124 Wortmeldung.

125 Martin Schulz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Anträge EU-1 bis  
126 12 spiegeln zu ganz großen Teilen die Debatten wieder, die wir auf dem Hamburger Par-  
127 teitag geführt haben, die wir im Zusammenhang mit dem Europawahlprogramm und mit  
128 dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl geführt haben. Vorausgesetzt, dass die Dele-  
129 gierten dieses Parteitags noch alle ziemlich genau wissen und in Erinnerung haben, was  
130 wir in Hamburg diskutiert haben, was im Europawahlprogramm steht und was im Regie-  
131 rungsprogramm gestanden hat, kann ich auf eine umfassende Einführung verzichten. Die  
132 jetzige Antragslage spiegelt im Wesentlichen den Beratungsstand und den Beschlussstand  
133 unserer Partei zur Europapolitik wider, wie er übrigens gestern in den Reden und in den  
134 Debattenbeiträgen hier zum Ausdruck gekommen ist.

135 Deshalb kann ich guten Gewissens sagen, dass das, was wir in diesem relativ über- schau-  
136 baren Bereich haben, Beratungsstand der Partei ist und den Beratungsstand aktuell wi-  
137 derspiegelt. Auf eine vertiefte Einführung glaube ich deshalb verzichten zu können.

138 Ich bin auch sicher, dass mein Kollege Axel Schäfer, von dem die Wortmeldung ist, mit  
139 mir einverstanden ist, wenn ich sage, dass wir insbesondere die Anträge EU 11 bis 13 einer  
140 besonders sorgfältigen Beratung in den dafür zuständigen Gremien unterwerfen sollten.  
141 Das ist nämlich das, was er sagen wollte. Ich hatte mich verpflichtet, euch das mitzuteilen.  
142 Er wollte dann überlegen, ob er seine Wortmeldung zurückzieht. Vielen Dank.

## **Hubertus Heil Bundestag Dezember 2009 (SPD): HHB1209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17012.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! – Ach, das ist billig, Herr Kolb. – Herr Kolb,  
2 wenn Sie sonst nichts zu lachen haben in Ihrer Koalition, ist das vielleicht ein ganz guter  
3 Anlass. Es geht hier heute um ein ernsthaftes Thema. Es geht – Frau Ministerin von der  
4 Leyen, ich freue mich, dass zumindest Sie auf der Regierungsbank sind – um die Frage,  
5 wie wir in einem Jahr, 2010/2011, in dem die Massenarbeitslosigkeit droht zu steigen, in  
6 dem viele Menschen nicht mehr Arbeitslosengeld I, sondern Arbeitslosengeld II bezie-  
7 hen, mit der Arbeitsverwaltung, der Arbeitsvermittlung in diesem Lande umgehen. Frau  
8 von der Leyen, in diesem Zusammenhang ist mir angesichts Ihres Auftritts vor der  
9 Presse am Montag nach der ASMK, nach der Arbeits- und Sozialministerkonferenz, das  
10 schöne alte Lied von Herbert Grönemeyer und den Fantastischen Vier eingefallen, in dem  
11 es heißt: Es könnte alles so einfach sein, ist es aber nicht.

12 Worum geht es? Es geht darum, dass wir Ihnen heute einen Gesetzentwurf vorschlagen,  
13 durch den erreicht werden soll, dass es in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit nicht zu ei-  
14 nem Chaos in der Arbeitsmarktpolitik zulasten von Langzeitarbeitslosen kommt.

15 Deshalb bitte ich darum, dass Sie einmal mit Ihren Landräten reden, mit den Jobcentern,  
16 mit Ihren Arbeitsministern und sich ein altes Motto von Sir Karl Popper zu Gemüte füh-  
17 ren, nämlich dass gute Politik nichts anderes ist als pragmatisches Handeln zu sittlichen  
18 Zwecken.

19 Wir präsentieren Ihnen heute einen Gesetzentwurf, der schon einmal Konsens war zwi-  
20 schen der damaligen Bundesregierung und allen Bundesländern. Er hat das Ziel, die Ver-  
21 fassung zu ändern, um Zentren für Arbeit und Grundsicherung zu schaffen. Wir wollen  
22 nicht zulassen, dass in diesen Zeiten mit Langzeitarbeitslosen Pingpong gespielt wird.  
23 Wir wollen und brauchen Hilfe aus einer Hand. Machen Sie den Weg dafür frei!

24 Das gilt auch für die Absicherung der 69 Optionskommunen. Wir sind bereit, das Grund-  
25 gesetz zu ändern, um dies zu ermöglichen. Frau von der Leyen, Sie wissen sehr gut, dass  
26 es viele verfassungsrechtliche Bedenken dagegen gibt, die Entfristung in Bezug auf die  
27 69 Optionskommunen untergesetzlich oder gesetzlich zu organisieren und nicht durch

28 eine Grundgesetzänderung. Reden Sie mit dem Deutschen Landkreistag, reden Sie mit  
29 den Landräten von SPD und CDU bzw. CSU in Deutschland darüber, welche Zunahme  
30 an Bürokratie und Kosten zulasten der Kommunen es geben würde, wenn die getrennte  
31 Aufgabenwahrnehmung, die Sie wollen, Wirklichkeit würde. Ihr Vorschlag, nicht mehr  
32 Hilfe aus einer Hand, sondern Hilfe unter einem Dach zu organisieren, funktioniert des-  
33 halb nicht, weil es in dieses Dach, auch verfassungsrechtlich, reinregnet. Deshalb kann  
34 ich nur sagen: Frau von der Leyen, kommen Sie zurück auf einen vernünftigen Weg!

35 Wir als SPD-Bundestagsfraktion werden Ihnen, wenn Sie dazu bereit sind, alle Unterstüt-  
36 zung geben, weil wir in vielen Kommunen Verantwortung tragen und auch als Oppositi-  
37 onsfraktion Verantwortung für die Menschen in diesem Land, die von Arbeitslosigkeit  
38 betroffen sind, spüren.

39 Unser Vorschlag ist dreistufig. Wir sind bereit, die Zusammenarbeit zwischen Arbeits-  
40 verwaltung und Kommunen dadurch verfassungsrechtlich abzusichern, dass wir Zentren  
41 für Arbeit und Grundsicherung organisieren. Wir sind bereit, das Optionsmodell verfas-  
42 sungsrechtlich abzusichern. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Wir sind sogar bereit, mit  
43 Ihnen über eine moderate Erhöhung der Zahl der Optionskommunen zu sprechen.

44 – Ja. Das ist ein Gesprächsangebot, das Sie bitte zur Kenntnis nehmen. Ich habe mit einer  
45 Reihe von CDU-Landräten gesprochen. Ich kenne den einstimmigen Beschluss des Nie-  
46 dersächsischen Landtages – wir kommen beide aus Niedersachsen, Frau von der Leyen –  
47 , in dem genau dies gewünscht wird: nämlich dass dafür gesorgt wird, dass es keine ge-  
48 trennte Aufgabenwahrnehmung gibt, sondern eine Zusammenarbeit im Interesse der ar-  
49 beitslosen Menschen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Die Verunsicherung der Men-  
50 schen, die in der Arbeitsvermittlung arbeiten, die Verunsicherung der in den Kommunen  
51 Tätigen und vor allen Dingen die Verunsicherung der arbeitslosen Menschen sind eine  
52 Katastrophe.

53 – Herr Kolb, danke für Ihren Zwischenruf. Ich sage Ihnen: Wir hatten schon einmal eine  
54 Lösung. Olaf Scholz hat eine Lösung organisiert, die mit allen Ländern besprochen war.  
55 Blockiert wurde sie von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Frau von der Leyen, ich  
56 wünsche Ihnen für Ihre Arbeit mehr Popper und weniger Kauder. Es geht nämlich um  
57 pragmatisches Handeln, nicht um die Ideologie der konservativen Führung der

58 CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich erinnere daran, dass Herr Rüttgers und Herr  
59 Laumann durch die Arbeit dieser CDU/CSU-Bundestagsfraktion im letzten Jahr geradezu  
60 blamiert wurden. Es gab einen Konsens, den Herr Rüttgers, Herr Beck und Herr Scholz  
61 ausgearbeitet hatten.

62 Wir machen Ihnen diesen Vorschlag in der Hoffnung, dass Sie im Januar nächsten Jahres  
63 zu Potte kommen. Ihre Eckpunkte stoßen auf keinerlei Akzeptanz. Frau von der Leyen,  
64 eines kann ich Ihnen nicht ersparen: Nachdem Sie von den Arbeits- und Sozialministern  
65 der Länder zweimal eine Klatsche bekommen haben – einmal gab es einen fast einstimmigen  
66 Beschluss, mit dem sie sich im Grundsatz dagegen aussprachen; am vergangenen  
67 Montag haben sie Anforderungen formuliert, die sich nicht mit Ihren Eckpunkten decken  
68 –, stellten Sie sich vor die Presse und sagten: Ich habe mich durchgesetzt. Alles ist in  
69 Ordnung. – Hier gilt Helmut Kohls Aussage: Die Realität ist anders als die Wirklichkeit.  
70 – Diesen Satz hat der Mann einmal gesagt, und an diesem Punkt können wir diesen Satz  
71 beweisen.

72 Ich bitte Sie ganz herzlich, nicht kleinkariert und parteitaktisch zu denken nach dem  
73 Motto: Wir wollen die Sozis nicht einbeziehen. – Wir brauchen eine Lösung, die verfas-  
74 sungsfest ist, die den Lebensrealitäten der Menschen und den Bedürfnissen der Kommu-  
75 nen entspricht. Deshalb legen wir Ihnen heute einen Gesetzentwurf vor, in dem zwei  
76 Grundgesetzänderungen vorgesehen sind. Wir wollen die Zentren für Arbeit und Grund-  
77 sicherung ein für alle Mal absichern, damit nicht am 1. Januar 2011 in Zeiten steigender  
78 Massenarbeitslosigkeit Chaos ausbricht.

79 Sie stehen jetzt in der Verantwortung. Seien Sie bei diesem Thema klüger als Herr Jung  
80 – er hatte nicht viel Zeit –, und gehen Sie einen vernünftigen Weg. Wenn man sich ver-  
81 laufen hat, ist es keine Schande, dies einzugestehen und umzukehren. Wir laden Sie herz-  
82 lich dazu ein.

83 Herzlichen Dank

Union

2009

**Norbert Barthle Bundestag Februar 2009 (CDU/CSU):NBB0209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16206.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige De-  
2 batte ist ein schönes Beispiel dafür, dass mancher Gesetzentwurf von der Realität einge-  
3 holt wird. Der vorliegende Gesetzentwurf stammt vom 4. Juli 2007. Die erste Lesung war  
4 am 20. September 2007, also zu einer Zeit, da die Welt noch ganz anders aussah. Zu  
5 diesem Thema hat die Kollegin Merkel schon das Notwendige gesagt.

6 Die Lage des Bundeshaushalts hat sich im Verhältnis zu den damaligen unhaltbaren Zu-  
7 ständen – Rot-Grün regierte noch – deutlich verbessert: Wir haben die Nettoneuverschul-  
8 dung zurückgeführt. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts war wirklich greifbar nahe.

9 Jetzt, im Frühjahr 2009, hat sich die Situation grundlegend verändert. Wir erleben haut-  
10 nah, dass die Rede vom „globalen Dorf“ uns alle trifft. Wenn in New York eine Bank  
11 pleitegeht, dann gibt es in Deutschland Entlassungen, und in China bricht die Produktion  
12 ein.

13 Auch deshalb hat die Bundesregierung, gestützt von den meisten in diesem Hause ver-  
14 sammelten Kolleginnen und Kollegen, sehr viel Geld in die Hand genommen – die  
15 Grundlage dafür haben wir mit unserem heute früh gefassten Beschluss gelegt –, damit  
16 unsere Bürgerinnen und Bürger aus dieser Krise wieder herauskommen. Wir von der  
17 Union sind davon überzeugt: Dieses Konjunktur- und Investitionsprogramm ist im  
18 Grunde die einzig verantwortbare Alternative. Es gibt keine Möglichkeiten, sich zurück-  
19 zulehnen und zuzuschauen. Man muss selbst tätig werden. Das hat nicht nur der Sachver-  
20 ständigenrat bestätigt, sondern auch die Anhörung, die wir im Haushaltsausschuss am  
21 Montag dieser Woche durchgeführt haben.

22 Deshalb rate ich all den schlaun Kritikern, die schon jetzt von der Unwirksamkeit dieser  
23 Maßnahmen überzeugt sind: Habt doch etwas Geduld! Lasst die Maßnahmen erst einmal  
24 wirken! erinnert euch daran, dass wir für diese globale Krise – wie seinerzeit für die  
25 deutsche Wiedervereinigung – keine Blaupause haben, dass wir sozusagen auf Sicht fah-

26 ren! Lasst deshalb das Beckmesser! Lasst die Polemik weg! Tragt zur Lösung der Prob-  
27 leme bei! Werdet eurer staatsbürgerlichen Verantwortung gerecht! Dann ist uns allen ge-  
28 holfen.

29 Ich habe schon erwähnt: Die Krise zwingt uns, viel Geld in die Hand zu nehmen, neue  
30 Schulden zu machen. Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Wir haben es ein Stück  
31 weit der soliden Arbeit dieser Großen Koalition in den vergangenen drei Jahren zu ver-  
32 danken, dass wir jetzt überhaupt in der Lage sind, so zu handeln.

33 Wo stünden wir, wenn wir diesen Prozess nicht durchlaufen hätten? Man muss auch fest-  
34 stellen: Im Vergleich zu anderen Ländern der Eurozone stehen wir jetzt viel besser da.  
35 Damit haben wir die Chance, besser aus dieser Krise herauszukommen.

36 Den Abgeordnetenkollegen von den Grünen rate ich an dieser Stelle zu etwas mehr De-  
37 mut. Kollege Bonde, als Sie an der Regierung beteiligt waren, war die Haushaltsdisziplin  
38 nämlich weit von den Ansprüchen entfernt, die aus dem von Ihnen eingebrachten Gesetz-  
39 entwurf resultieren und die Sie heute aufstellen. Auch daran muss man erinnern.

40 Jetzt befinden wir uns in einer Krise. Wegen oder vielleicht sogar trotz dieser Krise hat  
41 sich die Große Koalition vorgenommen, eine Schuldenbremse einzuführen. Über eines  
42 sind wir uns einig – da hat Kollege Fricke recht –: Der bisherige Art. 115 Grundgesetz  
43 wirkt nicht. Zu oft wurde die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festge-  
44 stellt. Dieser Ausweg war allzu leicht gangbar. Nur deshalb konnte es geschehen, dass  
45 wir jetzt einen Schuldenberg von 1,5 Billionen Euro aufgetürmt haben.

46 Ich will an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, unserem haushaltspolitischen Sprecher,  
47 Steffen Kampeter, und unserem Fraktionsvorsitzenden, Volker Kauder, ein großes Lob  
48 auszusprechen. In den Beratungen zu diesem Konjunkturpaket wurde ein klarer geistiger  
49 Zusammenhang zwischen dem Konjunkturpaket und dem Aufnehmen einer Schulden-  
50 bremse ins Grundgesetz hergestellt. Das war richtig; das war sinnvoll; das war gut. Das  
51 hat dabei geholfen, dass wir die Schuldenbremse jetzt bekommen.

52 Ich bin auch der Auffassung, dass das Zeitfenster für diese Schuldenbremse immer noch  
53 offen ist und die Voraussetzungen gut sind; denn wir hatten im vergangenen Jahr gesamt-

54 staatlich gesehen einen ausgeglichenen Haushalt und haben auch eine gute politische Ge-  
55 samtconstellation: die Große Koalition im Bund und die entsprechenden Mehrheitsver-  
56 hältnisse im Bundesrat. All das sind Argumente, die dafür sprechen, die Gunst der Stunde  
57 zu nutzen.

58 Ich will an dieser Stelle meinem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther  
59 Oettinger und unserem Kollegen Peter Struck für die bisher in dieser Kommission geleis-  
60 tete Arbeit danken. Nebenbei bemerkt: Günther Oettinger hat auch die Kommissionsmit-  
61 glieder von der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen gelobt und ihnen dafür gedankt,  
62 dass sie nicht als Bremser, sondern als treibende Kräfte gewirkt haben. Ich schließe mich  
63 dem an.

64 Die Botschaft ist klar und eindeutig: Wir machen zwar neue Schulden, aber gleichzeitig  
65 führen wir strenge Regeln ein, gemäß denen in der Zukunft feste Rückzahlungsverpflich-  
66 tungen vorgesehen sind. Damit wird das ungebremste Schuldenwachstum der vergange-  
67 nen Jahre beendet. Das stellt, wie der Kollege Fromme richtig gesagt hat, einen Paradig-  
68 menwechsel in der politischen Landschaft dieser Republik dar. Auf diesen Paradigmen-  
69 wechsel können wir, wie ich glaube, ein Stück weit stolz sein.

70 Lassen Sie mich noch eine weitere kleine Anmerkung als Baden-Württemberger machen:  
71 Aus Sicht der Geberländer wäre es, kurzfristig betrachtet, kein Schaden gewesen, wenn  
72 die Kommission zu keinem Ergebnis gekommen wäre; denn diese hätten weiterhin keine  
73 Schulden gemacht, hätten keine Solidaritätsverpflichtungen übernommen, und die ande-  
74 ren Länder hätten weiter Schulden machen können.

75 Längerfristig betrachtet fiele uns das natürlich auf die Füße. Das wissen alle. Das wissen  
76 Gott sei Dank auch die Geberländer. Deshalb waren die Geberländer bereit, sich im Rah-  
77 men dieser Föderalismuskommission dazu zu verpflichten, sich solidarisch mit den Emp-  
78 fängerländern, die überschuldet sind, zu zeigen, für diese einzustehen und ihnen entspre-  
79 chend zu helfen. Das halte ich für ein gutes Signal in dieser schwierigen Zeit. Auch das  
80 muss einmal gesagt werden.

81 Lassen Sie mich mit der Anmerkung schließen, dass damit für uns Haushälter die Arbeit  
82 noch lange nicht zu Ende ist. Wir haben innerhalb des Haushaltsrechts noch viel zu re-  
83 geln. Es wird um die Frage doppische Haushaltsführung oder Kameralistik gehen, die

84 Definition des Investitionsbegriffes wird uns beschäftigen und Weiteres mehr. Wir sind  
85 da aber guter Dinge.

86 Jetzt bleibt nur noch eines zu sagen: Wir empfehlen die Ablehnung des vorliegenden Ge-  
87 setzentwurfes. Danke.

**Julia Klöckner Bundestag Februar 2009 (CDU/CSU): JKB0209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16206.pdf>

1 Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Verbraucherschutzministerin, liebe Ursula Heinen  
2 – Herr Müller war auch gerade da –, ich bedanke mich bei Ihnen und beim Ministerium  
3 für Verbraucherschutz sehr herzlich; denn Ihnen ist das Handeln wichtiger als Ankündi-  
4 gungen. Ich bin sehr dankbar, dass Frau Aigner heute in die Zukunft geblickt hat. Der  
5 Verbraucherschutzbericht, der uns vor liegt und den wir alle lesen können, zeigt den Sta-  
6 tus quo, den wir erreicht haben.

7 Frau Maisch, Sie haben eben gesagt, dieser Bericht sei ein Ladenhüter. Ich weiß, dass  
8 Ihre Partei, speziell Frau Künast, sehr viel Wert auf mediale Aufarbeitung und die Ver-  
9 marktung von Ideen in Zusammenarbeit mit vielen Agenturen gelegt hat. Aber letztlich  
10 ist mit der grünen Taube auf dem Dach dem Verbraucher nicht geholfen. Wichtig ist, was  
11 herauskommt.

12 „Umwege sind auch Wege.“ Was meinen Sie, von wem dieses Zitat ist? Es ist von Ihrer  
13 ehemaligen Verbraucherschutzministerin, Frau Künast. Sie ist zu viele Umwege gegang-  
14 en und deshalb nicht angekommen.

15 Frau Maisch, man hat Ihnen angemerkt, dass es Ihnen ein wenig schwergefallen ist, hier  
16 eine kritische Rede zu halten. Das liegt natürlich daran, dass die Fahrgastrechte in der  
17 Zeit von Frau Künast ein Problem waren, dass die Telefonwerbung in der Zeit von Frau  
18 Künast ein Problem war, dass der Datenschutz in der Zeit von Frau Künast ein Problem  
19 war, dass die Verbraucherinformation in der Zeit von Frau Künast ein Problem war.

20 Für all diese Probleme gab es nie eine Lösung. Ein Gesetzentwurf zur Verbraucherinfor-  
21 mation ist noch nicht einmal in den Bundestag gekommen.

22 Wir als CDU/CSU-Fraktion haben mit unserem Koalitionspartner ein Verbraucherinfor-  
23 mationsgesetz auf den Weg gebracht mit der Maßgabe, es nach zwei Jahren zu evaluieren.  
24 Niemand kann schließlich voraussagen, ob etwas erfolgreich implementiert wird. Wir ha-  
25 ben ein Gesetz mit einem Rechtsanspruch auf Zugang zu Informationen für die Bürgerin-  
26 nen und Bürger verabschiedet. Wir haben zum Beispiel die Frist zur Beantwortung einer  
27 Anfrage im Gegensatz zu dem Entwurf von Frau Künast, in dem zwei Monate vorgesehen

28 waren, halbiert. Ein anderes Beispiel ist die Ausnahme bei Rechtsverstößen. Die Mög-  
29 lichkeit, bei Rechtsverstößen Auskünfte zu erhalten, haben wir durchgesetzt. Dazu hatte  
30 Frau Künast in ihrem Gesetzentwurf keinerlei Regelungen vorgesehen. Frau Künast hatte  
31 damals vor, die Auskunft bei Daten über Rechtsverstöße kostenpflichtig zu machen. Wir  
32 haben durchgesetzt, dass diese Auskunft kostenfrei ist. – Frau Künast hatte noch nicht  
33 einmal einen Gesetzentwurf in das Parlament eingebracht.

34 Jetzt können Sie natürlich sagen: Wir wünschen uns die 100-Prozent-Regelung. Den Ver-  
35 braucherinnen und Verbrauchern ist aber nicht geholfen, wenn sie wissen, was Sie als  
36 Politiker gerne machen würden, aber letztlich keinerlei rechtliche Handhabe erhalten.

37 Ich bin etwas enttäuscht, dass Sie, Herr Kollege Goldmann, sagten, der Verbraucherpoli-  
38 tische Bericht 2008 zeige, dass wir leider überhaupt nichts erreicht hätten. Wir haben  
39 mehr Transparenz im Telekommunikationsbereich erreicht. – Sie zucken mit den Schul-  
40 tern, aber für viele junge Leute ist das sehr viel wert; denn im Telekommunikationsbe-  
41 reich sind viele junge Leute bei den Angaben von Abos – Stichwort: Klingeltöne – in  
42 Fallen hineingerutscht.

43 Wir haben jetzt mehr Transparenz und bessere Regelungen. Es gibt zum Beispiel mehr  
44 Beratung und Transparenz für Versicherte. Wir haben an Versicherungsvermittler ganz  
45 hohe Standards angelegt. So müssen sie einen Berufsnachweis erbringen und eine Be-  
46 rufshaftpflicht vorweisen. All das sind Dinge, die die Verbraucherinnen und Verbraucher  
47 aktuell spüren.

48 Ich erinnere auch an die sogenannten Roamingpreise. Es handelt sich dabei um die Aus-  
49 landstarife für Handygespräche. Der Wirtschaftsminister und der Verbraucherschutzmi-  
50 nister haben sich zusammengesetzt und auf europäischer Ebene Verbesserungen für die  
51 Verbraucherinnen und Verbraucher durchgesetzt. Letztlich zählt doch das, was bei den  
52 Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommt; nicht Ankündigungen zählen, sondern  
53 das Handeln.

54 Dass wir mit der Bundesregierung besser fahren als mit irgendwelchen schönen Vorschlä-  
55 gen von der linken Seite, der grünen Seite oder der FDP-Seite, sehen wir daran, dass wir  
56 in diesem Jahr auf die Zielgerade kommen. Ich nenne die Telefonwerbung. – Sie lachen,  
57 Frau Maisch.

58 Wir haben über Telefonwerbung schon debattiert, als wir noch in der Opposition waren  
59 und Sie die Verbraucherschutzministerin, Frau Künast, gestellt haben. Damals gab es  
60 noch nicht einmal einen Gesetzentwurf, über den man beraten konnte. Wir sind jetzt so  
61 weit, dass wir zum Beispiel die Widerspruchsfristen erweitern. Bei der Telefonwerbung  
62 gibt es in der Tat das Problem, dass gerade älteren Leuten, die überhaupt nicht angerufen  
63 werden wollen, ein Vertrag untergeschoben wird, zu dem sie niemals ihre Zustimmung  
64 erteilt haben. Das ist bei Lotterieverträgen so, und das ist beispielsweise bei Verträgen  
65 über Zeitschriftenabonnements so.

66 Das hätte man auch schon damals ändern können. Das Problem hätte man schon zu der  
67 Zeit, als Frau Künast Verbraucherschutzministerin war, lösen können. Uns geht es jetzt  
68 darum, eine Widerrufsfrist festzusetzen. Das wird einige Verbesserungen bringen. Wir  
69 werden ein Bußgeld einführen, wir werden die Rufnummerunterdrückung untersagen und  
70 vieles weitere mehr.

71 Es gibt ein Problem in der Verbraucherpolitik. Verbraucherpolitik ist eine Herausforde-  
72 rung für alle Bereiche, sie ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb schlagen wir als Union  
73 vor, es dem Bürger etwas einfacher zu machen, damit er weiß, wie er sich informieren  
74 kann. Wir wollen ein Verbrauchertelefon mit einer zentralen Telefonnummer einführen,  
75 das eine Lotsenfunktion wahrnimmt. Das ist der Punkt. Letztlich ersetzen Verbote nicht  
76 den Verstand.

77 Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger befähigen, selbst aktive Teilnehmer am Markt  
78 zu sein. Es wird auf Dauer nichts produziert, was nicht von den Bürgerinnen und Bürgern  
79 gekauft und abgenommen wird. Ich möchte die Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot  
80 holen und danach fragen, welche Verantwortung letztlich jeder Einzelne übernimmt.

81 Wer für 13 Euro vom Flughafen Hahn nach Berlin fliegt, um dann gegen Lohndumping  
82 am Brandenburger Tor zu demonstrieren, der hat beim Rechnen nicht aufgepasst. Wir  
83 alle sitzen in einem Boot. Wenn wir bewusst konsumieren, bewusst einkaufen und den  
84 Bürger in der Schule bilden – es ist uns wichtig, dass wir Verbraucherbildung als Quer-  
85 schnittsaufgabe in den Schulen verankern –, dann sehe ich eine große Chance, dass die  
86 Politik, die die Bundesregierung vorantreibt, nämlich ein Miteinander und kein Gegenei-  
87 nander der Beteiligten in der Wirtschaft zu unterstützen, Erfolg hat.

88 Herr Goldmann, erst einmal danke für Ihre Frage. – Im Bericht steht einiges. Wenn Sie  
89 ihn durchlesen, erkennen Sie, was die Verbraucherinnen und Verbraucher für sich selbst  
90 an Neuerungen verbuchen können.

91 Zu Ihrer Anmerkung, dass die Ministerin das nicht erwähnt hat: Sie hatte zehn Minuten  
92 Redezeit. Wenn Sie dem zustimmen würden, dass sie 30 Minuten Redezeit bekommt,  
93 hätte sie viel mehr ansprechen können.

94 Jetzt komme ich auf Ihre Frage zu sprechen, wie wir dieses Vorhaben umsetzen wollen.  
95 Zum einen sind die Verbraucherzentralen wichtig.

96 Wir danken den Verbraucherzentralen für die schnelle Arbeit. Ich danke auch der Bun-  
97 desregierung für die Bereitstellung der Mittel, wodurch diese Beratungsleistung über-  
98 haupt erst erbracht werden konnte.

99 Zum anderen stellt sich jetzt die Frage, Herr Goldmann: Sollen nicht diejenigen, die zu  
100 diesem Beratungsnotstand beigetragen haben – das sind zum Beispiel die Banken –, eine  
101 anbieterunabhängige Beratung freiwillig mitfinanzieren? Dann können sich die Bürge-  
102 rinnen und Bürger informieren, ohne dass der Informant eine vorgefertigte Meinung hat,  
103 weil er nur eines will, nämlich sein Produkt verkaufen, und verschweigt, dass er dafür  
104 Provision bekommt.

105 Das Verbrauchertelefon ist anders angedacht: Es soll eine einzige Nummer haben und  
106 eine Lotsenfunktion erfüllen. Wenn sich jemand zum Beispiel an Behörden wenden  
107 möchte oder weiter informieren möchte, dann kann er diese Nummer anrufen. Sehr hilf-  
108 reich ist da die Stiftung Warentest. Herr Goldmann, wir müssen also komplex denken.

109 Es hilft wenig, einmal eine Forderung aufzustellen und das Erreichte kleinzureden. Nicht  
110 umsonst bekomme ich als Verbraucherbeauftragter viele Schreiben von Verbraucherin-  
111 nen und Verbrauchern, in denen sie sich dafür bedanken, dass sich die Bundesregierung  
112 letztlich um ihre Anliegen kümmert. – Am besten rufen Sie in meinem Büro an. Ich habe  
113 gute Leute; wir können Ihnen immer helfen. Herr Goldmann, Ihnen kann geholfen wer-  
114 den. Ganz so schlimm sieht es ja noch nicht aus.

115 Ich möchte mit dem Hinweis schließen, dass wir das Thema Fahrgastrechte aufgreifen  
116 werden. In diesem Zusammenhang muss ich das Thema „halbe Stunde“ aufgreifen. Ich

117 selbst bin davon überzeugt, dass der Verbraucher ab einer halben Stunde Verspätung eine  
118 Entschädigung bekommen muss; denn er tritt in Vorleistung. Er zahlt für ein Ticket, und  
119 dann wird eine nur mangelhafte Leistung erbracht. Das ist so, als ob er einen Liter Milch  
120 kauft, die Packung aber nur 750 Milliliter enthält. Wenn das so ist, kann man nicht ver-  
121 langen, dass der Verbraucher den kompletten Preis zahlt.

122 Genauso wie die Verbraucherschutzministerkonferenz hätten wir als Union dies gern  
123 durchgesetzt. Leider geht das nur, wenn die nötige Mehrheit vorhanden ist. Das heißt,  
124 unser Koalitionspartner muss zustimmen. Ich darf darauf hinweisen, Herr Goldmann: Die  
125 FDP-Wirtschafts- und –Verkehrspolitiker in den Ländern sagen etwas anderes.

126 Insofern bin ich froh, wenn wir eines erreichen: eine Verbesserung für die Verbrauche-  
127 rinnen und Verbraucher bei der Entschädigung; letztlich sollten sie einen Anspruch auf  
128 Erstattung der Taxi- und Übernachtungskosten haben und einen anderen, höherwertigen  
129 Zug benutzen können. Das – nicht die Ankündigung – ist es, was für die Verbraucherin-  
130 nen und Verbraucher zählt. Ich danke allen, die einen Beitrag dazu leisten, dass die Bür-  
131 gerinnen und Bürger souverän werden können und auf gleicher Augenhöhe mit denen  
132 stehen, die etwas anbieten.

133 Herzlichen Dank.

**Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg Bundestag Februar 2009: KTGB0209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16206.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Westerwelle, ich  
2 danke Ihnen zunächst sehr für die Glückwünsche. Die Rede hätte uns gefallen, wenn sie  
3 denn schlüssig gewesen wäre. Sie war es leider nicht.

4 Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe das Amt des Bundeswirtschaftsminis-  
5 ters in einer Wirtschaftskrise übernommen, wie sie das vereinte Deutschland noch nie  
6 erlebt hat, und zwar angesichts der Geschwindigkeit, in der sie uns ereilt hat, angesichts  
7 der Gleichzeitigkeit, aber auch angesichts der Breite, wie sie global eingetreten ist, und  
8 auch angesichts der Folgen für unsere Konjunktur.

9 Wir befinden uns in einer Wirtschaftskrise, in einer sehr harten Wirtschaftskrise, aber  
10 nicht in einer Systemkrise, wie dies in diesen Tagen gern behauptet wird.

11 – Gerade von Ihnen. – Unser gewachsenes und unser Zukunftssystem – nicht für Sie, aber  
12 für uns – ist und bleibt die soziale Marktwirtschaft. Mit der sozialen Marktwirtschaft –  
13 und nicht mit Zwischenrufen dieser Qualität – ist unser Land nach dem Zweiten Welt-  
14 krieg aus Schutt und Asche zu einer der weltweit führenden Wirtschaftsnationen aufge-  
15 stiegen. Es ist bedrückend zu sehen, wie viele – auch von jenen, die sich ihr verhaftet  
16 fühlen – heute mit leichter Hand inflationär das Wort „soziale Marktwirtschaft“ im  
17 Munde führen, es aber leider kaum noch erklären können und – was so wichtig ist in  
18 dieser Zeit – sie auch nicht mehr verteidigen können.

19 Diese ordnungspolitischen Leitplanken der sozialen Marktwirtschaft dürfen in der Situa-  
20 tion, in der wir uns gerade befinden, nicht panisch abgerissen werden.

21 Sie dürfen eingeengt werden. Sie müssen möglicherweise in Teilen eingeengt, vielleicht  
22 auch in Teilen erweitert werden. Es ist sicherlich auch richtig, dass wir in dieser äußerst  
23 schwierigen Lage nicht allein und isoliert auf die Selbstheilungskräfte des Marktes ver-  
24 trauen können.

25 Aber der Grundsatz bleibt richtig, dass der Staat lediglich den Ordnungsrahmen setzt, den  
26 Wettbewerb garantiert und nur dann eingreift, wenn Marktversagen vorliegt. Deswegen

27 sind angesichts der Krise richtige Maßnahmen getroffen worden: die Finanzmarktstabilisierung im Oktober letzten Jahres, das Konjunkturpaket I im November letzten Jahres  
28 und das zweite Konjunkturpaket, das wir heute hier debattieren.  
29

30 Bei allem Kritteln, das wir heute auch schon gehört haben: Noch nie wurde so schnell, so  
31 konsequent und so entschlossen auf eine Krise reagiert. Ludwig Erhard ist dieser Tage  
32 viel bemüht worden. Auch er hätte in einer solchen Situation wahrscheinlich zu knapsen  
33 gehabt. Das steht außer Frage. Aber die Leitlinie bleibt richtig, was das Verhältnis zwischen  
34 Staat und Markt anbelangt. Auch er hätte sich wahrscheinlich keinen Nachwächterstaat  
35 gewünscht.

36 Mein ausdrücklicher Dank gilt in dieser Phase – da die beschlossenen Maßnahmen meines  
37 Erachtens Wirkung zeigen werden – meinem Amtsvorgänger Michael Glos. Ich  
38 glaube, er hat sich ebenso entschlossen, beherzt und mit viel Tatkraft auch für dieses  
39 Paket, aber vor allem für dieses Land eingesetzt. Auch mir ist unbegreiflich, mit welchem  
40 Stil, mit welcher Kollegialität manche mit einem umgehen, der sich wirklich um dieses  
41 Land verdient gemacht hat. – Frau Künast, Sie sollten das nicht einfach nur in diesem  
42 Sinne aufgreifen.

43 In einer Krise werden gezwungenermaßen Grenzen überschritten. In meinem Grundverständnis  
44 waren Konjunkturprogramme bislang auch Grenzen. Die Staatsverschuldung steigt. Auch  
45 wird eine Insolvenz als reinigender Mechanismus bei Banken bereits außer Kraft gesetzt.  
46 Staatsbeteiligungen bei Banken haben eingesetzt. Selbst Enteignung wird gelegentlich  
47 mit allzu rasselnd lauter Stimme ernsthaft diskutiert.

48 Allerdings ist all das trotz allem keine Kurzschlusshandlung oder der bereits eingetrübte  
49 wirtschaftspolitische Kompass, sondern wir tun es für die Menschen in unserem Lande,  
50 die erwarten dürfen, dass ein Gemeinwesen seine grundlegenden Aufgaben erfüllt, gerade  
51 dann, wenn die Selbstheilungskräfte des Marktes nicht greifen.

52 Wer müsste sich dann den Fragen stellen, wenn plötzlich kein Geld mehr aus dem Geldautomaten  
53 käme? Wer müsste sich dann den Fragen stellen, wenn die Gaslieferungen ausblieben?  
54 Wer müsste sich den Fragen stellen, wenn plötzlich die Mülleimer aufgrund kommunaler  
55 Zahlungsunfähigkeit nicht mehr geleert würden? Ja, es wurden Grenzen überschritten.  
56 Aber wir müssen sie überschreiten, weil sich einige am Marktsystem auch

57 versündigt haben. – Es ist interessant, zu sehen, welches Lächeln von der Linken an dieser  
58 Stelle kommt.

59 Versündigt haben sich staatliche Institutionen in anderen Ländern, die den Geldhahn viel  
60 zu weit aufgedreht haben, um eben einmal ein Wachstumsstrohfeuer zu entfachen, aber  
61 ebenso einige zutiefst unverantwortliche Manager in Finanzinstituten, die nur um des  
62 schicken, gierigen Profits willen das Vertrauen der Menschen missbraucht und erschüttert  
63 haben.

64 Hierbei sind die Verantwortungsübernahme und das Handeln in meinen Augen noch nicht  
65 wirklich in Kongruenz gebracht. Grenzen müssen aber auch wieder zurückgezogen wer-  
66 den. Wir haben sie überschritten, müssen sie aber in Teilen wieder zurückführen, weil zu  
67 viel Staatsnachfrage private Initiative und private Investitionen behindert, weil jeder Ein-  
68 griff in den Wettbewerb Folgeeingriffe erzwingt; einige sehen wir derzeit.

69 Deswegen muss der Rahmen der sozialen Marktwirtschaft bleiben. Wer dies in einer Ext-  
70 remlage, in einer Notsituation, in der wir uns befinden, selbstgefällig, grundsätzlich und  
71 dauerhaft infrage stellt, der riskiert in meinen Augen die Fundamente und die Zukunft  
72 unseres Landes.

73 Was ist weiterhin zu tun? Wir haben konsequent Märkte und Leistungsanreize zu stärken.  
74 Wir haben ebenso konsequent den Arbeitsmarkt nicht durch weitere Regulierungen zu  
75 strangulieren. Wir haben den Wettbewerb auf den Energiemärkten weiter zu fördern.

76 Verehrter Kollege Westerwelle, das von Ihnen angesprochene Thema ist nicht vom Tisch.  
77 Jetzt spricht nicht der Generalsekretär der CSU, sondern ein überzeugter Bundeswirt-  
78 schaftsminister. Möglichkeiten für Steuersenkungen, auch für eine Steuerstrukturreform,  
79 gehören in meinen Augen in die Planung für die nächste Legislaturperiode, und zwar über  
80 das hinausgehend, was im Konjunkturpaket II dargestellt wurde; das ist richtig.

81 Wir werden uns mühen und bemühen müssen. Wir werden uns in diesen Tagen auch  
82 bemühen müssen, dass wir über die Ausnahme einer „Ultissima Ratio“ hinaus nicht zu  
83 leichtfertig mit dem Begriff Enteignung umgehen.

84 Ein Wort zum 100-Milliarden-Euro-Programm, das in der Verantwortung meines Hauses  
85 liegt, zum Wirtschaftsfonds Deutschland. Hier muss der Fokus klar sein. Ein eindeutiger

86 Schwerpunkt liegt bei diesem Programm auf langfristig erhaltenswerten Firmen, die un-  
87 verschuldet durch die Krise gefährdet sind. Ja, es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen  
88 – das ist für uns ein entscheidender Maßstab –, aber es geht nicht um den Erhalt um jeden  
89 Preis, vor allem nicht um den Preis der Gefährdung von Arbeitsplätzen an anderen Orten  
90 und in anderen Firmen.

91 Das wäre der falsche Ansatz.

92 Es geht auch darum, wenn wir ein solches Programm auflegen, mit dem Geld der Steuer-  
93 zahler verantwortlich umzugehen. Diese Verantwortung müssen wir wahrnehmen. Über  
94 den nationalen Rahmen hinaus gilt es die jeweiligen Programme und Aktionen auf euro-  
95 päischer und internationaler Ebene abzustimmen. Gestatten Sie mir folgende Anmerkung:  
96 Der Begriff Freihandel ist weder eine Phrase noch ein Schimpfwort, sondern eine Not-  
97 wendigkeit. Dafür dürfen wir eintreten.

98 Das Gleiche gilt für den fairen Wettbewerb mit Blick auf das, was bereits zum Protekti-  
99 onismus gesagt wurde. Unsere Maßnahmen kosten fraglos sehr viel Geld. Deswegen dür-  
100 fen wir die nachfolgenden Generationen nicht aus den Augen verlieren. Deswegen ist es  
101 richtig, dass eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert wird.

102 Wir wollen insgesamt stärker aus dieser Krise hervorgehen, als wir hineingeraten sind.

103 Diese Chance haben wir, und diese Chance sollten wir nutzen. Wir sollten dieses Paket  
104 auch nutzen, um den Menschen in unserem Lande wieder Mut zu machen. Das bedeutet  
105 aber, dass wir Mut weitergeben und nicht jedes Detail über Wochen und Monate hinweg  
106 diskutieren. Dieses Land braucht diesen Mut und ein Stück Zuversicht. Dieses Land  
107 braucht die vermittelte Nachricht, dass wir uns nicht über Wochen und Monate hinweg  
108 um die Einzelheiten streiten, sondern dass wir gemeinsam bereit sind, den Menschen die  
109 Zuversicht, die dieses Land in Ausnahmesituationen immer wieder ausgezeichnet hat, zu  
110 geben. Die Menschen in diesem Land haben in Ausnahmesituationen immer wieder Au-  
111 ßergewöhnliches geleistet. Das sollten wir durch eigenes Handeln unterstützen.

112 Deswegen sollten wir zuversichtlich an diese Aufgabe herangehen, das Haupt nicht nei-  
113 gen, sondern hoch erhobenen Hauptes mit gesundem Selbstbewusstsein ohne Hochmut,  
114 aber erfahren in der Bewältigung von Krisen, mit dem entsprechenden Eigenmut, mit

115 Zuversicht und mit klaren Linien, die die Bundesregierung aufgezeigt hat, in dieses Jahr  
116 blicken. Ich glaube, das können wir. Wir müssen nicht in Sack und Asche gehen, sondern  
117 wir haben ein Konzept, das über das Jahr hinaus trägt. Herzlichen Dank.

## Ilse Aigner Bundestag Februar 2009: IAB0209

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16206.pdf>

1 Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Da-  
2 men und Herren! Wir beraten heute den Verbraucherpolitischen Bericht 2008, der alle  
3 etwa 80 Millionen Einwohner, Bürgerinnen und Bürger, Verbraucherinnen und Verbrau-  
4 cher der Bundesrepublik Deutschland betrifft. In diesem Bericht ist dokumentiert, was in  
5 den letzten Jahren dieser Regierungsperiode verbraucherpolitisch stattgefunden hat. Ich  
6 denke beispielsweise an die Charta „Verbrauchersouveränität in der digitalen Welt“, den  
7 Aktionsplan zu Allergien, den Aktionsplan für gesunde Ernährung und mehr Bewegung,  
8 die Verbesserung der Lebensmittelüberwachung und das Datenschutzgesetz.

9 Viele Vorhaben sind abgeschlossen, viele wurden auf den Weg gebracht und sind bei den  
10 Fraktionen in guten Händen. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie wurden – das wissen  
11 Sie – vor meiner Amtszeit gestartet. Deswegen befindet sich das Bild meines Vorgängers  
12 in diesem Bericht.

13 Lassen Sie mich deshalb einen Blick in die Zukunft werfen. Sie wollen schließlich wis-  
14 sen, wie es weitergeht. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass mein Leitbild der  
15 mündige Verbraucher ist. Das hat oberste Priorität.

16 Wir setzen auf Markttransparenz und Information. Das führt zu mehr Flexibilität und zu  
17 mehr Selbstbestimmung. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen in allen Lebensberei-  
18 chen und zu jeder Zeit in der Lage sein, ihre eigenen, persönlichen Entscheidungen nach  
19 bestem Wissen und Gewissen zu treffen. Sie müssen mit den Unternehmen auf Augenhö-  
20 höhe agieren. Nur dann haben sie wirklich faire Marktchancen.

21 Die unglaublichen Vorkommnisse im Zusammenhang mit Finanzberatungen haben uns  
22 eines gezeigt: Es gibt noch immer Konstellationen, in denen sich Verbraucher und Wirt-  
23 schaft nicht auf Augenhöhe gegenüberstehen.

24 Zu undurchsichtig sind die vermeintlichen Empfehlungen mancher Finanzberater. Fach-  
25 leute sprechen hier von einer asymmetrischen Information. Aber auch in anderen Bran-  
26 chen wurden Verbraucher Opfer von unlauterem Wettbewerb und Datenmissbrauch. An

27 dieser Stelle ist die Verbraucherpolitik gefordert. Ich verstehe mich als Anwalt aller Ver-  
28 braucherinnen und Verbraucher. – Anwältin. Danke schön, Herr Koppelin, das ist korrekt.

29 – So viel Zeit muss sein; da haben Sie recht.

30 Wir haben bereits viele Felder im Blick, in denen wir in nächster Zeit Maßnahmen um-  
31 setzen werden: der Schutz der persönlichen Daten, der Schutz vor unerlaubter Telefon-  
32 werbung, die Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, die Stärkung der Fahrgastrechte  
33 und auch die Qualitätsmerkmale von Pflegeheimen. Diese Liste könnte man fortsetzen.  
34 Ich will mich jetzt in erster Linie auf einen Punkt konzentrieren, der nicht unwesentlich  
35 mit der Debatte, die wir vorhin geführt haben, und mit den gerade stattgefundenen Ab-  
36 stimmungen im Zusammenhang steht.

37 Die globale Finanzkrise hat auch Deutschland massiv getroffen. Sie stellt uns vor beson-  
38 dere Herausforderungen. Es ist deshalb dringende Aufgabe des Staates, die negativen  
39 Auswirkungen, wo immer es geht, einzudämmen. Deshalb haben wir einen Rettungs-  
40 schirm über die Banken gespannt. Es geht hier aber nicht nur um die Banken, sondern in  
41 erster Linie auch um die Verbraucherinnen und Verbraucher. – So ist es.

42 Der Kollege Karl-Theodor zu Guttenberg hat es heute in seiner Rede angesprochen. Was  
43 hilft es den Verbraucherinnen und Verbrauchern, wenn die Wirtschaft, wenn die Banken  
44 zusammenbrechen? Deshalb ist dieser Rettungsschirm für die Verbraucherinnen und Ver-  
45 braucher existenziell wichtig.

46 Zusätzlich hat unsere Bundeskanzlerin eine Garantieerklärung für die privaten Sparein-  
47 lagen abgegeben. Haben Sie sich einmal vorgestellt, wie die Stimmung bei den Verbrau-  
48 cherinnen und Verbrauchern gewesen wäre, wenn dies nicht geschehen wäre?

49 Das war ein ganz wichtiges Signal. Es zeigt ihnen: Wir nehmen eure Sorgen und Nöte  
50 ernst. Wir stehen hinter euch.

51 Die Finanzkrise ist trotzdem bei den Menschen angekommen. Viele haben Geld verloren.  
52 Ende letzten Jahres hatten wir eine Telefonhotline geschaltet. Über 140 000 Anrufer hat-  
53 ten uns innerhalb weniger Wochen um Hilfe gebeten. Das zeigt die Brisanz. Viele Ein-

54 zelschicksale stecken dahinter. Ich habe aufgrund des Gutachtens über die Finanzmarkt-  
55 beratung, das wir kurz vor Weihnachten veröffentlicht haben, viele Zuschriften bekom-  
56 men. Das alles sind Einzelschicksale.

57 Es geht zum Beispiel um ein älteres Ehepaar. Sie haben ihr gesamtes Geld für die Alters-  
58 vorsorge angelegt. – So viel Zeit muss sein; da haben Sie recht.

59 Wir haben bereits viele Felder im Blick, in denen wir in nächster Zeit Maßnahmen um-  
60 setzen werden: der Schutz der persönlichen Daten, der Schutz vor unerlaubter Telefon-  
61 werbung, die Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, die Stärkung der Fahrgastrechte  
62 und auch die Qualitätsmerkmale von Pflegeheimen. Diese Liste könnte man fortsetzen.  
63 Ich will mich jetzt in erster Linie auf einen Punkt konzentrieren, der nicht unwesentlich  
64 mit der Debatte, die wir vorhin geführt haben, und mit den gerade stattgefundenen Ab-  
65 stimmungen im Zusammenhang steht.

66 Die globale Finanzkrise hat auch Deutschland massiv getroffen. Sie stellt uns vor beson-  
67 dere Herausforderungen. Es ist deshalb dringende Aufgabe des Staates, die negativen  
68 Auswirkungen, wo immer es geht, einzudämmen. Deshalb haben wir einen Rettungss-  
69 schirm über die Banken gespannt. Es geht hier aber nicht nur um die Banken, sondern in  
70 erster Linie auch um die Verbraucherinnen und Verbraucher. – So ist es.

71 Der Kollege Karl-Theodor zu Guttenberg hat es heute in seiner Rede angesprochen. Was  
72 hilft es den Verbraucherinnen und Verbrauchern, wenn die Wirtschaft, wenn die Banken  
73 zusammenbrechen? Deshalb ist dieser Rettungsschirm für die Verbraucherinnen und Ver-  
74 braucher existenziell wichtig.

75 Zusätzlich hat unsere Bundeskanzlerin eine Garantieerklärung für die privaten Sparein-  
76 lagen abgegeben. Haben Sie sich einmal vorgestellt, wie die Stimmung bei den Verbrau-  
77 cherinnen und Verbrauchern gewesen wäre, wenn dies nicht geschehen wäre?

78 Das war ein ganz wichtiges Signal. Es zeigt ihnen: Wir nehmen eure Sorgen und Nöte  
79 ernst. Wir stehen hinter euch. Die Finanzkrise ist trotzdem bei den Menschen angekom-  
80 men. Viele haben Geld verloren. Ende letzten Jahres hatten wir eine Telefonhotline ge-  
81 schaltet. Über 140 000 Anrufer hatten uns innerhalb weniger Wochen um Hilfe gebeten.  
82 Das zeigt die Brisanz. Viele Einzelschicksale stecken dahinter. Ich habe aufgrund des

83 Gutachtens über die Finanzmarktberatung, das wir kurz vor Weihnachten veröffentlicht  
84 haben, viele Zuschriften bekommen. Das alles sind Einzelschicksale.

85 Es geht zum Beispiel um ein älteres Ehepaar. Sie haben ihr gesamtes Geld für die Alters-  
86 vorsorge angelegt. Leider sind sie so beraten worden, dass sie ihr Geld in Lehman-Zerti-  
87 fikaten angelegt haben. Als sie die Berater angerufen haben, wurde abgewiegelt. Die  
88 Quintessenz: Sie haben alles verloren.

89 Ich bekam auch einen Brief von einer 80-jährigen Dame, die schilderte, dass sie in der  
90 Bank mehrfach darauf hingewiesen hat, dass sie ein Sparbuch möchte und bewusst auf  
91 eine in Aussicht gestellte Rendite verzichtet. Trotzdem wurde ihr geraten, sie solle sich  
92 auf andere Anlageformen konzentrieren. Es wurde ihr einiges vorgelegt, das sie dann  
93 auch unterschrieben hat. Noch schlimmer ist: Sie konnte es fast nicht mehr lesen; vier  
94 Wochen später hatte sie eine Augenoperation. Das geht unter die Haut.

95 Hier geht es nicht um irgendetwas, hier geht es um die Zukunft. Bei uns in Deutschland  
96 muss jeder, der Mittel gegen Kopfschmerzen verkauft, eine bestandene Prüfung nachwei-  
97 sen. Wenn es aber um die Zukunftsinvestitionen geht, gibt es leider sehr unterschiedliche  
98 Qualitätsmerkmale. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir in diesem Bereich ei-  
99 nige Themen schwerpunktmäßig anpacken.

100 Ich will Ihnen nur ein paar Stichworte nennen. Es geht erstens um die Frage der Qualifi-  
101 kation; diese habe ich bereits angesprochen. Zweitens geht es um die Fragen: Ist ein Ver-  
102 braucher in der Lage, auf Augenhöhe mit dem Berater zu kommunizieren? Weiß er, was  
103 er fragen soll? Wird ihm etwas vorgelegt, das er vielleicht gar nicht versteht?

104 Ich denke, es ist wichtig, dass wir jetzt geeignete Maßnahmen ergreifen. Das tun wir auch.  
105 Schon in der nächsten Woche wird im Kabinett darüber beraten, dass jedem Kunden ein  
106 Protokoll ausgehändigt werden soll, in dem festgehalten ist, was der Berater gesagt hat.  
107 So kann der Kunde in Zukunft im Zweifelsfall nachweisen, wie er beraten worden ist.  
108 Diese Regelung soll von längeren Verjährungsfristen flankiert werden. Damit werden wir  
109 meines Erachtens einen großen Schritt in die richtige Richtung machen. Dieses Vorhaben,  
110 das, wie gesagt, schon in der nächsten Woche im Kabinett beraten wird, ist ein richtiger  
111 Ansatzpunkt, um dieses Thema anzugehen.

112 In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Situation der Mitarbeiter hinweisen.  
113 – Ja, das gilt auch für die Mitarbeiterinnen. Sie haben völlig recht. Ich bitte um Nachsicht.  
114 – In einem Zeitungsartikel vom heutigen Tage ist zu lesen, dass sich viele Mitarbeiterin-  
115 nen und Mitarbeiter sogar dopen, weil sie sich unter Druck gesetzt fühlen. Ich will die  
116 Situation aber nicht dramatisieren.

117 Man muss prüfen, ob die Anreizsysteme immer geeignet sind, ob die Belange der Kunden  
118 im Vordergrund stehen oder ob vielleicht andere Umstände stärker in den Vordergrund  
119 treten sollten.

120 Das Anreizsystem müssen wir also dringend hinterfragen. Auch wenn es noch viele of-  
121 fene Fragen gibt, möchte ich mich beim Ausschuss bedanken. Er hat bereits eine Anhö-  
122 rung zu diesem Thema durchgeführt. Auch wenn Frau Höfken gerade leider nicht hier ist,  
123 möchte ich darauf hinweisen, dass mein Haus am 10. März dieses Jahres eine große Ta-  
124 gung zu diesem Thema veranstalten wird. Sie alle sind herzlich eingeladen, daran teilzu-  
125 nehmen.

126 Sehr geehrte Damen und Herren, ob Vertrauen vorhanden ist, hängt in besonderem Maße  
127 davon ab, ob die Menschen mit Zuversicht in die Zukunft blicken und wieder investieren.  
128 Das ist ein essenzieller Aspekt. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch  
129 der Wirtschaftsstandort Deutschland, den wir im Interesse der Verbraucherinnen und  
130 Verbraucher stärken müssen.

131 Nachdem ich mich doch etwas länger beim Finanzmarkt aufgehalten habe, möchte ich  
132 nun noch ein paar Ausführungen zu anderen Themen, die mir wichtig sind und die teil-  
133 weise bereits auf unserer Tagesordnung stehen oder demnächst beraten werden, machen.

134 Zur Nährwertkennzeichnung nur so viel: Ich habe einen runden Tisch einberufen, um  
135 mich mit allen Argumenten im Detail beschäftigen zu können. Auf europäischer Ebene  
136 werde ich mich für das „1 plus 4“-Modell und für die Einführung einer verpflichtenden  
137 prozentualen Angabe der Nährwerte einsetzen; die Wirtschaft will diese Regelung nicht,  
138 aber ich will sie. Außerdem unterstütze ich alle Bemühungen, die zum Ziel haben, für  
139 eine bessere visuelle Darstellung zu sorgen.

140 Dafür bitte ich Sie um Unterstützung. Bis diese verpflichtenden Regelungen auf europä-  
141 ischer Ebene getroffen worden sind, können wir in Deutschland keine verpflichtenden  
142 Regelungen einführen. Momentan gibt es nur freiwillige Lösungen. Diese sind nur mit  
143 der Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft möglich.

144 Sehr geehrte Damen und Herren, ich werde im Interesse der Verbraucherinnen und Ver-  
145 braucher für eine transparente, nachvollziehbare und aussagekräftige Lösung kämpfen.  
146 Auch dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

147 Herzlichen Dank.

**Dr. Annette Schavan Bundestag Februar 2009 (CDU/CSU): ASB0209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16206.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Soziale  
2 Marktwirtschaft und Wohlstand für alle bedeuten heute, dass wir alles tun müssen, um  
3 allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe zu ermöglichen. Weil Wohlstand für alle heute  
4 Teilnahmechancen für alle bedeutet, ist unser Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von  
5 Beschäftigung und Stabilität in Deutschland mit unserer Überzeugung verbunden, dass  
6 es Investitionen in Bildung und Forschung sind, die Chancen für die Zukunft eröffnen.  
7 Sie tragen – Herr Kuhn hat eben die Frage gestellt: Was bedeutet Stärkung von sozialer  
8 Marktwirtschaft heute? – zu Weiterentwicklung und Erneuerung bei. Wohlstand für alle  
9 bedeutet heute Bildung für alle.

10 Dieser Gesetzentwurf – Herr Sellerling hat sich vor allem auf das Investitionsprogramm  
11 konzentriert, auch ich will das tun – macht deutlich, dass wir gerade jetzt dazu beitragen  
12 wollen, dass Deutschland nach der Überwindung dieser wirtschaftlich schwierigen Lage  
13 moderner, innovativer und zukunftsfähiger sein wird. Deshalb ist das Herzstück des In-  
14 vestitionsprogramms eine beispiellose Investition in Bildung und Forschung. Dafür stel-  
15 len Bund und Länder in den Jahren 2009 und 2010 über 11 Milliarden Euro zur Verfü-  
16 gung. Das ist das größte Investitionsprogramm für Bildung, das es je in Deutschland ge-  
17 geben hat.

18 Durch die Finanzmittel stützen wir das heimische Handwerk und den Handel, sichern  
19 Arbeitsplätze und erhöhen die Steuereinnahmen. Unser Grundsatz lautet: Wenn schon  
20 neue Schulden aufgenommen werden, dann sollen die Gelder vorrangig für solche Auf-  
21 gaben ausgegeben werden, die der kommenden Generation unmittelbar zugute kommen.  
22 Damit sind die Sanierung und die Modernisierung von Gebäuden sowie die neue techni-  
23 sche Ausstattung von Kindertagesstätten, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, Hoch-  
24 schulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbunden. Sie sind jetzt mög-  
25 lich. Dies ist nicht nur eine Investition in Beton, sondern auch eine Investition in die Mo-  
26 dernisierung der Infrastruktur für Bildung und Forschung. Das ist das Herzstück.

27 Jetzt sind die Modernisierung von Chemielaboren und Physikräumen in den Schulen, die  
28 dringend notwendige Investition in IT-Ausstattung in unseren Bildungseinrichtungen, die

29 Erneuerung von Fachräumen in beruflichen Schulzentren, die Verbesserung von Räum-  
30 lichkeiten in den Volkshochschulen und anderen Weiterbildungseinrichtungen kommu-  
31 naler und gemeinnütziger Trägerschaft möglich. Ausdrücklich nenne ich auch die Schu-  
32 len und sonstigen Bildungseinrichtungen freier Träger in Deutschland, die von diesem  
33 Programm profitieren werden.

34 Und – wir haben schon mehrfach darüber gesprochen, auch im Ausschuss –: Der erheb-  
35 liche Sanierungsbedarf in den Forschungsmuseen kann ebenso angegangen werden wie  
36 dringend notwendige Campussanierungen der Helmholtz-Zentren bis hin zum Konzept  
37 „Green Campus“. Den Fraunhofer-Instituten wird es möglich sein, Erweiterungsbauten  
38 durchzuführen und neue Kooperationen mit der Wirtschaft einzugehen, etwa im Bereich  
39 der Bauphysik oder der therapeutischen Medizintechnik. Das sichert technologische Vor-  
40 sprünge. Das sichert Arbeitsplätze.

41 Meine Damen und Herren, von den Bundesinvestitionen in Höhe von 4 Milliarden Euro  
42 stehen bis zu 500 Millionen Euro für die energetische Sanierung zur Verfügung. Damit  
43 leisten wir einen positiven, maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz.

44 Schließlich – auch das möchte ich betonen – hat die deutsche Automobilindustrie jetzt  
45 die einmalige Chance, den Einstieg in die Elektromobilität zu schaffen; das ist ein wich-  
46 tiger Baustein des Investitionsprogramms, über den der Haushaltsausschuss noch weitere  
47 Informationen bekommen wird. Wir wollen die anwendungsorientierte Forschung im Be-  
48 reich der Mobilität fördern, um die Marktfähigkeit alternativer Antriebstechnologien zu  
49 beschleunigen. Das ist ein klassisches Beispiel für das, worüber wir in den letzten Wo-  
50 chen mehrfach gesprochen haben. Neben allen Debatten über Steuersenkungen ist auch  
51 die Debatte über die Frage wichtig: Welche Schritte sind jetzt die richtigen, um zentralen  
52 Branchen, die in Schwierigkeiten geraten sind, Zukunftschancen zu eröffnen? Das ist In-  
53 novationsförderung – auch die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bun-  
54 destages sind an diesem Thema interessiert, weshalb sie sich hier näher informieren las-  
55 sen.

56 Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, dafür Sorge zu tragen bzw. die Voraussetzungen dafür zu  
57 schaffen, dass Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität wird. Deshalb ist es wich-  
58 tig, diese Möglichkeiten zu schaffen.

59 Ich nenne auch den Ansatz der Forschungsförderung im Bereich des Mittelstandes.  
60 Hierzu gab es konkurrierende Ideen. Es gab den Vorschlag meines Hauses – ich persön-  
61 lich halte ihn für sehr wichtig –, jetzt in steuerliche Anreize für Forschung und Entwick-  
62 lung einzusteigen.

63 Wir haben allerdings vereinbart, zunächst einen anderen Weg zu gehen. Die Ergebnisse  
64 müssen genau überprüft werden. Generell gilt aber: In einer wirtschaftlich schwierigen  
65 Lage müssen in den Bereichen Anreize geschaffen werden, in denen wir Innovationen  
66 fördern, in denen Chancen für die Zukunft eröffnet werden und in denen Raum für die  
67 Umsetzung neuer Ideen bei Forschung und Entwicklung geschaffen wird.

68 Meine Damen und Herren, das Investitionsprogramm für Bildung und Forschung – ich  
69 wiederhole: es hat ein Volumen von mehr als 11 Milliarden Euro – löst gemeinsam mit  
70 dem Hochschulpaket, der Exzellenzinitiative, dem Pakt für Forschung und Innovation,  
71 dem Ganztagschulprogramm, der Qualifizierungsinitiative und der Hightech-Strategie –  
72 dies sind die Elemente unseres Zukunftsprogramms in dieser Legislaturperiode – eine  
73 große Dynamik am Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland aus. Diese Dynamik  
74 am Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland ist die Voraussetzung dafür, dass trotz  
75 der schwierigen wirtschaftlichen Situation Brücken in die Zukunft gebaut werden kön-  
76 nen.

77 Mit dem Investitionspakt von Bund und Ländern muss und wird ein Qualitätspakt einher-  
78 gehen, wie wir ihn beim Bildungsgipfel in Dresden vereinbart haben. Denn es ist richtig:  
79 Die Bildungsinfrastruktur ist das eine, die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems  
80 ist das andere. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Medaille. Jetzt ist der richtige  
81 Zeitpunkt für neue Ideen, für bessere Bildung, für mehr Durchlässigkeit im Bildungssys-  
82 tem und für die Internationalisierung unseres Wissenschafts- und Forschungssystems.  
83 Deshalb danke ich den Regierungsfractionen ausdrücklich dafür, dass aus der Idee „100  
84 000 Euro für jede Schule“ ein so überzeugendes und vielfältiges Investitionsprogramm  
85 für Bildung und Forschung geworden ist. Ich bin davon überzeugt, dass Deutschland mit  
86 diesem Investitionsprogramm stärker und attraktiver wird.

87 Vielen Dank.

**Dr. Wolfgang Schäuble Bundestag Juli 2009 (CDU/CSU): WSB0709**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16230.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In vielen Beiträgen der Debatte, die wir  
2 heute gegen Ende der Legislaturperiode führen, wurde auf die große gesellschaftliche  
3 Bedeutung hingewiesen, die der Sport in unserem Land und für unser Land hat. Dazu  
4 trägt ganz sicher auch bei, dass wir in dieser Familie des Sportausschusses – denn das ist  
5 er schon ein wenig, wie wir gestern beim 40-jährigen Jubiläum gesehen haben – bei allen  
6 Unterschieden ein hohes Maß an Gemeinsamkeit in dieser grundsätzlichen Frage haben.  
7 Dafür möchte ich mich als der innerhalb der Regierung Zuständige ausdrücklich zum  
8 Ende dieser Legislaturperiode bedanken.

9 Es ist viel zu den Werten, die der Sport vermittelt, und zu dem, was der Sport für die  
10 Gesundheit der Menschen, angefangen vom Kindesalter bis ins Seniorenalter, bedeutet,  
11 gesagt worden. Wir haben große Fortschritte erzielt und haben – auch wenn wir weiter  
12 daran arbeiten müssen – den Sport für Menschen in allen Sonderbereichen, insbesondere  
13 für Behinderte, wesentlich vorangebracht. Ich finde, dass das Parlament nicht nur im  
14 Laufe dieser Legislaturperiode einen großen Beitrag dazu geleistet hat.

15 Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, welche große integrierende Kraft der Sport  
16 über alle sozialen Schichten und alle Gruppen der Bevölkerung hinweg hat. Das gilt auch  
17 für Menschen, deren Vorfahren bzw. Eltern aus anderen Teilen der Welt zu uns gekom-  
18 men sind. Es gibt in der Breite kaum ein besseres Instrument. Ich bleibe voller Dankbar-  
19 keit für das, was der Sport für unser Land und für uns alle leistet, auch wenn Sie, Herr  
20 Kollege Hermann, das als Schwärmen bezeichnen. Ich habe noch in Erinnerung, was alles  
21 vor dem Sommermärchen öffentlich befürchtet wurde und welche Äußerungen es gab.  
22 Selbst wenn es mit zwei Straßenfußballern ein Problem gegeben hat, war es am Ende  
23 doch so, dass, gemessen an dem, was vorher geredet wurde, die Wirklichkeit in unserem  
24 Land von aller Welt so gesehen worden ist, wie sie ist, und nicht so, wie sie manche  
25 Miesmacher immer wieder falsch darstellen.

26 Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden – Kollege Schulz hat es zuletzt noch einmal  
27 getan – und das gehört mit zu dem ganz Großartigen, was der Sport in unserem Lande  
28 und für unsere Gesellschaft leistet: nämlich auf die ehrenamtliche Organisation des Sports

29 – auf die Freiheit im Sport, die sich gerade auch in der Freiheit und Eigenverantwortung  
30 der autonomen Sportorganisationen ausdrückt.

31 Das Prinzip des Freiwilligen, des Ehrenamtlichen kann überhaupt nicht hoch genug als  
32 Voraussetzung für den Zusammenhalt einer freiheitlich verfassten Gesellschaft einge-  
33 schätzt werden. Auch dies leistet der Sport in einer ganz außergewöhnlichen Weise. Des-  
34 wegen müssen wir die Autonomie und die Eigenverantwortung des Sports wieder und  
35 wieder schützen und achten.

36 Wir dürfen auch nicht glauben, wir wüssten alles besser und könnten alles, weil wir es  
37 doch so gut meinen. Vielleicht sind wir manchmal in der Gefahr, es zu gut zu meinen und  
38 deshalb die Autonomie des Sportes eher einzuschränken. Deswegen müssen wir unsere  
39 Verantwortung wieder und wieder einschränken.

40 Herr Kollege Parr, in aller Verbundenheit zu Ihrer letzten sportpolitischen Rede in diesem  
41 Hohen Hause bin ich bezüglich der Regeln ein bisschen anderer Meinung als Sie. Ich  
42 meine schon, dass wir Regeln brauchen. – Dann habe ich Sie falsch verstanden. – Jede  
43 Freiheitsordnung lebt davon, dass sie Regeln hat. Diese Regeln müssen eingehalten wer-  
44 den, und irgendjemand muss dafür sorgen, dass sie eingehalten werden. Sonst zerstört  
45 sich jede freiheitliche Ordnung selbst. Das haben wir bei den Finanzmärkten gesehen, das  
46 werden wir – dies sage ich Ihnen voraus – im Internet erleben, und das erleben wir beim  
47 Sport mit dem Doping.

48 Frau Kollegin Freitag, an dieser Stelle dürfen wir nicht aufhören. Das wird uns übrigens  
49 lange begleiten. Es betrifft ja gar nicht spezifisch den Sport. Wir Menschen neigen dazu,  
50 durch Übertreibung, durch Überspitzung das Großartige, das wir haben, immer auch zu  
51 zerstören. Deswegen ist die eigentliche Frage – hier sind wir nicht einer Meinung –: Kann  
52 der Staat alle diese Fragen wirklich lösen, oder ist es nicht besser, wenn er sich ein Stück  
53 weit auf das zurückzieht, was er kann, auch im Sinne von Subsidiarität, und diejenigen  
54 unterstützt, die näher dran sind, wenn er sich also für die Eigenverantwortung und Auto-  
55 nomie des Sports einsetzt?

56 – Deswegen müssen wir es richtig kombinieren. – Wir unterstützen ja den Sport im  
57 Kampf gegen Doping. Das ist völlig unstrittig. Wir haben die Mittel für die NADA und  
58 für die Forschung gegen Doping erhöht. Dies muss auch weitergehen. Aber wir dürfen

59 nicht den Fehler machen, dass wir der Gesellschaft gewissermaßen die Illusion vermit-  
60 teln: Der Staat kümmert sich, jetzt haben wir ein Strafgesetz und damit ist sie ihre Ver-  
61 antwortung los. – Das wäre genau das Falsche. Nein, wir brauchen beides.

62 Sprechen Sie einmal mit Juristen und anderen, die mit Strafrecht zu tun haben, darüber,  
63 warum die Funktion des Strafrechts begrenzt sein muss, damit wir nicht ein zentrales  
64 Merkmal unserer abendländischen Freiheitsgeschichte aufgeben. Ich bin lange genug in  
65 meinem Leben Jurist, um festzustellen, dass es eine Illusion ist, zu glauben, allein das  
66 Strafrecht und die staatlichen Strafverfolgungsbehörden könnten das Dopingproblem lö-  
67 sen. Das geht in die falsche Richtung.

68 Ich bin dankbar, dass der Kollege Ramsauer seine Ministerin in dieser Frage völlig un-  
69 terstützt. Mit den gesetzlichen Regelungen und den staatlichen Mitteln, bis hin zum Bun-  
70 deskriminalamt, unterstützen wir die Bekämpfung von Doping und der damit verbunde-  
71 nen kriminellen Organisationen. Wahr ist, dass nicht alle Sportler nur Opfer sind. Wir  
72 sollten bei mancher auf die Vergangenheit gerichteten Debatte ein bisschen darauf achten  
73 – das habe ich gestern anlässlich des Jubiläums des Sportausschusses schon gesagt –, dass  
74 es nicht zu neuen Verletzungen zwischen Ost und West in unserem so lange geteilten und  
75 doch seit schon 20 Jahren wiedervereinigten Land kommt. Keiner hat einen Grund dafür,  
76 nur auf den anderen zu zeigen. Wir haben schließlich gesehen, dass es Doping im gesam-  
77 ten Land gibt.

78 – Das sage ich schon seit langem; das glauben Sie gar nicht. Sie haben vielleicht nicht  
79 immer so genau zugehört, wie auch ich Ihnen vielleicht nicht immer so genau zugehört  
80 habe. Ich sage es aber trotzdem. Besser man sagt es heute, als gar nicht. Es ist jedenfalls  
81 wichtig.

82 Ich warne nur vor der Illusion, zu glauben, dass wir das Problem allein durch strafrecht-  
83 liche und gesetzgeberische Lösungen bewältigen können. Nein, wir müssen die autonome  
84 Organisation des Sports weiterhin stützen. Ich glaube, dass in den letzten Jahren die Ein-  
85 sicht gewachsen ist – auch in den internationalen Sportorganisationen –, dass Doping eine  
86 der großen Bedrohungen für den internationalen Sport geworden ist.

87 Ich möchte eine weitere Bemerkung machen, die mir wichtig ist. Viele Menschen sind  
88 zwar ungeheuer fasziniert von Spitzenleistungen im Sport. – Meist wird in diesem Zu-  
89 sammenhang vom Fußball gesprochen; auch ich bin ein großer Fußballanhänger. Nach-  
90 dem Tommy Haas das Halbfinale von Wimbledon erreicht hat, wird vielleicht auch der  
91 Tennissport wieder mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen. – Aber wir sollten die Breite  
92 des Sports, die vielen Sportarten nicht aus dem Blick verlieren.

93 Wir sollten ebenfalls anerkennen, welch große Beiträge der autonome Sport leistet, um  
94 den Zusammenhalt der Gesellschaft zu erhalten, und welch große Erfolge er dabei erzielt.  
95 Wir sollten alles dafür tun – auch kartellrechtlich und europarechtlich –, dass die Auto-  
96 nomie des Sports gestärkt und nicht geschwächt wird. Ansonsten werden wir am Ende  
97 unter den Gesichtspunkten Markt und Wettbewerb nur noch einen hoch kommerzialisier-  
98 ten Spitzensport mit ein paar Millionären haben, während der andere Sport Not leidet.  
99 Das ist nicht der Sport, den wir wollen. Deswegen müssen wir ihn stärken.

100 Vor diesem Hintergrund ist es besser, wir verstehen unsere Verantwortung im Sinne von  
101 Subsidiarität. Dies gilt übrigens nicht allein für den Bund, sondern auch für die Länder  
102 und Kommunen. Im Rahmen der Ordnung des Grundgesetzes leisten Länder und Kom-  
103 munen viel mehr für den Sport als der Bund. Dieser hat, von Spezialbereichen und der  
104 Förderung des Spitzensports auf nationaler Ebene abgesehen, keine umfassenden Zustän-  
105 digkeiten; auch das muss man sagen.

106 Ich komme zu meiner letzten Bemerkung. Herr Kollege Schulz, wir sollten uns aufgrund  
107 der mit einer besonders klagefreudigen Bevölkerungsschicht gemachten Erfahrungen –  
108 nicht nur in Berlin, aber speziell in Berlin – für die nächste Legislaturperiode gemeinsam  
109 vornehmen, darauf zu achten und zu erreichen, dass wir im Hinblick auf imissionsrecht-  
110 liche Aspekte – welche Gesetze das auch immer sind – den Sport und vor allem Einrich-  
111 tungen, die für Kinder vorgesehen sind, stärker privilegieren. Es muss klar sein, dass  
112 Lärm in diesem Zusammenhang keine Nachbarschaftsbeeinträchtigung ist. Die  
113 schlimmste Nachbarschaftsbeeinträchtigung wäre, wenn es keinen Sport, keine Sportstät-  
114 ten und keine Kinder mehr in unserem Land gäbe.

115 Herzlichen Dank

**Dr. Angela Merkel Bundestag Juli 2009 (CDU/CSU): AMB0709**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16230.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der diesjährige G-8-Gipfel in L'Aquila  
2 findet in der nächsten Woche statt und steht im Zeichen der größten globalen Wirtschafts-  
3 krise der Nachkriegsgeschichte. Die Weltwirtschaft wird in diesem Jahr nach OECD-  
4 Schätzungen um 2,2 Prozent schrumpfen und der Welthandel um sage und schreibe 16  
5 Prozent ein 40 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts hängen am Export – ist davon be-  
6 sonders betroffen. Unser Exportüberschuss wird in diesem Jahr schätzungsweise um über  
7 100 Milliarden Euro zurückgehen.

8 Die Krise hat viele Regierungen zu außergewöhnlichen Maßnahmen gezwungen. Auch  
9 die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben entschlossen ge-  
10 handelt: mit umfangreichen Maßnahmenpaketen zur Stabilisierung des Bankensektors –  
11 erst gestern haben wir einen wichtigen Schritt zur Schaffung der sogenannten Bad Banks  
12 unternommen – und mit Konjunkturpaketen in einer historisch einmaligen Größenord-  
13 nung von über 80 Milliarden Euro. Berücksichtigt man auch die Wirkung der automati-  
14 schen Stabilisatoren, so gehört Deutschland weltweit zu den Ländern, die die stärksten  
15 konjunkturellen Impulse gesetzt haben. Dies hat sich auch in den Statistiken des IWF  
16 niedergeschlagen. Wir können wirklich sagen, dass wir unseren Beitrag zur Bekämpfung  
17 dieser Krise leisten.

18 Wir haben im internationalen Rahmen eine klare Verpflichtung für eine neue Finanz-  
19 marktverfassung auf den Weg gebracht. All diese Maßnahmen haben wir natürlich in  
20 enger Abstimmung mit unseren wichtigsten Partnern durchgesetzt.

21 Die G 8 sind einmal in einer Krise entstanden. Die wichtigsten Industrieländer haben sich  
22 zusammengeschlossen, um ein Forum zu schaffen, auf dem über die Zukunft der Welt-  
23 wirtschaft gesprochen werden kann. Der Gipfel in L'Aquila wird deutlich machen, dass  
24 das G-8-Format nicht mehr ausreicht. Wir werden dort sozusagen einen Vorbereitungstag  
25 als G 8 haben und dann an den beiden anderen Tagen mit den sogenannten G 5 – den  
26 Schwellenländern Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika – sprechen, uns im  
27 Kreis der wichtigsten Wirtschaften treffen, um über den Klimaschutz zu sprechen, und  
28 afrikanische Länder einladen, um mit ihnen über die Zukunft des Kontinents zu reden.

29 Man sieht: Die Welt wächst zusammen. Die Probleme, vor denen wir stehen, können von  
30 den Industriestaaten nicht mehr allein gelöst werden.

31 Auf dem Gipfel werden wir uns mit der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise  
32 beschäftigen. Die Gipfel von Washington und London im G-20-Format waren erste wich-  
33 tige Schritte in diese Richtung. Jetzt geht es darum, diese Maßnahmen auch umzusetzen.  
34 Wir beobachten – der Bundesfinanzminister hat schon darauf hingewiesen –, dass die  
35 Banken in dem Moment, wo sie eine gewisse Erholung spüren, sofort Abwehrreflexe ge-  
36 gen die Durchsetzung weiterer Regulierung zeigen. Ich sage: Wir werden – dazu gibt es  
37 hier einen breiten Konsens – darauf beharren, dass wir wirklich eine neue Verfassung für  
38 die internationalen Finanzmärkte bekommen, damit sich eine solche Krise nie wiederholt.

39 Als wir während unserer G-8-Präsidentschaft den G-8-Gipfel in Heiligendamm ausge-  
40 richtet haben, habenbrechen. Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft – zur Er-  
41 innerung: wir die bittere Erfahrung gemacht, dass keinerlei Bereitschaft dazu da war, eine  
42 Regulierung der Finanzmärkte, zum Beispiel bei den Hedgefonds, durchzusetzen. Keine  
43 zwei Jahre später – im Grunde ein Jahr später; da fing das alles in massiver Weise an –  
44 hat sich herausgestellt, dass dies ein großer Fehler war. Wir können uns deshalb auch  
45 nach der Schaffung einer neuen Finanzmarktverfassung kein Erlahmen der Anstrengun-  
46 gen und keine Rückkehr zu „Business as usual“ leisten.

47 Ich bin der tiefen Überzeugung, dass wir die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft welt-  
48 weit verankern müssen; denn es geht nicht nur um eine Regulierung einzelner Produkte  
49 und um eine bessere Aufsicht, sondern es geht um die grundsätzliche Herangehensweise.  
50 Es geht um die Frage, was die Aufgabe des Staates ist. In der sozialen Marktwirtschaft  
51 ist die Aufgabe des Staates, Hüter der sozialen Ordnung zu sein, Hüter der gesellschaft-  
52 lichen Ordnung zu sein. Genau dies muss umgesetzt werden. Das geht nicht mehr in ei-  
53 nem Land allein, das geht nicht mehr in der Europäischen Union allein, das muss inter-  
54 national geschehen, und dem darf sich keiner entziehen.

55 Wir werden manchmal dafür gescholten, dass wir dies immer wieder in den Mittelpunkt  
56 stellen. Ich will an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass die Entwicklung der  
57 sozialen Marktwirtschaft zurückgeht auf die Lehren aus der ersten Weltwirtschaftskrise,  
58 die Ende der 20er-Jahre, Anfang der 30er-Jahre herrschte. Hier waren die europäischen

59 Schlussfolgerungen gerade das, was uns zur sozialen Marktwirtschaft geführt hat. Es geht  
60 genau um die Rolle des Staates: Er muss fairen Wettbewerb garantieren. Wir sollten des-  
61 halb, glaube ich, an einer Charta der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung arbeiten, in der  
62 wir solche Prinzipien zugrunde legen. Wir sollten dies im September auf dem G-20-Gip-  
63 fel in Pittsburgh ein Stück weiterbringen.

64 Einige der Hausaufgaben, die sich aus den Londoner Verpflichtungen ergeben, haben wir  
65 bereits gemacht. Dazu gehört die Schaffung einer europäischen Finanzaufsicht; die  
66 Grundsatzbeschlüsse dafür haben wir beim letzten Rat getroffen. Die Vereinigten Staaten  
67 von Amerika haben ebensolche Vorschläge für eine bessere Regulierung gemacht. Es  
68 kommt jetzt darauf an, dass die Aufsichtsbehörden, die es zum Beispiel in den Vereinig-  
69 ten Staaten von Amerika und in der Europäischen Union geben wird, an die Banken nicht  
70 wieder unterschiedliche Kriterien anlegen. Diese Kriterien müssen gleich sein, damit wir  
71 ein vernünftiges Feld bekommen, auf dem ein fairer Wettbewerb stattfinden kann. Eine  
72 Aufgabe wird also die internationale Abstimmung sein.

73 Wir werden in L'Aquila natürlich auch darüber sprechen, dass die multilateralen Organi-  
74 sationen wie das Financial Stability Board oder der IWF eine zusätzliche Bedeutung be-  
75 kommen, um bewerten zu können, wie sich die einzelnen Regionen aufstellen und ob  
76 Kriterien vergleichbar sind; denn die allermeisten großen Finanzinstitute arbeiten grenz-  
77 und kontinentübergreifend, weshalb sie nach einheitlichen Maßstäben geführt werden  
78 müssen.

79 Wir werden ebenfalls darüber sprechen müssen, wie wir nach der Krise vorgehen. Ei-  
80 nes ist klar: Die hohen Risiken, die eingegangen wurden, um nicht nachhaltiges Wachs-  
81 tum zu fördern, waren die Ursachen dieser Krise. Es ist richtig, dass wir die Krise jetzt  
82 bekämpfen. Das wird auch noch eine ganze Weile so anhalten. Aber wir müssen interna-  
83 tional auch vereinbaren, wie wir weiter für nachhaltiges Wachstum arbeiten, wenn wir  
84 den Stand der Wirtschaftsentwicklung aus der Zeit vor der Krise, also 2007, 2008, wieder  
85 erreicht haben.

86 Mit dem Beschluss über die Schuldenbremse haben wir in Deutschland einen ganz we-  
87 sentlichen Eckpunkt gesetzt, der auch von der OECD ausdrücklich gewürdigt wird. Wir  
88 sind aber weit und breit das einzige Land – das muss ich so sagen –, das eine solche Art

89 von Selbstbindung getroffen hat, um nach der Mitte des nächsten Jahrzehnts einen ganz  
90 klaren und nachhaltigen Wachstumspfad zu begehen. Deshalb ist es wichtig, dass wir  
91 einerseits schnell aus der Krise herauskommen, Herr Oppermann, und andererseits wie-  
92 der eine nachhaltige Entwicklung erreichen.

93 Ein Punkt, durch den der weltwirtschaftliche Erholungsprozess erheblich beeinflusst wer-  
94 den kann, ist die Gefahr von protektionistischen Maßnahmen. Wir müssen hier sehr auf-  
95 passen. Es gibt eine allgemeine Verpflichtung aller Teilnehmerstaaten des Londoner Gip-  
96 fels, keinen Protektionismus zuzulassen. Aber es gibt eben Klauseln, die hier und da diese  
97 Gefahr in sich bergen. Ob es nun „Buy American“ oder „Buy Chinese“ ist: Wir müssen  
98 hierauf ein klares Augenmerk legen.

99 In den Verhandlungen auf dem G-8-Gipfel werden wir uns noch einmal der Vollendung  
100 der Doha-Runde zuwenden. Nach fast vier Jahren, die ich jetzt Bundeskanzlerin bin, mag  
101 man gar nicht mehr von dem immer gleichen Projekt sprechen; aber es bleibt so dringlich,  
102 wie es vor einigen Jahren war. Es muss ein Fortschritt bei dieser Doha-Runde erreicht  
103 werden.

104 Ich sehe, dass die neue amerikanische Administration hier sehr viel offener ist. Ich hoffe,  
105 dass Indien nach der Wahl und andere Länder ebenfalls die Bereitschaft zu mehr Offen-  
106 heit aufbringen.

107 Ich denke, dass wir durch die Vielzahl von internationalen Konferenzen in diesem Jahr  
108 spätestens im nächsten Jahr auch Klarheit über die Zukunft der verschiedenen Tagungs-  
109 formate haben werden. Wir haben jetzt die G 20, die G 8 und die G 5 sowie die Major  
110 Economies, wie es so schön heißt, im Klimaschutz. Ich denke, dass G 20 das Format sein  
111 sollte, das wie ein überwölbendes Dach die Zukunft bestimmt. Hier gibt es eine gewisse  
112 Repräsentativität zumindest der wirtschaftlich starken Länder.

113 Um zu einer wirklichen Akzeptanz zu kommen, wird es aber darauf ankommen, dass man  
114 weltweit eine enge Verbindung zu den regionalen Wirtschaftsorganisationen hält – so-  
115 wohl zur Afrikanischen Union als auch zur NAFTA, zu den lateinamerikanischen Orga-  
116 nisationen und zu den asiatischen Zusammenschlüssen –, um nicht einzelne Länder aus-  
117 zugrenzen. Das Format G 8 wird genutzt werden, um Vorbesprechungen durchzuführen.

118 Die eigentlich relevanten, globalen Beschlüsse werden nach meiner Überzeugung dann  
119 innerhalb eines größeren Formats gefällt werden.

120 Der zweite wichtige Punkt in L'Aquila wird das Klima sein. Am Ende des Jahres findet  
121 in Kopenhagen eine weltweite Klimakonferenz statt, auf der ein Nachfolgeabkommen für  
122 Kioto verabschiedet werden soll, das heißt ein Abkommen für die Zeit nach 2012 bis  
123 mindestens zur Mitte des Jahrhunderts. Deshalb ist es gut, dass der neue amerikanische  
124 Präsident, Barack Obama, das Format der Treffen der großen Wirtschaften weiterführt  
125 und dass wir in L'Aquila die Verhandlungen in Kopenhagen vorbereiten können. Die  
126 dänischen Gastgeber werden zu diesem Tagesordnungspunkt nach L'Aquila kommen.  
127 Wir sehen eine bestimmte Bewegung, die uns zuversichtlich macht, dass wir im Dezem-  
128 ber zu Ergebnissen kommen.

129 Ganz konkret meine ich damit die Gesetze, die in der letzten Woche im amerikanischen  
130 Abgeordnetenhaus verabschiedet wurden. Sie stellen zwar eine Trendwende dar, bringen  
131 uns aber nicht automatisch zu dem Ziel, das wir bis 2050 erreichen wollen. Deshalb wird  
132 es wichtig sein, dass sich in den Dokumenten von L'Aquila noch einmal ein ganz klares  
133 Bekenntnis zu dem 2-Grad-Ziel findet. Dass diese Gesetze eine Trendwende bedeuten,  
134 wird klar, wenn man sich einmal vor Augen führt, was in den Vereinigten Staaten von  
135 Amerika bis jetzt hart erkämpft werden musste. In Heiligendamm waren wir froh, als  
136 festgeschrieben wurde, dass wir ernsthaft betrachten wollen, ob wir eine Halbierung der  
137 CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 zustande bringen. In L'Aquila werden wir ein deutliches Be-  
138 kenntnis zu dem 2-Grad-Ziel – dem Ziel, dass sich die weltweite Temperatur um nicht  
139 mehr als 2 Grad erhöht – formulieren.

140 – Bis 2050 selbstverständlich. Wir werden außerdem – darin liegt das eigentliche Arbeits-  
141 feld bis Dezember – um mittelfristige Ziele ringen müssen. Die Vereinigten Staaten von  
142 Amerika haben mit diesem Gesetz das mittelfristige Ziel von 17 Prozent Reduktion, be-  
143 zogen auf den Zeitraum von 2005 bis 2020, beschlossen. Darin kommt natürlich zum Aus-  
144 druck, dass die Vereinigten Staaten zwischen 1990 und 2005 diesbezüglich nichts ge-  
145 macht haben. Ich glaube, wir sollten die Diskussion ermutigend führen, weil wir das Ziel  
146 ohne die Vereinigten Staaten von Amerika nicht erreichen können. Deshalb spreche ich  
147 von einer Trendwende.

148 Immerhin ist in diesem Gesetz ein CO<sub>2</sub>-ZertifikateRegime vereinbart worden, wonach in  
149 Zukunft 85 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen einer Zertifizierungspflicht unterliegen. Das ist  
150 sehr ambitioniert. Nach den Diskussionen, die wir hier geführt haben, kann sich jeder  
151 vorstellen, dass die Erreichung dieses Ziels – auch mit Blick auf den Senat – nicht ganz  
152 einfach sein wird.

153 Ich will dennoch sagen: Europa hat eindeutig die Führung. Wir wollen, bezogen auf 1990,  
154 sehr viel deutlichere Reduktionsziele erreichen. Mit diesem Führungsanspruch werden  
155 wir auch weiterhin diejenigen sein, die ermutigen, antreiben und gemeinsam mit den Ver-  
156 einigten Staaten von Amerika die Schwellenländer in diese Debatte einbeziehen.

157 Selbst wenn wir unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 nicht nur um 80 Prozent reduzieren –  
158 wie Deutschland und Amerika es wollen –, sondern um 100 Prozent, wäre es bei dem  
159 jetzigen Anstieg der Emissionen nicht mehr möglich, das 2-Grad-Ziel ohne die Schwel-  
160 lenländer zu erreichen. Das wird Gegenstand der Diskussionen sein, die wir mit unseren  
161 Partnern in Indien, China und in anderen Schwellenländern führen müssen.

162 Ein weiteres Thema wird die Entwicklungshilfe sein. Diesbezüglich gibt es vielfache Ver-  
163 sprechungen und Verpflichtungen, die wir übernommen haben. Deutschland ist inzwi-  
164 schen der zweitgrößte Zahler von Entwicklungshilfe weltweit. Das kann sich wirklich  
165 sehen lassen. Wir haben unsere Entwicklungshilfeleistungen in der Krise bewusst nicht  
166 reduziert, sondern wir haben das Gegenteil getan. Wir sind der Meinung, dass wir diesen  
167 Pfad weitergehen müssen.

168 Ich sage das nicht nur mit Blick darauf, dass viele Menschen in den Entwicklungsländern  
169 viel härter von der Krise betroffen sind als wir, sondern auch mit Blick auf unsere Situa-  
170 tion als Exportnation, die ein massives Interesse an einer guten Entwicklung, zum Bei-  
171 spiel des afrikanischen Kontinents, hat. Afrika hatte über die letzten Jahre ein konstantes  
172 Wachstum von 5 Prozent. Dort sind neue Märkte zu erschließen. Wenn dies nicht mehr  
173 stattfindet, wenn das gesamte Kapital abgezogen wird, dann geht es nicht nur den afrika-  
174 nischen Ländern schlechter, sondern dann fehlen auch uns Exportmöglichkeiten.

175 Wer sich einmal mit Flüchtlingsfragen – auch im Hinblick auf den afrikanischen Konti-  
176 nent – befasst, wer sieht, was im Süden Europas, was auf dem Mittelmeer los ist, welche  
177 Arbeit die europäische Agentur FRONTEX da zu leisten hat, der weiß, dass wir hier bei

178 uns ein Riesenproblem bekommen werden, wenn wir nicht für vernünftige Lebensbedin-  
179 gungen vor Ort sorgen. Auch deshalb ist Entwicklungshilfe wichtig.

180 Wenn wir uns mit den afrikanischen Regierungschefs treffen, wird die Ernährungssiche-  
181 rung ein besonderer Schwerpunkt sein. Jedem sechsten Bürger auf der Welt fehlt es an  
182 ausreichender Nahrung. Deshalb ist dieser Punkt von großer Bedeutung. Deutschland hat  
183 sich an dem globalen Partnerschaftsprogramm für Ernährung kraftvoll beteiligt, und wir  
184 werden auch dafür einstehen, dass dieses Programm weiterentwickelt wird. Ich sage: In  
185 der jetzigen Zeit darf es hier keine Kürzungen geben, sondern wir müssen diese Länder  
186 ganz entschieden unterstützen.

187 Am ersten Abend des Gipfels in L'Aquila werden wir uns mit den außen- und sicherheits-  
188 politischen Fragen beschäftigen, dies dann noch einmal zusammen mit den G-5-Ländern.  
189 Hier steht das Thema Iran im Zentrum der Diskussion. Wir sind Zeugen brisanter und vor  
190 allen Dingen erschreckender Ereignisse geworden. Ich hoffe, dass von dem Treffen die  
191 starke Botschaft der Geschlossenheit ausgeht, dass Demonstrations-, Bürger- und Men-  
192 schenrechte unteilbar sind und auch für den Iran gelten, dass unsere Gedanken bei den  
193 Menschen sind, die jetzt verhaftet werden – es werden täglich mehr –, und dass wir auch  
194 alles daransetzen werden, diese Menschen nicht aus den Augen zu verlieren.

195 Ich weiß noch aus der Zeit der DDR, wie wichtig es war, dass sich Menschen auf der  
196 Welt darum gekümmert haben, wer in Bautzen oder Hohenschönhausen sitzt, und dass  
197 man bestimmte Dinge nicht vergessen hat. Der Iran muss wissen: Gerade in den Zeiten  
198 moderner Kommunikationsmittel werden wir alles daransetzen, diese Menschen nicht aus  
199 den Augen zu verlieren und ihnen so, wie wir können, zu helfen.

200 Die Führung im Iran muss wissen: Wenn sie einen vernünftigen Weg geht, dann wollen  
201 wir, dass der Iran eine gedeihliche Entwicklung nimmt. Das gilt auch für unseren Ansatz  
202 im Nuklearprogramm. Aber wenn das nicht der Fall ist, dann werden wir uns auch nicht  
203 scheuen, unsere Meinung zu sagen und auch mit denen solidarisch zu sein, die wie die  
204 Angehörigen der britischen Botschaft jetzt einzeln unter Druck gesetzt werden sollen.

205 Natürlich bleibt das Thema Nuklearpolitik auf der Tagesordnung. Ich habe mit dem ame-  
206 rikanischen Präsidenten Barack Obama letzte Woche ausführlich darüber gesprochen und

207 unterstütze noch einmal ausdrücklich das Angebot von Präsident Obama zu Direktge-  
208 sprächen mit dem Iran. Wir werden das flankieren. Wir werden sehr einig an die Sache  
209 herangehen.

210 Wir können nicht zulassen – weil die Situation im Iran so ist, wie sie ist –, dass wir uns  
211 um das Thema nukleare Bewaffnung des Iran nicht mehr kümmern. Das wäre ganz falsch,  
212 und deshalb müssen wir hier einen international abgestimmten Weg gehen.

213 Präsident Obama wird vor dem G-8-Gipfel zu einem ausführlichen Besuch nach Moskau  
214 reisen. Ich wünsche mir, dass dies ein erfolgreicher Besuch wird. Denn wir wollen als  
215 Bundesregierung, aber auch als Deutscher Bundestag eine enge Partnerschaft mit Russ-  
216 land. Wir wollen, dass Russland auch in sämtlichen internationalen Konfliktfällen – von  
217 Iran über Afghanistan bis zu der Frage Nordkorea – mit uns zusammenarbeitet.

218 Ein wichtiger Punkt der Gespräche wird die Abrüstung und Rüstungskontrolle sein: Ab-  
219 rüstung im konventionellen Bereich und Rüstungskontrolle im umfassenden Sinne. Ich  
220 glaube, dass es richtig ist, dass wir auch auf dem G-8-Gipfel noch einmal darüber spre-  
221 chen, dass der Nichtverbreitungsvertrag im nächsten Jahr wirklich gestärkt wird. Denn  
222 der Kampf gegen Proliferation im nuklearen Bereich ist eine der ganz großen Herausfor-  
223 derungen.

224 Wir werden in L'Aquila auch über Afghanistan sprechen. Unsere Trauer um die in der  
225 vergangenen Woche gefallenen Soldaten eint uns in diesem Hause. Sie hat uns erneut vor  
226 Augen geführt, dass wir hier weiterhin vor großen, schwierigen und gefährlichen Heraus-  
227 forderungen stehen.

228 Aber ich sage auch: Ziel und Strategie des Einsatzes der NATO und unseres zivilen En-  
229 gagements sind ohne vernünftige Alternative. Wir haben nach meiner Überzeugung mit  
230 der vernetzten Sicherheit den richtigen Ansatz. Wir haben auf dem NATO-Gipfel in Ba-  
231 den-Baden und Straßburg darüber eine internationale und gemeinsame Haltung in der  
232 NATO gefunden. Wir haben das Ziel, dass in Afghanistan die Streitkräfte und die Poli-  
233 zeikräfte die Sicherheit des Landes selber garantieren können. Das geht heute noch nicht.  
234 Dazu bedarf es der internationalen Hilfe. Wir sind mit Einverständnis der afghanischen  
235 Regierung in Afghanistan – ich will das noch einmal betonen –, und wir werden vor dieser  
236 Aufgabe nicht weglaufen, sondern wir werden sie Schritt für Schritt erfüllen.

237 Neben allem, was uns bedrückt, können wir sagen, dass es Fortschritte gibt. Im August  
238 wird zum zweiten Mal ein Präsident in Afghanistan gewählt. Ich hoffe, dass diese Wahl  
239 zu einer Stärkung der Demokratie in Afghanistan führen wird.

240 Große Sorgen bereitet uns natürlich – auch darüber wird in L’Aquila gesprochen werden  
241 – die Situation in Pakistan. Ohne eine vernünftige Entwicklung Pakistans wird es in Af-  
242 ghanistan nicht zu einer Beruhigung kommen. Diese beiden Länder hängen, obwohl sie  
243 ganz unterschiedlich sind, auf das Engste miteinander zusammen. Die Europäische Union  
244 hatte mit dem pakistanischen Präsidenten – der Bundesaußenminister und ich haben das  
245 noch einmal auf bilateraler Ebene getan – gesprochen. Es ist unübersehbar, dass die Auf-  
246 gaben riesig sind und deshalb eine internationale Strategie dringend notwendig ist, die  
247 deutlich macht, wie wir mit Pakistan umgehen.

248 Der letzte Punkt wird der Nahostfriedensprozess sein. Hier sind wichtige Anregungen  
249 durch die Kairoer Rede von Präsident Obama sowie die Aktivitäten des Beauftragten  
250 Mitchell und des Nahostquartetts in der Region gegeben worden. Ich glaube, es ist jetzt  
251 wichtig, dass alle Seiten Zugeständnisse machen. Dazu gehören die Fragen des Sied-  
252 lungsbaus. Es muss nach meiner festen Überzeugung hier einen Stopp geben. Ansonsten  
253 werden wir nicht zu einer Zweistaatenlösung kommen, die wir dringend brauchen: zu  
254 einem jüdischen Staat Israel und einem palästinensischen Staat, der in Sicherheit leben  
255 kann.

256 Der G-8-Gipfel wird eine Zwischenetappe im Hinblick auf das G-20-Gipfeltreffen in  
257 Pittsburgh im September und die Kopenhagen-Konferenz im Dezember sein. Ich habe  
258 das am Anfang dieses Jahres gesagt, und ich sage das jetzt wieder: Aufgrund der Prob-  
259 leme, die wir haben, aufgrund des Zeitplans, den wir in Bezug auf das Klimaabkommen  
260 haben, und durch die Tatsache, dass wir eine neue amerikanische Administration haben,  
261 die viele Themen neu und anders angeht, wird dies ein entscheidendes Jahr für die Frage  
262 sein, ob die Welt am Ende dieses Jahres glaubt, dass wir global zusammenarbeiten kön-  
263 nen, dass Politik die Globalisierung gestalten will, oder ob wir eher Enttäuschung zurück-  
264 lassen. Ich darf Ihnen sagen: Die ganze Bundesregierung und auch ich persönlich werden  
265 uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass dies ein erfolgreiches Jahr ist, damit Politik ins-  
266 gesamt den Anspruch erheben kann, dass die Globalisierung menschlich gestaltet wird. –  
267 Sie sollten lieber Ihren Beitrag zu all dem leisten, Herr Trittin.

268 Der Gipfel findet in L'Aquila statt, weil die Region von einem schrecklichen Erdbeben  
269 erschüttert wurde. Es ist inzwischen ein Ort des Wiederaufbaus und der Zuversicht. Wir  
270 wollen gerade an diesem Ort gute Ergebnisse erzielen. Ich will in diesem Zusammenhang  
271 noch einmal darauf hinweisen, dass Deutschland beim Wiederaufbau in diesem Erdbe-  
272 bengebiet hilft, auch in der Stadt Onna, in der am 11. Juni 1944 die Wehrmacht 17 un-  
273 schuldige Zivilisten umgebracht hat. Nichts deutet besser darauf hin, wie sich die Zeiten  
274 geändert haben, als die Tatsache, dass Deutschland jetzt hilft, diesen Ort wiederaufzu-  
275 bauen, auch die zerstörte Kirche. 90 Prozent der Gebäude dort sind zerstört. Jede Familie  
276 hat ein Opfer zu beklagen. Ich glaube, wir zeigen damit die Solidarität, die heute auf der  
277 Welt notwendig ist, damit wir alle besser leben können.

278 Herzlichen Dank.

## Kanzlerduell Merkel gegen Steinmeier 2009: AMK09

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=9L4Pa0zN1MM> (eigene Transkription)

1 **Frau Merkel:** Also, erst einmal finde ich, sollte gesagt werden, dass diese Große Koalition in  
2 der Tat gut gearbeitet hat unter meiner Führung. Ich will nochmal erinnern, als ich 2005 Bun-  
3 deskanzlerin wurde, da hatte Deutschland über 5 Millionen Arbeitslose im Winter 2005/2006.  
4 Das haben wir Ende, bis Ende 2008 auf unter 3 Millionen gebracht. Das zeigt, die unionsge-  
5 führte Bundesregierung hat hier vieles vorangebracht und das hat dem Land gutgetan. Denn  
6 auch heute, selbst in der Krise, haben wir noch über eine Million mehr sozialversicherungs-  
7 pflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Das bedeutet für Millionen von Familien eine bessere  
8 Situation. Ich glaube, dass wir aber diesen Kurs noch entschlossener fahren könnten, dass wir  
9 entschiedener manchen Weg in mehr Arbeit gehen könnten und deshalb werbe ich für eine neue  
10 Regierung, wobei ich nicht anstehe zu sagen, dass wir gut miteinander gearbeitet haben, dass  
11 wir vieles auf den Weg gebracht haben. Aber es war eben nötig, aus Rot-Grün erst einmal eine  
12 Große Koalition zu machen unter einer Unionsführung, um so weit fortzukommen.

13 **Frau Merkel:** Ich beantworte die Fragen so, wie ich mir das vorgenommen habe. Und ich  
14 glaube, die Definition, was ein Duell und was ein Duett ist, die überlassen wir mal den Zuschau-  
15 erinnen und Zuschauern draußen. Ich sage ganz einfach, die Große Koalition hat gute Arbeit  
16 gemacht und jetzt brauchen wir in der schwersten Krise seit den dreißiger Jahren wirklich eine  
17 entschiedene Politik für mehr Arbeit und da braucht es noch mehr Union in der Bundesregie-  
18 rung.

19 **Frau Merkel:** Also, wir versuchen Ihre Fragen zu beantworten, ich jedenfalls und dann würde  
20 ich sagen, lassen sie uns doch erst mal in medias res gehen, eh wir nun schon darüber richten,  
21 ob es Duell, ein Duett oder sonst was war. Die Vergangenheit war gut und da werden Sie mich  
22 auch nicht davon abbringen, dass wir vieles auf den Weg gebracht haben. Das zeigen doch auch  
23 die Zahlen. Aber, ich sage nochmal, auch für eine Demokratie ist es gut, glaube ich, wenn Große  
24 Koalitionen nicht die Normalität sind. Und ich werbe im Übrigen heute nicht für eine Koalition  
25 vordergründig, sondern ich werbe für die Union: für CDU und CDU, die gerne stärker in einer  
26 nächsten Regierung sein möchten.

27 **Frau Merkel:** Wenn Sie mir in der 89. Minute nochmal die Frage stellen, oder in der 86. Mi-  
28 nute, bevor wir unser Schlussstatement geben, dann kann ich sie vielleicht noch besser

29 **Frau Merkel:** Ich will vielleicht nochmal kurz darauf eingehen was unter rot-grün geschehen

30 ist. Jawohl da sind Reformen gemacht worden unter dem absoluten Druck von das es nicht  
31 weiter ging und diese Reformen sind im Übrigen auch von der Union durch die Mehrheit im  
32 Bundesrat unterstützt worden. Und dann haben wir in der Großen Koalition natürlich vieles  
33 angestoßen, was dazu beigetragen hat, dass dieser Prozess auch fortgesetzt werden konnte. Jetzt  
34 in dieser großen Krise kann ich nur sagen fühle ich mich sehr bestätigt. Ich habe Anfang des  
35 Jahrhunderts, wenn man so will, also schon 2000 über die neue soziale Marktwirtschaft nach-  
36 gedacht und auch darüber mir Gedanken gemacht, dass wir eine Weiterentwicklung der sozia-  
37 len Marktwirtschaft brauchen, weil wir die Globalisierung haben. Und es hat sich gezeigt, dass  
38 das was die soziale Marktwirtschaft ausmacht, nämlich dass der Staat der Hüter der Ordnung  
39 ist, international grob vernachlässigt wurde. Die Finanzinstitutionen, die Banken waren der  
40 Meinung für jeden auf der Welt können Regeln gelten, für sie nicht. Und für mich hat sich auf  
41 erschreckende Weise bestätigt, wir haben ja während unserer G8-Präsidentschaft versucht hier  
42 auch Regelungen einzuführen, wir sind damals nicht weitergekommen bei vielen Ländern. Für  
43 mich hat sich auf erschreckende Weise bestätigt, dass es eben bis an den Abgrund gehen musste,  
44 weltweit, bevor man überhaupt etwas tun konnte. Und jetzt sage ich, wir brauchen Regeln für  
45 die internationalen Finanzmärkte und wir brauchen auch einen Export der Prinzipien der sozia-  
46 len Marktwirtschaft. Davon bin ich zutiefst überzeugt und deshalb setze ich mich auch für eine  
47 Charta für nachhaltiges Wirtschaften international ein. Also für Grundsätze wie wir wirtschaft-  
48 ten wollen. Denn die einfachen Menschen müssen sozusagen alles was aus dieser Krise er-  
49 wächst jetzt tragen, während die die sie verursacht haben, längst über alle sieben Berge sind.  
50 Jedenfalls zum großen Teil.

51 **Frau Merkel:** Ja Dankeschön, denn ich war immer eine Verfechterin der sozialen Marktwirt-  
52 schaft, deshalb bin ich in die CDU gegangen. Und die soziale Marktwirtschaft ist alles andere  
53 als irgendetwas Radikales. Sie ist die Versöhnung von Kapital und Arbeit. Der Staat als Hüter  
54 der Ordnung. Das können wir von Ludwig Ehrhard durchsehen. Und wenn man sich mal die  
55 Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anguckt, dann kommen alle Gesetze, von der  
56 Rente über Mitbestimmung und vieles andere mehr aus den Zeiten als die CDU dieses Land  
57 geführt hat. Ich glaube auch nicht, dass wir einen Neustart der sozialen Marktwirtschaft brau-  
58 chen. Ich glaube die soziale Marktwirtschaft in Deutschland war im Großen und Ganzen ok.  
59 Sonst hätte Rot-Grün ja sozusagen auch in der Marktradikalität der internationalen Märkte ge-  
60 lebt. Das ist ja nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass wir international noch keine Mechanismen  
61 haben und ich gebe Ihnen vollkommen Recht, natürlich müssen wir manches auch national

62 regeln, dazu gehören zum Beispiel die Managergehälter. Da haben wir ja schon einiges gemein-  
63 sam auf den Weg gebracht. Und dass wo wir unterschiedlicher Meinung sind, darüber kann  
64 man gerne sprechen. Wirklich durchsetzen werden wir die Dinge nur, wenn sie in den wesent-  
65 lichen Punkten auch international gelten.

66 **Frau Merkel:** Also ich bin ja nun keine Lehrerin und deshalb gebe ich auch keine Schulnoten.  
67 Ich kann nur verstehen, dass angesichts vieler Umstände viele Menschen Deutschland nicht  
68 ausreichend gerecht finden. Zum Beispiel wenn ich jetzt an Arcandor in diesen Tagen denke.  
69 Jede Karstadt-Verkäuferin sorgt sich um ihren Job, weiß nicht was aus wird und einer arbeitet  
70 ein halbes Jahr und bekommt für fünf Jahre das Gehalt. Und das kann nicht in Ordnung sein.  
71 Ich sage nur, dass wir umso gerechter sind in diesem Land, je mehr Menschen wir eine Per-  
72 spektive für Arbeit geben und das meine Regierung dort erheblich vorangekommen ist, aber  
73 das kann uns natürlich nicht zufrieden stellen. Wenn wir jetzt in der Krise auch wieder sehen,  
74 dass die Arbeitslosigkeit steigt. Und deshalb müssen wir alles daran setzen durch Wachstum,  
75 nachhaltiges Wachstum Arbeit zu schaffen. Dann wird auch das Gerechtigkeitsempfinden sich  
76 verbessern.

77 **Frau Merkel:** Ich würde sagen, dass im internationalen Vergleich viel Gerechtigkeit in  
78 Deutschland da ist. Das ich aber auch viele Dinge weiß, bei denen ich möchte, dass es noch  
79 gerechter zugeht. Deshalb arbeiten wir ja politisch. Deshalb haben wir unsere Programme und  
80 das Gute kann immer noch verbessert werden und deshalb haben wir noch Probleme, an denen  
81 wir arbeiten müssen.

82 **Frau Merkel:** Ich würde mich freuen, wenn mehr Menschen sagen würden, dass gerecht zu-  
83 geht. Aber ich weiß nicht, ob Sie die Zahl haben, wie es vor vier Jahren aussah und wie es vor  
84 acht Jahren aussah? Also das ist nun einfach so in den Raum gestellt. Menschen die in Ost-  
85 deutschland zum Beispiel keine Arbeit haben, die haben den Eindruck das es nicht gerecht zu-  
86 geht. Die würden gerne arbeiten. Das ist doch ganz selbstverständlich. Und deshalb müssen wir  
87 daran immer wieder arbeiten. Aber auch wenn, dann können wir das nur in der Langzeitper-  
88 spektive beurteilen.

89 **Frau Merkel:** Ja das ist ein Zustand, den natürlich die Menschen bedrückt und wo natürlich  
90 alles darangesetzt werden muss, dass diese Menschen auch ohne zusätzliche Unterstützung aus-  
91 kommen könnten. Diese 1,3 Millionen sind zum Teil Teilzeitbeschäftigte, zum Teil arbeiten sie  
92 voll. Gerade diejenigen die acht Stunden am Tag arbeiten für die ist das besonders bitter. Jetzt

93 lassen Sie mich bitte einmal durchreden. Ich möchte nur noch einen Satz zu Ende sagen, dass  
94 wir in diesem Zusammenhang erstmal natürlich in Deutschland ein Mindesteinkommen haben  
95 und dieses ein Rechtsanspruch ist das zu bekommen. Und jetzt stellt sich die Frage, wir nähern  
96 uns ja dem Thema Mindestlohn, wenn ich das richtig verstehe. Kann man über einen Mindest-  
97 lohn diese Frage auffangen ja oder nein. Dann sage ich, dass die Gefahr besteht, dass daraus  
98 dann wieder weniger Arbeitsplätze wären und die Menschen gar keine Chance haben jemals zu  
99 einer eigenen Erwerbstätigkeit zu kommen. Ich verstehe jeden, der nicht ausreichend verdient  
100 und noch hinzu Geld bekommen muss. Aber ich sage auch, jeder der auf den Weg gebracht  
101 wird wieder in eine Arbeit zu kommen mit der er sich selbst ernähren kann und leben kann ist  
102 ein Gewinn für unser Land. Und wir haben das auch an vielen vielen Stellen geschafft.

103 **Frau Merkel:** Die wollen wir so stoppen, indem wir das tun, was wir ja selber jetzt in der  
104 Regierung schon gemacht haben. Es ist die Frage zu stellen, gibt es hier Tarifverträge? Ich  
105 vermute ja die gibt es nicht. Wenn es Tarifverträge gibt, dann haben die Tarifparteien sich ge-  
106 einigt, dann kann man eine Allgemeinverbindlichkeit, also für alle einen Mindestlohn verein-  
107 baren oder das über das Entsendegesetz gemacht, wie wir das jetzt auch in vielen Fällen ge-  
108 macht haben. Und dann haben wir etwas ganz Wichtiges gemacht, was mir persönlich sehr  
109 wichtig ist. Nicht einen einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von Rostock  
110 bis München, bei dem nach meiner festen Auffassung Arbeitsplätze verloren gehen, aber dort  
111 wo es keine Tarifvereinbarungen gibt, dort wird eine Kommission in Zukunft darüber befinden  
112 was ist ein fairer Grundlohn. Ich glaube 3,50 Euro wie wir es in Thüringen haben, wie wir es  
113 zum Teil in Sachsen habe, das ist nicht akzeptabel und dagegen haben wir jetzt ein Instrument  
114 gefunden, mit dem wir arbeiten können.

115 **Frau Merkel:** Und wenn ich das ergänzen darf: es hätte nicht nur den Steuerzahler gekostet.  
116 Es hätte die Unternehmen, mittelständische Unternehmen über den Pensionsversicherungsverein  
117 riesige Kosten verursacht, die unsere mittelständische Wirtschaft belastet hätten und das wäre  
118 jetzt in der Krise genau das Falsche gewesen.

119 **Frau Merkel:** Also ich sage, dass wir eine Energieversorgung in Deutschland brauchen, die  
120 muss wirtschaftlich sein, die muss umweltverträglich sein und sie muss auch natürlich sicher  
121 sein, in dem Sinne das wir Versorgungssicherheit haben. Bei der Kernenergie, die ich zum  
122 Energiemix als Brückentechnologie, ich sage das ausdrücklich für verantwortbar halte, ist es  
123 so, dass die Sicherheit die allerhöchste Stufe haben muss und deshalb sage ich so, wie alle  
124 anderen, dass zum Beispiel die Vorfälle in Krümel inakzeptabel sind und deshalb das Kraftwerk

125 auch abgeschaltet sein muss. Der Unterschied, der besteht, ist müssen wir 2020 aussteigen oder  
126 können wir noch eine Zeit darüber hinaus Kernenergie haben und da ist aus meiner Sicht das  
127 allerwichtigste das wir möglichst schnell auf erneuerbare Energien umsteigen, dass wir auf  
128 Energieeffizienz umsteigen. Wir befinden uns geradezu in einer Zeit d der Energierevolution.  
129 Aber alle erneuerbare Energien sind auch subventionierte Energien bis zum heutigen Tage. Und  
130 deshalb ist der Energiemix für uns auch eine Grundlage dafür, dass wir rentable für unsere  
131 Wirtschaft, für unsere Arbeitskräfte akzeptable Energie Erzeugungspreise haben. Und in die-  
132 sem Sinne ist dieser Unterschied da. Ja ich sage Brückentechnologie, aber nur so lange bis wir  
133 durch erneuerbare rentable Energien wirklich auch den Umstieg schaffen.

134 **Frau Merkel:** Ich mache keinen Wahlkampf gegen Manager, sondern ich glaube, dass wir  
135 Unternehmen brauchen, das wir Familienunternehmer haben die vernünftig verdienen sollen,  
136 dass wir auch Unternehmen haben, die von Managern geleitet werden. Und deshalb bin ich  
137 auch nicht dafür, dass wir bei 1 Million eine Grenze einziehen und sagen ab da muss dann  
138 steuerlich das anders behandelt werden. Wenn ich das vielleicht noch zu Ende führen darf Frau  
139 Illner. Ich habe ja noch nicht so lange dazu gesprochen. Es ist so, dass wir das in Amerika ja  
140 hatten. Darauf beruft sich ja auch zum Beispiel die Sozialdemokratie. Das hat aber dazu geführt,  
141 dass anschließend Bonuszahlungen in exorbitanter Höhe gemacht werden. Also wir müssen  
142 schauen, dass hier nicht immer wieder Umgehungstatbestände geführt werden. Ich finde Leis-  
143 tung und Bezahlung müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Deshalb habe ich mich  
144 am Beispiel von Arcandor darüber aufgeregt, 6 Monate Arbeit und 5 Jahre Gehalt, dass halte  
145 ich für nicht vertretbar und ja das halte ich für unanständig in der Tat.

146 **Frau Merkel:** So definitiv glaube ich habe ich das nicht gesagt. Ich habe das Zitat jetzt nicht  
147 mehr im Kopf. Ich sage nur, dass es einen Unterschied geben wird zwischen der Bezahlung der  
148 Arbeitnehmer sicherlich und auch der Führungsaufgaben. Das baut sich ja auf. Ich glaube wir  
149 müssen einmal darüber nachdenken, und da haben wir erste Schritte gemacht, dass jetzt der  
150 gesamte Aufsichtsrat über die Besoldung der Vorstände zum Beispiel befindet. Ich wäre sogar  
151 dafür, dass auch die Eigentümer im Grundsatz darüber befinden, auf der Aktionärsversamm-  
152 lung, was darf eigentlich verdient werden und dass das Ganze natürlich auch an Erfolge gekop-  
153 pelt wird. Und dass es einen Zusammenhang gibt und das kann man auch gesellschaftlich dis-  
154 kutieren, ohne dass man immer im Gesetz festschreiben zu müssen, zwischen der Gehaltsstei-  
155 gerung von Facharbeitern, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von solchen Leu-  
156 ten, die Führungspositionen haben auch das muss aus meiner Sicht sein.

157 **Frau Merkel:** Also wir sprechen ja nun mit vielen Vertretern der Wirtschaft. Ich spreche mit  
158 den Gewerkschaften und wenn es Abendessen im Umfeld von Geburtstagen gibt oder Abend-  
159 essen im Zusammenhang mit der Berliner Biennale oder ähnliches, dann ist das nichts Beson-  
160 deres, sondern dann sind das einfach Kontakte, die wir glaube ich haben sollten mit den unter-  
161 schiedlichen Menschen in unserer Gesellschaft. Ob das Wirtschaft, Gewerkschaften, Künstler  
162 oder Ähnliches sind. Darum geht es doch auch nicht.

163 **Frau Merkel:** Ich würde immer wieder Abendessen machen in denen bestimmte Menschen  
164 sich miteinander treffen. Das halte ich also für kein Problem. Ich glaube da haben wir auch  
165 ausreichend drüber diskutiert. Wir waren jetzt aber bei der gerechten Bezahlung. Und da ist es  
166 so, dass wir einen Weg finden müssen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Erfolg eines  
167 Unternehmens und der Frage der Besoldung. Und ich glaube, dass es sehr hervorragende Mo-  
168 delle auch in Deutschland schon gibt. Ich denke da zum Beispiel an Bayer, die immer auch  
169 schauen wie erfolgreich ist das Unternehmen, welchen Gewinn hat man, was kann dann auch  
170 für die Vorstandsbezüge gelten und was gilt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.  
171 Aber Leute entlassen und gleichzeitig 50 Prozent mehr Gehalt bekommen, das halte ich für  
172 falsch.

173 **Frau Merkel:** Nein nein. Wir haben jetzt schon einige rechtliche Regelungen gemacht. Zum  
174 Beispiel bei den Bonuszahlungen, dass man die erst nach mehreren Jahren abrufen kann, damit  
175 man sicher ist, ob der Erfolg wirklich ein Erfolg war. Wir haben auch dafür Sorge getragen,  
176 dass nicht mehr in einem Unterausschuss des Aufsichtsrates einfach verabredet wird, wie die  
177 Managerbezüge sind, sondern dass das transparent im gesamten Aufsichtsrat erfolgt. Und wenn  
178 es nach uns gegangen wäre, hätte es auch in der Aktionärsversammlung noch einmal bespro-  
179 chen werden können. Das hat die Sozialdemokratie leider nicht mitgemacht.

180 **Frau Merkel:** Das ist ja nun wirklich jetzt eine kühne Behauptung, von der ich mal sagen  
181 möchte, dass man da außerordentlich vorsichtig sein sollte. Ob es hilft, um bei dem Vorschlag  
182 zu bleiben, wenn ich sage der Bonus darf nur dreimal so hoch sein wie das Grundgehalt. Ich  
183 für mich, hat der Bonus mit dem Grundgehalt nun einmal nichts zu tun, weil der Bonus der  
184 Ausdruck einer guten Tat sein soll, deshalb bin ich auch für Malus-Regelungen. Darüber spre-  
185 chen wir übrigens gerade im internationalen Bereich, weil das allemal erfolgreicher ist, als  
186 wenn Deutschland das macht und anschließend das Unternehmen seinen Firmensitz irgendwo-  
187 hin anders verlagert. Ich hoffe, dass wir da in Amerika jetzt noch Ende September vorankom-

188 men. Ich bin auch der Meinung, dass wir hier noch nicht am Ende sind. Aber es müssen Rege-  
189 lungen sein, die wirklich das Übel auch an der Wurzel packen und deshalb sag ich nochmal:  
190 Boni an Erfolge knüpfen. Malus aus meiner Sicht absolut richtig, dass wir das miteinbeziehen  
191 können.

192 **Frau Merkel:** Also wir haben erst einmal ein Gesetz durchgesetzt, das die Beratungsgespräche  
193 von Banken für Kunden inzwischen protokolliert werden müssen. Das sozusagen eine Umkehr  
194 der Beweislast stattfindet. Das diejenigen, die beraten haben nachweisen müssen, dass sie rich-  
195 tigt beraten haben. Und dass die Kunden nicht mehr so dastehen wie sie dastehen. Das Finanz-  
196 produkte reguliert werden müssen, das ist absolut richtig. Ob das in Deutschland allein der Fall  
197 sein muss, da bin ich anderer Meinung. Wir müssen alle Finanzplätze, alle Produkte und alle  
198 Orte regulieren, und zwar international. Das ist das was ganz ganz wichtig ist. Aber für die  
199 Verbraucher haben wir jetzt eine sofortige Verbesserung durchgesetzt in der Großen Koalition.

200 **Frau Merkel:** Ja ich möchte als erstes dazu sagen, dass wir natürlich die Finanzaufsicht erheb-  
201 lich verbessert haben. Wir haben Mindestanforderungen an Banken jetzt festgelegt. Die haben  
202 was mit der Bezahlung zu tun. Sie haben aber vor allem auch was mit der Eigenkapitalunterle-  
203 gung zu tun. Unser Problem muss doch sein, wir dürfen nie wieder ein Finanzinstitut haben,  
204 was uns als Staat erpressen kann. Weil sie schlecht gewirtschaftet haben, wollen sie unsere  
205 Hilfe haben. Genau das haben wir national schon sehr weit umgesetzt mit den Mindestanforde-  
206 rungen, die durch die Bundesagentur für Finanzaufsicht auch durchgesetzt werden. Und wir  
207 sind damit international, ich hab mir das angeguckt, weit vorangegangen. Und das muss auch  
208 ein Beispiel für anderes sein. Was die Steuer anbelangt, die im Übrigen lustigerweise der Fi-  
209 nanzminister noch im Mai als ein Loch Ness Ungeheuer bezeichnet hat, so glaube ich das sie  
210 wirklich international durchgesetzt werden muss. Wenn man das hier macht, das kann man tun,  
211 aber es wird dazu führen, dass dann Leute, die Geschäfte woanders machen und wir sozusagen  
212 die Leidtragenden bezüglich der Arbeitsplätze sind. Ich halte bestimmte Dinge, wie die Besteue-  
213 rung von Flugbenzin und ähnliches nur für international machbar. Andere Bankenaufsicht  
214 können wir besser oder gut auch alleine oder zumindest auch in Europa regeln.

215 **Frau Merkel:** Ich habe erstmal eine Vorstellung davon was für einen Einbruch wir jetzt hatten  
216 und das bedeutet natürlich einen tiefen Einschnitt wie es in den 60 Jahren Bundesrepublik noch  
217 nicht gegeben hat. Und deshalb heißt die Aufgabe für die nächste Legislaturperiode und darüber  
218 stimmen ja die Zuschauer dann ja ab am 27. September, wie kommen wir möglichst schnell aus  
219 diesem Tal wieder heraus. Und für mich ist da ein Satz mit drei Worten, das Credo, und das

220 heißt: Wachstum schafft Arbeit. Und es geht darum Arbeitsplätze zu schaffen. In den letzten  
221 Jahren hatten wir zwischen 2005 und 2008 immer moderate Wachstumsraten. Aber jetzt haben  
222 wir einen Einbruch, wie wir ihn in unserer Geschichte noch nicht getan haben. Und jetzt geht  
223 alles darum, wie wir schnell aus diesem Tal herauskommen und Arbeitsplätze wieder neu schaf-  
224 fen.

225 **Frau Merkel:** Es ist in der Tat so, dass 1,5 Prozent Wachstum gerade mal so die Zahl der  
226 Arbeitsplätze erhält. Wir brauchen mehr Wachstum. Wachstum kommt, indem ich auf der einen  
227 Seite Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer motiviere. Deshalb wollen wir auch über den Ta-  
228 rifverlauf eine steuerliche Entlastung der Menschen, für die Menschen anbieten, weil wir sagen  
229 die Leute müssen wieder mehr Netto von Brutto haben damit sich Leistung wirklich lohnt. Ein  
230 zweiter Punkt: Motivation zahlt sich aus und die Menschen spüren das. Wir haben die Lohnzu-  
231 satzkosten reduziert. Als ich Bundeskanzlerin wurde betrug sie 41,9 Prozent. Jetzt sind wir  
232 unter Prozent. Das sind 16 Milliarden Entlastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.  
233 Und wir brauchen natürlich Bürokratieabbau um Innovationsfähigkeit, neue Technologien, Zu-  
234 kunftsprojekte von erneuerbaren Energien über neue Werkstoffe, neue Antriebstechnologien.  
235 All das wird uns Exportmärkte eröffnen und eine zweite Säule ist Arbeit von Menschen für  
236 Menschen in unserem Lande, auch hier können wir sehr viel mehr tun. Wir haben damit begon-  
237 nen in der Großen Koalition, sind aber noch nicht weit genug gekommen. Zum Beispiel Dienst-  
238 leistungen, Kinderbetreuung, handwerkliche Dienstleistungen absetzen, Kampf gegen die  
239 Schwarzarbeit. Das alles sind Wachstumstreiber, die wir dringend brauchen und entschlossener  
240 brauchen, als wir sie in der Großen Koalition durchsetzen konnten.

241 **Frau Merkel:** Wir haben das doch nicht verheimlicht, sondern es gibt jetzt keinen anderen  
242 Weg in dieser ausgesprochen tiefen Krise. Wir haben eine Situation, wie wir sie in den 30er  
243 Jahren hatten und jetzt haben wir sie leider in diesem Jahrhundert wieder. Wir hätten 2011 einen  
244 ausgeglichenen Haushalt gehabt und jetzt steht doch nur folgende Frage: Bleiben wir unten in  
245 dem Tal hängen, und dann werden wir auf Jahre immer geringere Steuereinnahmen haben, oder  
246 setzen wir jetzt erst einmal zur Überwindung der Krise, und für mich ist die Krise erst vorbei,  
247 wenn wir wieder da sind, wo wir vor der Krise waren. Setzen wir zur Überwindung der Krise  
248 alle Wachstumskräfte frei, inklusive auch, auch wenn es sich paradox anhört, noch einmal ge-  
249 wisse Steuersenkungen zur Motivation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um dann  
250 wieder sprudelnde Staatseinnahmen zu haben. Wir haben zum Beispiel ein Loch gehabt 2005-  
251 2007 in der Rentenversicherung. 3 Milliarden. Wussten wir gar nicht was wir machen sollen.

252 Als wir aber gesehen haben, dass die Zahl der Beschäftigten während der Legislaturperiode  
253 gestiegen, wurde das Rentenloch nicht nur gedeckt, sondern wir haben jetzt eine Rücklage von  
254 15 Milliarden. Das heißt Wachstum, Arbeitsplätze, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze  
255 und dann können wir auch den Haushalt außerordentlich besser konsolidieren und das erfüllen  
256 was wir mit der Schuldenbremse uns ja auch vorgenommen haben, ab 2016 kaum noch Neu-  
257 verschuldung, ab 2020 die Länder gar nicht mehr. Das bedeutet eben Wachstum schafft Arbeit.

258 **Frau Merkel:** Da sage ich nochmal ein ausdrückliches ja, weil ich nochmal darauf hinweisen  
259 will. Wenn wir mehr Wachstum bekommen, dann könnten wir auch anschließend die Schulden,  
260 die wir machen besser zurückzahlen. Entlastung generiert Wachstum und Wachstum schafft  
261 Arbeit. Das ist die Gleichung und so müssen wir denken. Das ist ganz ganz wichtig.

262 **Frau Merkel:** Nein. Also 9 Prozent Wachstum, das kommt auch nicht, aber das glaub ich auch,  
263 aber wir können mehr Wachstum haben als wir jetzt haben. Ich will nur sagen: Unsere Entlas-  
264 tungen sind neben denen, die wir gemeinsam schon vereinbart haben für Anfang 2010, die im  
265 Übrigen 14 Milliarden betragen, noch einmal für die ganze Legislaturperiode 15 Milliarden  
266 Euro. Das ist machbar. Das ist schaffbar. Mehr glaube ich kann man auch nicht. Aber ich will  
267 hier nur die Zuschauer nicht verwirren mit Zahlen, die wirklich nicht der Wahrheit entsprechen.

268 **Frau Merkel:** Natürlich nicht. In einer Koalition mit der FDP würde das gelten, was wir jetzt  
269 verabredet hatten. Nämlich der Gesundheitsfond bleibt erhalten. Er ist ein gutes Mittel, um  
270 jeden Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung auch das gleiche Geld zukommen  
271 zu lassen für seine medizinische Behandlung. Und die Tatsache, dass wir so unterschiedliche  
272 Wartezeiten haben, die sind in der Tat ein Skandal. Die werden aber nicht dadurch verbessert,  
273 indem ich sozusagen die PKV, die private Krankenversicherung auflöse, ich muss die gesetzli-  
274 chen Krankenkassen besser machen, kundenfreundlicher machen. Dagegen tun wir, dass wir  
275 mit den Krankenkassen, oder dass wir die Krankenkassen in einen Wettbewerb jetzt geschickt  
276 haben über den Gesundheitsfond. Und dass sie bereits beginnen, weil die Patienten und die  
277 Versicherten auch die Krankenkasse wechseln können, sich Patienten oder die Versicherten  
278 sich die Kasse heraussuchen, bei der sie das beste Angebot bekommen. Und ich rede immer  
279 wieder mit den Krankenkassen, dass gerade diese Wartezeiten verändert werden müssen. Es  
280 gibt hier, leider sind die Kassen zum Teil etwas ignorant. Sie geben die Kalamitäten nicht zu.  
281 Ich glaube nur, dass wir über eine Bürgerversicherung, die letztlich in einer Einheitskasse mün-  
282 det, nicht den Weg gehen werden, den wir brauchen. Das wir Transparenz, Wettbewerb und  
283 kundenfreundliche Kassen im Lande haben. Der Gesundheitsfond selbst bleibt erhalten. In dem

284 haben wir auch eine sehr sehr wichtige Sache gemacht, nämlich Steuergelder hineingegeben,  
285 damit die Gesundheit der Kinder von allen Steuerzahlern jetzt finanziert wird, was ich für au-  
286 ßerordentlich gerecht halte.

287 **Frau Merkel:** Ich finde wir reden jetzt gerade über ein Themenfeld, was die Menschen wirklich  
288 im Kern berührt und deshalb möchte ich noch einmal ganz deutlich machen: es geht darum,  
289 dass jeder Mensch in diesem Land die Gesundheitsvorsorge bekommt, die er braucht, und zwar  
290 unabhängig davon, wo er versichert ist, und ich werde als Bundeskanzlerin nicht zulassen, dass  
291 dieses aufgegeben wird, dass dieses in irgendeiner Weise in Frage gestellt wird. Wir haben es  
292 geschafft, dass wir einen im Vergleich zu internationalen anderen Ländern gutes Gesundheits-  
293 niveau haben. Wir haben Schwierigkeiten. Wir haben Dinge zu überbrücken und zu überwin-  
294 den. Aber wir sind auf einem guten Weg und ich glaube, dass wirklich viele Menschen große  
295 große Sorgen haben. Und das gilt auch für die Pflege und es muss ganz klar sein für die folgen-  
296 den Jahre, dass das nicht in Frage kommt, dass ein Mensch wegen seines Alters, wegen seiner  
297 Herkunft oder seiner Kasse bestimmte Leistungen nicht bekommt. Und wer immer das erlebt,  
298 der hat alle Möglichkeiten sich in diesem Lande zu beschweren und sein Recht zu bekommen.  
299 Das ist das eine. Und das andere ist das in der Tat wir auch in einer neuen Regierung, die  
300 Grundzüge dieses Gesundheitssystem beibehalten und dazu gehört auch der Gesundheitsfond.  
301 Dort braucht sich keiner Sorgen zu machen. Der ist im Übrigen belächelt und verschrien und  
302 niedergeschrien worden. Ich kann nur sagen, in einer Krise hat er sich bewährt. Ansonsten hät-  
303 ten wir jetzt schon Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge. Das haben wir glücklicherweise  
304 nicht und das ist gut auch für die Menschen und für die Wirtschaft im Lande.

305 **Frau Merkel:** Aber jetzt gucken wir uns die Dinge nochmal an. Ich komme ja auch in die  
306 Situation, dass und da muss man ganz einfach sagen, das ist jetzt die zweite Präsidentschafts-  
307 wahl. Unser Ziel ist klar. Afghanistan muss eine selbsttragende Sicherheitskraft erlangen. Dazu  
308 bedarf es der Ausbildung von Soldaten und von Polizisten. Und das was jetzt gemacht wurde,  
309 ist dass bestimmte Elemente definiert wurden, durch das Außenministerium, die in den großen  
310 Rahmen passen „Übergabestrategie gegenüber Verantwortung.“ Wir haben eine Übergangs-  
311 phase und wir müssen so schnell wie möglich es jetzt schaffen die Ausbildung der Sicherheits-  
312 kräfte dort hinzubekommen. Das sind Soldaten, da ist sich die internationale Staatengemein-  
313 schaft klar, es müssen 134 000 sein. Für die Polizisten müssen wir auf einer Konferenz und  
314 darüber habe ich mich mit dem Präsidenten Sarkozy, mit dem britischen Premierminister geei-  
315 nigt, dass wir die noch in diesem Jahr machen müssen und ausgearbeitet werden müssen. Und

316 das Deutschland dabei mit bestimmten Vorstellungen hineingeht und sagt wir können das und  
317 das schaffen bis 2013, wir können das und das schaffen bis 2014. Das ist doch vernünftig. Das  
318 muss dann mit der afghanischen Regierung besprochen werden, mit der internationalen Staa-  
319 tengemeinschaft. Und dann machen wir ein Stück Druck, ja, dass Afghanistan sein Schicksal  
320 selber in die Hand nimmt. Das ist zum Teil notwendig, weil die Afghanen natürlich sich auch  
321 freuen, wenn wir manches gut machen und sie vielleicht dann auch noch nicht so dabei sind.  
322 Aber es gibt unglaublich motivierte afghanische Polizisten, die inzwischen von uns ausgebildet  
323 wurden und ich habe sie besucht und ich kann nur sagen, da müssen wir hin.

324 **Frau Merkel:** Franz Josef Jung hat mein Vertrauen ja.

325 **Frau Merkel:** Ich verteile keine Posten, bevor wir nicht die Wahl hatten. Heute kämpfen wir  
326 dafür, dass wir stark abschneiden und dann reden wir darüber. Aber Franz Josef Jung hat mein  
327 Vertrauen.

328 **Frau Merkel:** Ich strebe eine andere Koalition an, und zwar eine starke Union in einer Koali-  
329 tion mit der FDP. Ich glaube, dass das was der Kern der nächsten Legislaturperiode sein wird,  
330 nämlich dass wir Arbeitsplätze schaffen, indem wir schnell aus diesem Tal herauskommen,  
331 indem wir Wachstum generieren. Dass das mit der FDP besser zu erreichen ist. Die Übereinst-  
332 immungen sind größer, was Bürokratieabbau anbelangt, was die Freundlichkeit gegenüber For-  
333 schung anbelangt, was die Steuerpolitik anbelangt. Auch grad die Entlastungen der Arbeitneh-  
334 merinnen und Arbeitnehmer. Mehr Netto vom Brutto. Und das ist unser Ziel. Dafür werbe ich  
335 und das heißt noch lange nicht, dass man in den letzten Jahren nicht auch vieles gut gemacht  
336 hat, aber das Gute kann noch besser gemacht werden.

337 **Frau Merkel:** Ich habe eben darüber gesprochen, dass wir jetzt keine Posten verteilen, sondern  
338 dass wir über programmatische Fragen sprechen und die zentrale Frage, für die Bundesrepublik  
339 Deutschland wird sein, wie schnell überwinden wir diese Krise, im Vergleich auch zu den an-  
340 deren Ländern, Amerika, China, die das alles genauso versuchen wie wir. Und da glaube ich  
341 einfach, dass die Wachstumskräfte mit der FDP besser freigesetzt werden können. Ich sage  
342 allerdings auch mein Wahlkampf geht für die Union und dass wir mehr Unionspositionen in  
343 einer neuen Regierung auch durchsetzen können und das ist unser Ziel. Und daran werden Sie  
344 mich auch nicht hindern.

345 **Frau Merkel:** Also nein. Ich bin mitten im Wahlkampf. Ich kämpfe um jede Stimme und ich  
346 glaube wir können das schaffen und das was Sie machen Herr Steinmeier, das ist ja nur, dass

347 sie auf der einen Seite die Koalition der Union mit der FDP als sozusagen das Schreckgespenst  
348 per se darstellen, aber auf der anderen Seite ja angeblich ja mit den Liberalen gerne in eine  
349 Koalition gehen wollen. Und da muss ich Ihnen einfach sagen, das verstehen die Menschen  
350 nicht. Und das ist das Problem der SPD insgesamt. Dass sie nicht so richtig weiß, wo sie hinsoll.  
351 Soll sie die Erfolge der Großen Koalition loben, wie Sie das tun. Soll man dagegen anrennen,  
352 wie andere das tun. Wenn Herr Heil sagt Höchststrafe. Und diese Zerrissenheit ist es, die von  
353 der ich sage, dass ergibt keine stabilen Ergebnisse. Und deshalb bin ich ganz gewiss, dass wir  
354 das schaffen können. Aber in einer großen Ernsthaftigkeit um jede einzelne Stimme.

355 **Frau Merkel:** So richtig kann ich es Ihnen nicht glauben, weil es ja um die SPD als Ganzes  
356 geht. Und Herr Steinmeier hat Frau Ypsilanti nicht verhindern können und ihr Verhalten. Herr  
357 Steinmeier hat nicht verhindern können, dass man versucht hat einen erfolgreichen Bundesprä-  
358 sidenten abzuwählen, mithilfe der Stimmen der Linken. Und deshalb bin ich einfach skeptisch.  
359 Ich nehme das alles zu Kenntnis. Lassen Sie mich einfach zu Ende reden. Ich nehme das alles  
360 zur Kenntnis. Sie brauchen sich überhaupt nicht dafür zu entschuldigen das Sie mit einer eige-  
361 nen Kandidatin antreten. Sie müssen sich nur entschuldigen, dass Sie das höchste Amt im Staate  
362 mithilfe der Linkspartei erringen wollten und das ist ein Punkt, den ich halt für einen Mangel  
363 an Glaubwürdigkeit halte, wenn es jetzt weiter geht. Herr Struck sagt 2013 könnte es mit den  
364 Linken eine Koalition geben. Dann sage ich ganz einfach, eine Garantie haben wir nicht, dass  
365 es nicht in der Legislaturperiode schon kommt und vielleicht ist das dann gegen Herrn Stein-  
366 meier aber garantieren kann man das nicht.

367 **Frau Merkel:** Der Redlichkeit halber müssen Sie jetzt sagen, wie sich die Menschen andere  
368 Koalitionen wünschen und diese Wünsche liegen auch nicht höher. Es ist so, dass es einen  
369 ziemlich hohen Prozentsatz schon darstellt. Das ist eine Koalition von Union und FDP. Ich habe  
370 das lieber, dass man das ausspricht, mit einer starken Union, die auch für das Miteinander von  
371 wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Balance sorgt und ich glaube, dass das unserem Land  
372 sehr sehr guttun könnte und ich kämpfe darin für eine starke Union von CDU und CSU.

373 **Frau Merkel:** Eine Volkspartei hat den Anspruch alle Menschen anzusprechen. Von denen die  
374 heute keine Arbeit haben über die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zu denen die Un-  
375 ternehmer sind von Jungen bis zu den Älteren in unserem Land. Das ist unser Anspruch in der  
376 Mitte der Gesellschaft zu stehen. Ich glaube die CDU und die CSU erfüllen diesen Anspruch  
377 sehr erfolgreich. Und das sieht man auch immer wieder, wenn man sich die Wahlergebnisse  
378 zum Beispiel in Sachsen jetzt anschaut und bei allem, was uns unzufrieden gemacht hat, bei

379 den Landtagswahlergebnissen will ich vielleicht doch noch mal darauf hinweisen, dass die Un-  
380 terschiede zwischen SPD und Union an der Stelle auch beachtlich sind.

381 **Frau Merkel:** Ja. Ich habe das Wort nicht erfunden. Ich finde das auch immer bei so ernsten  
382 Fragen, ich meine es geht hier um die Zukunft unseres Landes, ich muss das nochmal sagen  
383 und nicht um irgendwelche Spiele. Und da ist die Frage, wie kommt dieses Land aus dieser  
384 Krise und mir ist das bitterernst, weil die Frage, ob wir das schaffen, wie wir das schaffen, wie  
385 schnell wir das schaffen, darüber davon hängen Millionen von Arbeitsplätzen ab. Und deshalb  
386 sage ich, dass Union sich dafür einsetzen wird, dass dieses Land vorankommt.

387 **Frau Merkel:** Liebe Bürgerinnen und Bürger. Ich möchte mich zuerst bedanken für das Ver-  
388 trauen, dass Sie mir in den vergangenen Jahren geschenkt haben. Das hat mir sehr geholfen.  
389 Insbesondere in schwierigen Situationen. In den vergangenen zwölf Monaten haben wir es ge-  
390 schafft die Krise in den Griff zu bekommen. Auch deshalb, weil, und das war mir sehr wichtig,  
391 dass das Verbindende immer im Vordergrund gestanden hat gegenüber dem Trennenden. Aber  
392 die Zeiten, die jetzt kommen sind alles andere als einfach. Wir brauchen einen handlungsfähi-  
393 gen Staat. Und für einen handlungsfähigen Staat brauchen wir klare politische Verhältnisse.  
394 Das geht nur mit einer starken Union von CDU und CSU. Wir wollen erstens das Familien in  
395 unserem Lande eine Chance haben. Kinder, Eltern und Großeltern. Sie gemeinsam definieren  
396 die Zukunft für ein generationengerechtes Land. Wir wollen ein Mehr an Bildung und For-  
397 schung. Damit unser Land auch wirklich vorankommt, denn das Wissen der Menschen, das ist  
398 der Schatz unseres Landes. Und wir wollen und das ist das allerwichtigste, Arbeit. Arbeitsplätze  
399 sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Ich glaube Arbeit für alle, das ist möglich. Das können  
400 wir hinbekommen. In der sozialen Marktwirtschaft muss es gelingen, dass die Starken etwas  
401 leisten können damit den Schwachen geholfen wird. In der sozialen Marktwirtschaft ist es so,  
402 dass Arbeit und Umwelt nicht in einem Gegensatz stehen und das wollen wir voranbringen.  
403 Eine Politik für Familien, für Bildung, für Umwelt und vor allem für Arbeit. Das verspreche  
404 ich Ihnen. Und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung und Ihre zwei Stimmen für die Union und  
405 damit auch für mich als Bundeskanzlerin. Gemeinsam können wir viel erreichen. Davon bin  
406 ich überzeugt.

### Angela Merkel Elefantenrunde 2009: AME09

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=xnXTAh6VWFU> (eigene Transkription)

1 **Frau Merkel:** Also erstens darf ich Ihnen sagen, dass ich heute Abend sehr zufrieden  
2 bin. Es ist das, wie Sie schon sagten, wesentliche Ziel erreicht nämlich einen Regierungs-  
3 wechsel herbeizuführen zusammen mit der FDP, der ich zu einem sehr guten Ergebnis  
4 gratuliere. Und ich glaube erstens ist mein Kanzlerinnen-Bonus immer aus dem Verständ-  
5 nis heraus, dass ich als Bundeskanzlerin natürlich auch für alle Deutschen da sein möchte.  
6 Auch für die die nicht mich wählen und zweitens sage ich, dass sicherlich auch die Wäh-  
7 lerinnen und Wähler der FDP nicht so entsetzt waren über mich als Bundeskanzlerin, dass  
8 sie das auch ein Stück mit gewählt haben. Es ist ein Regierungswechsel gewählt worden  
9 und sofern: ich bin zufrieden.

10 **Frau Merkel:** Also erstmal rate ich uns allen jetzt hier nicht die Wählerinnen und Wähler  
11 schon wieder mit ihrer Meinung in zwei Monaten zu vertreten, sondern die haben ja nun  
12 heute die Möglichkeit gehabt zu sprechen; jedenfalls Stimmen einzuwerfen. Und das ha-  
13 ben sie getan und da ist erstmal eine neue Mehrheit herausgekommen. Und die ist ja auch  
14 herausgekommen auf der Basis unseres Wahlkampfes, also das was wir den Wählerinnen  
15 und Wählern gesagt haben. Sie können ja wahrscheinlich uneingeschränkt in die Zukunft  
16 schauen. Das ist ein Privileg, dass ich nicht habe. Ich habe die Absicht mich an mein  
17 Regierungsprogramm zu halten. Und ich habe 2005 davon gesprochen, dass wir die  
18 Mehrwertsteuer erhöhen müssen. Da haben alle Experten gesagt es leider überhaupt nicht  
19 geht, dass es den Wirtschaftsaufschwung dämpfen wird. Das Gegenteil war der Fall, wir  
20 haben einen solideren Haushalt bekommen, sind deshalb gestärkter in die Krise gegan-  
21 gen. Es wird also das getan werden, was wir in unserem Regierungsprogramm gesagt  
22 haben. Und wir werden über einige Punkte natürlich auch streiten müssen. Wir haben ja  
23 mit der FDP kein gemeinsames Regierungsprogramm aufgelegt, sondern wir sind als un-  
24 terschiedliche Gruppierungen in die Wahl gegangen. Aber Sie können davon ausgehen,  
25 so viel wage ich mir jetzt mal an Prognose, dass wir uns der Ernsthaftigkeit der Situation  
26 des Landes bewusst sind, dass wir schnell und zügig verhandeln werden und auch schnell  
27 dieses Land wieder so regieren werden, dass die Zahl der Arbeitsplätze steigen wird, dass  
28 wir möglichst viele Arbeitsplätze sichern, dass wir natürlich etwas für Bildung tun. Herr

29 Trittin: Ich darf daran erinnern, ich habe vorheriges Jahr zu einem Bildungsgipfel einge-  
30 laden, alle Ministerpräsidenten. Nicht jeder war begeistert. Wir haben klare Festlegungen  
31 gemacht, was wir für Bildung tun wollen und das ist überhaupt gar keine Frage, dass  
32 Bildung weiterhin ein Top-Thema bleiben wird. Und wie man Wachstumskräfte stärkt,  
33 darüber gibt es unter den Parteien unterschiedliche Meinungen. Aber die Bürgerinnen und  
34 Bürger haben sich ja nicht entsetzt von uns abgewendet, sondern insgesamt doch dafür  
35 Sorge getragen, dass wir das auch umsetzen können.

36 **Frau Merkel:** Ja. Ich habe ein bisschen Sorge, dass ein großer Teil der Menschen, die  
37 ihre Stimme abgegeben haben, dass sie etwas verwirrt sind und nicht ganz genau wissen,  
38 ob wir jetzt die letzten Wirkungen des Wahlkampfes austragen oder zukünftige Debatten  
39 führen. Ich will nur noch mal daran erinnern, dass das Hauptziel, von allen wie sie hier  
40 versammelt sind, doch immer wieder ist, dass Deutschland möglichst viel Wohlstand hat,  
41 das Arbeit geschaffen wird. Und wir fühlen uns, wenn ich das für die CDU sagen darf,  
42 der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Wir haben damit sehr, sehr viele Erfolge ge-  
43 habt, über viele, viele Jahre in Deutschland. Wir sind, als es nicht mehr so geklappt hat,  
44 auch abgewählt worden 1998. Haben dafür auch Oppositionszeiten hinter uns gehabt.  
45 Und ich habe in meiner Verantwortung als Bundeskanzlerin jetzt gezeigt, dass wir auch  
46 wieder Arbeitsplätze schaffen können, dass auch die Sozialsysteme sicherer wurden, aber  
47 die Lohnzusatzkosten gesenkt werden konnten und daraus deutliche Fortschritte entstan-  
48 den sind. Und diese Idee man könnte mit einer Schreck-Kampagne jetzt verwirren und  
49 sagen mit der CDU oder der FDP werden plötzlich keine Arbeitsplätze mehr geschaffen,  
50 die hat doch nicht geklappt. Das muss man einfach sehen und wir werden durch Taten  
51 natürlich zu zeigen haben und davon werden dann zukünftige Wahlergebnisse abhängen,  
52 ob wir das einlösen, was wir dort in Aussicht gestellt haben oder nicht. Das ist mir voll-  
53 kommen klar, weil ich das 1998 erlebt habe. Aber das man jetzt versucht alle schlimmen  
54 Dinge dieser Welt in eine Koalition von Union und FDP zu packen ist doch falsch. Und  
55 ich habe heute mit Freude zum Beispiel Herrn Huber von der IG-Metall gehört, der gesagt  
56 hat er hat mich als eine Bundeskanzlerin kennen gelernt, die immer offen auf die Gewerk-  
57 schaften zugegangen ist. Und er glaubt, dass ich das morgen nicht vergessen habe. Und  
58 ich kann nur allen sagen, die darauf hoffen: Ich bin keine andere geworden, durch das  
59 was heute passiert ist und ich werde diese Politik machen.

60 **Frau Merkel:** Ja klar. Und nicht nur deshalb vergesse ich es nicht. Aber vielleicht auch  
61 ein kleines bisschen deshalb, weil ich weiß, dass auch er machtvoll ist. Aber nicht nur  
62 deshalb. Weil es meine Überzeugung ist.

63 **Frau Merkel:** Ich möchte das schon noch mal sagen. Ich finde es schon wichtig, dass  
64 Koalitionen auch aus Union und FDP sich dem Ziel verpflichtet fühlen Arbeitsplätze zu  
65 schaffen, so wie es in der Großen Koalition manchmal unterschiedliche Meinungen zwi-  
66 schen dieser und jener Maßnahme gegeben hat, so wird es diese auch zwischen uns geben.  
67 Und trotzdem wird man sehr erfolgreich arbeiten können. Also das wird ja nichts alles  
68 auf den Kopf gestellt. Ich hoffe mal, dass Sie alles noch sagen in der Opposition Herr  
69 Steinmeier, was Sie in der Regierung auch immer gesagt haben.

70 **Frau Merkel:** Ich kann versprechen, dass wir alles tun, so habe ich es im Wahlkampf  
71 auch immer wieder gesagt, dass das Wachstum der Treiber sozusagen von mehr Steuer-  
72 einnahmen, von mehr Arbeit und Wohlstand, und damit auch sozialer Sicherheit, ist. Und  
73 ohne Wachstum, bei einem Einbruch von -5 Prozent in diesem Jahr bei der Wirtschaft,  
74 wir haben ja wirklich eine außergewöhnliche Situation, wird es auch nicht möglich sein  
75 die Schulden, die wir machen abzubauen. Und was wir schaffen müssen ist: so schnell  
76 wieder möglichst dahinzukommen, wo wir vor der Krise waren, dass dann die Steuerein-  
77 nahmen auch wieder sprudeln und dazu können Entlastungen ein Beitrag sein. Das ist  
78 eine gewisse Dynamik, die man da denken muss. Aber das ist der Ursprung unserer Über-  
79 zeugung.

80 **Frau Merkel:** Soll ich jetzt davon sprechen was wir 2005 übernommen haben, als Sie  
81 gesagt haben die Mehrwertsteuererhöhung die „Merkelsteuer“ ist und anschließend haben  
82 Sie mitgemacht und noch ein Prozent draufgesetzt? Das bringt doch jetzt nichts.

83 **Frau Merkel:** Nein. Das haben Sie gesagt und nicht ich.

84 **Frau Merkel:** Also ich glaube der Ansatzpunkt, wenn ich das sagen darf, der war im  
85 zweiten Teil Ihrer Rede, dass diejenigen, die nichts weiter im Kopf haben als Deregulie-  
86 rung und die Privatisierung, nicht in der Lage sind, so kam es herüber, Banken an die  
87 Leine zu nehmen. Und ich glaube, wenn Sie richtig nachlesen und ich gebe Ihnen das  
88 Dokument gerne nochmal, was wir dort beschlossen haben in Pittsburgh, dann werden  
89 Sie sehen, dass wir mehr beschlossen haben, als ich zu hoffen gewagt habe. Und zwar

90 sowohl was Vergütungssystem anbelangt, auch was diese sogenannten Over-the-Coun-  
91 ter-Geschäfte, also was die Transparenz beim Derivate-Handel anbelangt, als auch was  
92 die Frage anbelangt, kann eine Bank einen Staat erpressen, was wir ja leider erlebt haben.  
93 Und das wird es in Zukunft nicht mehr geben. Und deshalb ist der Punkt ja einfach nur,  
94 dass man nicht so tun soll, als hätte, jedenfalls nehme ich das für mich und ich sage es  
95 dann auch für andere dazu, als hätten wir nicht in dieser Krise gesehen, dass die Dinge  
96 absolut nicht so weiter gehen können. Und dass man alles tun muss, um eine solche Krise  
97 zu verhindern. Das war der Punkt und nicht die Börsenumsatzsteuer.

### Peter Ramsauer Elefantenrunde 2009: PRE09

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=xnXTAh6VWFU> (eigene Transkription)

1 **Herr Ramsauer:** Ich erlebe ein völlig anderes Echo. Das setzt sich aus zwei Grundbot-  
2 schaften zusammen. Erstens: Die große Freude darüber, dass wir das gesamte Wahlziel  
3 erreicht haben. Die Große Koalition beenden zu können und eine bürgerliche Koalition  
4 aus CDU, CSU und FDP bilden zu können. Deswegen habe ich auch jetzt erst Gelegenheit  
5 Ihnen Frau Bundeskanzlerin Ihnen für meine Partei und für die CSU-Landesgruppe im  
6 Deutschen Bundestag herzlich zu gratulieren und auch für die tollen Auftritte in Bayern  
7 in den letzten Wochen und Monaten. Das ist die große Freude, die wir alle miteinander  
8 haben. Freilich ist ein weinendes Auge dabei, das wir in Bayern abgeschnitten haben, wie  
9 es eigentlich nicht der Stimmung entsprochen hat, die wir in den letzten Wochen und  
10 Monaten erlebt haben. Wir sind von den 42/43 Prozent, die wir wohl einfahren, natürlich  
11 etwas enttäuscht. Aber man muss hierbei auch wissen, dass viele Stammwähler der CSU,  
12 um die Große Koalition sicher abzuwählen, dieses Mal mit der Zweitstimme die FDP  
13 gewählt haben. Eben um sicherzugehen, dass es für Schwarz-Gelb reicht.

14 **Herr Ramsauer:** Nein. Ja aber wenn ich das noch zu Ende beantworten darf. Diese Mut-  
15 maßung wird getroffen. Aber jetzt so vordergründige Schuldzuweisungen oder Ursachen-  
16 forschungen zu betreiben wäre falsch. Ich habe viele Jahre Große Koalition hinter mich  
17 gebracht in elementarsten Zusatzpositionen. Und ich weiß, dass es in jeder Koalition  
18 knirscht, dass es natürlich auch in der bayerischen knirscht, aber wir haben ein exzellentes  
19 Ergebnis bei den Mandaten in Bayern. Wir werden wieder fast so viele Mandate haben,  
20 wie wir bisher hatten. Nicht mehr die 46 Mandate für die CSU, sondern 45 oder 44. Das  
21 heißt die Menschen haben uns nach wie vor das Vertrauen bei den Erststimmen geschenkt  
22 und wir haben in allen Bundesländern mit Abstand das beste Ergebnis, was innerhalb der  
23 Union eingefahren worden ist.

24 **Herr Ramsauer:** Ja aber wenn ich das kurz aufnehmen darf. Es bleibt aber doch dabei,  
25 dass die CSU in Bayern von allen Bundesländern mit Abstand das beste Ergebnis einge-  
26 fahren hat. Die FDP hatte bei der letzten Bundestagswahl in Bayern etwa 9 Prozent we-  
27 niger, als was sie heute hat. Das fehlt natürlich im Bereich der CSU. Das kann man ganz  
28 ehrlich sagen.

29 **Herr Ramsauer:** Ja klar. Ich werde ja nach Lage der Dinge den Koalitionsvertrag auch  
30 mitzuunterzeichnen haben. Für mich gilt, dass nicht nur das gleiche, sondern dasselbe  
31 was Horst Seehofer zum Ausdruck gebracht hat. Wir haben hier eine sehr gute Parallelität  
32 zwischen Union und FDP insgesamt. Besonders zwischen CSU und FDP. Ein Beispiel ist  
33 gerade vom Kollegen Westerwelle genannt worden: Das wir die Grundfreibeträge für  
34 Kinder angleichen wollen an den persönlichen Freibetrag eines Jeden. Aber ich bin sehr,  
35 sehr zuversichtlich, dass wir sehr bald in den nächsten Wochen in den Koalitionsgesprä-  
36 chen schnell zu Einigungen kommen. Wir brauchen jetzt auch keine Wahlkampfreden  
37 mehr zu halten. Der Bürger hat uns einen klaren Auftrag gegeben.

**Volker Kauder Bundestag November 2009 (CDU/CSU): VKB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Regierungser-  
2 klärung und die Reaktionen der Opposition darauf heute gehört hat, dann wird eines ganz  
3 deutlich: Die Wählerinnen und Wähler haben bei der letzten Bundestagswahl in der  
4 schwierigsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutsch-  
5 land den Parteien CDU, CSU und FDP den Auftrag erteilt, dieses Land durch die Krise  
6 zu führen.

7 Angesichts der Reaktionen der Opposition fühlen sich die Wählerinnen und Wähler im  
8 Nachhinein in ihrer Entscheidung bestätigt.

9 Die Regierungskoalition hat in drei Schwerpunkten – das kann jeder auch aus der Oppo-  
10 sition ganz einfach begreifen – festgelegt, worauf es ankommt: Arbeit durch Wachstum,  
11 Chancen durch Bildung und Zukunft durch Zusammenhalt.

12 Das ist der Dreiklang in dieser neuen Koalition.

13 Bei dem Thema Arbeit durch Wachstum ist es entscheidend, dass die Menschen in ihrer  
14 Würde ernst genommen werden. Die Würde des Menschen hängt davon ab, dass er sein  
15 Leben frei gestalten kann. Die Grundlage dafür ist aber ein Arbeitsplatz und nicht der  
16 Erhalt von Hartz IV.

17 Deswegen ist völlig klar, dass die erste Maßnahme, die diese Koalition auf den Weg  
18 bringt, eine Maßnahme ist, die für Arbeitsplätze sorgt. Wir haben uns sehr intensiv Ge-  
19 danken darüber gemacht, wie wir auch in schwieriger Zeit gefährdete Arbeitsplätze er-  
20 halten können. Wir haben das fortgesetzt, was wir begonnen haben. Weil wir nicht woll-  
21 ten, dass aus Kurzarbeit automatisch Arbeitslosigkeit wird, wird die bestehende Regelung  
22 fortgeführt und verlängert.

23 Aber der entscheidende Punkt ist, dass die Bundesagentur diese Aufgabe auch finanzieren  
24 kann. Deshalb hat diese Koalition einen Schutzschirm für Arbeitsplätze geschaffen, in-  
25 dem sie die Bundesagentur mit einem Zuschuss unterstützt.

26 Nur so ist es überhaupt möglich, in der jetzigen Übergangsphase zu mehr Wachstum Ar-  
27 beitsplätze zu erhalten. Wenn wir sagen: „Wir wollen Arbeit durch Wachstum“, dann  
28 muss natürlich alles getan werden, was das Wachstum befördert. Deswegen wird in un-  
29 serem Wachstumsbeschleunigungsgesetz in der Kürze der Zeit all das, was eine Wachs-  
30 tumsbremse darstellt, geändert. Deswegen gibt es Korrekturen bei der Unternehmenssteu-  
31 erreform, und deswegen kündigen wir an, dass wir auch diejenigen unterstützen, die den  
32 Wachstumsprozess mittragen müssen. Das ist nämlich nicht nur, wie Sie von der Oppo-  
33 sition immer behaupten, die Wirtschaft. Vielmehr betrifft das auch jeden Arbeitnehmer  
34 und jede Arbeitnehmerin, die merken müssen, dass sich der Einsatz lohnt. Deswegen wol-  
35 len wir den sogenannten Mittelstandsbauch abschaffen, damit klar wird, dass sich Leis-  
36 tung lohnt, dass es sich lohnt, sich in unserem Land einzusetzen. Das ist die zentrale Bot-  
37 schaft.

38 Mehrfach ist heute der Begriff „verantwortete Freiheit“ gefallen. Wir wollen, dass die  
39 Menschen ihr Leben frei gestalten können und dafür eine Existenzgrundlage haben. Im  
40 60. Jubiläumsjahr können wir in Deutschland zurückschauen. Wir wissen ganz genau:  
41 Wir haben im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft gefordert, dass sich Leistung lohnen  
42 muss. Dafür geben wir Anreize. Diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, be-  
43 kommen diese Unterstützung auch. Das ist das Entscheidende. Freiheit und Verantwor-  
44 tung bedeuten, auch denjenigen zu helfen, die aus eigener Kraft nicht bzw. nicht alleine  
45 vorankommen.

46 Denjenigen zu helfen, die auf Hilfe angewiesen sind, heißt auch, den Menschen ernst zu  
47 nehmen. Es geht nicht darum, ausschließlich dafür sorgen zu wollen, ihn in dem beste-  
48 henden Zustand zu belassen: Statusabsicherung durch soziale Leistungen. Unsere Auf-  
49 fassung in dieser Koalition heißt: Aufstiegschancen schaffen, um nach vorne kommen zu  
50 können. Das Zementieren des Sozialhilfestatus ist nicht unsere Politik, meine sehr ver-  
51 ehrten Damen und Herren.

52 Wir sagen: Arbeit durch Wachstum. Wenn ich dann so einige Reaktionen aus der Oppo-  
53 sition höre, dass Wachstum überhaupt kein Thema mehr sei – ich höre aber, das sei kein  
54 Thema mehr –, dann kann ich nur sagen: Wenn wir nach dieser Wirtschaftskrise wieder  
55 auf das Niveau kommen wollen, das wir vorher hatten – das ist der Anspruch, den wir

56 haben müssen, und den hat diese Koalition –, dann brauchen wir in jedem Jahr Wirt-  
57 schaftswachstum. Nur so kommen wir voran. Nur so erhalten wir Arbeitsplätze, und nur  
58 so schaffen wir neue Arbeitsplätze. Deswegen ist „Arbeit durch Wachstum“ ein zentrales  
59 Thema dieser neuen Koalition.

60 Wachstum heißt bei uns natürlich in erster Linie Unterstützung des Mittelstandes. Die  
61 allermeisten Arbeitsplätze und die allermeisten Ausbildungsplätze finden wir nicht in den  
62 großen DAX-Betrieben, sondern in unseren mittelständischen Betrieben, im Handel und  
63 im Handwerk. Deswegen kommt es ganz entscheidend darauf an, diesen Bereich unserer  
64 heimischen Wirtschaft besonders zu stützen. Wie kann dies am schnellsten, am kosten-  
65 günstigsten und am besten geschehen und zugleich motivierend wirken? Indem wir auch  
66 dort sagen: weniger Staat, weniger Bürokratie, weniger Bevormundung und neue Chan-  
67 cen. Der Einzelne muss wissen: Ich kann etwas anpacken und muss mich nicht jedes Mal  
68 nach einem Aufsichtsamt umschauen, das mir etwas genehmigt oder nicht.

69 Deswegen ist das Thema Entbürokratisierung ein entscheidendes. Es ist bedauerlich, dass  
70 wir in der vergangenen Koalition auf diesem Gebiet nicht entscheidend vorangekommen  
71 sind. Das lag daran, dass man geglaubt hat: Mehr Staat bringt mehr Wachstum. Wir wis-  
72 sen aber, dass nicht mehr Staat mehr Wachstum bringt, sondern mehr Freiheit für den  
73 Einzelnen notwendig ist, damit er sich entfalten kann. Deswegen ist die Entbürokratisie-  
74 rung ein zentrales Thema auf dem Weg „Arbeit durch Wachstum“.

75 Unsere Wirtschaft, sowohl der Mittelstand als auch die Großindustrie, ist auf eine gute  
76 Energieversorgung angewiesen; das ist ganz entscheidend für die Entwicklung. Energie-  
77 versorgung ist das zentrale Thema. Wir alle wissen, dass wir trotz Wirtschaftskrise noch  
78 immer in einem globalen Wettbewerb stehen. Und im globalen Wettbewerb wird derje-  
79 nige die Nase vorn haben, der das Energieversorgungsproblem löst. Deswegen ist das  
80 Thema, über das wir hier reden, kein beliebiges. Energieversorgung sicherstellen heißt  
81 auch, ein Höchstmaß an Eigenversorgung und nicht ein Höchstmaß an Abhängigkeit zu  
82 erreichen.

83 Deswegen werden wir nicht zaghaft, sondern kräftig in dieses Thema einsteigen. Wir  
84 werden das nächste Jahrzehnt zum Jahrzehnt der erneuerbaren Energien machen. Das  
85 wird unser Thema sein. – Dazu kann ich nur sagen: Das ist die richtige Erkenntnis. Aber

86 was ist das für eine zaghafte Politik, die von Ihnen verkündet worden ist, Herr Trittin?  
87 Sie sagen: Wir haben zwar die Erkenntnis, aber wir trauen uns nur dann, sie umzusetzen,  
88 wenn wir alle anderen Energiequellen abschaffen. Das hat nichts mit Mut und Zuversicht  
89 zu tun. Das, was Sie formulieren, ist mutlos. Wir sagen: Gerade weil wir mit Kohle und  
90 Kernenergie Überbrückungstechnologien zur Verfügung haben, können wir den Weg ge-  
91 hen; deswegen werden wir das Ziel erreichen. Wir werden erneuerbare Energien in dem  
92 Maße zur Verfügung stellen, wie wir den Anteil anderer Energien zurückführen. Das ist  
93 mutige und zukunftsorientierte Energiepolitik.

94 Wenn wir darüber reden, was die Belastung des einzelnen Bürgers ausmacht, dann wollen  
95 Sie – das weiß ich sehr wohl – über viele Punkte reden, aber nicht über das Thema Ener-  
96 gie. Ein Vierpersonenhaushalt zahlt heute für Strom im Schnitt 1 000 Euro pro Jahr. Dazu  
97 kann ich nur sagen: Das sind 40 bis 50 Prozent mehr als noch vor einigen Jahren. Das ist  
98 eine unglaubliche Belastung. Wir wollen nicht, dass die Strompreise so weitersteigen,  
99 dass Strom zu einem Luxusgut wird und der Einzelne sich nicht mehr kostengünstig mit  
100 Energie versorgen kann.

101 Das hat auch etwas mit mehr netto und Geld in der Tasche zu tun. Wenn wir sagen: „Ar-  
102 beit durch Wachstum“, dann heißt dies auch, dass wir verhindern müssen, dass Wachstum  
103 durch Belastungen gehemmt wird.

104 Dies, Herr Trittin, ist auch in ganz klarem Umfang für die Sozialversicherungsbeiträge  
105 festzustellen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode den Beitrag zur Arbeitslosenver-  
106 sicherung von 6,5 auf 2,8 Prozent gesenkt.

107 Dies bedeutet 12 Milliarden Euro Entlastung jährlich für die Beitragszahlerinnen und  
108 Beitragszahler sowie für die Arbeitgeber in unserem Land. Jetzt muss alles darangesetzt  
109 werden, dass dieser Weg nicht wieder umgekehrt wird.

110 Deswegen wollen wir die Sozialversicherungsbeiträge stabil halten. Dass dies in Zeiten  
111 einer demografischen Veränderung, wie sie unser Land, überhaupt die Welt, noch nicht  
112 erlebt hat, eine besondere Herausforderung ist, ist doch klar. Deswegen hat es doch gar  
113 keinen Sinn, sich hier hinzustellen und zu sagen: Es muss alles so bleiben, wie es ist.  
114 Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sich eine Gesellschaft radikal verändert,  
115 kann die Antwort nicht heißen: Es muss alles so bleiben wie es ist. Vielmehr muss man

116 fragen: Was muss ich tun, um die richtige Lösung anzubieten? Die Lösung heißt schlicht  
117 und ergreifend: die Solidarität zwischen Jung und Alt erhalten. Das heißt, dass die Bei-  
118 träge für die Jungen nicht immer weiter steigen dürfen und die Älteren immer weniger  
119 davon haben. Deswegen müssen wir uns überlegen, wie wir die Sozialversicherungen im  
120 Zeitalter demografischer Veränderungen zukunftsfest machen. Genau das hat diese Re-  
121 gierungskoalition vor.

122 Es nützt überhaupt nichts, darum herumzureden. Stichwort „Pflegeversicherung“: Wir  
123 wollen dort keine Absicherungen haben. Die Pflegeversicherung soll als Umlagesystem  
124 erhalten bleiben. Aber ich sage Ihnen: Die Pflegeversicherung hat über Jahre hinweg nur  
125 deshalb ihre Arbeit so gut machen können, weil sie bei ihrem Start eine Kapitalrücklage  
126 von mehreren Milliarden Euro hatte. So sind wir durch schwierige Zeiten gekommen.  
127 Jetzt geht es darum, diese Milliardenrücklage, die wir einmal hatten, neu anzulegen und  
128 dafür zu sorgen, dass auch für die jüngere Generation, wenn sie Pflege in Anspruch neh-  
129 men muss, die Sicherheit besteht, entsprechende Leistungen zu erhalten.

130 Chancen durch Bildung: Wir sind uns weitgehend einig, dass Bildung der Schlüssel für  
131 das Weiterkommen in unserer Gesellschaft ist, für den Einzelnen, aber auch für unsere  
132 Gesellschaft insgesamt. Jetzt kann ich mich nur wundern: Wahrscheinlich haben Sie den  
133 Koalitionsvertrag gar nicht richtig gelesen.

134 Wenn ich mir anschau, was im Hause von Frau Schavan für das Bildungswesen an Mit-  
135 teln eingesetzt wird, dann kann ich nur sagen: Allein daran wird deutlich, wo wir einen  
136 Schwerpunkt setzen. Chancen durch Bildung für die jungen Menschen in unserem Land,  
137 das ist ein zentrales Thema unserer Koalition.

138 Chancen durch Bildung ist zugleich ein Thema, das die Integration betrifft. Junge Men-  
139 schen, die keine gescheite Ausbildung haben, haben Schwierigkeiten in dieser Gesell-  
140 schaft. Wenn ich weiß, dass sehr viele junge Menschen aus Familien mit Migrationshin-  
141 tergrund keinen Bildungsabschluss schaffen und daher Schwierigkeiten in unserem Land  
142 haben, dann muss doch die Aufgabe ganz klar sein: Wir müssen in der Bildungspolitik  
143 einen Schwerpunkt darauf legen, dass diejenigen, die es von ihrer Herkunft her schwerer  
144 haben, in unserem Land bessere Chancen bekommen. Herkunft darf nicht über Bildungs-  
145 chancen entscheiden; das steht in unserer Koalitionsvereinbarung, und dafür wollen wir

146 Geld einsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das heißt allerdings auch, dass  
147 wir klarmachen müssen, was in den letzten Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten versäumt  
148 wurde, nicht um Menschen mit Migrationshintergrund zu bedrängen oder sie an deutsche  
149 Gewohnheiten anzupassen – nein, das ist überhaupt nicht der Grund –, sondern damit die  
150 jungen Menschen, die hier leben, eine Chance in unserem Land haben. Wir brauchen  
151 jeden, und wir wollen, dass jeder seine Chance hat. Aber wir müssen den Eltern dieser  
152 Kinder auch klarmachen, was versäumt wurde. Dafür werden wir Modelle entwickeln.  
153 Wir werden nicht mehr zulassen, dass jungen Menschen aufgrund irgendwelcher kultu-  
154 reller Eigenheiten Chancen in unserem Land verweigert werden. Das darf nicht mehr pas-  
155 sieren.

156 Der Einstieg – dies ist von der Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung deutlich  
157 gemacht worden – ist das Erlernen der deutschen Sprache. Die deutsche Sprache ist die  
158 Grundvoraussetzung dafür, dass junge Menschen das Angebot in der Schule nutzen kön-  
159 nen; deswegen werden wir dafür sorgen, dass die Sprache schon im vorschulischen Be-  
160 reich gelernt wird. Ihr Hinweis, Herr Kollege, ist insofern gar nicht schlecht, als dies  
161 oftmals nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund, sondern auch für Kinder aus  
162 manch sozial schwacher Familie gilt. Auch hier ist es notwendig, das Verständnis der  
163 deutschen Sprache so zu fördern, dass sie davon profitieren.

164 Dabei haben wir überhaupt keine Scheuklappen vor den Augen. Das unterscheidet uns  
165 von dem Teil dieses Hauses, der links vom Rednerpult sitzt: Wir schauen uns in der Ge-  
166 sellschaft um, sehen die Probleme und handeln frei von Ideologie. Das ist der Unter-  
167 schied.

168 Sie leben nach dem Motto: Die Menschen müssen zu meiner Ideologie passen. – Unser  
169 Motto ist das nicht. Wir sagen: Wir richten unsere Politik nach den Problemen und Sorgen  
170 der Menschen aus.

171 Das wird diese Koalition auszeichnen.

172 Meine sehr verehrten Damen und Herren, Zukunft durch Zusammenhalt heißt, dass wir  
173 diejenigen, die in unserem Land etwas machen, die zum Zusammenhalt beitragen, auch  
174 in besonderer Weise anerkennen müssen. In diesen Tagen um den 9. November herum  
175 denke ich natürlich auch an das, was wir in den letzten 20 Jahren und kurz davor in

176 Deutschland erlebt haben. Wir haben gestern die Freiheitsfeier am Brandenburger Tor  
177 erlebt. Dort wurde zu Recht der Wert der Freiheit immer wieder betont. Es war ein langer  
178 Weg hin zur Freiheit aller Deutschen in Deutschland, ein langer Weg, auf dem nicht alle  
179 politischen Kräfte diejenigen, die in der DDR nach Freiheit gestrebt haben, entsprechend  
180 unterstützt haben, um auch das einmal klar zu sagen.

181 Aber für mich ist der entscheidende Punkt: Die Freiheit ist dadurch entstanden, dass ei-  
182 nige in diesem Land mutig bürgerschaftliche Verantwortung übernommen haben. Den  
183 Menschen in der DDR, in Leipzig und in anderen Städten, die mutig aufgestanden sind,  
184 was wir bestaunt und mit Freude begleitet haben, gilt in der jetzigen Phase großer Dank.  
185 In einer solchen Phase kommt es darauf an, Solidarität mit denen zu üben, die diese Frei-  
186 heit durch ihren Kampf mit ermöglicht haben. Viele politische Rahmenbedingungen wa-  
187 ren dazu notwendig. Aber wenn die Menschen in Leipzig und anderswo nicht so mutig  
188 gewesen wären, auf die Straße zu gehen, wäre es nicht so weit gekommen, auf jeden Fall  
189 nicht so schnell. Deswegen müssen unser Dank und unsere Solidarität diesen Menschen  
190 gelten.

191 In einer solchen Phase, Herr Steinmeier, ein Beispiel der Entsolidarisierung in der Bür-  
192 gergesellschaft zu geben, wie es in Brandenburg getan worden ist, indem dort die Stasi  
193 am Tisch der neuen Regierung sitzt, das ist schon unglaublich.

194 Zukunft durch Zusammenhalt, das gehört gerade in einer sich verändernden Gesellschaft  
195 als wichtige Marke zu dieser neuen Regierungskoalition. Zukunft durch Zusammenhalt  
196 ist wichtig in einer Zeit, wo die Generationen auseinanderzufallen drohen. Deswegen  
197 werden wir den Weg, den Ursula von der Leyen mit unserer Generationenpolitik in Form  
198 der Generationenhäuser begonnen hat, weiter fortführen.

199 Wir werden dafür sorgen, dass die Älteren ihren Platz in der Gesellschaft haben, dass die  
200 Älteren aber zugleich erkennen, dass sie auf die Leistungen der Jüngeren angewiesen  
201 sind. Zukunft durch Zusammenhalt heißt, die Generationen zusammenzubinden und sie  
202 nicht zu spalten.

203 Zukunft durch Zusammenhalt heißt auch, dass wir in unserer Gesellschaft an vielen Stel-  
204 len bereit sein müssen, Verantwortung zu übernehmen, so auch für die Verteidigung un-

205 serer Freiheit. Für uns ist klar: Zukunft durch Zusammenhalt heißt, in der Mitte der Ge-  
206 sellschaft zusammenzurücken. Deswegen werden wir alles bekämpfen, was am rechten  
207 Rand entsteht und den Zusammenhalt in der Mitte gefährdet.

208 Wer sein eigenes Süppchen kochen will, der trägt nicht zum Zusammenhalt, der so drin-  
209 gend notwendig ist, bei. Zusammenhalt in einer sich verändernden Gesellschaft heißt  
210 auch, dafür Sorge zu tragen, dass sich unser Land in den Ballungsgebieten und in den  
211 ländlichen Räumen gleich oder zumindest gleichwertig entwickelt. Dies hat unser Land  
212 stark gemacht und bleibt auch in Zukunft wichtig. Die Entwicklung der ländlichen Räume  
213 ist angesichts der demografischen Veränderungen eine große Herausforderung. Es ist  
214 richtig, dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur im ländlichen Raum so ausgebaut wird,  
215 dass der Arbeitgeber in einem kleinen Dorf genauso gut an die Datenautobahnen ange-  
216 schlossen wird wie die Menschen in den Ballungsgebieten.

217 Es gibt weitere Beispiele: Wir wollen, dass sich die ländlichen Räume weiterentwickeln  
218 und unter demografischen Entwicklungen nicht zu leiden haben. Wir wollen, dass die  
219 Gesundheitsversorgung in den ländlichen Räumen gleich gut ist. Wir wollen, dass die  
220 Bildungsinfrastruktur in den ländlichen Räumen gleich gut ist. Wenn es uns nicht gelingt,  
221 in den ländlichen Räumen die Chancen für Industrie und Mittelstand zu verbessern, wird  
222 es uns auch nicht gelingen, unsere anderen Punkte umzusetzen. Deswegen, Frau Bundes-  
223 kanzlerin, legen wir so großen Wert darauf, dass die Zusage, dass die kleinen Gemeinden  
224 ans schnelle Internet angebunden werden, eingehalten wird.

225 Schon heute klagen Kommunen zu Recht über die wirtschaftliche Entwicklung. Ich kann  
226 Ihnen sagen: Wenn es uns nicht gelingt, dafür zu sorgen, dass all das, was ich gerade  
227 angesprochen habe, schnell umgesetzt wird, werden die Kommunen in Zukunft allen  
228 Grund haben, über die wirtschaftliche Entwicklung zu klagen. Nur wenn Wirtschaft und  
229 Industrie in unseren ländlichen Räumen bleiben, besteht die Chance, dass sich die Finan-  
230 zen unserer Kommunen in Zukunft gut entwickeln.

231 Meine sehr verehrten Damen und Herren, Arbeit durch Wachstum, Chancen durch Bil-  
232 dung, Zukunft durch Zusammenhalt: Das sind die Hauptthemen dieser christlich-libera-  
233 len Koalition der Mitte.

234 Wir wissen im Übrigen auch, dass sich diese Koalition auf die Werte besinnen muss, die  
235 uns alle stark gemacht haben und die in den letzten 60 Jahren nichts an Kraft und Bedeu-  
236 tung eingebüßt haben. Das sind die Werte der sozialen Marktwirtschaft, wenn es darum  
237 geht, wirtschaftliche und soziale Interessen auszubalancieren, und es sind die Werte der So-  
238 lidarität, der Menschlichkeit und der Würde des Einzelnen, die uns so weit gebracht ha-  
239 ben.

240 All diejenigen in unserem Land, die diese Entwicklung mit unterstützen, leisten einen  
241 wichtigen Beitrag, um unser Land voranzubringen. Dazu gehören auch die Werte der  
242 christlich-jüdischen Tradition, die unser Land so stark gemacht haben, auch wenn sie  
243 nicht mehr jeder hundertprozentig für sich in Anspruch nehmen will; aber auch diese  
244 Leute wissen, dass das stimmt. Auf diese besinnen wir uns in dieser Koalition ebenfalls  
245 wieder.

246 Wenn ich den Blick nach Europa richte, dann kann ich nur ganz klar und deutlich sagen:  
247 Das Abhängen von Kreuzen macht noch kein Land stärker.

248 Wir stehen am Anfang dieser neuen Regierungskoalition, die wir uns als Wahlziel ge-  
249 wünscht haben. Deswegen bin ich mir, auch wenn es die eine oder andere Diskussion gibt  
250 – wo gibt es sie nicht? –, sicher, dass uns dieser gemeinsame Wunsch, unserem Land zu  
251 helfen, aus der Krise herauszukommen, neue Perspektiven zu entwickeln und jungen  
252 Menschen Chancen zu geben, der getragen davon ist, Deutschland in eine gute Zukunft  
253 zu führen, die Kraft geben wird, nicht nur am Anfang stark zu sein, sondern über vier  
254 Jahre hinweg stark zu bleiben.

255 Herzlichen Dank.

**Ilse Aigner Bundestag November 2009: IAB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

- 1 Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum das Präsidium  
2 die Aussprache über den Themenbereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-  
3 schutz an den Schluss dieses Plenartages gesetzt hat, weiß ich nicht. Ich kann nur mut-  
4 maßen: vielleicht ja deshalb, weil das Beste immer zum Schluss kommt.
- 5 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind zentrale Handlungsfelder der Zu-  
6 kunft. Energieversorgung und Klimaschutz sowie eine nachhaltige Lebensqualität für die  
7 Menschen in unserem Land ziehen sich wie ein roter Faden durch die Koalitionsverein-  
8 barungen. Sie sind auch ganz entscheidend für mein Haus und die Arbeit meines Hauses.  
9 Die Koalition hat dafür die Weichen richtig gestellt.
- 10 In diesen Tagen erinnern wir uns an den Mauerfall vor 20 Jahren. In zwei Dekaden kann  
11 politisch viel geschehen, denn die Lebenswelten der Menschen ändern sich, und das er-  
12 fordert Anpassungsbedarf. Ich möchte das am Beispiel des Verbraucherschutzes darstel-  
13 len. Vor 20 Jahren hatte jeder denselben Telefonanbieter, und kaum einer nutzte intensiv  
14 das Internet. Inzwischen ist das Waren- und Dienstleistungsangebot immer breiter gewor-  
15 den. Meines Erachtens ist es ein Ausdruck von Freiheit, eine solche Auswahl zu haben.  
16 Es ist auch ein Ergebnis der sozialen Marktwirtschaft. Dafür steht die Bundesregierung.  
17 Das breite Angebot bringt aber mit sich, dass man sich in der Vielfalt der Warenwelt  
18 zurechtfinden muss, dass man Lockangebote durchschauen und Warnsignale frühzeitig  
19 erkennen muss. Für uns steht ein freier, selbstständiger und kompetenter Verbraucher im  
20 Mittelpunkt. Wir informieren, begleiten und unterstützen. Wir schützen vor Gefahren und  
21 stärken seine Rechte. Aber wir wollen nicht bevormunden.
- 22 Das gilt für den rechtlichen, den wirtschaftlichen und auch den gesundheitlichen Ver-  
23 braucherschutz. Wir haben hier in der letzten Legislaturperiode viel erreicht. Ich nenne  
24 beispielhaft nur die Kennzeichnung von Allergenen in Lebensmitteln, den Kampf gegen  
25 unlautere Telefonwerbung und die Stärkung der Fahrgastrechte.
- 26 Aber wir haben auch noch vieles vor uns. Wir werden das Verbraucherinformationsgesetz  
27 weiterentwickeln. Die Regelungen sollen sich stärker an den Belangen der Verbraucher

28 orientieren, und sie müssen insgesamt transparenter werden. Ob Kosten oder Bearbei-  
29 tungszeit, einiges muss auf den Prüfstand gestellt – das werden wir tun – und gegebenen-  
30 falls überholt werden.

31 Wahrheit und Klarheit, das ist auch unser Motto bei der Lebensmittelkennzeichnung. Es  
32 muss drin sein, was draufsteht oder abgebildet ist. Wenn Kirschen abgebildet sind, dürfen  
33 nicht nur Aromen enthalten sein. Das wollen wir erreichen. Entscheidungsfreiheit durch  
34 Information ist dabei unsere Leitlinie. Werbeverbote und Strafsteuern für vermeintlich  
35 ungesunde Lebensmittel wollen wir allerdings nicht.

36 Sichere Lebensmittel haben für uns höchste Priorität. Wir wollen, dass schwarze Schafe  
37 öffentlich gemacht werden. Das dient dem Schutz der Redlichen und hilft dem Ruf der  
38 gesamten Branche.

39 Wahrheit und Klarheit sind auch die Währung für das Vertrauen der Verbraucherinnen  
40 und Verbraucher im Bereich der Finanzdienstleistungen. Im Sommer haben wir bereits  
41 einen Vorschlag für ein einheitliches Produktinformationsblatt vorgestellt, das Verbrau-  
42 cher schnell und effektiv über Anlageformen informiert. Ich begrüße es sehr, dass nun  
43 auch die EU den Weg einer einheitlichen Produktinformation gehen will. Auch wir wer-  
44 den nicht stehen bleiben. Wir werden zeitnah ein umfassendes Paket mit konkreten Um-  
45 setzungsvorschlägen vorlegen.

46 Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Planungssicherheit und Perspektiven sind die  
47 Grundpfeiler für die Agrarwirtschaft in unserem Land. Bei uns hat der Agrarstandort  
48 Deutschland eine Zukunft und meines Erachtens eine gute Zukunft.

49 In früheren Zeiten hatte die Landwirtschaft die alleinige Aufgabe, die Menschen mit Nah-  
50 rung zu versorgen. Starke und starre Marktordnungen und Stützungssysteme waren noch  
51 vor 20 Jahren Ausweis einer erfolgreichen Agrarpolitik.

52 Die gesellschaftlichen Ansprüche an die Landwirtschaft haben sich aber weiterentwi-  
53 ckelt. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft steht für Lebensqualität in Deutschland. Sie  
54 sorgt für sichere und hochwertige Lebensmittel, liefert einen wesentlichen Beitrag zur  
55 Versorgung mit erneuerbaren Energien und stärkt die ländlichen Räume. Das alles ist  
56 allerdings nicht zum Nulltarif zu haben.

57 Eine flächendeckende Landbewirtschaftung durch bäuerliche und unternehmerische Be-  
58 tribsformen ist weiterhin unser Ziel. Das bedeutet aber Verantwortung gegenüber be-  
59 nachteiligten Regionen. Das bedingt auch zielgerichtete Unterstützungen. Unser auf zwei  
60 Jahre angelegtes Sonderprogramm bietet flankierende Maßnahmen, um der schwierigen  
61 Situation im Milchbereich Rechnung zu tragen und auch um wertvolle Naturräume zu  
62 erhalten, die ansonsten unwiderruflich verloren gehen würden. Das hat viel mit Nachhalt-  
63 igkeit zu tun. Nachhaltigkeit ist die Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Das ist bei der Ag-  
64 rarwirtschaft längst angekommen. Wir müssen aber auch in der Öffentlichkeit das Be-  
65 wusstsein dafür schärfen, welche entscheidenden Leistungen die Land- und Forstwirt-  
66 schaft für die Allgemeinheit bereits erbringen. Gleichzeitig gehen wir weg von marktstüt-  
67 zenden Maßnahmen und hin zu mehr Marktorientierung. Die gesellschaftlichen Leistun-  
68 gen müssen deshalb auch weiterhin entsprechend honoriert werden. Auf beiden Seiten  
69 die Leitplanken für die Agrarwirtschaft zu entfernen, könnte bedeuten, dass sie arg ins  
70 Schlingern kommt. Das ist nicht im Interesse unserer Gesellschaft.

71 Auf europäischer Ebene werde ich mich deshalb intensiv dafür einsetzen, dass bis 2013  
72 verlässliche Rahmenbedingungen bestehen und dass wir nach 2013 weiterhin eine starke  
73 erste und eine gut ausgestattete zweite Säule haben werden. Dafür werde ich mich mit  
74 aller Kraft einsetzen. Darauf können Sie sich verlassen.

75 Eine starke Landwirtschaft ist ein zentraler Kern für die ländlichen Räume. Ländliche  
76 Räume sind für über die Hälfte der Bevölkerung in unserem Land letztendlich die Grund-  
77 lage für eine lebenswerte Heimat. Deshalb werde ich mich mit meinem gesamten Haus  
78 auch weiterhin als Anwältin für die ländlichen Räume einsetzen.

79 Um die ländlichen Räume attraktiv zu machen, müssen die Menschen dort ihren Lebens-  
80 unterhalt verdienen können. Ich will, dass möglichst viel Kaufkraft im ländlichen Raum  
81 bleibt. Um das zu erreichen, müssen wir die Weichen dafür stellen, dass die regionalen  
82 Wertschöpfungsketten gestärkt werden. Eine gute Infrastruktur ist heute für alle Lebens-  
83 bereiche von entscheidender Bedeutung. Das gilt besonders für den ländlichen Raum.  
84 Nicht vorhandene Verkehrs- oder Internetanbindungen bedeuten weniger Arbeitsplätze,  
85 weniger Wertschöpfung und weniger Entwicklungschancen. Ich will keine überdimensi-  
86 onierten Großprojekte. Ich will lediglich, dass Menschen, Waren und Dienstleistungen  
87 einfach von A nach B gelangen. Dazu brauchen wir eine entsprechende Infrastruktur.

88 Die nachhaltige Entwicklung in den ländlichen Räumen hat nicht zuletzt sehr viel mit  
89 Lebensqualität für die Menschen und insbesondere für die Familien, die dort leben, zu  
90 tun. Lebensqualität ist aber auch eng verbunden mit dem persönlichen Lebensstil. Die  
91 älteren Mitbürger unter uns, zum Beispiel auch meine Eltern, wissen, dass die Beschaf-  
92 fung von Nahrungsmitteln nach dem Zweiten Weltkrieg im Mittelpunkt stand; denn da-  
93 mals war eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung noch nicht gewährleistet. Dafür  
94 zu sorgen, war die größte Aufgabe der Ernährungspolitik. Sie wurde erfolgreich bewäl-  
95 tigt.

96 Heute herrscht in Europa kein Mangel an Nahrungsmitteln mehr. Im Gegenteil: Viele  
97 Menschen leiden leider unter Über- und Fehlernährung und an Krankheiten, die durch  
98 einen bewussteren Lebensstil vermieden werden könnten. Übergewicht, Diabetes oder  
99 Bluthochdruck schränken die Lebensqualität vieler Menschen ein.

100 Die Folgen sind Erkrankungen, die Kosten in Milliardenhöhe verursachen. Deshalb wol-  
101 len wir in Zukunft den Präventionsgedanken durch gesunde Ernährung deutlich stärken.  
102 Der Wert einer gesunden Ernährung verbunden mit mehr Bewegung, ist mir ein persön-  
103 liches Anliegen. Die Menschen brauchen Informationen, um selbstbestimmt ihre Ent-  
104 scheidungen treffen zu können. Wir werden nicht jedem einen Menschen an die Hand  
105 geben können, der dafür sorgt. Die Entscheidung muss letztendlich im eigenen Kopf statt-  
106 finden. Unser Ziel ist es, weiterhin alles zu tun, damit sich das Ernährungs- und Bewe-  
107 gungsverhalten der Menschen dauerhaft verbessert. Das hilft dem Einzelnen, und das hilft  
108 letztendlich der Gesellschaft.

109 Die Politikfelder meines Hauses betreffen in besonderem Maße den Alltag und die  
110 Grundbedürfnisse aller Menschen – heute und auch in Zukunft. Sie erfordern daher Ein-  
111 satz, Verantwortung und Augenmaß. Wir wollen Freiheit, Lebensqualität und auch Si-  
112 cherheit. Dafür steht meine Politik, dafür steht die Politik der neuen Bundesregierung und  
113 der sie tragenden Koalition.

114 Vielen herzlichen Dank.

**Erika Steinbach Bundestag November 2009 (CDU/CSU): ESB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einige Sätze zu  
2 unserem sehr geschätzten Nachbarland Polen: Glücklicherweise ist Warschau nicht ganz  
3 Polen. Überall dort, wo die deutschen Vertriebenen tagtäglich hinfahren – nicht mit der  
4 Faust in der Tasche, sondern mit offenem Herzen –, gibt es ein wunderbares deutsch-  
5 polnisches Miteinander.

6 Dort, wo deutsche Politiker hinfahren, gibt es Aversionen gegen diesen Teil der deutschen  
7 Bevölkerung. Das muss man deutlich sagen.

8 Die Verantwortung dafür liegt in weiten Teilen bei Einzelpersonen dieses Hauses. Ges-  
9 tern jährte sich der Fall der Mauer zum 20. Male. Es ist schon wahr, was der Kollege  
10 Arnold Vaatz sagte, nämlich dass aus den Reihen der Opposition dazu wenig zu hören  
11 war. Ich weiß noch, wie erschrocken mancher Sozialdemokrat vor 20 Jahren gewesen ist,  
12 weil die Mauer gefallen war. Der Wunsch war bei vielen ein völlig anderer.

13 Zu den drei Ministerbereichen kann man heute deutlich sagen: Alle drei haben mit Men-  
14 schenrechten zu tun. Deshalb war auch der gestrige Tag für mich sehr bemerkenswert.  
15 Einige der farbenfrohen Dominosteine nämlich, die aus diesem Anlass symbolisch zum  
16 Einsturz gebracht wurden – symbolisch für das Eindringen der Mauer durch die Men-  
17 schen in der DDR –, waren von Schülern und Künstlern aus Südkorea und Zypern ge-  
18 schaffen worden. Beides sind Länder, in denen es heute noch Mauer und Stacheldraht  
19 gibt. Es ist auch ein Symbol, dass sich diese Menschen die Einheit wünschen. Der 9.  
20 November 1989 ist der Triumph der Freiheit über die Knechtschaft in der DDR, eine  
21 Knechtschaft, die die Menschen in diesem Teil Deutschlands seit 1933 in zwei unter-  
22 schiedlichen Diktaturen in nahtloser Folge erdulden mussten, von denen sie menschen-  
23 feindlich und eisern beherrscht sowie ihrer Menschen- und Freiheitsrechte beraubt wor-  
24 den sind. Der 9. November 1989 ist aber auch ein Kontrapunkt zum 9. November 1938,  
25 wo den Menschen in Deutschland und darüber hinaus drastisch vor Augen geführt wurde,  
26 dass die Würde des Menschen nicht unantastbar ist. Der eine 9. November gibt Anlass  
27 zur Freude, der andere zu tiefer Trauer.

28 So war es für uns alle eine große Freude, dass gestern Vertreter so vieler Länder anwesend  
29 waren und mit uns diesen Freiheitstag gefeiert haben.

30 Ich fand die Bild-Zeitungszeile „Tränen der Freude“ so anrührend, weil viele Tausend  
31 Menschen tapfer im strömenden Regen ausgeharrt haben. Es ist ein Tag wiedergewonne-  
32 ner Menschenrechte, der weit über Deutschland hinausreicht. Dass die erste Generalde-  
33 batte am Tag nach diesem wunderbaren Jubiläum stattfindet, ist eine, wie ich meine, gute  
34 Fügung.

35 Ich freue mich, dass der Koalitionsvertrag sich ausdrücklich zu den Menschenrechten  
36 bekennt und vieles postuliert. Unter anderem steht darin: Die Glaubwürdigkeit Deutsch-  
37 lands steht in direktem Zusammenhang mit dem konsequenten Eintreten für die Men-  
38 schenrechte in der Außen- und Entwicklungspolitik. Ihre Einhaltung ist das Fundament  
39 für demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung jedes Landes.

40 Die Bundeskanzlerin hat schon in den letzten vier Jahren gezeigt, dass die Menschen-  
41 rechte bei ihr einen höheren Stellenwert haben als in den Jahren zuvor. Ich freue mich,  
42 dass das ausdrücklich im Koalitionsvertrag wieder niedergeschrieben ist.

43 Weiter heißt es im Koalitionsvertrag: ... Gedanken- und Meinungsfreiheit und die Frei-  
44 heit von Diskriminierung sind unveräußerliche Prinzipien unserer Menschenrechtspoli-  
45 tik. Menschenrechtspolitik ist darin aber nicht nur für Deutschlands Politik nach außen  
46 formuliert, sondern auch für unser deutsches Innenleben. Besonders begrüße ich die Aus-  
47 sagen zu den Freiheitsrechten, die unter anderem lauten: Wir werden die Freiheit der Bür-  
48 gerinnen und Bürger schützen und die Bürgerrechte stärken. Weiter heißt es: Wir wollen  
49 eine Gesellschaft mit Freiraum für Selbstbestimmung, für Kreativität und für ein neues  
50 Miteinander.

51 Auf dieses neue Miteinander freue ich mich nicht nur als Bundestagsabgeordnete der Re-  
52 gierungskoalition, sondern auch als Präsidentin eines Opferverbandes in einem Ehrenamt.  
53 Die Glaubwürdigkeit deutscher Menschenrechtspolitik nach außen steht und fällt mit dem  
54 Handeln in Deutschland selbst. Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass sich ein gutes Mitei-  
55 nander und Vertrauen zu anderen Ländern durch menschenrechtswidrige Opfergaben zu-

56 lasten eigener Bürger und Organisationen erkaufen ließe. Das lässt sich damit nicht er-  
57 kaufen. Respekt lässt sich so nicht gewinnen. – Dann hören Sie einfach zu, Frau Roth. –  
58 Es geht weiter. Ich bin nicht fertig. Schließlich ist meine Redezeit noch nicht zu Ende.

59 Es ist die Aufgabe deutscher Politik – auch deutscher Menschenrechts- und Außenpolitik  
60 –, die Traumata Millionen deutscher Vertreibungsoffer, mit denen viele von uns tagtäglich  
61 konfrontiert werden, in unseren Nachbarländern zu erklären und verantwortungsvolles  
62 Handeln gegenüber den Opfern in aller Welt anzumahnen, aber auch selbst hier im  
63 Land zu praktizieren. Hertha Müller hat am vorigen Sonntag in der Frankfurter Paulskirche  
64 aus ihrem Buch *Atemschaukel* gelesen und geschildert, wie die Menschen in den  
65 Lagern geknechtet wurden.

66 Nein, das möchte ich nicht. Danke schön. – Der Goethe-Preisträger Raymond Aron hat  
67 in der Frankfurter Paulskirche auch uns Deutschen ins Stammbuch geschrieben, und zwar  
68 vor einem Auditorium, das ihm gut zuhörte: Der Charakter und die Selbstachtung einer  
69 Nation zeigen sich darin, wie sie mit ihren Opfern der Kriege und mit ihren Toten umgeht.

70 Raymond Aron hat recht. In dieser Frage gab es jahrelang Defizite in der deutschen Po-  
71 litik. Bis heute hat noch kein deutscher Außenminister – deshalb, Herr Außenminister, ist  
72 es eine Aufgabe auch für Sie – an den Massengräbern deutscher Zivil- und Lageropfer  
73 einen Kranz niedergelegt, nicht bei den 2 116 Toten des Massengrabes von Marienburg,  
74 nicht bei den Opfern der polnischen Lager Lamsdorf oder Potulitz, nicht bei den Massen-  
75 gräbern in der Tschechischen Republik oder in Ex-Jugoslawien in Gakowa oder in Ru-  
76 dolfsknad. Deshalb begrüße ich den Satz der Präambel des Koalitionsvertrages, der da  
77 lautet: Es heißt, aus den Fehlern zu lernen und ihre Wiederholung zu verhindern.

78 Menschenrechte, meine lieben Freunde, sind unteilbar. Unseren Nachbarländern zu ver-  
79 mitteln, dass sie auch für deutsche Opfer gelten, ist unverzichtbarer Teil einer ungeteilten  
80 Menschenrechtspolitik nach innen und nach außen.

81 Ich danke Ihnen.

**Dr. Angela Merkel Bundestag November 2009 (CDU/CSU): AMB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 28. Oktober hat die neue Regierung von  
2 Union und FDP ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat ihre Arbeit aufgenommen im 60. Jahr  
3 des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre nach dem Mauerfall. Die  
4 neue Regierung will die Weichen für das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts stellen.  
5 Dazu sind wir zum Wohle unseres Landes und unseres Volkes fest entschlossen.

6 Ohne Zweifel: Deutschland ist ein starkes, ein weltweit angesehenes, ein lebenswertes  
7 Land. Doch genauso steht außer Zweifel: Zu Beginn der Amtszeit der neuen Regierung  
8 muss und wird eine schonungslose Analyse der Lage unseres Landes stehen. Anschlie-  
9 ßend ziehen wir die richtigen Konsequenzen.

10 Außerordentlich viel hängt von dieser Analyse ab. Machen wir hierbei Fehler, dann sind  
11 sie kaum wieder gutzumachen. Machen wir es hierbei richtig, dann werden wir Deutsch-  
12 land zu neuer Stärke führen.

13 Ich sage sehr deutlich: Wir dürfen die Augen nicht vor der Realität verschließen. Wir  
14 dürfen uns keinen Sand in die Augen streuen. Wir müssen mutig und entschlossen die vor  
15 uns liegenden Aufgaben beim Namen nennen.

16 Genau das, nicht mehr und nicht weniger, will ich heute hier tun, und zwar ohne Um-  
17 schweife; denn die neue Regierung von Union und FDP, diese christlich-liberale Koali-  
18 tion der Mitte, hat den Anspruch, Deutschland zu stärken und dabei den Zusammenhalt  
19 unseres Landes zu festigen.

20 Sie hat den Anspruch, dies mit einer Politik für Freiheit in Verantwortung zu tun. Fünf  
21 Aufgaben müssen wir dabei anpacken: Erstens. Wir müssen die Folgen der internationa-  
22 len Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden. Zweitens. Wir müssen das Verhältnis der  
23 Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat verbessern. Drittens. Wir müssen Antworten auf  
24 die Veränderungen des Altersaufbaus finden. Viertens. Wir müssen einen zukunftsfesten  
25 Umgang mit den weltweiten natürlichen Ressourcen finden und dazu einen globalen Ord-  
26 nungsrahmen aufbauen.

27 Fünftens. Wir müssen das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in der Innen- und Au-  
28 ßenpolitik angesichts neuer Bedrohungen weiter festigen.

29 Das sind die fünf Aufgaben, die die Koalition der Mitte angehen muss. Ganz ohne Zweifel  
30 steht dabei alles, was wir tun, zunächst und für unabsehbare Zeit im Zeichen der ersten  
31 Herausforderung. Ich wiederhole sie noch einmal: Wir müssen die Folgen der internatio-  
32 nalen Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden.

33 Das ist die Lage: Deutschland befindet sich infolge dieser Krise in der schwersten Rezes-  
34 sion seiner Geschichte. Der Wachstumseinbruch ist fünfmal stärker als der bisher größte  
35 Rückgang Anfang der 70er-Jahre. Der Absturz bei Auftragseingängen, Produktionen und  
36 Absatz ist zwar gestoppt, und es gibt erste, leichte Aufwärtsbewegungen, aber große Teile  
37 der Industrieproduktion liegen noch immer weit unter dem Niveau vor Beginn der Krise.  
38 Wichtige Banken sind nach wie vor vom staatlichen Rettungsschirm abhängig. Der Fi-  
39 nanzmarkt ist noch keineswegs wieder so leistungsfähig, wie er es für die Weltmarktstel-  
40 lung der deutschen Wirtschaft und insbesondere für einen neuen Aufschwung sein  
41 müsste. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, und sie wird weiter steigen. Es ist nur der Kurzar-  
42 arbeit zu verdanken, dass nicht noch mehr Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Deshalb  
43 werden wir die Regelung zur Kurzarbeit verlängern.

44 Die volle Wucht der Auswirkungen der Krise wird uns im nächsten Jahr erreichen, auch  
45 und gerade in den öffentlichen Haushalten der Kommunen, der Länder und des Bundes.  
46 Waren die gesamtstaatlichen Haushalte vor Ausbruch der Krise schon ungefähr ausgegli-  
47 chen, so wird das Budgetdefizit in diesem Jahr 3,5 Prozent und im kommenden Jahr circa  
48 5 Prozent unserer Wirtschaftsleistung betragen. Das ist die EU-Herbstprognose. Die  
49 Wahrheit lautet, in einem einzigen Satz zusammengefasst: Die Probleme werden erst  
50 noch größer, bevor es wieder besser werden kann. Das ist die Lage. Ich kann und ich will  
51 sie uns nicht ersparen.

52 Mehr noch: Wir alle müssen verstehen, dass es um weit mehr geht als nur um die Bewäl-  
53 tigung der Folgen der Krise in unserer eigenen Volkswirtschaft. Nein, die Karten werden  
54 weltweit neu gemischt. Das und nichts anderes ist die Dimension der Krise. Weltweit  
55 werden die Karten neu gemischt. Da gibt es eben keine angestammten Marktanteile und  
56 Positionen. Wer wird sich den Zugriff auf Rohstoffe und Energiequellen sichern? Wer

57 lockt Investitionen aus anderen Teilen der Welt an? Welches Land wird zum Anziehungs-  
58 punkt für die klügsten und kreativsten Köpfe?

59 Meine Damen und Herren, wir spüren es: Deutschland steht vor einer Bewährungsprobe,  
60 wie es seit der deutschen Einheit nicht mehr der Fall war. Die zentrale Frage lautet: Wird  
61 Deutschland es schaffen, rechtzeitig aus der Krise zu kommen, noch dazu stärker als wir  
62 waren, als wir in sie hineingeraten sind, oder werden andere unseren Platz einnehmen,  
63 weil wir es versäumen, die Quellen des Wohlstands von morgen zu finden und zu nutzen?  
64 Die Antwort liegt in unserer Hand. Wir können scheitern, oder wir können es schaffen.  
65 Beides ist möglich.

66 Ich will und wir wollen, dass wir es schaffen. Ich will, dass wir Deutschland zu neuer  
67 Stärke führen. Wer also die Dimension der politischen Herausforderung unserer Genera-  
68 tion tatsächlich an sich heran lässt, der weiß spätestens dann: Es geht nicht um kurzfristige  
69 Krisenbewältigung oder langfristige Weichenstellungen. Das sind nicht zwei getrennte  
70 Aufgaben. Nein: Kurzfristige Krisenbewältigung und langfristige Weichenstellungen  
71 sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

72 Ich bin überzeugt: Wenn wir das verstehen, dann werden wir in der Lage, in der die Kar-  
73 ten weltweit neu gemischt werden, die richtigen Karten für unser Land ziehen und legen.  
74 Die Voraussetzungen dafür könnten kaum besser sein. Wir haben viele Unternehmer mit  
75 guten Ideen für neue Produkte und Innovationen. Wir haben viele gut ausgebildete Ar-  
76 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben viele Talente in Zuwandererfamilien. Wir  
77 haben an vielen Stellen nachhaltiges Denken und Wirtschaften schon verankert. In unse-  
78 rem Land steckt viel. Wir müssen diese Stärken Deutschlands nur zur Geltung kommen  
79 lassen. Die christlich-liberale Koalition der Mitte hat das erkannt. Sie will das schaffen.  
80 Sie wird danach handeln, egal wie schwer der Weg auch immer sein mag und egal wie  
81 viele Widerstände es dagegen auch geben mag. Wir nehmen die Herausforderung an.

82 Die Krisenbewältigung ist in vielen Fällen sehr konkret. Nehmen wir das Beispiel Opel.  
83 Die alte Bundesregierung hatte sich aus guten Gründen für einen strategischen Investor  
84 entschieden, um Opel eine neue Zukunft zu eröffnen. Hätten wir das nicht getan, gäbe es  
85 Opel heute nicht mehr. Denn General Motors war über Monate hinweg nicht in der Lage,

86 seiner Verantwortung als Mutterkonzern von Opel auch nur annähernd gerecht zu wer-  
87 den.

88 Die Arbeitnehmer hatten sich in großer Verantwortungsbereitschaft zu erheblichen An-  
89 strengungen und Opfern bereit erklärt. Sie haben im Gegenzug Verlässlichkeit erwartet,  
90 und sie wurden tief enttäuscht.

91 Ich bedauere die Entscheidung von General Motors außerordentlich. Doch die Arbeitneh-  
92 mer brauchen mehr als unser Bedauern. Sie brauchen eine konkrete Lösung, die Arbeits-  
93 plätze, Know-how und Standorte sichert. Wir erwarten, dass General Motors schnell ein  
94 verlässliches Konzept vorlegt, das Opel Europa und den deutschen Standorten die Chance  
95 auf eine gute Zukunft bietet. Gelingen kann diese Lösung nur, wenn General Motors den  
96 Hauptanteil der Restrukturierung mit eigenen Mitteln trägt. Dazu gehört auch, dass Ge-  
97 neral Motors den Überbrückungskredit zurückzahlt. Wir erwarten, dass sich das Unter-  
98 nehmen in Zukunft gleichermaßen für seine amerikanischen wie für seine europäischen  
99 Standorte engagiert.

100 Eine faire Balance ist eine entscheidende Bedingung, damit die jetzt kommenden Gesprä-  
101 che überhaupt eine Aussicht auf Erfolg haben können. Ich sage hier ganz deutlich: Das,  
102 was der Bundesregierung und den Landesregierungen der vier Opelstandorte hierzu mög-  
103 lich ist, werden wir tun. Darauf können sich alle verlassen.

104 Meine Damen und Herren, solche Fälle – noch dazu mit einem traditionsreichen Namen  
105 – stehen natürlich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Doch die Bundesregierung muss  
106 alle Arbeitsplätze in Deutschland im Blick haben. Deshalb noch einmal: Es geht darum,  
107 welche Möglichkeiten wir haben, die weltweite Krise als Ganzes zu überwinden. Dazu  
108 raten die einen uns nun, vorneweg die durch die Krise schier ins Uferlose geratenen  
109 Schulden vor allem durch Streichen und Kürzungen auszugleichen. Es ist wahr: Das wäre  
110 theoretisch ein Weg. Machen wir uns dazu aber kurz die Größenordnung klar: Um 86  
111 Milliarden Euro auszugleichen – das ist der von der alten Bundesregierung geschätzte  
112 Defizitbetrag für 2010 –, müssten wir die größte Kürzungs- und Streichungsaktion in der  
113 Geschichte der Bundesrepublik Deutschland starten. Ich glaube, jede weitere Diskussion  
114 über diesen Weg erübrigt sich. Ein solcher Weg ist in der Krise offensichtlich keine Lö-  
115 sung.

116 Andere raten uns, die höheren Ausgaben und geringeren Einnahmen der Sozialversiche-  
117 rungen durch steigende Beiträge der Sozialversicherungen auszugleichen. Es ist wahr:  
118 Theoretisch ist auch dies ein Weg. Doch was wäre die Folge? Die verfügbaren Einkom-  
119 men der Bürger würden sinken, die Arbeitsplätze würden für die Betriebe teurer werden.  
120 Es ist also ganz offensichtlich, dass sich auch jede weitere Diskussion über diesen Weg  
121 erübrigt. Auch er wäre keine Lösung.

122 Wir haben uns für einen anderen Weg entschieden, nach reiflicher Überlegung und Ab-  
123 wägen allen Für und Widers. Er lautet in einem Satz: Ich will, dass wir alles versuchen,  
124 jetzt schnell und entschlossen die Voraussetzungen für neues und stärkeres Wachstum zu  
125 schaffen.

126 Wachstum zu schaffen, das ist das Ziel unserer Regierung. Ich sage es ganz offen: Auch  
127 dieser Weg ist keine Garantie, dass wir es schaffen, die Folgen der weltweiten Finanz-  
128 und Wirtschaftskrise schnell und gestärkt zu überwinden. Aber die Chance dazu bietet  
129 dieser Weg. Deshalb müssen wir diese Chance ergreifen und genau diesen Weg einschla-  
130 gen.

131 Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachs-  
132 tum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und  
133 umgekehrt: Mit Wachstum Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder für die Bildung, Hilfe für  
134 die Schwachen und – am wichtigsten – Vertrauen bei den Menschen. Das ist meine Über-  
135 zeugung, eine Überzeugung, die auf meiner Grundauffassung von Politik gründet. Zu ihr  
136 gehören elementar entscheidende Faktoren: Vertrauen, Zuversicht, Motivation. Sie lassen  
137 sich nicht in Prozenten fassen. Ihre Wirkung ist aber immer weit größer, als die Statistiker  
138 sie jemals ermessen können.

139 Genau vor diesem Hintergrund beginnt die neue Bundesregierung ihre Arbeit mit einem  
140 Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Der Entwurf wurde gestern im Kabinett beschlossen.  
141 Ich weiß, dass die Beratungszeit knapp ist. Aber ich bitte um Ihre Unterstützung für un-  
142 seren Zeitplan; denn Entschlossenheit ist jetzt gefragt.

143 Die krisenbedingten Auswirkungen der Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform müs-  
144 sen beseitigt werden; das wissen alle in diesem Hause. Die Familien wollen wir zusätzlich  
145 zu den schon beschlossenen Entlastungen noch einmal stärken. Insgesamt, zusammen mit

146 den schon beschlossenen Maßnahmen und dem, was wir jetzt auf den Weg bringen, ent-  
147 lasten wir die Bürgerinnen und Bürger zum 1. Januar 2010 um 22 Milliarden Euro.

148 Anfang Dezember wird die Bundesregierung außerdem mit allen Akteuren aus Wirt-  
149 schaft, Banken und Arbeitnehmerschaft die weiteren Schritte vertrauensvoll besprechen.  
150 Wir wollen den Unternehmen weiter ausreichende Finanzierungswege eröffnen. Insbe-  
151 sondere der Mittelstand, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, darf nicht in eine Kre-  
152 ditklemme geraten.

153 Deshalb werden wir noch einmal die Ausgestaltung des Deutschlandfonds überprüfen,  
154 ihn gegebenenfalls auch anpassen, und wir wollen in Abstimmung mit den Ländern dafür  
155 sorgen, dass jeder Betrieb, egal ob groß oder klein, bei krisenbedingten Finanzierungs-  
156 sorgen einen Ansprechpartner erhält, damit so unbürokratisch wie möglich nach Lösun-  
157 gen gesucht werden kann.

158 Von den Banken, meine Damen und Herren, erwarte ich vor allem, dass sie die von der  
159 Bundesregierung geschaffenen Möglichkeiten nutzen, um ausreichend Kredite zu verge-  
160 ben.

161 Es scheint mir Zeit zu sein, in diesem Zusammenhang an etwas zu erinnern, und zwar  
162 daran, dass der Finanzsektor im Kern eine dienende Funktion für das Funktionieren der  
163 wirtschaftlichen Kreisläufe hat. – Sie werden das ja wohl nicht infrage stellen!

164 So ist der Bankensektor entstanden, das war sein eigentliches Selbstverständnis. Dieses  
165 Selbstverständnis muss wieder belebt werden; ansonsten werden wir große Schwierigkei-  
166 ten mit unserer Wirtschaft haben.

167 Genau diesem Ziel dienen auch alle internationalen Bemühungen – vorneweg in der  
168 Gruppe der G 20 –, neue internationale Regeln für mehr Transparenz und Kontrolle fest-  
169 zulegen; denn wir müssen alles tun, damit sich eine solche Krise nie wiederholt. Wenn  
170 wir international übereinkommen, bin ich sehr dafür, dass wir zum Beispiel über eine  
171 Börsenumsatzsteuer international die Banken an der Begleichung der Schäden, die diese  
172 Krise angerichtet hat, beteiligen.

173 Ich sagte es bereits: Die Bundesregierung setzt auf Wachstum, um Deutschland zu neuer  
174 Stärke zu führen. Deshalb werden wir im Jahre 2011 einen weiteren Wachstumsimpuls

175 setzen, und zwar in Form von Einkommensteuersenkungen. Diesen Impuls werden wir  
176 auch dazu nutzen, um langfristig strukturelle Veränderungen im Steuersystem vorzuneh-  
177 men.

178 Damit berühren wir die zweite Aufgabe, vor der die neue Regierung ganz unabhängig  
179 von der Krise steht: Wir wollen das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat verbessern. Das  
180 ist dringender denn je; denn die Steuerzahler sind unzufrieden, weil die Leistungen des  
181 Staates auf den Gebieten Bildung, Infrastruktur und Service aus ihrer Sicht oft mangelhaft  
182 sind.

183 Damit können wir uns nicht abfinden. Diejenigen, die Transferleistungen erhalten, fühlen  
184 sich ausgegrenzt und sehen oft wenig Chancen, wieder auf den Weg des Aufstiegs zu-  
185 rückzukehren; doch genau das muss gelingen. Die Mitte der Gesellschaft kann nur stärker  
186 werden, wenn mehr Menschen Arbeit bekommen, wenn gute Bildung Aufstiegschancen  
187 eröffnet, wenn unnötige Bürokratie abgebaut wird, mit einem Wort: wenn sich Leistung  
188 wieder lohnt in diesem Lande.

189 Das ist der Grund, warum wir unser Steuersystem spürbar vereinfachen wollen. Den Ein-  
190 kommensteuertarif wollen wir zu einem Stufentarif umbauen. Einfach, niedrig und ge-  
191 recht, das muss die Maßgabe sein, meine Damen und Herren. Dafür stehen wir ein.

192 Leistungsfeindliche Elemente wie der sogenannte Mittelstandsbauch müssen schrittweise  
193 abgebaut werden. Kinder müssen im Steuerrecht mittelfristig wie Erwachsene behandelt  
194 werden. Steuerpolitik – das ist unsere Überzeugung – ist nicht einfach der Umgang mit  
195 Zahlen, sondern Steuerpolitik ist Gesellschaftspolitik.

196 Einen neuen Schwerpunkt werden wir beim Abbau von Bürokratie setzen. Neben der  
197 Konzentration auf Erleichterungen für die Betriebe wollen wir auch für die Bürger ein  
198 klares Ziel für den Abbau von Bürokratie vereinbaren. Dabei müssen wir mit einem Miss-  
199 verständnis aufräumen: Es geht bei diesen Bemühungen nicht nur um weniger Aufwand  
200 bei Statistiken und Berichtspflichten – das allein reicht nicht –, es geht vor allem um  
201 schnellere Verfahren, flexiblere Behörden, also um Dienstleistungen für Bürger und Be-  
202 triebe. Deshalb werden wir den Auftrag des Normenkontrollrates deutlich erweitern.

203 Wenn wir das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat wirklich verbessern wollen, dann  
204 ist und bleibt es auch bei dieser Aufgabe das Wichtigste, Beschäftigungsbremsen zu lösen  
205 und Anreize für Arbeit zu schaffen. Wer für sich selber vorsorgt, dem muss der Staat  
206 dabei helfen. Dazu werden wir die Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Übergang in regu-  
207 läre Arbeit verbessern. Wir erhöhen das Schonvermögen, damit der, der für sich vorsorgt,  
208 später nicht um die Früchte seiner Voraussicht betrogen wird.

209 Wir wollen den Kinderzuschlag weiterentwickeln, weil niemand wegen seiner Kinder in  
210 staatliche Abhängigkeit geraten sollte. Ebenso werden wir befristete Beschäftigungsver-  
211 hältnisse erleichtern.

212 Sittenwidrige Löhne werden wir verbieten, einheitliche gesetzliche Mindestlöhne lehnen  
213 wir allerdings ab. Wir sind der Überzeugung: Sie waren, sind und bleiben nichts weiter  
214 als ein Hindernis für mehr Beschäftigung. Deshalb sind sie mit uns nicht zu machen. Das  
215 sind wichtige Einzelmaßnahmen, aber das reicht noch nicht aus. Es wäre nur Stückwerk,  
216 wenn wir nicht auch im Zusammenhang denken würden. Deshalb wollen wir die aktive  
217 Arbeitsmarktpolitik insgesamt wirksamer und einfacher gestalten.

218 Dazu werden wir die bis heute kaum überschaubare Zahl der Instrumente und Programme  
219 reduzieren. Das ist mehr als überfällig. Ich sage ganz deutlich: Die Arbeitsagenturen, die  
220 Argen, die Optionskommunen, die einzelnen Arbeitsvermittler vor Ort leisten vor Ort  
221 ohne Zweifel vielfach großartige Arbeit. Sie alle – davon sind wir überzeugt – können  
222 aber noch mehr leisten. Dazu wollen wir ihnen die Möglichkeit geben, sich bei ihrer Wie-  
223 dereingliederungsarbeit zuerst nach den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitslosen und  
224 nicht nach den Bedürfnissen der gesetzlichen Feinsteuerung richten zu können. Ich  
225 glaube, das ist die richtige Reihenfolge: erst der betroffene Mensch und dann ein politi-  
226 sches Instrument.

227 Eine solche Politik dient den Menschen; denn sie folgt einer Überzeugung: Jeder Bürger,  
228 der Arbeit hat oder sie wieder bekommt, hat die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.  
229 Das ist es, worum es der Politik zu gehen hat, wenn sie ihren Auftrag auch als einen  
230 moralischen versteht.

231 Jedem Bürger die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnen: Das will die christ-  
232 lich-liberale Regierung. Dazu brauchen wir nicht zuletzt ein verantwortliches Miteinan-  
233 der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Tarifautonomie hat sich gerade auch in der  
234 Krise, bei der Anpassung an oft schwierigste Auftragslagen, bewährt. Wir werden sie  
235 achten und schützen. Sie gehört zu den wichtigsten sozialen Errungenschaften in  
236 Deutschland. Viele Länder blicken geradezu bewundernd auf unsere Kultur der Zusam-  
237 menarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

238 Ich sage deshalb auch hier ganz klipp und klar: Wir werden die Mitbestimmung und die  
239 Betriebsverfassung nicht ändern. Wir werden auch die Schutzwirkung des Kündigungss-  
240 chutzes nicht mindern. Das schafft Vertrauen und hat auch etwas damit zu tun, das Ver-  
241 hältnis der Bürger zu ihrem Staat zu verbessern.

242 In diesem Geist können wir auch die dritte große Aufgabe unserer Zeit in den Blick neh-  
243 men: Wir müssen eine Antwort auf die Veränderung des Altersaufbaus unserer Gesell-  
244 schaft finden. Auch hier ist ein schonungsloser Blick auf die Lage Voraussetzung, um die  
245 richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

246 In diesem Jahr leben in Deutschland erstmals mehr über 65-Jährige als unter 20-Jährige.  
247 Der Schwerpunkt der Gesellschaft hinsichtlich des Lebensalters wird sich immer weiter  
248 jenseits der 50 Jahre verschieben. Im Jahre 2020 werden 3,5 Millionen Menschen unter  
249 25 Jahren weniger als 2007 in unserem Land leben – in 13 Jahren 3,5 Millionen Menschen  
250 unter 25 Jahren weniger. Das bedeutet in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen einen  
251 Rückgang von 15 Prozent. Im gleichen Zeitraum geht die Gesamtbevölkerung nur um 2  
252 Prozent zurück. Daran ersehen Sie die Dimension der Herausforderung, vor der wir ste-  
253 hen. Ich sage ganz ausdrücklich: Erste Schritte sind gemacht, zum Beispiel mit der Ein-  
254 führung der Rente mit 67 Jahren.

255 Aber diese Veränderungen, von der Bildungs-, Forschungs-, Familien- und Integrations-  
256 politik bis hin zur Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und einer nachhaltigen  
257 Haushaltspolitik, müssen noch weiterentwickelt werden. Teilweise ist das überfällig. Die  
258 Koalition der Mitte ist deshalb entschlossen, diese Veränderungen in die Wege zu leiten.  
259 Davor die Augen zu verschließen oder den Kopf in den Sand zu stecken, das wäre die

260 ungerechteste aller Möglichkeiten im Umgang mit den Menschen in unserem Lande. Ge-  
261 nau deshalb werden wir das nicht tun.

262 Es muss Schluss sein mit den reflexartigen Reaktionen, etwa wenn über die Entkopplung  
263 von Arbeitskosten und Kosten der sozialen Sicherheit gesprochen wird.

264 Es muss Schluss sein mit den reflexartigen Reaktionen, etwa wenn vom Aufbau einer  
265 Kapitaldeckung bei der Pflege die Rede ist. Das alles hilft nicht weiter.

266 Wir müssen Prioritäten setzen; nur das hilft weiter. Bildung, Integration, solide Haus-  
267 halte, generationengerechte soziale Sicherungssysteme – das sind die Themen, die  
268 höchste Priorität bekommen müssen. Die neue Regierung gibt genau diesen Themen die  
269 höchste Priorität.

270 Ich sage Ihnen: Das muss das ganze Land tun. Bald werden uns Millionen junger Men-  
271 schen fehlen. Dabei sind genau sie die Fachkräfte der Zukunft. Trotz Konjunkturrein-  
272 bruchs klagt das Handwerk schon jetzt über einen Mangel an Lehrlingen. Doch mancher  
273 Befund ist ernüchternd. Mehr als jeder Zehnte der unter 34-Jährigen hat heute keinen  
274 Schulabschluss oder muss ohne abgeschlossene Berufsausbildung ins Berufsleben star-  
275 ten. Bei denjenigen mit Migrationshintergrund ist es sogar jeder Dritte. – Viel geschafft  
276 haben Sie Grüne in Ihrer Zeit nicht; das muss ich sagen. – Ja, genau. Deshalb geben wir  
277 diesen Dingen Priorität, Frau Künast.

278 Mit diesem Befund dürfen und werden wir uns nicht abfinden. Es ist ein Gebot der Ge-  
279 rechtigkeit, dass jeder die Chance erhält, im Berufsleben Erfolg zu haben. Schaffen wer-  
280 den wir dies aber nur, wenn die Politikbereiche zusammenwirken: für die Unterstützung  
281 von Familien, die Bildung, die Integration, die Arbeitsmarktpolitik und die sozialen Si-  
282 cherungssysteme. Dabei kommt zweifelsohne den Familien die größte Aufgabe zu. Fa-  
283 milien müssen deshalb besonders unterstützt werden.

284 Das Schlüsselwort unserer Politik für Familien heißt Wahlfreiheit. Zu lange war das ein  
285 leeres Wort, und zwar in jeder Hinsicht. Wahlfreiheit setzt Wahlmöglichkeit voraus. Des-  
286 halb führen wir weiter, was begonnen wurde, nämlich den Ausbau der Kinderbetreuung  
287 auch für die unter Dreijährigen, eine Verbesserung sowohl im Umfang als auch in der  
288 Qualität. Zur Wahlfreiheit im umfassenden Sinne gehört auch, dass wir für Eltern, die

289 ihre Kinder zu Hause erziehen, ab 2013 ein Betreuungsgeld, gegebenenfalls auch als Gut-  
290 schein, einführen wollen.

291 Ich sage Ihnen: Es muss und es wird so ausgestaltet sein, dass die Freiheit der Eltern  
292 gestärkt wird, ohne dass dabei die Bildungschancen für Kinder verloren gehen. Das ist  
293 unser Anspruch; das werden wir auch tun.

294 Wir können gar nicht genug tun, um in Bildung für alle zu investieren. Deutschland zur  
295 Bildungsrepublik zu machen, darf kein leeres Wort bleiben. Deshalb wollen wir faire  
296 Startchancen und Aufstiegsmöglichkeiten für alle. Die Ausgaben des Bundes für Bildung  
297 und Forschung werden bis 2013 um insgesamt 12 Milliarden Euro erhöht. Das ist der  
298 Anteil des Bundes, damit wir insgesamt das Ziel, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für  
299 Forschung und Entwicklung und 7 Prozent für Bildung bereitzustellen, bis 2015 erreichen  
300 können. Die Länder müssen ihren Anteil mit gleicher Kraft leisten.

301 Wir werden die berufliche Bildung weiterentwickeln, den Ausbildungspakt fortsetzen,  
302 wo notwendig, neue Qualitätsstandards setzen, und im Hochschulpakt werden 275 000  
303 neue Studienplätze geschaffen. Mit den Ländern gemeinsam bauen wir ein nationales Sti-  
304 pendienprogramm für 10 Prozent der Studierenden auf.

305 Wir bekämpfen Bildungsarmut. Jedes Kind soll vor dem Schulbeginn eine Sprachförde-  
306 rung erhalten, wenn das notwendig ist. Ich sage mit Nachdruck: Auch die Integration der  
307 Zuwanderer und ihrer Kinder führt zuerst und vorneweg über Sprache und Ausbildung.  
308 Deshalb wird der Nationale Integrationsplan fortentwickelt: mit Integrationspartnerschaf-  
309 ten, Integrationsverträgen, mit mehr Förderung, aber auch mit mehr Verbindlichkeit.  
310 Auch das ist eine moralische Aufgabe. Es ist unsere Aufgabe für die betroffenen Men-  
311 schen wie für die Zukunft unseres Landes.

312 Meine Damen und Herren, wenn wir angemessene Antworten auf den Altersaufbau un-  
313 serer Gesellschaft finden wollen, dann führt kein Weg daran vorbei, unsere sozialen Si-  
314 cherungssysteme generationengerecht auszugestalten. Langfristige Stabilität und Ver-  
315 lässlichkeit wird es nicht geben, wenn der zugrunde liegende Generationenvertrag nicht  
316 von allen Seiten – von Jüngeren und Älteren gleichermaßen – akzeptiert wird.

317 In kaum einem Bereich wird das deutlicher als bei der Pflegeversicherung. Unser Ziel ist  
318 klar: mehr Qualität in der Pflege, mehr Selbstbestimmung und vor allen Dingen auch  
319 mehr Menschlichkeit. Wir werden unter anderem die Pflegebedürftigkeit neu definieren,  
320 und wir werden ein heißes Eisen anpacken, ganz egal, welche Widerstände das erzeugen  
321 wird: die Ergänzung der Umlagefinanzierung durch eine Kapitaldeckung.

322 Damit kein Missverständnis entsteht: Ich sage Ergänzung, nicht Ersatz. Wir stehen zum  
323 Grundsatz der solidarischen Sozialversicherung. Aber diese Ergänzung zu schaffen, das  
324 ist zwingend, wenn die Pflegeversicherung überhaupt noch etwas von ihrer Akzeptanz  
325 und ihrem Wert behalten soll, und ich will, dass sie diesen Wert behält.

326 Denn die Wahrheit liegt doch auf der Hand, und daran kann sich keiner hier vorbeidrücken:  
327 Die Pflege wird teurer werden, ob mit oder ohne Kapitaldeckung. Wir werden den  
328 Zusammenhalt unserer Gesellschaft, den Zusammenhalt von Jung und Alt, nur bewahren  
329 können, wenn wir die gesamten steigenden Kosten nicht immer wieder nur der jeweils  
330 jüngeren Generation und der arbeitenden Generation aufdrücken.

331 Das ist die Wahrheit, und dazu müssen wir stehen.

332 Deshalb wird die neue Regierung genau diesen Kreislauf durchbrechen. Wir werden am  
333 Ende nicht weniger Solidarität, sondern mehr Solidarität haben.

334 Wir werden am Ende nicht weniger Zusammenhalt, sondern mehr Zusammenhalt haben.  
335 Das ist unser Ziel.

336 Das gilt auch für die Gesundheitspolitik. Wir haben einen klaren Anspruch: Jeder Mensch  
337 soll die medizinische Versorgung bekommen, die er braucht, und zwar unabhängig von  
338 seinem Alter und seiner materiellen Situation.

339 Dies zu schaffen, das muss der Anspruch verantwortungsvoller Politik sein. Auch das ist  
340 eine zutiefst moralische Aufgabe.

341 Das ist aber – das wissen wir alle nur zu gut – leichter gesagt als getan.

342 Das führt uns zu einer Erkenntnis: Um Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben  
343 zu lassen, aber gleichzeitig Arbeitsplätze dennoch nicht zu gefährden, brauchen wir eine

344 stärkere Entkopplung von Arbeitskosten und Ausgaben für die Gesundheit, als das heute  
345 der Fall ist.

346 Es ist so. Es führt daran kein Weg vorbei.

347 Ich will auch gar nicht verschweigen: Erste Schritte in diese Richtung ist die alte Regie-  
348 rung mit dem Gesundheitsfonds und der Erhebung von Zusatzbeiträgen schon gegangen.  
349 Ich füge hinzu: Ich halte das nach wie vor für richtige und gute Schritte. Aber es müssen  
350 eben weitere Schritte folgen, und sie werden folgen, um dieses System in ein langfristig  
351 tragfähiges solidarisches System zu überführen, das genau den Ansprüchen gerecht wird,  
352 die die Menschen mit Recht an uns haben. Genau darum geht es: ein langfristig tragfähi-  
353 ges, solidarisches System. Deshalb versteht es sich von selbst, dass die finanziellen Las-  
354 ten weiter so verteilt werden, dass Gesunde für Kranke, Junge für Alte, Stärkere für  
355 Schwächere eintreten.

356 Nur so verdient ein solches System das Prädikat „solidarisch“. Darauf können sich alle  
357 Versicherten verlassen. Das darf aber nicht dazu führen, dass wir über Wettbewerb,  
358 Transparenz und viele andere Dinge überhaupt nicht mehr sprechen dürfen Meine Damen  
359 und Herren, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, das gilt in der Tat mehr denn  
360 je auch in der Haushaltspolitik. Wie kein zweites Instrument steht die Schuldenbremse  
361 genau für diese Politik.

362 Ich darf vielleicht daran erinnern, dass es doch eher wir in diesem Haus waren, die sich  
363 für eine Schuldenbremse – im Übrigen: für eine sehr detaillierte Schuldenbremse – im  
364 Grundgesetz eingesetzt haben. Deshalb werden wir dazu auch stehen.

365 Wir wissen, dass es diese Regierung ist, die genau in dieser Legislaturperiode beginnen  
366 muss, das alles zu erfüllen. Hier schließt sich gleichsam der Kreis unserer wirtschaftspo-  
367 litischen Philosophie.

368 Denn auch hier gilt: Nur mit einem strikten Wachstumskurs können wir die Vorgaben der  
369 Schuldenbremse einhalten. Nur mit einem strikten Wachstumskurs schaffen wir in Zeiten  
370 wie diesen überhaupt die Voraussetzungen, unsere Ziele insgesamt zu erreichen. Es geht  
371 nicht um Wachstum um des Wachstums willen, sondern um nachhaltiges Wachstum, ein

372 Wachstum, mit dem man an das Morgen und die nächste Generation denkt sowie unsere  
373 Lebensumwelt im Blick hat.

374 Viertens gilt: Wir wollen einen zukunftsfesten Umgang mit den weltweit vorhandenen  
375 natürlichen Ressourcen weiterentwickeln. Niemals dürfen wir zulassen, dass die welt-  
376 weite Finanz- und Wirtschaftskrise eine billige Ausrede für mangelnden Schutz unserer  
377 Umwelt wird. Das wäre einer der größten Fehler, die wir machen könnten. Ich sage das  
378 nicht ohne Grund; denn ich kenne die Realität. Sie ist schon ohne die Krise ziemlich  
379 schwierig. Noch immer sind wir zu weit von einem zukunftsfesten Umgang mit unseren  
380 globalen Ressourcen entfernt. Bislang haben wir weder in der Energiepolitik noch in der  
381 Umweltpolitik dauerhaft tragfähige, globale Antworten gefunden. Globale Abkommen –  
382 sei es in der G-20-Gruppe zur Regulierung der Finanzmärkte, sei es in der Politik zum  
383 Schutz unserer Artenvielfalt oder in der Klimapolitik – lassen viel zu lange auf sich war-  
384 ten. Eine Aufgabe der neuen Regierung wird sein, hier zu drängen und auf Erfolge zu  
385 pochen.

386 Dabei wissen wir alle in diesem Hause: Der Schutz unseres Klimas ist eine Menschheits-  
387 aufgabe. Im vor uns liegenden Jahrzehnt entscheidet sich, ob wir eine Chance haben, die  
388 Auswirkungen des weltweiten Klimawandels auf ein erträgliches Maß zu begrenzen –  
389 genau das meinen wir mit dem Zweigradziel –, oder ob wir das nicht schaffen. Es ent-  
390 scheidet sich, ob wir insgesamt eine Art des Wirtschaftens finden, die nicht mit den  
391 Grundlagen ihres eigenen Erfolgs Raubbau treibt, oder ob wir es eben doch tun. Es ent-  
392 scheidet sich, welche Zukunft unser Planet und damit wir, die wir diesen Planeten be-  
393 wohnen, haben.

394 Ich sage es ohne Umschweife: Ein Misserfolg der Weltklimakonferenz in Kopenhagen  
395 im Dezember würde die internationale Klimapolitik um Jahre zurückwerfen. Das können  
396 wir uns nicht leisten.

397 Eine substanzielle politische Einigung ist unerlässlich, um die Voraussetzungen für ein  
398 international verbindliches – ich unterstreiche: verbindliches – Protokoll für die Zeit nach  
399 2013 zu schaffen. Die Zeit drängt. Die Europäische Union hat klare und eindeutige Ver-  
400 handlungspositionen entwickelt.

401 Jetzt erwarten wir Beiträge von den USA und Ländern wie China und Indien. Ich werde  
402 mich ganz persönlich dafür einsetzen und, wenn es erfolgversprechend ist, nach Kopen-  
403 hagen fahren. Das werde ich auch tun, damit hier jeder Zweifel beseitigt ist.

404 Auch hier in unserem Land müssen wir unsere Hausaufgaben machen. Wir brauchen drin-  
405 gend ein Gesamtkonzept für eine schlüssige Energiepolitik, mit dem wir Umweltfreund-  
406 lichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit unserer Energieversorgung sicher-  
407 stellen. Die Bundesregierung wird genau ein solches Energiekonzept erarbeiten. Dazu  
408 setzen wir auf einen Energiemix, der die konventionellen Energieträger schrittweise  
409 durch erneuerbare Energien ersetzt. Oder in einem Satz gesagt: Wir wollen den Weg in  
410 das regenerative Energiezeitalter gemeinsam gehen.

411 Das schließt allerdings die Erkenntnis ein, dass die Kernenergie für eine Übergangszeit  
412 als Brückentechnologie ein unverzichtbarer Teil unseres Energiemixes bleibt, und zwar  
413 so lange, bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann, damit wir  
414 nicht Strom aus Kernenergie aus Frankreich und Tschechien importieren müssen.

415 Wir sind deswegen bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke – damit das noch  
416 einmal klar wird – unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicher-  
417 heitsstandards zu verlängern, und wir werden den wesentlichen Teil der zusätzlichen Ge-  
418 winne der Kraftwerksbetreiber nutzen, um den Weg in das regenerative Energiezeitalter  
419 zu beschleunigen, zum Beispiel durch verstärkte Forschung zur Energieeffizienz und zu  
420 den Speichertechnologien.

421 Damit es weiter ein bisschen strittig bleibt: Das bedeutet auch, dass wir die Beiträge von  
422 neuen, hocheffizienten Kohlekraftwerken und der CCS-Technologie zum Klimaschutz  
423 anerkennen.

424 Auch wenn manche es nicht hören wollen: Wir können auf Kohle als Energieträger nicht  
425 sofort verzichten, und deshalb werden wir auf Kohle als Energieträger auch nicht ver-  
426 zichten; denn das wäre unsinnig.

427 Mit Blick auf neue und hocheffiziente Kohlekraftwerke sage ich auch: Wir tun das, weil  
428 wir wollen, dass unser Land offen für neue Technologien ist. Was soll denn in China  
429 gebaut werden? Auch Sie wissen das. Es nützt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken.

430 Genau das ist der Schlüssel, um die großen Potenziale der Energieeffizienz und der Ener-  
431 gieeinsparung freizusetzen. Alle Fortschritte, die unser Land bereits erzielt hat, sind das  
432 Ergebnis von Forschergeist, die energetische Gebäudesanierung genauso wie intelligente  
433 Verkehrsnetze oder alternative Antriebstechnologien. Genauso wollen wir weitermachen.  
434 Deutschland soll Leitmarkt in der Elektromobilität werden, Deutschland soll eine hoch-  
435 ambitionierte Breitbandstrategie verfolgen, Deutschland soll in der Medizintechnik ganz  
436 vorne mit dabei sein, Deutschland soll seine klassischen Stärken im Anlagenbau und in  
437 der Chemie auch in Zukunft voll ausspielen. Das sind die Stärken Deutschlands, auf die  
438 wir in unserer Koalition setzen.

439 In einem Wort: Deutschland setzt auch im 21. Jahrhundert auf den Erfindungsgeist der  
440 Menschen. Die neue Bundesregierung setzt darauf; denn täten wir das nicht, dann würden  
441 wir zu Getriebenen und abhängig von jenen, die ihre Art von Lösung gefunden haben, die  
442 aber nicht unsere Art von Lösung sein muss. Das ist eine sehr grundsätzliche Weichen-  
443 stellung, die die neue Regierung vorgenommen hat, damit wir Deutschland zu neuer  
444 Stärke führen können.

445 Fünftens. Die Koalition der Mitte will das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit ange-  
446 sichts neuer Bedrohungen festigen. Sie stellen uns in der Heimat, auch außerhalb der  
447 Grenzen unseres Landes, vor große Herausforderungen. Wir können sie nur meistern,  
448 wenn wir unsere Sicherheitsarchitektur weiterentwickeln. Die neue Regierung ist dazu  
449 entschlossen und in der Lage. Denn uns leitet ein Kompass: Freiheit und Sicherheit sind  
450 für die neue Bundesregierung keine Gegensätze; sie gehören untrennbar zusammen. Bei-  
451 des hat der Staat bestmöglich zu gewährleisten, sei es beim Schutz persönlicher Daten in  
452 den neuen Kommunikationstechnologien, sei es beim Betrag Deutschlands zur internati-  
453 onalen Sicherheit.

454 Gestern haben wir gemeinsam den 20. Jahrestag des Mauerfalls gefeiert. Der 9. Novem-  
455 ber 1989 war der glücklichste Tag in der jüngeren deutschen Geschichte. Möglich ge-  
456 macht haben ihn viele: Die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR auf den Straßen  
457 von Leipzig und anderswo, die Gewerkschaft Solidarnosc in Polen, die Freiheitsbewe-  
458 gung um Vaclav Havel in Prag, Michail Gorbatschow, der als Staatsund Parteichef in der  
459 entscheidenden Stunde auf den Einsatz von Panzern verzichtet hatte, und Helmut Kohl

460 und Hans-Dietrich Genscher, die die deutsche Einheit unwiderruflich vorangetrieben ha-  
461 ben, und viele, viele mehr.

462 Möglich wurde der 9. November 1989 aber auch noch durch etwas anderes: durch ein  
463 Eintreten der transatlantischen, der westlichen Wertegemeinschaft – Europäische Union,  
464 NATO – für die Einheit und Freiheit unseres Landes. So wie es diese Wertegemeinschaften  
465 waren, die vor 20 Jahren mit zum Ende des Kalten Krieges beigetragen haben, so sind  
466 es auch heute Bündnisse und Wertegemeinschaften, die uns die Herausforderungen un-  
467 serer Zeit meistern lassen. Die Herausforderungen und Aufgaben sind seit 1989 andere  
468 geworden. Die Zahl unserer Partner ist viel größer geworden. Aus der Bedrohung des  
469 Kalten Krieges sind asymmetrische Bedrohungen geworden. Doch der Weg, den Heraus-  
470 forderungen unserer Zeit zu begegnen, der ist derselbe geblieben. Es ist und bleibt ein  
471 Weg der Partnerschaften und Bündnisse auf Grundlage unserer Werte, mit dem wir die  
472 Herausforderungen unserer Zeit bewältigen können. Niemand schafft es allein. Gemein-  
473 sam können wir alles schaffen.

474 Das gilt für uns in Europa. Der Vertrag von Lissabon tritt am 1. Dezember 2009 in Kraft.  
475 Er verbessert die Möglichkeit, dass die Europäische Union eine wirkliche Union der Bür-  
476 gerinnen und Bürger wird und weltweit ihre Interessen entschiedener verteidigen und  
477 vertreten kann. Das gilt darüber hinaus im transatlantischen Verhältnis: Auch in Zukunft  
478 wird die NATO der bedeutendste Sicherheitsanker Deutschlands sein. Gleichzeitig stre-  
479 ben wir mit Russland einen breiten sicherheitspolitischen Dialog an, nicht nur, aber ge-  
480 rade auch im NATO-Russland-Rat. Russland und Europa sind aufeinander angewiesen.

481 Wir teilen die Vision Präsident Obamas für eine nuklearwaffenfreie Welt, und wir setzen  
482 uns dafür ein, dass das neue strategische Konzept, mit dem die NATO auf die Herausfor-  
483 derungen der Gegenwart und der Zukunft ausgerichtet wird, auch das Thema Abrüstung  
484 auf die Tagesordnung setzt.

485 Verantwortung in Bündnissen zu übernehmen, das gilt auch bei den E3+3-Gesprächen  
486 zum iranischen Nuklearprogramm, bei unseren Bemühungen um den Nahostfriedenspro-  
487 zess wie auch bei unserem Engagement für ein stabiles Afghanistan.

488 Ohne Zweifel: Der Kampfeinsatz in Afghanistan fordert uns in ganz besonderer Weise.  
489 Er muss in eine neue Phase geführt werden. Mit unseren Bündnispartnern, mit den Län-  
490 dern der Region und mit der neuen afghanischen Regierung werden wir deshalb auf der  
491 geplanten UN-Konferenz Anfang kommenden Jahres besprechen, wie und mit welchen  
492 konkreten Schritten wir diese Phase neu gestalten können. Wir wollen eine Übergabestra-  
493 tegie in Verantwortung festlegen. Wir erwarten, dass die afghanische Regierung konse-  
494 quent auf gute Regierungsführung, auf den Aufbau der Sicherheitskräfte und auf wirt-  
495 schaftliche und soziale Entwicklung des Landes hinarbeitet.

496 Ich kann über unseren Einsatz in Afghanistan nicht sprechen, ohne an dieser Stelle unse-  
497 ren Dank an alle Soldaten, Polizisten und Entwicklungshelfer auszusprechen.

498 Sie haben zum Teil sehr gefährliche Aufgaben in Afghanistan zu meistern. Ich kann hier  
499 auch nicht über Deutschlands Einsatz in Afghanistan sprechen, ohne besonders an jene  
500 zu denken, die ihr Leben lassen mussten oder verwundet wurden. Wir werden ihren Ein-  
501 satz niemals vergessen.

502 Meine Damen und Herren, der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wie auch in ande-  
503 ren Regionen unserer Erde ist hart. Er verlangt der Bundeswehr viel ab. Aber unsere Bun-  
504 deswehr ist leistungsstark. Sie ist in der Mitte der Gesellschaft verankert. Das hat sich  
505 mehr als bewährt.

506 Die neue Bundesregierung hat entschieden, die Wehrpflicht auf sechs Monate zu verkür-  
507 zen. Sie hat nicht beschlossen, die Wehrpflicht abzuschaffen – aus guten Gründen nicht.  
508 Jetzt geht es darum, die sechs Monate Wehrpflicht so effizient wie möglich auszugestal-  
509 ten, damit diese Verkürzung kein Einstieg in den Ausstieg aus der Wehrpflicht wird.

510 Damit das gelingt, wollen wir natürlich auch Maßnahmen ergreifen, die dann zu mehr  
511 Wehrgerechtigkeit als heute führen. Dazu sind wir entschlossen.

512 Wir stehen auch weiter zu dem Konzept der vernetzten Sicherheit, also der Vernetzung  
513 von militärischen und zivilen Maßnahmen. Deshalb sage ich auch ganz deutlich: Für die  
514 neue Bundesregierung ist Entwicklungszusammenarbeit keine Nebensache, sondern eine  
515 Hauptsache.

516 Deshalb bekräftige ich heute vor diesem Hohen Hause ausdrücklich: Das Erreichen der  
517 Millenniumsziele für Afrika ist und bleibt uns Verpflichtung. Wir halten am Ziel fest, bis  
518 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungspolitik bereitzustellen.  
519 Auch das ist eine moralische Aufgabe.

520 Meine Damen und Herren, die von mir genannten fünf Punkte kennzeichnen die Größe  
521 der Aufgabe, die die neue Regierung zu meistern hat. Kaum eine Regierung vor uns hat  
522 seit 1990 vor derartigen Herausforderungen gestanden. Ich will ehrlich sein: Was vor uns  
523 liegt, das ist kein leichter Weg. Es wird immer wieder harter Entscheidungen bedürfen,  
524 und ich kann nicht versprechen, dass alles schnell leichter und besser wird. Aber was ich  
525 sagen kann, ist dieses: Wir haben bei allen Schwierigkeiten viel Anlass zur Zuversicht.  
526 Wir haben in der 60-jährigen Geschichte unseres Landes schon ganz andere Aufgaben  
527 gemeistert: den Wiederaufbau nach dem Krieg, die Überwindung der Teilung, den Sieg  
528 der Freiheit, den Aufbau der neuen Bundesländer.

529 Es ist wahr, jede große Herausforderung hat ihre spezifischen Umstände. Aber wahr ist  
530 auch: Gemeistert haben wir sie alle, weil wir uns auf die Werte besonnen haben, die am  
531 Anfang unseres Landes standen: Frieden in Freiheit, Einheit und Zusammenhalt, solida-  
532 risches Miteinander, Vertrauen in die Kraft der Menschen – mit einem Wort: auf Freiheit  
533 in Verantwortung. Das ist das Leitbild der christlich-liberalen Koalition. Damit werden  
534 wir Deutschland zu neuer Stärke führen.

535 Die Parteien, meine Damen und Herren, die diese neue Regierung bilden, Union und FDP,  
536 sind die Parteien, die die soziale Marktwirtschaft in Deutschland eingeführt und verankert  
537 haben. Union und FDP sind die Parteien, die nie an der Kraft unseres freiheitlichen Wirt-  
538 schaft- und Sozialsystems gezweifelt haben.

539 Wir, Union und FDP, haben jetzt den Auftrag erhalten, Deutschland stärker aus der Krise  
540 zu führen, als es in sie hineingegangen ist, und so unserem Land und seinen Menschen  
541 eine gute Zukunft zu sichern. Darum geht es, ganz schlicht: um eine gute Zukunft. Ich  
542 bitte alle Bürgerinnen und Bürger, auf diesem Weg mitzumachen. Jeder ist Teil des Gan-  
543 zen. Jeder kann Deutschland besser machen. Das schließt auch die Opposition unseres  
544 Landes ein.

545 – Das schließt auch die Opposition ein. Das Land braucht uns alle, die wir in politischer  
546 Verantwortung stehen.

547 Meine Regierung bietet dem ganzen Deutschen Bundestag eine faire und vertrauensvolle  
548 Zusammenarbeit an. Wir bieten allen Gruppen unserer Gesellschaft – Wirtschaft, Ge-  
549 werkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, Kultur – eine faire und  
550 vertrauensvolle Zusammenarbeit an, weil wir überzeugt sind: Es lohnt sich, gemeinsam  
551 für Deutschland zu arbeiten. Es lohnt sich, weil hier unsere Heimat und unsere Zukunft  
552 sind. Herzlichen Dank.

**Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg Bundestag November 2009 (CDU/CSU):**  
**KTGB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist erfreulich und gut, dass  
2 der 20. Jahrestag des Mauerfalls Gelegenheit gibt, den Blick auch auf die außen- und  
3 sicherheitspolitische Dimension dieses großen Ereignisses zu richten. Herr Kollege Wes-  
4 terwelle, Sie haben den Bezug bereits hergestellt, der gestern Anlass gegeben hat, vielen  
5 zu Recht zu danken: vielen Partnern und jenen unserer Landsleute, die größten Mut und  
6 Zivilcourage an den Tag gelegt haben, jenen, die damals im unfreien Teil Deutschlands  
7 die Ketten der Diktatur gesprengt haben. Herr Vaatz, ich darf auch von meiner Seite in  
8 diesem Zusammenhang noch einmal sagen: Das war heute eine bemerkenswerte Rede  
9 von Ihnen.

10 Es ist aber auch ein Grund, noch einmal an dieser Stelle Dank zu sagen an die Partner  
11 und Freunde der atlantischen Allianz, und zwar nicht nur für deren diplomatische Klug-  
12 heit. Die Partner haben durch ihr Vertrauen – ich unterstreiche das Wort Vertrauen zwei-  
13 mal – das Geschenk der Einheit in Freiheit erst möglich gemacht. Gerade das gemahnt  
14 uns an einen Grundpfeiler, an ein Grundverständnis des Bündnisses als solches, nämlich  
15 dass Solidarität und Vertrauen niemals nur in eine Richtung weisen dürfen. Manche, die  
16 heute die NATO bereits in ihrer Begründung lautstark infrage stellen – die soll es ja geben  
17 –, und auch manche, die sie beerdigen wollen, können sich in diesem Zusammenhang  
18 bestenfalls auf Vergessen berufen. Allzu oft sind es genügsam zelebrierte Undankbarkeit  
19 und Ignoranz gegenüber erfahrenem Vertrauen.

20 In dieser Hinsicht ist Vertrauen niemals Nostalgie, sondern weiterhin das Fundament je-  
21 der Bündnisstruktur, jeder erneuerten Bündnisstruktur, aber auch jeder zu erneuernden  
22 Bündnisstruktur.

23 Die Bundeswehr hat vor 1989 im Kalten Krieg den Verteidigungsbeitrag der Bundesre-  
24 publik Deutschland möglich gemacht. Sie hat unsere Bereitschaft dokumentiert, die Frei-  
25 heit, wenn es darauf ankommt, zu verteidigen, wobei Freiheit nicht alleine an nationalen  
26 Grenzen zu bemessen ist und weiterhin auch nicht allein daran bemessen werden kann.

27 Die Bundeswehr hat ihren Anteil am Gelingen der Wiedervereinigung. Schon bald nach  
28 dem 3. Oktober 1990 hat sie bewiesen, dass auch sie ihren Teil zur inneren Einheit unse-  
29 res Vaterlandes beitragen konnte. Die Bundeswehr hat seitdem in vielen internationalen  
30 Einsätzen gezeigt, dass sie bereit ist, sich der durch die Wiedervereinigung gewachsenen  
31 internationalen Verantwortung unseres Landes zu stellen; das ist kein Widerspruch, son-  
32 dern durchaus eine innere Bedingung. Die Bundeswehr leistet den Beitrag, den unsere  
33 Verbündeten und Partner zu Recht von uns erwarten. Manche, die ihr dies heute abspre-  
34 chen, haben offenbar vergessen, welchen auch militärischen Beitrag wir von unseren  
35 Partnern genau zu dem Zeitpunkt, als es darauf ankam, erwarten konnten.

36 Dieses Grundverständnis ist eine wesentliche Voraussetzung, um unserem eigenen An-  
37 spruch gerecht zu werden, ein gestaltendes und solidarisches Mitglied in der internatio-  
38 nalen Staatengemeinschaft zu sein und damit dem Frieden in der Welt zu dienen; ja, dem  
39 Frieden, nicht dem Schüren und der Aufrechterhaltung von Konflikten und auch nicht der  
40 Billigung solcher Konflikte dadurch, dass man sich genügsam zurücklehnt, in ferne Re-  
41 gionen dieser Welt blickt und einfach sagt: Was geht uns all das dort eigentlich an? – In  
42 der Regel geht es uns mittlerweile viel an.

43 Meine Damen und Herren, nur ein Staat, der über die Fähigkeit verfügt, sich zu wehren,  
44 ist in der Lage, seine Bürger zu schützen und seinen Bündnisverpflichtungen nachzukom-  
45 men. In diesem Zusammenhang sage ich aber auch: Ein Schutzverständnis, das nur die  
46 eigenen Landesgrenzen kennt, würde jene verhöhnen, auf deren Schutz wir in Zeiten, als  
47 es nicht leicht war, bauen durften.

48 Unsere Partner wissen – das dürfen sie auch weiterhin wissen –: Wir stehen zu unseren  
49 Verpflichtungen. – Das Grundgesetz schafft hierfür Voraussetzungen. –

50 Diese Verpflichtungen – auch die Basis des Grundgesetzes, die ihnen zugrunde liegt –  
51 haben Ergebnisse gezeitigt, über die man nicht schweigen muss. Auf dem Balkan haben  
52 auch wir unseren Beitrag dazu geleistet, dass der grauenvolle und blutige Bürgerkrieg der  
53 90er-Jahre beendet werden konnte. In Bosnien-Herzegowina herrschen zumindest Frie-  
54 den und eine gewisse Stabilität, auch wenn wir mit dem Erreichten noch nicht in jeder  
55 Hinsicht zufrieden sein können. Einige nicht erfolgte Entwicklungen geben gelegentlich  
56 auch Anlass zu Sorgenfalten, gerade wenn man in diese Region blickt.

57 Im Kosovo haben wir es gemeinsam mit unseren Verbündeten geschafft, dass letztendlich  
58 auf friedlichem Wege ein unabhängiger Staat geschaffen werden konnte. Er bleibt noch  
59 auf Hilfe angewiesen – das ist richtig – und hat noch einen harten Weg vor sich. Aber  
60 aufgrund unserer Erfolge im Rahmen der NATO haben wir unsere militärische Präsenz  
61 dort deutlich verringern können. Auch die Verringerung militärischer Präsenz ist letzt-  
62 endlich eine Zielsetzung, wenn man sie an solche Erfolge knüpfen kann.

63 Meine Damen und Herren, auch UNIFIL ist eine Erfolgsgeschichte. Es schadet nicht, am  
64 Tag nach dem anderen 9. November daran zu erinnern, dass wir im Hinblick auf den  
65 Schutz und die Sicherheit Israels auf ganz besondere Weise in der Pflicht stehen. In Af-  
66 ghanistan sind wir noch nicht am Ziel. Eigentlich wäre und ist dieses Ziel klar formuliert:  
67 Wir wollen, dass die Afghanen eines nicht allzu fernen Tages – ja, eines nicht allzu fernen  
68 Tages – in der Lage sind, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen. – Auf diesem Wege, Herr  
69 Trittin – – Entschuldigung! Also Herr Ströbele; Herr Trittin ist schon nach Hause gegan-  
70 gen. Aber die Stimmen gleichen sich an. – Die Stimme ist nicht gleich der Schal, Frau  
71 Roth! Auf diesem Wege – das ist unbestreitbar – gab und gibt es Enttäuschungen. Ge-  
72 meinsam mit unseren Verbündeten wollen wir – die Frau Bundeskanzlerin hat darauf  
73 hingewiesen – auf einer baldmöglichst stattfindenden Konferenz unsere Strategie zusam-  
74 men mit den Vertretern Afghanistans, aber auch – das ist zwingend – in Abstimmung mit  
75 Vertretern der Nachbarstaaten auf eine neue Grundlage stellen. Es geht darum, die Zu-  
76 ständigkeiten schrittweise von der internationalen Gemeinschaft auf die afghanische Re-  
77 gierung zu übertragen, sobald diese dazu in der Lage ist. Gerade deshalb drängen wir  
78 darauf, dass die Regierung von Präsident Karzai schon bald und mit mehr Nachdruck die  
79 Voraussetzungen dafür schafft, dass dies erfolgen kann.

80 In diesem Gesamtkontext wollen wir in ausgewählten Distrikten im Norden des Landes  
81 die Verantwortung für die Sicherheit baldmöglichst der afghanischen Regierung überge-  
82 ben. Die Frage der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte – ich denke dabei an  
83 die Ausbildung der Polizei wie der Armee – bleibt eine Schlüsselfrage. Deshalb dürfen  
84 wir jetzt bei der Ausbildung nicht nachlassen. Wir befinden uns bereits in einem Übergabeprozess.  
85

86 – Der ist schon im Gange. – Mit unserer Strategie der Übergabe in Verantwortung neh-  
87 men wir die afghanische Regierung in die Pflicht, und wir werden nicht aufhören, die  
88 afghanische Regierung an diese ihre Pflicht zu erinnern.

89 Am 19. November 2009 wird Präsident Karzai erneut in sein Amt eingeführt werden. –  
90 Ja. Aber lassen Sie mich einmal ausreden! – Das ist eine gute Gelegenheit für ihn, zu  
91 verdeutlichen, wie er seiner Verpflichtung zu guter Regierungsführung und zum Schutz  
92 der Menschenrechte nachkommen sowie wie er Drogenkriminalität und Korruption er-  
93 folgreich bekämpfen will.

94 Man muss nicht alles auf die internationale Gemeinschaft übertragen. Wir rufen den af-  
95 ghanischen Partnern freundschaftlich, aber mit aller Klarheit zu: Worte genügen nicht zur  
96 Verdeutlichung; den Worten müssen Taten folgen. Wir können unser Ziel in Afghanistan  
97 gerade mit Blick auf Übergabe in Verantwortung, so glaube ich, durchaus erreichen. Dies  
98 erfordert jedoch, dass wir alle Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, auf dieses Ziel  
99 ausrichten und sie erfolgreich zum Einsatz bringen. Auch hier haben wir noch Nachbes-  
100 serungsbedarf. Dabei denke ich nicht nur an den Einsatz der Streitkräfte.

101 Es bleibt richtig, die ressortübergreifenden Anstrengungen zu bündeln, und es ist nach  
102 meiner Überzeugung richtig, ein internationales Afghanistankonzept mit konkreten Zeit-  
103 und Zielvorgaben umzusetzen. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Kabinettsausschuss  
104 der für Afghanistan verantwortlichen Bundesminister und die entsprechend ausgestaltete  
105 Position des Sonderbotschafters für Afghanistan sind wichtige Schritte.

106 Unsere Soldaten und die Soldaten unserer Partner – vergessen wir nicht: 43 Nationen  
107 stellen Truppen für die ISAF –, genauso aber die afghanischen Sicherheitskräfte nehmen  
108 ein hohes Risiko auf sich, und sie zahlen einen hohen Preis. Sie stehen häufig in zum Teil  
109 intensiven Gefechten. Gefahr, Verwundung und auch Tod sind allgegenwärtig. Meine  
110 Damen und Herren, das dürfen wir nicht mit bürokratischen Formeln weichzeichnen. Ich  
111 plädiere dafür, zu sagen, was ist, schlicht und einfach. Die Menschen in unserem Lande  
112 können mehr Wahrheit vertragen, als wir uns bisweilen trauen, ihnen zuzutrauen.

113 Mehr noch sind es unsere Soldatinnen und Soldaten, die zu Recht verlangen, dass ihr  
114 Einsatz realistisch beschrieben wird, ohne jede Beschönigung, aber auch ohne jede Über-  
115 treibung. Ich kann gut verstehen, dass unsere Soldaten – aber es sind ja nicht nur unsere

116 Soldaten – angesichts der kriegsähnlichen Situation etwa in Kunduz von Krieg sprechen.  
117 Ein klassischer Krieg ist es nicht. Das Völkerrecht ist hier glasklar: Kriege können nur  
118 zwischen Staaten geführt werden. – In Teilen von Afghanistan herrscht für mich aber  
119 ohne Zweifel ein Zustand, um vielleicht auch einmal diesen Zwischenruf aufzugreifen,  
120 der in der Sprache des Völkerrechts durchaus als ein nicht internationaler bewaffneter  
121 Konflikt beschrieben werden könnte.

122 Im Einsatz werden unsere Soldaten immer wieder unter extremem Zeitdruck und enorm  
123 belastenden Umständen vor schwierigste Entscheidungen gestellt. Das war auch am 4.  
124 September dieses Jahres in Kunduz der Fall, als in kurzer Zeit eine Entscheidung von  
125 enormer Tragweite getroffen werden musste. Wie leicht doch heute manches Urteil von  
126 den Lippen geht, das ohne jeglichen Zeitdruck bequem aus der wohligen Entfernung ge-  
127 bildet werden kann.

128 Ich habe vor Kurzem eine Einschätzung dieses Vorfalls abgegeben, und ich bleibe bei  
129 dieser Einschätzung. Die Koalitionspartner haben sich für die nächsten Jahre viel vorge-  
130 nommen, gerade auch hinsichtlich der Strukturen der Bundeswehr. Wir haben uns ein  
131 ehrgeiziges, ja, ein ambitioniertes Programm gegeben, damit die Bundeswehr die heraus-  
132 fordernden Aufgaben annehmen und ihnen gerecht werden kann.

133 Wir wollen, dass das Denken vom Einsatz her die Organisationsund auch die Führungs-  
134 strukturen der Bundeswehr künftig noch stärker durchdringt, ein Denken, das dann reali-  
135 tätsgebunden ist. Die Bundeswehr befindet sich in Einsätzen, und es werden nicht ihre  
136 letzten sein.

137 Ob sie nun gewünscht oder gelegentlich zu Recht auch unerwünscht sind: Auch das gilt  
138 es offen anzusprechen. Auch deshalb und gerade, weil dieses Denken vom Einsatz her  
139 sich in den Organisationsstrukturen widerzuspiegeln hat, werde ich eine Kommission ein-  
140 setzen, die bis Ende 2010 Vorschläge zu Eckpunkten einer neuen Organisationsstruktur  
141 der Bundeswehr inklusive der Straffung der Führungsund Verwaltungsstrukturen zu er-  
142 arbeiten hat. Es geht dabei nicht um eine Neuauflage der Kommission „Gemeinsame Si-  
143 cherheit und Zukunft der Bundeswehr“ aus dem Jahre 2000.

144 Wir wollen dort Anpassungen vornehmen, wo die Bundeswehr noch schlanker, noch ef-  
145 fizienter, noch einsatzorientierter werden kann, und wir wollen – auch das ist ehrgeizig;

146 ich weiß das – auch Abläufe von bürokratischen Fesseln befreien. Dazu wird die dann  
147 sicherlich geplagte Kommission Vorschläge ausarbeiten, und auf dieser Grundlage werde  
148 ich entscheiden.

149 Meine Damen und Herren, die Stärke der Bundeswehr bemisst sich nicht lediglich an der  
150 Zahl der Schiffe, der Panzer oder der Flugzeuge. Es sind die Soldatinnen und Soldaten  
151 und die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Bundeswehr so leistungsfähig  
152 machen und die, ebenso ihre Familien, unseren Dank verdient haben.

153 Nicht zuletzt wollen wir, dass der Dienst in der Bundeswehr im Wettbewerb um die bes-  
154 ten Köpfe – auch hier findet er ja statt – noch attraktiver wird. Es ist mein Ziel, dass die  
155 Gesellschaft diesen Dienst auf angemessene Weise würdigt. Das Verhältnis zwischen  
156 Bundeswehr und Gesellschaft ist und kann keines der Ausgrenzung sein, es muss eines  
157 des Miteinanders sein. In diesem Zusammenhang will ich meinem Vorgänger Franz Josef  
158 Jung gerade für seine großen Leistungen in diesem Bereich auch einmal an dieser Stelle  
159 herzlich danken. Herzlichen Dank!

160 In diesem Sinne verstehe ich die mittlerweile doch intensiv debattierte Kürzung des  
161 Wehrdienstes auf sechs Monate, die in dem auch in diesem Sinne ehrgeizigen Koalitions-  
162 vertrag vorgesehen ist, trotzdem auch als Chance. – Ich glaube, meine Betonung war klar.  
163 Wir werden den Grundwehrdienst so zu gestalten haben, dass die Soldaten spüren, dass  
164 sie gebraucht werden und nicht im Praktikum stehen und noch dazu einen attraktiven und  
165 sinnvollen Dienst für sich und ihre Mitbürger leisten. Das ist eine enorme Aufgabe, die  
166 wir in einem entsprechenden Zeitrahmen in Angriff nehmen müssen. Ich glaube aber,  
167 dass sie darstellbar ist.

168 Es gehört zu unserer gemeinsamen Verantwortung für die Bundeswehr, ihren Angehöri-  
169 gen einen attraktiven Arbeitsplatz zu bieten. So sichern wir nachhaltig die personelle Ein-  
170 satzbereitschaft der Bundeswehr. Dabei spielt die Frage der Versetzungshäufigkeit  
171 ebenso wie ein neues Laufbahnrecht eine wesentliche Rolle. Darüber hinaus sollen die  
172 Angehörigen der Angehörigen der Bundeswehr, die Familien, davon profitieren, dass wir  
173 die Vereinbarkeit von Familie und Dienst noch stärker in den Blick nehmen und zeitge-  
174 mäße Kinderbetreuungsmöglichkeiten schaffen.

175 Die Soldaten der Bundeswehr haben geschworen, der Bundesrepublik Deutschland treu  
176 zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Mit  
177 diesem Eid muten wir ihnen viel, sehr viel zu. Wir muten ihnen zu, sich der Gefahr zu  
178 stellen. Wir muten ihnen im äußersten Fall sogar zu, ihr Leben für uns zu opfern. Dieser  
179 Eid verpflichtet aber auch uns, die Bundesregierung und den Bundestag. Er verpflichtet  
180 uns, das zu tun, was in unserer Macht steht, um das Risiko, das unsere Soldaten tragen,  
181 so gering wie nur irgend möglich zu halten. Auch in Zeiten knapper Kassen übernehmen  
182 wir, wenn wir die Bundeswehr in ihre bisweilen gefährlichen Einsätze entsenden, die  
183 Verpflichtung, ihr das zur Verfügung zu stellen, was sie für die Ausfüllung ihres Auftra-  
184 ges und für einen größtmöglichen Schutz der Soldaten benötigt.

185 Das ist unsere Pflicht und unsere Schuldigkeit. Für ein Bekenntnis zu unserer Bundes-  
186 wehr, auch und gerade zu einer solchen im Einsatz, muss man sich in diesem Lande nun  
187 wirklich nicht schämen.

188 Herzlichen Dank.

**Dr. Angela Merkel Bundestag Dezember 2009 (CDU/CSU): AMB1209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17012.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Am 1. De-  
2 zember 2009 hat für die Europäische Union, aber auch für uns alle eine neue Ära begon-  
3 nen, denn der Vertrag von Lissabon ist in Kraft getreten. Das ist für mich, für uns und,  
4 ich glaube, für jeden überzeugten Europäer ein Grund zur Freude. Lange genau hat es  
5 gedauert, dass wir an dieser neuen Vertragsgrundlage gearbeitet haben.

6 Mit diesem Vertrag haben wir das am 25. März 2007 in der Berliner Erklärung gesteckte  
7 Ziel erreicht. Die Europäische Union steht jetzt auf einer erneuerten gemeinsamen Grund-  
8 lage. Sie kann ihre ganze Kraft auf die großen politischen Herausforderungen richten. Sie  
9 kann damit genau das leisten, was die Bürgerinnen und Bürger von ihr erwarten: Statt  
10 sich unentwegt mit sich selbst zu beschäftigen, kann sie nun die Aufgaben und Probleme  
11 unserer Zeit anpacken. Der neue ständige Präsident des Europäischen Rates, Herman Van  
12 Rompuy, hat uns beim Europäischen Rat in der vergangenen Woche seine Überlegungen  
13 zu seiner Aufgabenwahrnehmung vorgestellt. Er wird und will für größere Kontinuität im  
14 Europäischen Rat sorgen. Gerade das war die Intention, über die rotierenden Präsident-  
15 schaften hinaus einen Präsidenten für zweieinhalb Jahre zu haben. Er wird auch darauf  
16 achten, dass sich der Europäische Rat auf strategische Fragen konzentriert. Herman Van  
17 Rompuy hat für diese Neuausrichtung meine volle Unterstützung und die der ganzen Bun-  
18 desregierung.

19 Auch die neue Hohe Vertreterin der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen  
20 Union hat eine große Verantwortung. Catherine Ashton muss dafür sorgen, dass die Eu-  
21 ropäische Union in der Welt einiger auftritt. Dazu dient auch der neue Europäische Aus-  
22 wärtige Dienst; er ist eine der wichtigsten Neuerungen des Vertrages. Für die Bundesre-  
23 gierung haben sowohl der Bundesaußenminister als auch ich Catherine Ashton für den  
24 Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes persönlich die tatkräftige Unterstützung  
25 Deutschlands zugesichert. Das wird eine harte Aufgabe, sicherlich auch einmal span-  
26 nungsgeladen zwischen der Kommission und den schon für das Auswärtige zuständigen  
27 Beamten dort und dem Recht der Mitgliedstaaten; aber wir sind gewillt, diesen Prozess  
28 konstruktiv zu begleiten.

29 Meine Damen und Herren, mit dem Vertrag von Lissabon sind wir auch, was die Bedeu-  
30 tung der nationalen Parlamente in der Europapolitik und damit natürlich auch die Bedeu-  
31 tung des Deutschen Bundestages angeht, in einer neuen Ära angekommen. Nach dem  
32 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes haben wir auch die innerstaatlichen Informations-  
33 und Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat deutlich gestärkt. Es ist nun noch  
34 sichtbarer, als das früher schon der Fall war: Der Deutsche Bundestag trägt eine beson-  
35 dere Verantwortung für die Zusammenarbeit in Europa. Er soll wachsam verfolgen, ob  
36 die Organe der Europäischen Union die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnis-  
37 mäßigkeit wirklich achten. Notfalls hat er zu widersprechen. Ohne Zweifel ist das eine  
38 Aufgabe, deren Bedeutung man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Die Bundesre-  
39 gierung sagt Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Wahrnehmung dieser Auf-  
40 gabe jede Unterstützung zu.

41 Der Deutsche Bundestag wird aber noch mehr leisten müssen: Über die Subsidiaritäts-  
42 prüfung hinaus wird er sich stärker als früher mit den laufenden europäischen Gesetzes-  
43 vorhaben auseinanderzusetzen haben und darüber debattieren müssen. Erst dann können  
44 die Bürgerinnen und Bürger Europa besser verstehen. Dann – davon bin ich überzeugt –  
45 kann es auch gelingen, Europa transparenter zu machen; denn wenn der Bundestag Euro-  
46 pas Politik zu seinem Thema macht, erhöht er auch die Legitimität deutscher Europapo-  
47 litik. Ich will das hier ausdrücklich sagen.

48 Wenn der Bundestag klar Stellung bezieht, dann unterstützt er auch die deutsche Ver-  
49 handlungsposition in Brüssel. Über wichtige Gesetzesvorhaben in Brüssel muss auch hier  
50 in diesem Hause intensiver als vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages debattiert wer-  
51 den. Das gilt selbstverständlich auch für die Themen, die am 10. und 11. Dezember 2009  
52 im Europäischen Rat verhandelt wurden, gerade auch für die Fragen hinsichtlich der Er-  
53 weiterung der Europäischen Union. Hier haben wir als Bundesregierung stärkere Unter-  
54 richtungspflichten und Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundestages gesetzlich verankert.

55 Der Europäische Rat hat angekündigt, dass die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit  
56 Island und mit Mazedonien im nächsten Jahr auf der Tagesordnung stehen wird. Die  
57 Frage, welche Länder zur Europäischen Union gehören sollen, betrifft alle Bürgerinnen  
58 und Bürger. Das muss sich auch in unseren Debatten widerspiegeln, und ich denke, das  
59 wird es auch tun.

60 Meine Damen und Herren, über ein Jahr nach dem Zusammenbruch der amerikanischen  
61 Bank Lehman Brothers hat der Europäische Rat in der vergangenen Woche auch eine  
62 wirtschaftspolitische Standortbestimmung vorgenommen und Lehren aus der Finanz- und  
63 Wirtschaftskrise gezogen. Heute können wir feststellen: Durch das entschlossene Ein-  
64 greifen der Politik konnte Schaden von unserem Land und auch von den anderen Ländern  
65 der Europäischen Union abgewendet werden. Der Zusammenbruch unserer Wirtschaft  
66 wurde verhindert – nicht mehr und nicht weniger.

67 Es kann aber gar nicht oft genug gesagt werden: Die Krise ist keineswegs überwunden.  
68 Die einsetzende Erholung ist noch fragil, und deshalb werden wir die bis Ende 2010 an-  
69 gelegten Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung ohne Abstriche umsetzen. Deren Wir-  
70 kung wird dann auch aus einer klaren Ausstiegsstrategie gespeist, über die wir auch schon  
71 gesprochen haben.

72 Dabei wird sich Deutschland eng mit seinen Partnern abstimmen, um Wettbewerbsver-  
73 zerrungen zu vermeiden. Ganz besonders mit Blick auch auf den amerikanischen Markt  
74 sage ich, dass wir hier noch harte Verhandlungen vor uns haben, um zu einer gemeinsa-  
75 men Exit-Strategie im Rahmen der G 20 zu kommen. Für uns ist die im Grundgesetz  
76 verankerte Schuldenregel auf der einen Seite genauso maßgeblich wie der europäische  
77 Stabilitäts- und Wachstumspakt auf der anderen.

78 Wir sehen in Europa derzeit ganz deutlich, dass die Logik des Pakts bestätigt wird: Sta-  
79 bilität ist die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Der Pakt bildet den entschei-  
80 den Rahmen, um das Vertrauen von Privathaushalten, Investoren und Anlegern in die  
81 öffentlichen Finanzen und die Stabilität des Euro zu sichern. Ich sage auch mit Blick auf  
82 einzelne Länder mit sehr hohen Defiziten: Jeder einzelne Mitgliedstaat ist verantwortlich  
83 für gesunde öffentliche Finanzen.

84 Das ist die Voraussetzung für langfristiges Wachstum für alle in Europa. An dieser Stelle  
85 will ich noch einmal darauf hinweisen, dass Deutschland in diesem Jahr mit einem ge-  
86 samtstaatlichen Defizit von um die 3 Prozent – wir können es noch nicht genau sagen –  
87 in Europa eine Spitzenposition einnimmt. Das sollte in diesem Hause bei mancher Dis-  
88 kussion über die finanzielle Lage einmal berücksichtigt werden. Wir haben ganz andere  
89 Sorgenkinder in Europa.

90 Wir werden unsere Aufgaben zu erledigen haben. Für Deutschland heißt das, dass wir –  
91 ich zitiere aus den Empfehlungen des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister vom 2.  
92 Dezember 2009 – 2011 mit der Konsolidierung zu beginnen und das übermäßige Defizit  
93 bis Ende 2013 zu beenden haben. Das bedeutet für uns: Unser Haushaltsdefizit muss dann  
94 wieder unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, wie es im Stabilitäts- und  
95 Wachstumspakt für normale Zeiten vorgeschrieben ist.

96 Meine Damen und Herren, wir werden die europäische Wachstumsstrategie, die bislang  
97 Lissabonner Strategie genannt wurde, nunmehr aber einen anderen Namen trägt, weil wir  
98 einen Lissabonner Vertrag haben – die Strategie heißt jetzt „EU 2020“ –, neu ausrichten.  
99 Darüber haben wir eine erste lebhafte Diskussion geführt.

100 Wir haben im Augenblick im Rahmen der bisherigen Lissabon-Strategie 20 Ziele, von  
101 denen wir annehmen, dass sie kaum einer kennt und aufsagen kann. Deshalb wollen wir  
102 uns auf wenige klare Ziele konzentrieren: Erstens. Wir müssen Bedingungen schaffen,  
103 die unternehmerisches Handeln in Europa stärker fördern.

104 Zweitens. Wir müssen unsere Forschungs- und Innovationskapazitäten stärken. Drittens.  
105 Wir müssen den Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft organisieren, um die Kli-  
106 makatastrophe zu vermeiden, aber auch, um moderne Exportchancen in der Europäischen  
107 Union zu stärken und zu entwickeln.

108 Frühestens beim Europäischen Rat im Frühjahr 2010 werden wir dazu weitere Entschei-  
109 dungen treffen. Es wird im Februar auch noch einen informellen Sonderrat dazu geben.  
110 Ich weiß, dass das ein ambitionierter Zeitplan ist. Aber wegen der Wirtschaftskrise ist es  
111 unabdingbar, sich rasch auf eine wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der  
112 Europäischen Union zu verständigen.

113 Wir haben uns beim Europäischen Rat auch erneut mit den Ursachen der Finanzmarkt-  
114 krise befasst, um die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Wir sind uns einig: Eine  
115 solche Krise darf sich nicht wiederholen. Deshalb wurde die neue Architektur der euro-  
116 päischen Finanzaufsicht beschlossen und vom Rat noch einmal begrüßt. So wird die Ko-  
117 härenz der nationalen Aufsicht verstärkt. Die neuen EU-Behörden können auch grenz-  
118 überschreitende Finanzgruppen besser beaufsichtigen. Das Europäische Parlament wird

119 sich als Mitgesetzgeber jetzt damit befassen. Wir hoffen, dass die neue Finanzaufsicht  
120 schon im Laufe des kommenden Jahres ihre Arbeit aufnehmen kann.

121 Auch wenn es dem einen oder anderen inzwischen kaum noch passt, so haben wir beim  
122 Europäischen Rat dennoch zum wiederholten Male unterstrichen, dass eine Verantwor-  
123 tung für die Gesellschaft auch von den Banken getragen werden muss.

124 Das Verhalten an vielen Finanzplätzen lässt nicht darauf schließen, dass wir noch vor  
125 etwas mehr als einem Jahr vor einem wirklichen Abgrund standen. Auch wenn wir in-  
126 zwischen die Talsohle der Krise erreicht haben, können wir nicht einfach zur Tagesord-  
127 nung übergehen. Wir entlassen die Banken nicht aus ihrer Verantwortung. Nach der Krise  
128 darf es nicht mehr so sein wie vor der Krise. Das ist nicht nur eine finanzpolitische Frage;  
129 das ist auch eine moralische Frage. Denn verantwortungsvolles Wirtschaften ist eine der  
130 unverzichtbaren Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft.

131 Deshalb hat der Europäische Rat noch einmal das wiederholt, was wir schon auf dem G-  
132 20-Gipfel festgelegt haben, nämlich den Internationalen Währungsfonds zu bitten, bei der  
133 Erarbeitung von Konzepten zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krisen-  
134 bewältigung auch die globale Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen zu prüfen.  
135 Wir hoffen, dass uns auf dem G-20-Gipfel dafür Vorschläge gemacht werden. So etwas  
136 geht nur global. Es geht auf gar keinen Fall national oder innerhalb der EU. Aber es kann  
137 auch nicht so sein, dass alles einfach so weitergeht wie vorher, und wir müssen hier Lö-  
138 sungen finden.

139 Beim Europäischen Rat haben wir auch die Schwerpunkte der Justiz- und Innenpolitik  
140 für die nächsten fünf Jahre in Form des Stockholmer Programms festgelegt. Hier geht es  
141 vor allen Dingen darum, eine vernünftige Balance von Bürgerrechten, Sicherheit und Mo-  
142 bilität zu finden. Darauf hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen stets Wert ge-  
143 legt, und ich glaube, wir können sagen: Wir haben dieses Ziel erreicht. Mit dieser Aus-  
144 richtung an den Rechten, den Bedürfnissen und den Interessen der Menschen kommen  
145 wir unserem Ziel eines bürgernahen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts  
146 ein großes Stück näher.

147 Natürlich ist die Balance zwischen Sicherheit auf der einen Seite und Standards der Frei-  
148 heitsrechte der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite keine Frage eines Entwe-  
149 der-oders, sondern es muss uns gelingen, ein Sowohl-als-auch zu finden. Dabei wird  
150 Deutschland immer wieder um diese Balance ringen. Europa soll sicherer werden. Die  
151 Polizeibehörden werden in Zukunft enger zusammenarbeiten. Damit stärken wir auch eu-  
152 ropaweit die Bürgerrechte. Ich denke, das ist der richtige Weg.

153 Nun kann ich diese Regierungserklärung nicht halten, ohne auf den Hauptpunkt des Eu-  
154 ropäischen Rates zu kommen, der heute und morgen eine entscheidende Rolle spielen  
155 wird. Das sind die Vorbereitung und die Durchführung der UN-Klimakonferenz in Ko-  
156 penhagen.

157 Ich werde heute Mittag dorthin fahren. Die Nachrichten, die uns erreichen, sind nicht gut.  
158 Es ist im Augenblick kein vernünftiger Verhandlungsprozess in Sicht. Aber ich hoffe  
159 natürlich, dass die Anwesenheit von über 100 Staatsund Regierungschefs der ganzen Ver-  
160 anstaltung den Impuls gibt, der notwendig ist. Ich glaube, diese Kopenhagener Konferenz  
161 ist der herausragende Prüfstein dafür, ob es uns gelingen wird, einen neuen Pfad der glo-  
162 balen Entwicklung, einen überzeugenden Kurs der Nachhaltigkeit einzuschlagen. Viele  
163 Menschen auf der Welt werden auf uns schauen, ob dies gelingt und ob wir eine Lösung  
164 finden.

165 Wenn wir jetzt nicht – das ist unsere Überzeugung – die notwendigen Weichenstellungen  
166 vornehmen, riskieren wir dramatische Schäden. Das wird dann besonders die ärmsten  
167 Staaten treffen. Aber keiner wird davon verschont sein. Es wird immer wieder so getan,  
168 als kostete der Klimaschutz viel Geld, aber selten darüber gesprochen, was Nichthandeln  
169 kostet. Alle wirtschaftlichen Berichte sagen uns klar voraus: Wenn es uns nicht gelingt,  
170 die Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, dann werden die Kosten für die eintretenden  
171 Schäden um ein Vielfaches höher sein als das, was wir mit einer Änderung unserer Le-  
172 bensweise jetzt erreichen können. Das ist die Grundlage, auf der wir arbeiten.

173 Deshalb brauchen wir erstens eine für alle Staaten geltende Verpflichtung zur Einhaltung  
174 des 2-GradZiels, das heißt die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf maximal  
175 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Gelingt es nicht, dies für alle als  
176 geltende Verpflichtung zu erreichen, dann, muss ich sagen, ist die Klimakonferenz in

177 Kopenhagen gescheitert. Zu dieser Stunde weiß ich nicht, ob das gelingt. Ich darf Ihnen  
178 aber sagen: Ich werde zusammen mit unserem Umweltminister alles versuchen, dass es  
179 gelingt. Ich denke, wir haben die Unterstützung dieses Hohen Hauses dafür.

180 Die Verpflichtung auf das 2-Grad-Ziel bedeutet konkret, dass die Emissionen von Treib-  
181 hausgasen bis 2050 im Vergleich zu 1990 mindestens halbiert werden müssen. Für die  
182 Industriestaaten heißt das, dass sie ihren Ausstoß bis 2050 um mindestens 80 Prozent  
183 reduzieren müssen. Das ist eine gewaltige Herausforderung.

184 Zweitens. Wir müssen den Nachweis führen, dass wir schon heute einen Pfad einschla-  
185 gen, auf dem wir dieses Langfristziel erreichen können; denn den Fortschritt im Klima-  
186 schutz können wir nicht erst 2050 bemessen. Wir brauchen vielmehr mittelfristige Ziele,  
187 das heißt vor allen Dingen verbindliche und quantitative Ziele für 2020, gegebenenfalls  
188 auch für die Zeit danach. Gemessen an den Empfehlungen des Klimarates, sind die bis-  
189 herigen Zusagen der Industriestaaten noch nicht ausreichend. Der Klimarat sagt uns, dass  
190 wir bis 2020 schon an einem Punkt angekommen sein müssen, wo wir zwischen mindes-  
191 tens 25 Prozent und 40 Prozent Reduktion haben müssen. Aber wir sind bei den Zusagen  
192 noch nicht einmal bei den 25 Prozent angekommen. Es gibt allerdings – das will ich hier  
193 nicht verhehlen – bei vielen Industriestaaten im Laufe der letzten zwölf Monate deutliche  
194 Bewegungen. Aber diese reichen noch nicht aus. Die Europäische Union steht nach wie  
195 vor zu ihrem Angebot, die Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu verringern. Falls sich  
196 die anderen Staaten vergleichbare Ziele setzen, sagen wir: Wir können eine Minderung  
197 um 30 Prozent erreichen. Es fehlt im Augenblick nur an Angeboten der anderen Staaten.  
198 Ich muss ganz ehrlich sagen: Ein Angebot der Vereinigten Staaten von Amerika zum  
199 Beispiel von minus 4 Prozent, bezogen auf 1990, ist an dieser Stelle nicht ambitioniert  
200 genug.

201 Drittens. Die Einigung von Kopenhagen muss auch die Klimaschutzmaßnahmen der gro-  
202 ßen Schwellenländer umfassen. Natürlich haben wir Industrieländer eine besondere Ver-  
203 antwortung. Wir müssen vorangehen. Wir tun dies auch. Deutschland hat immer wieder  
204 betont: Wir können 40 Prozent Reduktion bis 2020 schaffen. Wir wollen auch unserer  
205 besonderen Verantwortung als Hauptverursacher des Klimawandels in der gesamten In-  
206 dustriezeit gerecht werden. Aber richtig ist auch: Seit Verabschiedung der Klimarahmen-  
207 konvention im Jahre 1992 in Rio hat sich die Welt völlig verändert. Die Gewichte in der

208 Weltwirtschaft haben sich erheblich verschoben. Ein globales Regime für die Begrenzung  
209 der Treibhausgase kann Länder wie China und Indien nicht ausklammern. China ist jetzt  
210 der größte Emittent weltweit und hat die Vereinigten Staaten von Amerika in diesem Jahr  
211 überholt. Selbst wenn wir in den Industrieländern die Treibhausgasemissionen um 100  
212 Prozent reduzieren würden, die Schwellenländer aber einfach so weitermachen würden,  
213 wie sie es heute machen, würden wir das 2-Grad-Ziel nicht erreichen können. Dem müs-  
214 sen wir Rechnung tragen.

215 Deshalb führt kein Weg daran vorbei, dass in einem ersten Schritt der Zuwachs der jähr-  
216 lichen Emissionen der Schwellenländer begrenzt werden muss. Das wird in Verpflichtun-  
217 gen der Schwellenländer zum Teil in Form von Erhöhung der Energieeffizienz auch deut-  
218 lich. China hat zum ersten Mal eine quantitative Verpflichtung auf den Tisch gelegt, die  
219 Energieeffizienz um 40 bis 45 Prozent zu erhöhen. Allerdings reicht das überhaupt nicht  
220 aus, weil es letztlich bei einem Wirtschaftswachstum von etwa 9 Prozent jährlich eine  
221 Reduktion um 1,5 Prozent ist. Daran sieht man, wie diese Lücke weiter aufgeht. Daran  
222 müssen wir noch weiterarbeiten. Spätestens 2020 brauchen wir auch von den Schwellen-  
223 ländern Reduktionsziele. Ansonsten können wir das Gesamtziel nicht erreichen.

224 Viertens. Wir wissen, dass wir verlässliche Finanzierungsmechanismen zur Bekämpfung  
225 des Klimawandels, aber auch zum Technologietransfer brauchen. Deshalb brauchen wir  
226 einen schnellen Beginn. Die Europäische Union wird ihren Anteil an 10 Milliarden Dollar  
227 oder 7 Milliarden Euro leisten. Das haben wir auf dem EU-Rat beschlossen. Auch  
228 Deutschland leistet seinen Anteil. Aber wir brauchen vor allen Dingen einen langfristigen  
229 Finanzierungsmechanismus; denn ansonsten werden wir in Kopenhagen keinen Erfolg  
230 haben. Die Europäische Union hat sich zu diesen langfristigen finanziellen Zusagen be-  
231 kannt. Das will ich ausdrücklich sagen. Aber den Entwicklungsländern reicht es natürlich  
232 nicht, wenn andere Staaten, zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika oder auch  
233 Japan, an dieser Stelle keinen Beitrag leisten. So wird es jetzt in den letzten Stunden der  
234 Kopenhagener Konferenz um das Thema Reduktion auf der einen Seite gehen, aber auf  
235 der anderen Seite vor allen Dingen darum, einen langfristigen Finanzierungsmechanis-  
236 mus zu finden, mit nur dessen Hilfe wir aus meiner Sicht erreichen können, dass sich alle  
237 zum 2-Grad-Reduktionsziel bekennen. Um diese Dinge muss es gehen. – Herr Trittin, ich

238 nehme Sie gerne mit. Wenn Sie andere überzeugen, ist es sehr schön. Ich werde mir al-  
239 ltergrößte Mühe geben und auch herzliche Grüße von allen Fraktionen dieses Hauses aus-  
240 richten. Mal sehen, was es nützt.

241 Fünftens und letztens. Wir müssen uns in Kopenhagen über das Mandat und den Zeitplan  
242 für die Überführung der Kopenhagen-Ergebnisse in ein rechtlich verbindliches Abkom-  
243 men verständigen. Hierbei wird vor allen Dingen notwendig sein – das ist ein großer Dis-  
244 kussionspunkt mit den Schwellenländern –, dass es einen einheitlichen internationalen  
245 Verifizierungs-, also Überprüfungsmechanismus gibt; denn es kann nicht sein, dass jeder  
246 eine Verpflichtung auf den Tisch legt, die nicht nach einheitlichen Maßstäben überprüft  
247 wird. Ich glaube, wir könnten es schaffen, bis Mitte des Jahres 2010 ein solches Abkom-  
248 men zu erreichen. Auf jeden Fall muss es schnell gehen.

249 Ich bin der festen Überzeugung: Klimaschutz ist auch bei der Bewältigung der Wirt-  
250 schaftskrise einer der Faktoren, die dazu beitragen, dass die Welt sagen kann:  
251 Wir haben die Lehren aus dieser weltweiten internationalen Krise gezogen. So wie wir  
252 bei G 20 gezeigt haben, dass es uns möglich ist, international zu kooperieren, bietet die  
253 Klimakonferenz jetzt die Chance, nicht nur mit 20 Staaten, sondern mit allen UN-Mit-  
254 gliedstaaten zu zeigen: Jawohl, wir haben die Lektion verstanden. Es gibt eine Vielzahl  
255 von Problemen, die wir nur international gemeinsam lösen können. Deutschland ist bereit,  
256 hierzu seinen Beitrag zu leisten.

257 Herzlichen Dank

# FDP

# 2009

**Dr. Guido Westerwelle Bundestag Februar 2009 (FDP): GWB0209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16206.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kolle-  
2 gen! Ich will mich vorab an Sie, Herr Minister zu Guttenberg, wenden. Sie sind jetzt, darf  
3 man sagen, wenige Stunden im Amt. Da dies die erste Debatte sein wird, in der Sie als  
4 Bundeswirtschaftsminister das Wort ergreifen, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass ich  
5 Ihnen auch im Namen der liberalen Opposition viel Erfolg wünsche. Wir sind sicher, dass  
6 Sie das Zeug dazu haben, ein guter Minister zu werden, und im Interesse unseres Landes  
7 wünschen wir Ihnen das ausdrücklich.

8 – Schade, dass das Raunen bei den Sozialdemokraten im Fernsehen nicht übertragen wird.  
9 Dieses Raunen ist mir völlig unverständlich. Ist es klimatisch schon so weit, dass etwas,  
10 was für Demokraten eine Selbstverständlichkeit sein sollte, nämlich dass man einem  
11 neuen Minister Glück wünscht, hier Gegenstand parteipolitischen Rumorens wird? Man  
12 muss sich schon wundern!

13 Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres  
14 Wort muss gesagt werden – auch wenn Sie es wiederum kommentieren mögen –: Ich  
15 meine, dass wir mit Michael Glos einen Bundeswirtschaftsminister hatten, dem wir trotz  
16 mancher Meinungsunterschiede zu Dank verpflichtet sind. Die Lässigkeit, mit der jetzt  
17 abschätzig über den Kollegen Glos gesprochen wird, die versteckten Bemerkungen, aber  
18 auch die offenen Einführungen in Reden hier – ich finde, so sollte man das nicht machen!

19 Eine zweite Bemerkung. Herr Finanzminister, Sie haben das Thema Bankenaufsicht an-  
20 gesprochen. Ich hatte ursprünglich nicht vor, dazu etwas zu sagen; aber da Sie dieses  
21 Thema angesprochen haben, will ich darauf kurz eingehen. Sie haben sich gegen das ge-  
22 stellt, was Herr Kollege Kauder in der letzten Debatte zum Konjunkturpaket erklärt hat.  
23 Mich verwundert das; denn wir hatten die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung  
24 so verstanden, dass genau das, nämlich eine Neuordnung der Bankenaufsicht, stattfinden  
25 muss. Wir unterstützen die Union, wenn sie die Renovierung der Bankenaufsicht jetzt  
26 angehen will. Aber da gehören keine faulen Ausreden in dieses Haus, da gehört Handlung  
27 in dieses Haus. Wenn man sieht, dass die Bankenaufsicht in den letzten Jahren nicht aus-  
28 reichend gewirkt hat, weil sie zerfleddert war, muss man dies ändern.

29 Ich möchte jetzt auf das, was Herr Finanzminister Steinbrück zum Konjunkturpaket wohl-  
30 tuend sachlich vorgetragen hat, eingehen. Aus Sicht der liberalen Opposition ist dieses  
31 Konjunkturpaket enttäuschend. Es wird wenig wirken; aber die Schulden werden unfass-  
32 bar lange bleiben. Das eigentliche Problem ist doch das Strukturproblem. Wenn man in  
33 einer solchen Situation – die Lage ist besonders ernst – in unserem Lande etwas zum  
34 Besseren wenden möchte, darf man keinen Bauchladen, kein Sammelsurium von Maß-  
35 nahmen beschließen und da und dort mit der Gießkanne Steuergelder verteilen, dann  
36 muss man einen großen Wurf wagen.

37 Wenn es stimmt, dass 50 Prozent der Wirtschaft Psychologie sind, dann wird man eine  
38 Wende in diesem Lande zugunsten von Anstrengungen, Leistung und Investitionen mit  
39 diesem Sammelsurium von Maßnahmen nicht erreichen. In einer großen Krise ist ein gro-  
40 ßer Wurf gefragt.

41 Das ist der große Unterschied zwischen den Konzepten, die in diesem Hause vertreten  
42 werden, zwischen dem Konzept der Regierung und dem Konzept der liberalen Opposi-  
43 tion. Herr Bundeswirtschaftsminister, ich hoffe, dass das, was Sie bis vor fünf Tagen, als  
44 Sie noch Generalsekretär der CSU waren, zum Thema Steuersenkungen gesagt haben,  
45 auch jetzt, da Sie Bundeswirtschaftsminister sind, Ihr Denken prägen wird. Es wäre gut  
46 für unser Land.

47 Wir führen am heutigen Tage im Deutschen Bundestag eine Debatte über eine zweifels-  
48 ohne außergewöhnliche Lage in Deutschland und über ein vom Umfang her, von der  
49 Schuldenaufnahme her, bisher noch nie gesehenes Konjunkturpaket.

50 Niemand bestreitet, dass Sie Ihr Bestes versuchen, aber es gelingt Ihnen leider nicht. Das  
51 ist der Unterschied auch zu dem, was beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Ame-  
52 rika am gestrigen Tage von Präsident Obama mitgeteilt worden ist. Von dem Konjunk-  
53 turpaket des amerikanischen Präsidenten, so haben wir gestern mitgeteilt bekommen, ge-  
54 hen fast 300 Milliarden Dollar in Steuersenkungen, während Sie die Steuersenkungen so  
55 schmalbrüstig anlegen, dass davon wirklich kein konjunktureller Impuls, weder für die  
56 Nachfrage noch für Investitionen, ausgehen kann.

57 Das ist das, was wir anders machen wollen und auch anders machen würden. Wir sind  
58 der Überzeugung: Wenn in einer solchen Lage ein großes Konjunkturpaket beschlossen

59 werden soll, wenn in einer solchen Lage der Staat schon Schulden macht, dann sollte er  
60 damit wenigstens die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

61 Das beste Konjunkturprogramm ist es, die Leistungsbereitschaft anzuregen. Wenn die  
62 Menschen Lust auf Leistung haben, weil der Staat ihnen mehr übrig lässt von dem, was  
63 sie sich erarbeitet haben, dann springt die Konjunktur an – und nicht mit irgendwelchen  
64 Renovierungsprogrammen.

65 Nun hören wir meine, Damen und Herren, dass Sie das ja täten. Da muss man klar sagen:  
66 Wir haben einen unterschiedlichen Denkansatz. Sie sind der Überzeugung: Es ist klüger,  
67 von Branche zu Branche, von Unternehmen zu Unternehmen Steuerschecks auszustellen.  
68 – Wir sagen: Es ist vernünftiger, nicht einzelne Unternehmen, die in Schwierigkeiten  
69 sind, mit Steuerschecks zu unterstützen. Ausnahmen wird es immer geben. Vernünftiger,  
70 als Branchen zu subventionieren, vernünftiger, als Unternehmen nach Unternehmen an  
71 den Steuertropf zu hängen, wäre es, die ganze Volkswirtschaft zu entlasten, alle, die ar-  
72 beiten, zu entlasten. Mehr Mut bei den Steuersenkungen – das braucht diese Republik,  
73 meine sehr geehrten Damen und Herren!

74 Dann haben wir gehört – und das finden wir bemerkenswert –, dass das, was die FDP  
75 vorschläge, schon deshalb verhindert werden müsse. Sie haben ja keinen einzigen Antrag  
76 – das ist Ihr gutes Recht – der FDP-Fraktion, weder in den Ausschüssen noch hier im  
77 Hohen Hause, in den letzten Wochen akzeptiert. Das muss man nur zur Kenntnis nehmen;  
78 das ist Ihr Recht. Übrigens hat Präsident Obama großen Wert darauf gelegt, dass er mit  
79 allen politischen Kräften ins Gespräch kommt. Er hat versucht, auch überparteilich ein  
80 Paket zu schnüren. Wir halten fest: Diesen Versuch haben Sie zu keiner Stunde ernsthaft  
81 gestartet.

82 Aber, meine Damen und Herren, das ist Ihr Recht. Sie haben die Mehrheit, und wir wer-  
83 den ja sehen, wohin das führt.

84 Aber dann wollen wir einmal über die Steuersenkungen reden, die wirklich nötig wären.  
85 Würde man nur die Erhöhung der Freibeträge, die Sie jetzt häppchenweise bis zum Jahr  
86 2010 für die Familien pro Kopf auf mehr als 8 000 Euro erhöhen wollen, vorziehen, dann  
87 müsste der Staat 800 Millionen Euro mehr ausgeben. Diese Entlastung der Familien  
88 würde 800 Millionen Euro kosten. Zum Vergleich das, was in diesem Paket steht: In dem

89 Paket geben Sie 100 Millionen Euro aus für die Erhöhung der Mittel für Entwicklungs-  
90 hilfe, und Sie geben 650 Millionen Euro aus für die Renovierung der Ministerien. Da  
91 sagen wir Ihnen: Das ist die falsche Prioritätensetzung. Die Entlastung der Familien wäre  
92 jetzt in dieser Stunde richtig, um die Lage in Deutschland zu wenden.

93 Was hat das denn mit einer Politik für Reiche zu tun? Das ist doch reine Polemik, was da  
94 vorgetragen wird. Die Freibeträge für Familien zu erhöhen, ist keine Politik für Reiche,  
95 sondern es sollte eigentlich der kleinste gemeinsame Nenner jenseits der Parteigrenzen in  
96 diesem Hause sein.

97 Man wundert sich darüber, dass Sie das nicht tun. – Die Angaben der Bundesregierung  
98 dazu lauten: 0,8 Milliarden, also 800 Millionen Euro.

99 Das zweite Thema betrifft die Zinsschranke. Da könnten Sie ja noch argumentieren und  
100 sagen: Wer die Zinsschranke wieder abschaffen will, die mit der Unternehmensteuerre-  
101 form beschlossen wurde, der will etwas für Unternehmen tun. Ja – das sagen wir aus-  
102 drücklich –, das ist richtig, weil wir nämlich in einer Zeit leben, in der vor allen Dingen  
103 der Mittelstand darunter leidet, dass er keine Kredite mehr bekommt. Gerade weil der  
104 Mittelstand hinsichtlich seiner Eigenkapitaldecke nicht so gut ausgestattet ist, ist es jetzt  
105 notwendig, wieder zu ändern, was eingeführt wurde. Es ist ein Fehler, dass man den Mit-  
106 telstand auch noch für Zinsen Steuern zahlen lässt. Das muss geändert werden.

107 Wenn ich Ihr Programm richtig verstanden habe, dann wollen Sie das übrigens auch. Et-  
108 was, was die SPD und die CDU/CSU auf ihren Parteitag beschlossen und in Interviews  
109 verkündet haben, ist zum Beispiel die Senkung des Eingangssteuersatzes. Das ist doch  
110 nun wirklich etwas, was wir hier gemeinsam beschließen könnten.

111 Sie beschließen die Senkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 14 Prozent. Gleichzei-  
112 tig sagen Sie, dass Sie den Eingangssteuersatz auf 12 Prozent senken müssten.

113 Damit wollen Sie in den Wahlkampf gehen; das hat der Finanzminister in einem Inter-  
114 view mit der Bild am Sonntag angekündigt. Ich halte fest: Die SPD will den Eingangs-  
115 steuersatz auf 12 Prozent senken, die CDU/CSU will den Eingangssteuersatz auf 12 Pro-  
116 zent senken, wir wollen das auch. Warum beschließen wir das dann nicht jetzt, da die  
117 Lage so problematisch ist?

118 Was hat es mit irgendeiner Begünstigung von Reichen zu tun, wenn man den Eingangs-  
119 steuersatz senkt? Wir bieten Ihnen an, dass wir das noch in dieser Stunde beschließen  
120 können. Tun wir etwas für die Empfänger kleinerer und mittlerer Einkommen! Das ist  
121 das Konjunkturprogramm, das Deutschland braucht.

122 Stattdessen sehen wir, wie die Gelder in den Länderhaushalten schon ausgegeben werden.  
123 Das sage ich übrigens überparteilich, damit wir uns hier nicht missverstehen. Wir alle  
124 kennen unsere jeweiligen Pappenheimer, die ohne jeden Zweifel aus allen Parteien kom-  
125 men. Dieses Thema kennen wir alle. Hierüber brauchen wir uns hier im Deutschen Bun-  
126 destag nicht zu beklagen. Es ist ja auch bemerkenswert, dass diejenigen, die so viel Geld  
127 bekommen, heute so umfangreich auf der Bundesratsbank vertreten sind. Das ist aber ein  
128 anderes Thema an dieser Stelle. – Ja, ich nehme das ausdrücklich zurück. Heute ist Bun-  
129 desrat. Deswegen ist es nett, dass wenigstens Sie, Herr Sellering, fehlen. Ich nehme das  
130 zurück.

131 In die Länderhaushalte werden schon Mittel für die Renovierung der Finanzämter einge-  
132 stellt. Das heißt, über das Konjunkturpaket werden auch die Finanzämter renoviert. Aber  
133 für Steuersenkungen ist kein Geld da. Ist Ihnen eigentlich klar, welche Ironie es in dieser  
134 Stunde ist, dass die Bürger erleben müssen, dass bei uns zu wenig passiert, während die  
135 Finanzämter renoviert werden? Was für ein Konjunkturprogramm in dieser Republik!

136 Es ist richtig und auch vernünftig, dass Sie beispielsweise in die Bildung investieren. Das  
137 unterstützen wir nachdrücklich, damit wir uns hier nicht missverstehen. Das haben wir  
138 auch in den Ausschüssen unterstützt. Es ist gut, dass das geschieht. Die Kritik der Grünen  
139 und aus den anderen Reihen dieses Hauses ist übrigens ebenso berechtigt. Es ist eben  
140 nicht richtig, dass man alleine die Gebäude saniert, während man nichts für Investitionen  
141 in die Köpfe bereitstellt und es keine Qualitätsverbesserung des Unterrichts gibt. Das  
142 wissen wir, und ich denke, darin sind wir uns auch einig. Das wird sich im Vollzug ändern  
143 müssen.

144 In die Straßen investieren Sie auch; das ist richtig. Auch hier lohnt sich ein Blick ins  
145 Detail, um zu sehen, wie es bei den Straßen tatsächlich aussieht: Tiefbau nein, Hochbau  
146 ja. Mit anderen Worten: Die Straßen mit den Löchern dürfen nicht mit diesen Mitteln

147 saniert werden, aber Lärmschutzwände dürfen darum herumgebaut werden. Da fragt man  
148 sich wirklich: Wie überzeugend ist die Konsistenz eines solchen Programms?

149 Zur Abwrackprämie. Herr Finanzminister, Sie sagen, die Abwrackprämie werde der  
150 große Renner. Wir wären Ihnen sehr verbunden, Herr Finanzminister, wenn Sie jetzt ir-  
151 gendwann einmal veröffentlichen würden – diese Zahlen haben Sie doch längst –, wie  
152 viele von diesen angeblich super gekauften Autos eigentlich wirklich in Deutschland pro-  
153 duziert werden. Das ist doch das eigentliche Thema.

154 Ich will es Ihnen ganz offen sagen: Ich halte es für völlig falsch, dass Sie mit der Ab-  
155 wrackprämie dazu beitragen, den Absatz kleiner asiatischer Autos zu erhöhen, während  
156 Sie mit der Kfz-Steuererhöhung gleichzeitig die in Deutschland produzierende Automo-  
157 bilindustrie noch einmal abwürgen.

158 Das halten wir für falsch, und das sagen wir an dieser Stelle auch. – Ich bitte die Kame-  
159 ramänner, nicht nur mich, sondern bei dieser Unruhe auch die Herrschaften im Saal zu  
160 zeigen, weil das eine so bedeutende Stunde der Republik ist. Die Bürgerinnen und Bürger  
161 werden sich darüber dann auch eine Meinung bilden können. Ich glaube, meine sehr ge-  
162 ehrten Damen und Herren, noch ist es unser Recht, dass wir unsere Punkte vortragen,  
163 auch wenn Sie noch die Mehrheit haben.

164 Sprechen wir noch einmal über die Krankenkassen, auch wenn Ihnen das nicht gefallen  
165 mag, aber es ist trotzdem notwendig. Sie verkaufen eine Senkung der Krankenkassenbei-  
166 träge als Konjunkturprogramm. Das ist in unseren Augen eine wirkliche Veräppelung der  
167 Bürgerinnen und Bürger.

168 Was passiert hier? Erst haben Sie eine Gesundheitsreform beschlossen, die dazu geführt  
169 hat, dass zum 1. Januar dieses Jahres die höchsten Krankenkassenbeiträge gezahlt wer-  
170 den, die jemals bezahlt werden mussten. Ein paar Wochen später senken Sie nun mit  
171 Steuergeldern die Krankenkassenbeiträge. Das hat nichts mit einem Konjunkturpro-  
172 gramm zu tun. Es wäre besser gewesen, die ganze Gesundheitsreform wieder einzustamp-  
173 fen. Das wäre ein Konjunkturprogramm. Zu solchen Strukturreformen fehlt Ihnen aber  
174 der Mut.

175 Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch eine Bemerkung zu den privaten  
176 Investitionen machen. Sie haben einen ausschließlich staatlichen Blick auf diese Dinge.  
177 Das halten wir für falsch. Sie sprechen davon, welche Ausgaben der Staat tätigen müsse.  
178 Was Sie aber schaffen sollten, ist eine Lösung der bürokratischen Bremsen beispielsweise  
179 für Investitionen. Heute Morgen beschließen Sie das Konjunkturprogramm, heute Mittag  
180 beschließen Sie die Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes. Wir sollten Investitio-  
181 nen nach Deutschland einladen, aber nicht nach Hause schicken.

182 Allein bei den Flughäfen warten etwa 20 Milliarden Euro privater Mittel darauf, investiert  
183 zu werden. Bringen Sie endlich Ihre Ideologie in die Geschichte hinein, damit das be-  
184 schlossen werden kann! In der Energiewirtschaft warten 20 bis 40 Milliarden Euro priva-  
185 ter Gelder darauf, beschlossen zu werden. Steigen Sie aus aus einer ideologischen Ener-  
186 giepolitik! Werden Sie wieder vernünftig! Das wäre ein Konjunkturprogramm für unser  
187 Land.

188 Alles in allem muss man leider sagen: Die Schulden werden bleiben, aber für die Kon-  
189 junktur und für die Bürgerinnen und Bürger wird dabei sehr wenig herauspringen. Sie  
190 haben in Ihrer ersten Rede zu diesem Thema gesagt, Frau Bundeskanzlerin, Sie würden  
191 das mit der Schuldentilgung dann so überzeugend machen wie beim Erblastentilgungs-  
192 fonds. Das hat sich nun wirklich als eine Posse herausgestellt; Herr Vizekanzler, das be-  
193 trifft Sie übrigens auch. Sie haben gesagt, Sie würden das genauso machen, wie Sie die  
194 Schulden beim Erblastentilgungsfonds zurückgezahlt haben. Heute stellen wir fest, dass  
195 weniger als die Hälfte zurückgezahlt und mehr als die Hälfte umgeschuldet wurde. Um-  
196 schuldung ist aber keine seriöse Finanzpolitik.

197 Wenn man etwas für die Konjunktur tut, was heute in der Tat getan werden muss, dann  
198 entlastet die Bürgerinnen und Bürger, sorgt dafür, dass die kleinen und mittleren Einkom-  
199 men entlastet werden! Das wäre wirklich eine Wende für unser Land zum Guten.

200 Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, auch wenn es Ihnen nicht gefallen hat, meine Damen  
201 und Herren von den Regierungsparteien.

**Dr. Guido Westerwelle Bundestag Juli 2009 (FDP): GWB0709**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16230.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, Sie ha-  
2 ben in Ihrer Regierungserklärung zu jedem Punkt der Tagesordnung, die auf dem G-8-  
3 Gipfel in L'Aquila ansteht, etwas gesagt. Das soll auch so sein. Spannend ist aber, was  
4 gesagt wird, und vor allen Dingen, wozu nichts gesagt wird. Frau Bundeskanzlerin, Sie  
5 haben über die Notwendigkeit gesprochen, dass – das ist ein zentrales Anliegen deutscher  
6 Politik – die Bankenaufsicht, sprich: die Finanzmarktaufsicht, stärker reguliert werden  
7 muss. Wir sind in der Tat in diesem Hause einer Meinung, dass es international entspre-  
8 chende Regeln braucht, gerade für Finanzen und Finanzströme. Aber wer international  
9 eine bessere Finanzmarkt- und Bankenaufsicht fordert, muss sie erst einmal national – für  
10 uns: in Deutschland – hinbekommen.

11 Es ist jetzt die ich weiß nicht wievielte Regierungserklärung, die die Bundesregierung  
12 seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise zu dem Thema abgegeben hat. In  
13 Ihrer Regierungserklärung vom 7. Oktober 2008, im Herbst des letzten Jahres, haben Sie,  
14 Frau Bundeskanzlerin, eine Neuregelung der nationalen Bankenaufsicht angemahnt und  
15 angekündigt. Bis heute bringen Sie sie nicht zustande. Bis heute bleibt es bei der Zersplit-  
16 terung der nationalen Bankenaufsicht in Finanzministerium, BaFin und Bundesbank.  
17 Spannend bei solchen Regierungserklärungen ist, wozu Sie nichts sagen, weil Sie sich in  
18 Ihrer Regierung nicht mehr einigen können. Die nationale Bankenaufsicht muss neu ge-  
19 regelt werden. Sie ist eine der Ursachen für das Versagen der Kontrollmechanismen, das  
20 zur Krise geführt hat. Wer international mit Autorität auftreten will, der muss erst einmal  
21 seine eigenen Hausaufgaben machen. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der  
22 Bundesregierung, nicht getan. Seit Monaten wird das immer und immer wieder von Ihnen  
23 angemahnt, aber nichts passiert.

24 Nehmen wir den nächsten Bereich. Natürlich ist es richtig, dass Sie, Frau Bundeskanzle-  
25 rin, in Ihrer Regierungserklärung für Ihre Bundesregierung die Notwendigkeit einer ver-  
26 nünftigen Klimapolitik unterstreichen. Es ist auch richtig – wir begrüßen das –, dass Sie  
27 das 2-Grad-Ziel in dieser Regierungserklärung noch einmal benannt haben. Worüber Sie  
28 wiederum nicht gesprochen haben, ist das, worüber Sie nicht mehr sprechen können, weil

29 Sie sich auch darüber in dieser Regierung nicht einig sind, nämlich wie man eine bessere  
30 Klimapolitik erreicht und welches die Instrumente sind, die Sie international anbieten und  
31 über die Sie verhandeln wollen. Natürlich wollen wir auf mehr regenerative Energien  
32 setzen – gar keine Frage –; aber wir brauchen eben auch einen Energiemix. Die Instru-  
33 mente einer besseren Klimapolitik liegen vor allen Dingen in der intelligenten Energie-  
34 politik.

35 Zur Energiepolitik sagen Sie in dieser Regierungserklärung nichts, aber auch gar nichts,  
36 weil Sie sich nicht einig sind. Deswegen sagen wir hier: Sie müssen in Ihrer Regierung  
37 Klarheit schaffen. Was sagen Sie denn zur nuklearen Energiegewinnung? Alle anderen  
38 G-8-Staaten setzen im Interesse des Klimaschutzes auch auf die sichere Kerntechnik.

39 Was sagen Sie, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, dazu? Wir brauchen  
40 diese Überbrückungstechnologie. Es ist am heutigen Tag wieder offensichtlich geworden,  
41 dass Sie sich nicht einig sind. Wir sagen dazu: Was macht es für einen Sinn, dass wir in  
42 Deutschland aus der modernsten und sichersten Kerntechnik, die es auf der Welt gibt,  
43 aussteigen, um am Tag danach den Strom aus sehr viel unsichereren Kraftwerken aus  
44 dem Ausland einzukaufen? Energiemix ist die beste Antwort auf den Klimawandel.

45 Es ist übrigens sehr interessant, wie auch hier darauf reagiert wird. Das belegt meine  
46 These, dass Sie in Wahrheit in Ihrer Regierung nicht mehr zur Einigkeit finden. Das hat  
47 man soeben in diesem Hause an der Reaktion bemerkt. Am heutigen Tage hat Ihnen Ihr  
48 eigener Umweltminister in der Klimapolitik Widerstand entgegengesetzt.

49 Frau Bundeskanzlerin, Sie haben etwas zum Thema Abrüstung gesagt. Sie haben die  
50 Reise nach Washington zu guten und erfolgreichen Gesprächen genutzt, was uns freut.  
51 Aber wer zur Abrüstungspolitik etwas sagt, dann jedoch beispielsweise die Initiative von  
52 Präsident Obama in Prag in seiner Regierungserklärung völlig ausspart, der zeigt wiede-  
53 rum, dass zu wenig Einigkeit in der Regierung bei fundamentalen internationalen Anlie-  
54 gen Deutschlands herrscht.

55 Die Frage ist: Was tun Sie denn jetzt zur Unterstützung der Vision einer nuklearwaffen-  
56 freien Welt von Präsident Obama? Ist das auch eine Vision der Bundesregierung? Was  
57 sagen Sie zur konventionellen und nuklearen Abrüstung? Ich würde gerne von der Bun-  
58 deskanzlerin, wenn sie zu diesem Gipfel spricht, hören, dass sie Präsident Obama nicht

59 nur besucht, sondern ihn beim Thema Frieden und Abrüstung auch nachdrücklich unter-  
60 stützt. Das hätten Sie, Frau Bundeskanzlerin, in Ihrer Regierungserklärung sagen müssen.

61 Was werden Sie auf nationaler Ebene beispielsweise bezüglich der nuklearen Spreng-  
62 köpfe, die noch in Deutschland lagern, tun? Wird das ein deutscher Beitrag zur Abrüstung  
63 und zu Friedensinitiativen in der Welt sein? Werden Sie in Gespräche mit den Verbünde-  
64 ten eintreten, um die letzten verbliebenen nuklearen Sprengköpfe, die wir in Deutschland  
65 als Relikte des Kalten Krieges haben, abzuziehen? Auch dazu gibt es keine gemeinsame  
66 Auffassung in der Regierung, und deswegen wird dazu hier auch nichts gesagt.

67 Sie haben etwas zur Afrikapolitik gesagt. In der Allgemeinheit kann man dem nur zu-  
68 stimmen. Sie haben auch etwas zur Entwicklungshilfe gesagt. In der Allgemeinheit kann  
69 man Ihnen im Großen und Ganzen nur zustimmen. Aber Konkretes kommt auch dazu  
70 nicht. Warum nicht? Weil Sie in der Regierungskoalition wiederum keine Einigkeit ha-  
71 ben. Einfach nur zu sagen, Deutschland gebe im internationalen Vergleich das zweit-  
72 meiste Geld für Entwicklungshilfe aus, ist zu wenig. Es geht nicht nur darum, wie viel  
73 Geld man für die Entwicklungshilfe ausgibt, sondern auch darum, wo und bei wem es  
74 landet, ob es eine bessere Politik bewirkt, ob es sich tatsächlich um eine humanitäre Hil-  
75 feleistung handelt. Dass wir uns beispielsweise beim G-8-Gipfel treffen und wir Deutsche  
76 G-20-Ländern, also Schwellenländern, die mit uns bei G-20-Treffen am Tisch sitzen, Ent-  
77 wicklungshilfe geben, ist keine vernünftige Entwicklungspolitik. Schließlich und letz-  
78 tens: Wenn man über die Wirtschafts- und Finanzkrise redet und sich in diesem Hause  
79 darüber auseinandersetzt, was bei dem G-8-Gipfel in L’Aquila besprochen wird, dann  
80 wäre es natürlich auch notwendig, etwas zum nationalen Beitrag zur Wirtschafts- und  
81 Finanzpolitik zu sagen. Dazu ist überhaupt nichts gesagt worden. Wir meinen, die paar  
82 Konjunkturpakete, die Sie verabschiedet haben, die oft genug am Ziel vorbeischießen und  
83 mehr Steuergeldverschwendung als ein Schaffen von Arbeitsplätzen bedeuten, sind zu  
84 wenig. Sie sind auch für eine Regierungserklärung zu wenig. Dementsprechend bleibt es  
85 doch bei der Frage, was wir strukturell tun werden. Hillary Clinton hat als Außenminis-  
86 terin einen bemerkenswerten Satz geprägt: Never miss a good crisis. Also: Verpasse nie-  
87 mals die Chancen der Krise. – Eine Krise ist immer schlimm. Das einzig Gute an dieser  
88 Krise ist, dass uns der Problemdruck wenigstens dazu zwingen müsste, jetzt die struktu-

89 rellen Veränderungen durchzusetzen, von denen wir in Wahrheit seit vielen Jahren über-  
90 zeugt sind, dass sie angepackt werden müssen. Das ist der eigentliche Punkt, den Sie  
91 völlig aussparen.

92 Seit Wochen streitet sich die Republik darüber, was aus dem deutschen Steuersystem  
93 wird. Es gibt einen offenkundigen Konflikt zwischen den Regierungsparteien und in der  
94 Bundesregierung. Nichts wird dazu gesagt. Was werden Sie denen, mit denen Sie jetzt  
95 am Verhandlungstisch sitzen, zu dem Begehren der Bürgerinnen und Bürger auf Entlas-  
96 tung bei den Steuerabgaben sagen? Welche Antwort werden Sie denen geben? Wird an  
97 dem einen Tisch die Kanzlerin den Teilnehmern des G-8Treffens sagen: „Wir wollen die  
98 Steuerstrukturreform; das ist unser Angebot an die Völkergemeinschaft, um die Weltwirt-  
99 schaft zu stabilisieren“ – und am anderen Tisch der Bundesaußenminister das glatte Ge-  
100 genteil sagen? Dazu ist in dieser Regierung ebenfalls keine Linie vorhanden. Die Regie-  
101 rungserklärungen gehen im Grunde allgemein über die Probleme hinweg, weil Sie sich  
102 im Konkreten nicht mehr einig sind.

103 Wir als FDP bleiben der Überzeugung, dass ein faires Steuersystem nicht die Belohnung  
104 für einen Aufschwung, sondern die Voraussetzung für Wachstum, Wachstumskräfte, bes-  
105 sere Konjunktur und damit übrigens auch für bessere und gesunde Staatsfinanzen ist. Das  
106 ist der eigentliche Zusammenhang, über den gesprochen werden müsste.

107 Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir akzeptieren nicht, dass,  
108 obwohl wir mittlerweile im OECD-Vergleich eine unvergleichlich hohe Belastung in  
109 Form von Steuern und Abgaben für die Arbeitseinkommen, und zwar die kleineren und  
110 mittleren Arbeitseinkommen, in Deutschland haben, dieses Thema ausgespart wird. Sie  
111 haben zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie seit nun fast vier Jahren Bundeskanzlerin  
112 sind. Es ist die – jedenfalls geplant – letzte Regierungserklärung, die Sie in dieser Legis-  
113 laturperiode in diesem Hohen Hause gehalten haben. – Herr Kollege Kauder, ich habe  
114 ausdrücklich gesagt: in dieser Legislaturperiode. – Was ich Ihnen damit sagen will, ist  
115 geradezu offensichtlich, Herr Kollege Oppermann. Da Sie es erbitten, kann ich es auch  
116 etwas deutlicher formulieren: Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben jetzt elf  
117 Jahre lang im Finanzministerium Verantwortung gezeigt. Sie haben gezeigt, dass Sie es  
118 nicht können. Es ist gut, dass Sie sich bald in der Opposition erholen werden.

119 Für jede Regel, die Sie in der Finanzpolitik beklagen, haben Sie im Finanzministerium,  
120 das Sie in den letzten elf Jahren sozialdemokratisch geführt haben, zu haften. Für alles,  
121 was fehlt, müssen Sie sich bei sich selbst beklagen. Alles, was fehlt, haben Sie politisch  
122 zu verantworten.

123 Ich möchte zum Schluss auf das eingehen, was wirklich notwendig ist und worum es aus  
124 unserer Sicht geht. Sie haben vier Jahre in der sogenannten Großen Koalition Regierungs-  
125 verantwortung getragen. Wir stellen fest: Sie sind für die größte Steuererhöhung, die es  
126 in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland je gegeben hat, verantwortlich. Wir  
127 stellen fest: Noch nie hat eine Regierung so viele Schulden gemacht wie Ihre Regierung,  
128 und zwar in schlechten Tagen, aber auch in guten Tagen.

129 Sie sagen, man dürfe in Deutschland nicht über die Verhältnisse leben. Sie aber waren  
130 die Anführer einer Politik, die dazu geführt hat, dass Deutschland über seine Verhältnisse  
131 lebt. Sie haben gesagt, Sie wollen investieren, Sie wollen reformieren, Sie wollen sanie-  
132 ren. Von dieser Regierung bleibt vielleicht die Abwrackprämie übrig. Etwas anderes ist  
133 nicht zustande gekommen. Die Staatsfinanzen sind ruiniert. Die Steuern und Abgaben  
134 sind hoch. Sie haben Ihre Aufgaben in diesen Jahren nicht erfüllt. Es wird Zeit, dass wir  
135 eine Regierung bekommen, die gemeinsam in dieselbe Richtung denkt und sich nicht  
136 lähmt, weil sie sich in den meisten Fragen nicht mehr einigen kann.

137 Ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

**Dr. Volker Wissing Bundestag Juli 2009 (FDP): VWB0709**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16231.pdf>

1 Besten Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Ziel, Steuerhin-  
2 terziehung entschlossen zu bekämpfen, sind wir uns alle einig; darüber brauchen wir nicht  
3 lange zu diskutieren. Die Frage ist nur: Was ist mit dem, was uns heute konkret vorgelegt  
4 wurde? Lassen Sie uns den vorliegenden Gesetzentwurf einmal bewerten.

5 Ein wesentliches Kriterium für die Bewertung eines Gesetzentwurfs ist, ob das Handeln  
6 der Bundesregierung verhältnismäßig ist. – Die Frage ist: Ist das verhältnismäßig? –  
7 Schaut man sich den vorliegenden Gesetzentwurf an, stellt man fest: Er ist nicht erforder-  
8 lich – zur Begründung hat Herr Binding schon einen wesentlichen Beitrag geleistet –; er  
9 ist nicht geeignet, das formulierte Ziel zu erreichen, und er ist erst recht nicht angemessen.

10 Ihr Gesetzentwurf ist ungeeignet, das Problem der Steuerhinterziehung zu lösen. Sie wol-  
11 len nämlich, dass die Vorgaben aus Art. 26 des OECD-Musterabkommens eingehalten  
12 werden; das ist auch vernünftig. Dafür belasten Sie die Steuerzahler allerdings mit Infor-  
13 mationspflichten, und das, obwohl die Umsetzung von OECD-Abkommen nun wirklich  
14 nicht in den Händen der Steuerzahler, sondern ausschließlich in den Händen ausländi-  
15 scher Regierungen liegt.

16 Ihr Gesetzentwurf ist auch nicht erforderlich. Sie haben es schon deutlich gesagt: Er zeigt  
17 schon Wirkungen, obwohl er noch gar nicht umgesetzt ist. Ich wiederhole: Er ist nicht  
18 erforderlich. Denn inzwischen haben die betreffenden Staaten die Ratifizierung der  
19 OECD-Standards zugesagt. Es gibt keinen Staat mehr, der auf der sogenannten Schwar-  
20 zen Liste steht. Ihr Gesetzentwurf geht damit ins Leere. Unnötige Gesetze braucht in die-  
21 sem Land kein Mensch.

22 Auch wenn man den Gesetzentwurf auf Angemessenheit überprüft, sehen Sie schlecht  
23 aus. Denn andere Staaten, etwa die USA, haben das Problem der Steuerhinterziehung  
24 ohne Belastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler lösen können, indem sie sich  
25 schlicht und einfach mit den betroffenen Staaten verständigt haben. Es ist doch unange-  
26 messen, wenn eine Regierung die eigenen Schwächen, die sie bei Verhandlungen mit  
27 anderen Staaten offenbart, zu einem Problem der Bürgerinnen und Bürger ihres Landes

28 macht. Genau das tun Sie, indem Sie von unbescholtenen Bürgern einen Nachweis ver-  
29 langen, dass sie nichts Verbotenes vorhaben, wenn sie ihr Geld im Ausland investieren.  
30 – Es wäre wirklich sinnvoll, wenn wir zumindest am Ende dieser Legislaturperiode ein-  
31 mal sachlich über ein Thema, das die Finanzpolitik betrifft, diskutieren könnten. Aber  
32 eine sachliche Debatte ist mit der SPD schon lange nicht mehr möglich, lieber Herr Poß.

33 Sie wollen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in die Pflicht nehmen, weil Sie fürchten,  
34 dass es Peer Steinbrück nicht gelingen könnte, andere Staaten von der Einhaltung der  
35 OECD-Standards zu überzeugen. Das ist wirklich bemerkenswert. Vor dem Hintergrund,  
36 dass er nicht gerade als Diplomat aufgetreten ist, kann man das sicherlich nachvollziehen.

37 Seine einzigartigen Beschimpfungen anderer Staaten muteten wirklich befremdlich an.  
38 So wichtig die Bekämpfung der Steuerhinterziehung als internationale Aufgabe auch ist:  
39 Die Sanierung der Staatsfinanzen bleibt eine nationale Aufgabe. Die Ursachen der rui-  
40 nierten deutschen Staatsfinanzen liegen nicht in der Schweiz und nicht in Luxemburg.

41 Die Hauptursache ist – neben der jahrelang erfolglosen Haushalts- und Finanzpolitik der  
42 Großen Koalition – Ihr konfuse Krisenmanagement in dieser schwerwiegenden Finanz-  
43 marktkrise. Das dürfen wir, auch wenn wir heute über viele andere wichtige Themen dis-  
44 kutieren, nicht vergessen.

45 Es heißt so schön: Der Zweck heiligt die Mittel. Aber ein unstrittiges Anliegen wie die  
46 Bekämpfung der Steuerhinterziehung rechtfertigt nicht, unverhältnismäßige Gesetzent-  
47 würfe zu verabschieden, mit denen der Staat unnötigerweise in die Rechte der Bürgerin-  
48 nen und Bürger eingreift. Für Sie, Herr Steinbrück, ist ein Steuerhinterzieher jeder Bür-  
49 ger, solange er nicht das Gegenteil beweist. Das ist der Blick, den Sie auf unsere Gesell-  
50 schaft haben. Genau diese Sichtweise teilt die FDP nicht.

51 Unsere Verfassung schreibt vor, dass wir keine überflüssigen Gesetze auf den Weg brin-  
52 gen dürfen, durch die die Bürgerinnen und Bürger belastet werden. Ausgerechnet in der  
53 Finanzpolitik gehen Sie aber gerne auf Konfrontationskurs zu unserer Verfassung. Wenn  
54 es um Geld geht, sehen Sie in bürgerlichen Freiheiten einen Akt der Großzügigkeit des  
55 Staates, aber längst keine Grundrechte mehr.

56 Bürgerliche Freiheiten sind allerdings kein Anhängsel der Verfassung. Sie sind die Legi-  
57 timation unseres demokratischen Gemeinwesens. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen  
58 nicht zuletzt deshalb exorbitant hohe Steuern und Abgaben, weil der Staat ihnen ein Le-  
59 ben in Freiheit und Wohlstand gewährleisten soll. Weil Sie die Freiheit aber zunehmend  
60 einschränken und Ihre überbordende Staatsverschuldung den Wohlstand unserer Gesell-  
61 schaft längst gefährdet, haben Sie unser Land in eine unerträgliche Schieflage gebracht.

62 Wenn Sie meinen, den Menschen in dieser Situation weitere Steuererhöhungen zumuten  
63 zu können, dann wird es Zeit, dass dieser Irrweg beendet wird. Es ist gut, dass wir heute  
64 die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages unter einer Großen Koalition erle-  
65 ben.

66 Herr Binding hat schon gesagt: Es ist erstaunlich, dass das Thema Steuerhinterziehung so  
67 spät auf die Tagesordnung kommt. Das ist eine bemerkenswerte Selbstkritik, Herr Bin-  
68 ding; denn die SPD stellt seit elf Jahren den Bundesfinanzminister.

69 Oskar Lafontaine hat die Bekämpfung der Steuerhinterziehung nicht nach vorne gebracht,  
70 und auch Hans Eichel hat sie nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Jetzt, kurz vor dem  
71 Wahlkampf, wollen Sie mit einem Scheingesetz, mit einem Schaugesetz Punkte machen.  
72 Substanziell haben Sie zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung in Deutschland aber  
73 nichts beigetragen.

74 Es ist vollkommen legitim, wenn der Staat die Einnahmeseite ausschöpfen möchte. Kon-  
75 sequent ist eine Finanzpolitik aber nur dann, wenn man die Ausgabenseite mit dem glei-  
76 chen Engagement angeht.

77 Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie, Herr Steinbrück, im Kabinett jemals einem Kol-  
78 legen oder einer Kollegin mit der Peitsche oder mit der Kavallerie gedroht hätten. Eine  
79 solche Drohung im Kabinett hätte, denke ich, mehr Steuergelder gespart, als Ihre Verba-  
80 lattacke gegenüber der Schweiz gebracht hat.

81 Nach elf Jahren SPD-Finanzpolitik sind die Staatsfinanzen in einem desolateren Zustand  
82 als je zuvor. Dabei haben Sie – leider ohne Erfolg – viel versucht, um Ihre Finanzprob-  
83 leme in den Griff zu bekommen: Sie haben die größten Steuererhöhungen in der Ge-

84 schichte unseres Landes durchgeboxt. Sie haben bürgerliche Freiheitsrechte massiv be-  
85 schnitten, ja, sie mit Füßen getreten. Sie haben die Verfassung bis an die Grenzen des  
86 Zulässigen gedehnt, ja, Sie haben sie sogar gebrochen; ich erinnere an Ihre Gesetzgebung  
87 zur Pendlerpauschale.

88 Nur eines haben Sie nicht getan: Sie haben nicht gespart. Deshalb ist dieser Finanzminis-  
89 ter in Wahrheit grandios gescheitert. Neben einem desolaten Steuersystem mit exorbitan-  
90 ter Steuerlast steht heute ein desolater Bundeshaushalt, nicht nur wegen mangelnder Ein-  
91 sparungen, sondern insbesondere wegen einer desolaten Finanzaufsicht, die nicht verhin-  
92 dert hat, dass für Bankenspekulationen jetzt die Bürgerinnen und Bürger die Zeche zahlen  
93 müssen. Gut, dass die Ära sozialdemokratischer Finanzpolitik bald beendet sein wird.  
94 Leider werden wir die Schulden, die Sie hinterlassen, noch Jahrzehnte tragen müssen.

### Dr. Guido Westerwelle Elefantenrunde 2009: GWE09

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=xnXTAh6VWFU> (eigene Transkription)

1 **Herr Westerwelle:** Bei allem Respekt vor Frau Merkel. Sie verschenkt keine Wähler,  
2 sondern die Bürgerinnen und Bürger verschenken ihre Stimme. Sie leihen sie uns, sie  
3 geben sie uns. Und deswegen bin ich auch sehr dankbar, dass da ein so schönes Ergebnis  
4 uns gegeben worden ist von den Bürgerinnen und Bürgern und dafür bedanke ich mich,  
5 nämlich bei denen, die es uns gegeben haben, den Bürgerinnen und Bürgern, unserem  
6 Volk. Und wir haben alle jetzt natürlich viel Arbeit vor uns. Es geht darum, dass wir jetzt  
7 natürlich auch als FDP in der Verantwortung sein werden. Wir werden in die Verantwor-  
8 tung genommen. Und gehen Sie davon aus, dass wir Schritt für Schritt, dass wir das was  
9 wir vor der Wahl auch unseren Wählerinnen und Wählern versprochen haben durchsetzen  
10 wollen. Das werden wir gemeinsam jetzt in Verhandlungen auch zu besprechen haben  
11 und ich freue mich über diesen Wahlabend. Ich freue mich außerordentlich. Aber ich weiß  
12 auch, dass das eine große Verantwortung ist, die jetzt auf die FDP zukommt. Und bei all  
13 dem schönen Jubel über ein großartiges Ergebnis: Wir bleiben auf dem Teppich und wis-  
14 sen auch, dass die Arbeit jetzt erst richtig losgeht.

15 **Herr Westerwelle:** Wenn Sie mir einen kurzen Augenblick erlauben, dazu was zu sagen:  
16 Bei allem Respekt und ich habe ja auch viel Verständnis dafür, dass die Lage nicht einfach  
17 ist, auch in Bayern nicht. Aber dieses Wort von den Leihstimmen finde ich gänzlich un-  
18 angemessen. Nicht die CSU verleiht Stimmen. Es verleiht auch nicht die CDU-Stimmen.  
19 Auch die FDP übrigens verleiht keine Stimmen, sondern das tun nur die Bürgerinnen und  
20 Bürger. Und wenn jemand FDP gewählt hat, dann ist er ein FDP-Wähler und kein CSU-  
21 Wähler. So einfach ist das in der Demokratie.

22 **Herr Westerwelle:** Ja die Regierung geht ja jetzt zu Ende und es geht eine neue Regie-  
23 rung ins Amt. Und ich habe gar keinen Zweifel daran, dass Union und FDP auch ein sehr  
24 gutes Programm zusammen aufschreiben werden. Aber es wird das Regierungsprogramm  
25 der nächsten Regierung sein, an dem wir jetzt gemeinsam arbeiten. Und wir waren ja in  
26 den letzten vier Jahren in der Opposition. Sind auch mit dem, was die Große Koalition  
27 getan hat, insbesondere bei dem Thema Steuererhöhungen, auch Schulden, auch Gesund-  
28 heitspolitik, nicht einverstanden gewesen. Jetzt wird man miteinander, wie es sich unter

29 Koalitionspartnern dann gehört, auch reden und verhandeln. Das Regierungsprogramm  
30 wird jetzt erst noch aufgeschrieben; nämlich in Koalitionsverhandlungen gemeinsam.  
31 Und ich kann Ihnen eines mit Sicherheit sagen, dass wir alle aufeinander zugehen werden.  
32 Das gehört dazu. Wir kennen uns ja auch nicht erst seit heute Abend. Augenscheinlich ist  
33 das, was Sie als Drohkulisse auf jedes Ihrer Plakate geschrieben haben: Nämlich Deutsch-  
34 land müsse sich vor Schwarz-Gelb fürchten; von der Mehrheit der Deutschen ganz anders  
35 gesehen worden. Das ist ja keine klare Entscheidung. Die Deutschen haben sich ja für  
36 eine Schwarz-Gelbe Mehrheit eingesetzt. Sie haben so entschieden, obwohl Sie ja vor  
37 nichts mehr gewarnt haben als vor einer Mehrheit von uns beiden. Herr Kollege Stein-  
38 meier, wenn Sie mir nur die Gelegenheit geben würden. Deswegen werden wir auch dafür  
39 sorgen, dass das natürlich jetzt auch Schritt für Schritt umgesetzt wird. Und wir fangen  
40 bei dem Thema Steuern, und zwar mit Sicherheit gemeinsam, direkt bei der Entlastung  
41 der Familien an. Wir haben in unseren Programmen eine sehr ähnliche Auffassung. Näm-  
42 lich, dass die Grundfreibeträge für Kinder angehoben werden müssen, so dass eine vier-  
43 köpfige Familie in Deutschland erst ab 40 000 Euro überhaupt erst steuerpflichtig wird,  
44 und das werden wir schnell umsetzen. Daran habe ich überhaupt gar keinen Zweifel. Weil  
45 es darf nicht so sein, dass Familiengründung in Deutschland ein Armutsrisiko ist. Das  
46 wollen wir ändern.

47 **Herr Westerwelle:** Ja, Sie kennen ja unser Programm. Mit dem Programm sind wir in  
48 die Wahlen gegangen. Wir sind der Überzeugung, dass wir unbedingt Korrekturen in der  
49 Gesundheitspolitik brauchen. Aber ich werde doch eines mit Sicherheit nicht tun: näm-  
50 lich, dass wir die Verhandlungen, die wir erst noch führen werden, jetzt hier heute Abend  
51 vorwegnehmen. Da würden sich die drei, die mutmaßlich jetzt in der Opposition sein  
52 werden, königlich amüsieren, wenn wir das jetzt am öffentlichen Tisch machen würden.  
53 Da hätten Sie Spaß dran. Die haben wir gemeinsam, die Sorgen, um unser Land. Und ich  
54 denke auch, dass wir jetzt einen Auftrag haben von der Mehrheit unseres Volkes unsere  
55 Politik umzusetzen. Und ich verstehe, dass Sie jetzt sehr schnell umschalten. Mir ist das  
56 auch einmal so gegangen. Ich musste auch einmal in der Opposition als Vertreter der  
57 stärksten Oppositionspartei argumentieren. Das ist eine neue Rolle. Aber bitte respek-  
58 tieren Sie die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger. Sie haben sich mit Mehrheit für  
59 Union und FDP entschieden.

60 **Herr Westerwelle:** Ich will es nur noch einmal nachdrücklich sagen. Und wir werden  
61 schon in Verhandlungen gut zusammen finden.

62 **Herr Westerwelle:** Ja das befürchten Sie, aber die Wähler haben es gewollt. Das muss  
63 man so zur Kenntnis nehmen Herr Steinmeier. Und ich will nochmal sagen: Wir beide  
64 kennen uns ja noch aus Zeiten, wo wir gemeinsam in der Opposition gesessen sind. Gehen  
65 Sie mal davon aus, dass wird sicherlich auch Meinungsunterschiede geben. Aber es wird  
66 zu einem guten Ergebnis kommen. Zu einer sehr stabilen und überzeugenden Regierung.

67 **Herr Westerwelle:** Ich habe Ihre Frage beantwortet und wenn Sie bitte so freundlich  
68 wären, auch meine Reden vorzutragen, die ich als Parteivorsitzender gehalten habe und  
69 vor allem das Wahlprogramm der FDP, und das ist doch ganz selbstverständlich, das weiß  
70 doch auch jeder der uns zuschaut, dass wir jetzt erst einmal Verhandlungen führen müs-  
71 sen. Ich verstehe das journalistische Interesse, aber wir werden intern verhandeln und  
72 nicht bei Ihnen. Sie hätten uns ja mal vor der Bundestagswahl eine solche Gelegenheit  
73 geben können, dass hier mal alles Spitzenkandidaten zusammensitzen.

74 **Herr Westerwelle:** Wir haben ja in Deutschland bereits in den sechs größten Bundeslän-  
75 dern Regierungen aus Union und FDP. Da gibt es keine sozialen Unruhen, sondern ganz  
76 im Gegenteil da sieht man das wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit sehr  
77 gut zusammen passen und jeder denkende Mensch weiß, dass beides zusammengehört.

78 **Herr Westerwelle:** Die Große Koalition ist gerade beendet worden Herr Steinmeier. Die  
79 Deutschen haben Ihre Koalition beendet.

80 **Herr Westerwelle:** Ich möchte Sie nur um eines bitten: Schauen Sie mal: Jetzt ist der  
81 Wahlkampf ja wirklich vorbei. Sie haben jetzt die ganze Zeit in dem Wahlkampf die Rede  
82 gehalten hier säße der personifizierte Teufel. Jetzt haben die Bürger ganz anders entschie-  
83 den. Jetzt werden Sie doch langsam wieder einmal normal. Vielleicht sind wir gar nicht  
84 so schlimm, wie Sie immer behaupten?

85 **Herr Westerwelle:** Nein. Ich finde es unangemessen, dass Sie nichts anderes tun als eine  
86 Angst schüren, weil eine neue Mehrheit entstanden ist. Und wir werden das Land genauso  
87 verantwortungsvoll führen, wie uns die Wählerinnen und Wähler damit beauftragt haben.

**Dr. Guido Westerwelle Bundestag November 2009 (FDP): GWB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

1 Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal an das  
2 anknüpfen, was Herr Kollege Vaatz hier eben gesagt hat. Das ist eine außerordentlich  
3 kluge und vor allen Dingen bemerkenswerte Einschätzung gewesen. Denn die vielen  
4 Gäste, die wir gestern empfangen konnten, haben alle ausgedrückt, wie beeindruckt un-  
5 sere befreundeten Partner in der Welt von dieser friedlichen Revolution gewesen sind.  
6 Jeder hier weiß, dass das auch viel Staatskunst verlangt hat. Jeder kennt die Rolle von  
7 Helmut Kohl, von Hans-Dietrich Genscher und – es wächst zusammen, was zusammen-  
8 gehört – von Willy Brandt; er sei ausdrücklich genannt. Aber niemand darf dabei verges-  
9 sen: Die wahren Helden waren diejenigen, die nicht wussten, ob auf sie geschossen wird,  
10 als sie auf die Straße gingen. Das waren die wahren Helden dieser Zeit.

11 Meine Damen und Herren, das hat natürlich auch viel mit außenpolitischer Tradition und  
12 Kontinuität zu tun gehabt. In Wahrheit ist die Außenpolitik seit Gründung der Bundesre-  
13 publik Deutschland wirklich großes Inventar unserer Republik. Diese Kontinuität hat die  
14 Außenpolitik aller Regierungen vor uns – aller Regierungen – ausgezeichnet, und diese  
15 Kontinuität wird selbstverständlich auch jetzt fortgesetzt werden. Deutsche Außenpolitik  
16 ist Friedenspolitik, sie ist interessengeleitet, aber sie ist ausdrücklich auch werteorientiert.  
17 Das ist der Kompass. Der galt früher, und der gilt auch in Zukunft.

18 Das hat die Angst vieler Völker der Welt vor uns Deutschen genommen, das hat uns in  
19 die friedliche Völkergemeinschaft zurückgeführt. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kol-  
20 legen, will ich gleich am Anfang sagen: Wir stehen mit dieser Bundesregierung für eine  
21 Einbindung unserer Politik in die europäische Politik und in die Politik der Völkerge-  
22 meinschaft. Wir wollen keine Alleingänge, sondern wir wollen gemeinsames Handeln;  
23 auch dies ist wichtig.

24 Ich möchte nachdrücklich sagen: Es soll jedem klar sein, dass Kontinuität nicht mit Ide-  
25 enlosigkeit verwechselt werden darf. Jeder setzt seine eigenen Akzente. Ich möchte aus-  
26 drücklich hinzufügen: Das hat auch Bundesaußenminister Steinmeier getan. Da es das  
27 erste Mal ist, dass ich in diesem Hohen Hause in meinem neuen Amt sprechen darf,

28 möchte ich mich bei ihm, gewissermaßen in Abwesenheit – ich hätte es ihm gerne per-  
29 sönlich gesagt –, für seine Amtsführung in den letzten Jahren sehr herzlich bedanken.

30 Es ist immer so: Jeder denkt natürlich an die eigene Handschrift, an die eigenen Akzente,  
31 und es gibt Dinge, die aus meiner Sicht und aus Sicht der Bundesregierung vielleicht noch  
32 besser gemacht werden können. Ich möchte zunächst vor allen Dingen auf die Europapo-  
33 litik Bezug nehmen.

34 Ich habe sehr früh, lange vor der deutschen Einheit, von Hans-Dietrich Genscher ein  
35 Selbstverständnis gelernt, das mich sehr geprägt hat. Damals sagte er mir als jungem Stu-  
36 denten: Die Europäische Union heißt Europäische Union und nicht Westeuropäische  
37 Union. – Das ist kein selbstverständlicher, einfach so dahingesprochener Satz, sondern es  
38 ist in Wahrheit ein Auftrag an unsere Generation, zu vollenden, was andere vor uns be-  
39 gonnen haben – abermals seien zum Beispiel Willy Brandt und Walter Scheel genannt –  
40 , dass die tiefe Freundschaft, die wir mit unseren westlichen Nachbarn erreichen konnten  
41 – wir sprechen längst nicht mehr nur von Partnerschaft, sondern selbstverständlich von  
42 einer Freundschaft der Völker –, auch mit unseren östlichen Nachbarländern möglich  
43 wird, dass sie wächst und dass sie gedeiht.

44 Deswegen habe ich meine erste Antrittsreise nach Polen unternommen. Ausdrücklich  
45 habe ich als erstes Land, in das ich im Rahmen meiner Antrittsbesuche gereist bin, Polen  
46 und dort Warschau besucht. Das soll auch von mir ganz persönlich ein klares Bekenntnis  
47 sein: Wir wollen, dass die Freundschaft, die zum Beispiel im deutsch-französischen Ver-  
48 hältnis gewachsen ist, auch für das deutschpolnische Verhältnis selbstverständlich wird.  
49 Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass die Ressentiments, die es selbstverständlich  
50 gibt – wie könnte es in Anbetracht unserer Geschichte auch anders sein? –, als Vergan-  
51 genheit zurückbleiben.

52 Wie jeder von Ihnen habe ich in meiner politischen Laufbahn viele Gespräche geführt  
53 und das eine oder andere fürs Leben mitgenommen. So ist es mir wichtig, dass ich in den  
54 90er-Jahren – schon etwas näher an der Politik stehend: im Vorstand meiner Partei, später  
55 als Generalsekretär und dann als junger Abgeordneter – noch erlebt habe, wie Helmut  
56 Kohl und Hans-Dietrich Genscher in der Europapolitik immer größten Wert daraufgelegt  
57 haben, dass Europa nicht nur ein Konzert der großen Staaten in Europa ist. In Europa gibt

58 es keine kleinen Länder. Auch die geografisch kleinen Länder sind in Europa ganz groß,  
59 auf Augenhöhe. Respekt vor allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, das soll un-  
60 sere, das wird auch meine Handschrift sein.

61 Deswegen ist es mir ein Anliegen gewesen – und ich werde das in dieser Woche fortset-  
62 zen –, gleich am Anfang selbstverständlich nicht nur Frankreich, unseren wunderbaren  
63 Freund und Nachbarn, zu besuchen, sondern auch die kleineren Nachbarländer, die Be-  
64 neluxländer, wie sie oft genannt werden, aufzusuchen. – Ich habe es doch gerade erklärt;  
65 vielleicht ertragen Sie es einfach mal. Ich glaube, dass Sie es verstehen können. Ich bitte  
66 wirklich darum. – Ich halte es deshalb für so wichtig, diese Länder zu besuchen, weil ich  
67 es nicht gut finde, wenn Länder wie beispielsweise Luxemburg, wenn Länder wie die  
68 Niederlande oder wenn Länder wie Belgien das Gefühl bekommen, gewissermaßen ein-  
69 gedrängt oder nicht genügend beachtet zu werden. Ich war persönlich überrascht, dass  
70 der letzte bilaterale Besuch eines deutschen Außenministers in Belgien – nicht in Brüssel/  
71 Europa, sondern in Belgien – neun Jahre zurücklag.

72 Ich glaube, es ist wichtig, dass, gerade weil Deutschland ein so großes Land ist, wir als  
73 Deutsche Wert darauflegen: In Europa wollen wir uns mit Respekt begegnen. Deswegen  
74 haben wir unsere Sprache, selbst wenn es Kontroversen gibt, so zu wählen, dass sich  
75 niemand in unseren Nachbarländern, auch nicht in Luxemburg, beleidigt und gekränkt  
76 fühlen muss.

77 Schließlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist es wichtig und selbstverständlich  
78 Tradition, dass alle bisherigen deutschen Regierungen das transatlantische Verhältnis als  
79 eine ganz besondere Partnerschaft angesehen haben. Wir wollen Partnerschaft mit vielen  
80 Ländern in der Welt, wir wollen uns bemühen, mit vielen Ländern in der Welt – mit  
81 ärmeren wie reicheren, mit geografisch größeren wie kleineren – gute Beziehungen zu  
82 pflegen. Aber außerhalb von Europa sind die Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur  
83 unser stärkster, sondern auch unser treuester Verbündeter. Wir stünden nicht hier mit  
84 freier Rede an diesem Platz, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika nicht dafür ge-  
85 radegestanden hätten, in ihrer gesamten gemeinsamen Geschichte mit uns.

86 Sie werden nicht erwarten, dass man in den ersten Tagen über alles Bilanz zieht und über  
87 alles schon eine abschließende Meinung hat. Ich habe jetzt viele Außenminister getroffen,

88 hatte die Ehre, mit vielen Regierungschefs zu sprechen. Meine Damen und Herren, liebe  
89 Kolleginnen und Kollegen, damit es Sie beruhigt: Alle hatten einmal ihren ersten Tag.  
90 Dementsprechend will ich nicht den Eindruck erwecken, als sei schon alles aufgeschrie-  
91 ben und abschließend benannt. Ich möchte Ihnen anbieten, dass wir in den großen Fragen,  
92 die vor uns liegen – ob es um das Konzept der selbsttragenden Sicherheit in Afghanistan  
93 geht; ob es um den Iran geht; ob es darum geht, die Rede, die Bundeskanzlerin Merkel in  
94 Washington gehalten hat, in der Völkergemeinschaft politisch mehr und mehr mit Leben  
95 zu erfüllen –, gemeinsam die Politik besprechen. Es geht jetzt darum, dass wir uns diesen  
96 Herausforderungen stellen.

97 Ich möchte Sie herzlich um Ihre Zusammenarbeit bitten. Gleichzeitig biete ich Ihnen als  
98 den Abgeordneten hier in diesem Hohen Hause, und zwar allen Fraktionen, nachdrücklich  
99 eine faire und gute Zusammenarbeit an, weil ich glaube, dass Außenpolitik vor allen Din-  
100 gen eine gemeinsame Politik unseres Landes ist.

101 Ich danke deshalb auch sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

**Dirk Niebel Bundestag November 2009 (FDP): DNB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer den Koalitionsvertrag  
2 genau gelesen und wer der Regierungserklärung der Frau Bundeskanzlerin genau zuge-  
3 hört hat, wird feststellen, dass diese neue Regierung der Mitte die Entwicklungszusam-  
4 menarbeit ausdrücklich aufwertet. Er wird feststellen, dass Entwicklungszusammenarbeit  
5 nach unserem Verständnis weit mehr ist als reine Armutsbekämpfung.

6 Sie ist vielmehr ein Bestandteil der deutschen Dialogpolitik in einer globalisierten Welt.  
7 Entwicklungszusammenarbeit ist Bestandteil des Konzepts der vernetzten Sicherheit. Un-  
8 sere Entwicklungszusammenarbeit wird weiterhin werteorientiert sein.

9 All denjenigen, die schon vor dem ersten Wort meiner Rede Zurufe gemacht haben, sage  
10 ich ganz ausdrücklich: Unsere Entwicklungszusammenarbeit ist ausdrücklich interessen-  
11 orientiert – im wohlverstandenen besten Sinne der Bundesrepublik Deutschland. Denn es  
12 ist in unserem Interesse, weltweit dafür zu sorgen, dass die Folgen des Klimawandels  
13 bekämpft werden können. Es ist in unserem Interesse, in unserem eigenen Vorgarten, in  
14 Afrika, dafür zu sorgen, dass Menschen keine Fluchtgründe geliefert bekommen.

15 Es ist in unserem ureigensten Interesse, Entwicklungszusammenarbeit unter der Prämisse  
16 der Freiheit für möglichst viele Menschen zu organisieren. Entwicklungszusammenarbeit  
17 soll den Menschen Freiheit bringen; aber sie braucht Freiheit auch als Voraussetzung, um  
18 tatsächlich funktionieren zu können.

19 Diese Bundesregierung wird sich ausdrücklich darum kümmern, dass gutes Regierungs-  
20 handeln in unseren Partnerländern eine Voraussetzung der Zusammenarbeit sein wird.  
21 Menschenrechte und Demokratie werden wesentliche Werte sein; auf diese werden wir  
22 zu achten haben. Aber auch die wirtschaftliche Freiheit der Partnerländer gehört dazu.

23 Das Ministerium, das ich führen darf, heißt „Ministerium für wirtschaftliche Zusammen-  
24 arbeit und Entwicklung“. Beides gehört zusammen, damit die Hilfeleistung für andere  
25 Staaten vorzugsweise durch eigenständige wirtschaftliche Leistungskraft abgelöst wer-  
26 den kann.

27 Wir wissen aber auch, dass jemand, der Sorgen haben muss, wovon er seine Familie am  
28 nächsten Tag ernähren kann, nur ein geringes Maß an Freiheit in seinem Leben ausschöp-  
29 fen kann. Aus diesem Grund muss es uns angst und bange werden, wenn wir feststellen,  
30 dass wegen der enormen Verteuerung von Lebensmitteln mittlerweile schon wieder über  
31 1 Milliarde Menschen an Hunger leiden. Weil dies so ist, müssen wir die Effizienz und  
32 die Schlagkraft unserer Entwicklungszusammenarbeit erhöhen. Dafür haben wir die  
33 Grundlagen in unserem Koalitionsvertrag gelegt.

34 Wir werden ausdrücklich dafür sorgen, dass ländliche Regionen sich entwickeln können  
35 und dass die Chance auf eine sich selbst tragende Landwirtschaft größer wird als heute.  
36 Das ist die Grundlage für Ernährungssicherung in der Welt.

37 Außerdem werden wir ausdrücklich dafür sorgen, dass die zwei Seiten der gleichen Me-  
38 daille, Armut und Bildungsarmut, besser bekämpft werden als in der Vergangenheit. Bil-  
39 dung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Deswegen wollen wir insbe-  
40 sondere die Schulbildung von Kindern, aber auch die berufliche Bildung von jungen  
41 Menschen intensivieren, damit sie die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt durch  
42 eigener Hände Arbeit zu finanzieren. Insofern ist diese Bundesregierung nicht nur in  
43 Deutschland, sondern weltweit eine Regierung der sozialen Verantwortung. Wir wollen  
44 den Menschen die Möglichkeit geben, selbst über ihr Leben bestimmen zu können. Das  
45 ist die Grundlage unserer Entwicklungszusammenarbeit.

46 Wir müssen faire Handelsstrukturen stärken und hier insbesondere auf die WTO setzen  
47 und neben einer Stärkung des privaten Sektors in den Partnerländern auch die Mikrokre-  
48 ditfinanzierung intensivieren, damit selbstständige Tätigkeiten entstehen können und je-  
49 mand, der seinen Lebensunterhalt selbstständig finanzieren kann, womöglich auch noch  
50 anderen Menschen eine Erwerbsmöglichkeit bieten kann. Dies ist eine wichtige Aufgabe  
51 für diese Legislaturperiode, der wir nachkommen müssen.

52 Wir werden uns um die globalen Fragen im Bereich des Klimaschutzes kümmern. Die  
53 Entwicklungszusammenarbeit und der Klimaschutz sind gar nicht mehr voneinander zu  
54 trennen. Eigentlich ist das BMZ das Klimaministerium in Deutschland; denn dort sind

55 schon heute über 1 Milliarde Euro für Mittel des Klimaschutzes in der Entwicklungszu-  
56 sammenarbeit angesiedelt. Hier sind übrigens auch die Hebelwirkungen, was die ODA-  
57 Quote anbetrifft, mit die besten.

58 Wir müssen allerdings ein höheres Maß an Zielgenauigkeit erreichen. Aus diesem Grunde  
59 werden wir die Durchführungsorganisationen reformieren. Wir werden uns bemühen, im  
60 internationalen Ausgleich zu einer besseren Arbeitsteilung zu kommen. Dieser Koaliti-  
61 onsvertrag und der Zuschnitt dieser Bundesregierung bieten die Grundlage für das Ende  
62 irgendwelcher Nebenpolitiken, weil wir durch Außenpolitik, Außenwirtschaftsförderung  
63 und Entwicklungszusammenarbeit kohärente Entwicklungspolitik gestalten können. Ei-  
64 ner kann den anderen Hand in Hand weiterleiten, wenn die Entwicklung eines Landes  
65 vorangegangen ist, damit man die Chance hat, in Zukunft als Partner mit uns zusammen-  
66 arbeiten zu können.

67 Herr Kollege Raabe, wir haben das Konjunkturpaket der alten Bundesregierung in diesen  
68 Punkten nicht mitgetragen. Wir sind dennoch der Ansicht, dass es wichtig und notwendig  
69 ist, Bildung zu fördern. Aber man sollte den einen nicht gegen den anderen ausspielen.

70 Was den ersten Punkt angeht, den Sie angesprochen haben, lieber Herr Kollege Raabe,  
71 muss ich eines ganz deutlich feststellen: Sie sind auf dem völlig falschen Trip. Genau  
72 andersherum wird ein Schuh daraus.

73 Es ist doch wohl nicht normal, dass Entwicklungsländer durch Handelshemmnisse und  
74 Marktzutrittsverbote in vielen Bereichen der Welt mehr Geld verlieren, als ihnen durch  
75 Entwicklungszusammenarbeit der sogenannten Industriestaaten zugeführt wird. Das  
76 muss geändert werden, damit man mit fairen Handelsbedingungen Partner in einer welt-  
77 weiten Wirtschaft werden kann. Diese Partnerschaft werden wir auch einfordern; denn  
78 wir wollen ausdrücklich Eigenverantwortung. – Ich habe Ihre Frage hinreichend beant-  
79 wortet; aber Sie dürfen gern stehen bleiben, weil dann meine Uhr auch stehen bleibt. –  
80 Diese Eigenverantwortung werden wir bei unseren Partnerländern auch insofern einfor-  
81 dern, als die nationalen Eliten unserer Partnerstaaten dieser Verantwortung gerecht wer-  
82 den müssen. Wir wollen verlässliche Partner sein, aber wir erwarten auch, dass unsere  
83 Partnerinnen und Partner bestimmte Spielregeln, die unsere Werte hervorbringen, einhal-  
84 ten.

85 Ich bin ausdrücklich dankbar, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie vorhin so deutlich noch  
86 einmal unsere Verlässlichkeit bei der Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels erwähnt haben.  
87 Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen als Haushaltsgesetzgeber, diesen Maßstab  
88 in Ihre Beratungen einzubeziehen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie das übernäh-  
89 men, was im Koalitionsvertrag festgelegt ist und was in der Zukunft auch tatsächlich von  
90 uns erreicht werden soll.

91 Erlauben Sie mir, einen letzten Punkt anzusprechen. Veränderungen – das haben wir nicht  
92 nur gestern oder vor 20 Jahren gelernt – kommen in aller Regel aus der Mitte der Gesell-  
93 schaft. Deswegen gilt auch in der Entwicklungszusammenarbeit eines ganz ausdrücklich:  
94 Nicht alles muss der Staat machen; wir sollten uns auf die Gesellschaft verlassen, auf die  
95 Zivilgesellschaft hier bei uns, aber auch in unseren Partnerländern. Es ist hervorragend –  
96 das muss hier noch einmal ausdrücklich festgestellt werden –, dass die Koalitionsverein-  
97 barung der neuen Regierung der Mitte ausdrücklich die Nichtregierungsorganisationen,  
98 die Kirchen, die politischen Stiftungen und auch die Privatwirtschaft auffordert, sich an  
99 der Bekämpfung von Armut und der Zusammenarbeit mit anderen Ländern dieser Welt  
100 zu beteiligen, damit diese eine Chance haben, in Zukunft als unsere Partner auf Augen-  
101 höhe mit uns agieren zu können.

102 Vielen herzlichen Dank

# DIE GRÜNEN

2009

**Fritz Kuhn Bundestag Februar 2009 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): FKB0209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16206.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr von und zu Guttenberg,  
2 auch wir wünschen Ihnen für Ihr Amt alles Gute und viel Erfolg, allerdings nicht wegen  
3 der besonders ruhmreichen Bedingungen, unter denen Sie ins Amt geraten sind, sondern  
4 weil wir uns in einer Wirtschaftskrise befinden und es eigentlich normal und vernünftig  
5 ist, dass ein Wirtschaftsminister in einer solchen Zeit auch erfolgreich ist.

6 Dazu gehört aber, dass die politische Führung, insbesondere in Person der Kanzlerin,  
7 nicht nur zuschaut, was passiert, abwartet und zaudert, sondern die politische Führung  
8 tatsächlich übernimmt und konsistent Politik gestaltet. Das war bei Ihrer Amtswerdung,  
9 Herr Wirtschaftsminister, nicht der Fall, wie wir alle an dem Chaos letztes Wochenende  
10 sehen konnten.

11 Ich will gleich auf das Bild eingehen, Herr Guttenberg, das Sie gezeichnet haben. Sie  
12 sagten, die Regierung habe die Krise vom Finanzmarktschirm bis zum heute vorliegenden  
13 Konjunkturpaket II beispielhaft im Griff gehabt. Bei genauer Betrachtung der Wirklich-  
14 keit kann ich diese Einschätzung nicht teilen.

15 Fangen wir am Anfang an. Wir sehen heute – darüber hat Herr Steinbrück nichts gesagt  
16 –, dass der Finanzmarktschirm von Anfang an falsch konstruiert war. Deswegen haben  
17 wir ihn übrigens abgelehnt. Sie haben damals, im Oktober 2008, Angst vor einer effekti-  
18 ven Teilverstaatlichung gehabt. Sie haben nämlich aus ideologischen Gründen diesen  
19 Weg gefürchtet. Die Schwierigkeiten und Fehler, die daraus resultierten, sehen Sie jetzt  
20 ganz deutlich: Der Finanzmarktschirm funktioniert nämlich nicht. Er hat den Anspruch,  
21 die Wirtschaft mit Krediten zu versorgen und zu erreichen, dass sich die Banken gegen-  
22 seitig Liquidität zur Verfügung stellen, bisher nicht erfüllt. In der Hypo Real Estate, einer  
23 Bank, die gerade noch 270 Millionen Euro wert ist, stecken inzwischen 102 Milliarden  
24 Euro. Da muss man doch wirklich fragen: Hat es funktioniert, ja oder nein? Ich sage  
25 Ihnen: Es hat nicht funktioniert. Deswegen ist es notwendig, dass Sie den Finanzmarkt-  
26 schirm jetzt endlich korrigieren, nämlich durch ein Gesetz, das das Ganze präziser fasst.

27 An die Union gerichtet sage ich: Nun ist Schluss mit Ideologie! Sie haben zwei Möglich-  
28 keiten: Entweder kauft der Staat den Herrn Flowers aus der HRE heraus – dann muss er  
29 allein für ihn 500 oder 600 Millionen Euro veranschlagen; für die anderen Anteilseigner  
30 vielleicht noch einmal die gleiche Summe; es wird also sehr teuer –, oder Sie trauen sich  
31 endlich, das effektiv zu machen, damit die Bank wieder wirksam Kredite ausgeben kann  
32 und mehr Glaubwürdigkeit gewinnt; in diesem Fall dürfen Sie eine Enteignung aber nicht  
33 scheuen.

34 Herr Röttgen, es ist nicht die Stunde der ideologischen Konstruktionen in der Frage, was  
35 alles nicht sein darf, sondern jetzt muss effektiv gehandelt werden. Was wir bei den Ban-  
36 ken gegenwärtig machen, ist vergleichbar mit einer Aktenvernichtungsmaschine: Oben  
37 wird das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hineingesteckt, unten kommt es  
38 zerhäckselt wieder heraus – ohne jeden vernünftigen Effekt. Dafür ist diese Regierung  
39 verantwortlich. Sie können jetzt nicht nach dem Motto verfahren: So what? Es ist halt  
40 alles schwierig. Damit haben wir nichts zu tun.

41 Ihre beiden Konjunkturprogramme wirken nicht so, wie Sie es erwartet haben. Zum einen  
42 haben Sie zu wenig tatsächlich direkt und schnell wirkende Konjunkturmaßnahmen ein-  
43 gebaut. Ich will das einmal an einem Beispiel aufzeigen: 6 Milliarden Euro Steuersen-  
44 kung rückwirkend zum 1. Januar 2009; Senkung des Beitragssatzes zur Krankenversiche-  
45 rung zum 1. Juli. Sie glauben doch nicht, dass jemand jetzt ins Einkaufen gerät und den  
46 Binnenmarkt stärkt, wenn er erfährt: Es gibt eine Steuersenkung und ein halbes Jahr spä-  
47 ter soll noch eine Beitragssatzsenkung kommen und nach einem halben Jahr eine weitere  
48 Steuersenkung. Da sind Sie unterkritisch. Damit werden Sie die Konjunktur nicht bele-  
49 ben.

50 Zum anderen sind die Investitionen zu gering. 13 Milliarden Euro Investitionen in den  
51 Gemeinden bei einem Paket von 50 Milliarden Euro sind zu wenig. Das Ganze wird auch  
52 nicht gesteuert, zum Beispiel im Sinne von Bildung und Ökologie.

53 Wir lehnen das Konjunkturpaket II ab. 50 Milliarden Euro auf Schulden – alle müssen  
54 doch wissen: das sind Schulden der Zukunft –, ohne eine klare Richtung für Klima, Bil-  
55 dung und soziale Gerechtigkeit, das kann nicht den Effekt haben, dass man gestärkt aus  
56 der Krise herauskommt.

57 Herr von und zu Guttenberg, Sie haben hier gesagt: Wir werden stärker aus der Krise  
58 herauskommen, wenn wir es richtig machen. – Dieser Gedanke ist attraktiv. Aber dann  
59 muss man in der Krise jetzt so investieren, dass man danach auch wirklich gestärkt aus  
60 ihr herauskommen kann. Wenn Sie auf die Weltwirtschaft schauen, dann ist klar: Der  
61 neue Boom, der nach der Krise kommen wird, ist mit dem Begriff „grün“ richtig beschrie-  
62 ben; denn „grün“ heißt Investitionen in ökologische Modernisierung; „grün“ heißt Inves-  
63 titionen in Bildung, und zwar in Beton und in Köpfe; „grün“ heißt mehr Investitionen in  
64 soziale Gerechtigkeit. Wenn Sie diese drei Punkte nicht zielgenau umsetzen, dann gehen  
65 wir nicht gestärkt, sondern geschwächt aus dieser Krise heraus. Die anderen, zum Bei-  
66 spiel in den USA, haben das inzwischen begriffen.

67 Mich wundert, dass Sie, Herr von und zu Guttenberg und Herr Westerwelle, jetzt schon  
68 wieder das Lied der Steuersenkungen singen. Ich sage Ihnen einmal ganz klar, Herr Wes-  
69 terwelle: Ich glaube nicht, dass durch Steuersenkungen, wie sie die Regierung jetzt will  
70 – Sie wollen das ja noch erweitern –, ein schneller Konjunkturreffekt erreichen werden  
71 kann, und zwar aus folgendem Grund: In Deutschland zahlt die Hälfte der Haushalte gar  
72 keine Einkommensteuer mehr. Deswegen müssen wir, wenn wir konjunkturell etwas er-  
73 reichen wollen, die Transferleistungen für die, die sehr wenig haben, erhöhen, also zum  
74 Beispiel das Arbeitslosengeld II. Wer Konjunkturpolitik mit Gerechtigkeitspolitik ver-  
75 binden will, der muss an dieser Stelle ansetzen, der muss etwas für die kleinen Leute tun  
76 und nicht für die, die sowieso mehr haben.

77 Ich bin erstaunt über die FDP und ihre Konzeption. Die Union scheint in dieser Frage ja  
78 von Westerwelle getrieben zu sein. Sie sagen, Sie haben etwas gegen Verschuldung, und  
79 wollen mit gigantischen Steuersenkungskonzepten in den Wahlkampf ziehen. Aber Sie  
80 werden sie nicht finanzieren können. Solche Steuersenkungen hätten keinen anderen Ef-  
81 fekt, als dass neue Schulden aufgehäuft würden und damit für die Zukunft Kürzungen der  
82 Sozialleistungen vorprogrammiert wären. Anders können Sie das nicht finanzieren.

83 Wir werden im nächsten Jahr eine Auseinandersetzung genau über die Frage haben, ob  
84 es richtig war, jetzt billig Steuersenkungen zu versprechen, dadurch die Verschuldung  
85 anzuheben und Kürzungen der Sozialleistungen zulasten der kleinen Leute vorzubereiten.

86 Manches, was Sie, Herr Westerwelle, hier bringen, ist Taschenspielererei. Sie reden von  
87 einer sofort machbaren weiteren Senkung des Eingangssteuersatzes auf 12 Prozent. Aber  
88 wer sich das etwas genauer anschaut, merkt, dass Sie das gar nicht beschließen. Die FDP  
89 hat am 31. Mai 2008 auf ihrem Parteitag ein Steuerkonzept mit Gesamtkosten in Höhe  
90 von 70 Milliarden Euro beschlossen.

91 Darin hat sie einen Eingangssteuersatz von insgesamt 19 Prozent vorgesehen. Das stellt  
92 man fest, wenn man die Vorhaben der Herrschaften einmal genauer studiert.

93 Ich will es Ihnen erläutern, Herr Westerwelle: Sie haben 10 Prozent Eingangssteuersatz  
94 beim Bund; zusammen mit dem von Ihnen vorgesehenen Länderzuschlag von bis zu 5  
95 Prozent und dem Kommunalzuschlag von bis zu 4 Prozent beim Eingangssteuersatz kom-  
96 men Sie nach Adam Riese auf 19 Prozent. Ich finde es schon ein starkes Stück, Herr  
97 Westerwelle, dass Sie hier die Backen aufblasen und von 12 Prozent Eingangssteuersatz  
98 reden, nachdem Sie im Mai selber bis zu 19 Prozent beschlossen haben. Da hört die Red-  
99 lichkeit bei Ihnen auf.

100 – Es tut natürlich weh, wenn man seine eigenen Parteitagsbeschlüsse vor Augen geführt  
101 bekommt. Wenn das jetzt ein alter Beschluss wäre, zum Beispiel von 1964, dann könnte  
102 ich Ihr Geschrei verstehen, Herr Niebel. Aber wenn Sie schreien, ist klar, dass ich ins  
103 Schwarze getroffen habe. Das ist eine alte Erfahrung. Wir werden das auch weiterhin so  
104 praktizieren.

105 Das Konjunkturprogramm II, das auf dem Tisch liegt, ist ökologisch gesehen ein Blind-  
106 flieger. Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das wisst ihr auch. Deswegen verstehe  
107 ich nicht, dass ihr euch jetzt so schwer tut, wenigstens im Rahmen der Kfz-Steuer-Reform  
108 eine etwas stärkere ökologische Ausgestaltung vorzunehmen. Die Ansicht, dass die Ab-  
109 wrackprämie ein so gigantischer Erfolg wäre, wie Herr Steinbrück vorhin dargestellt hat,  
110 kann ich übrigens nicht teilen. Tatsächlich geschieht nichts anderes, als dass Autokäufe,  
111 die für die nächsten drei, vier Jahre geplant waren, auf dieses Jahr vorgezogen werden.

112 Ich frage Sie, Herr Steinbrück: Was wollen Sie eigentlich machen, wenn die Krise im  
113 nächsten Jahr anhält? Was ist dann mit der Leitindustrie der Autobauer? Wir sagen klar:  
114 Nur wer jetzt den Strukturwandel fördert und andere und bessere Fahrzeuge unterstützt,

115 trägt dazu bei, dass wir aus der Krise besser herauskommen, als wir in sie hineingegangen  
116 sind.

117 Ich möchte zum Abschluss noch etwas an den neuen Wirtschaftsminister gerichtet sagen.  
118 Sie lesen hier in Ihrer ersten Rede – vielleicht verständlich – der Ordnungspolitik der  
119 sozialen Marktwirtschaft die Messe. Aber Sie müssen sich eine Frage stellen: Wie können  
120 wir die Marktwirtschaft in unserem Land so durch neue Rahmenbedingungen erneuern,  
121 dass sie wieder sozial wird? Man kann sich doch nicht mehr einfach auf die soziale Markt-  
122 wirtschaft berufen, sondern muss feststellen, dass die soziale Gerechtigkeit in unserer  
123 Gesellschaft diffundiert. Ich hätte von Ihnen erwartet – wir werden das von Ihnen vor  
124 allem in den nächsten Monaten erwarten –, dass Sie klar und deutlich beschreiben, welche  
125 Rahmenbedingungen, welche ordnungspolitischen Neusetzungen Sie für die Marktwirt-  
126 schaft vorschlagen, damit sie wieder sozial und vor allem ökologisch werden kann.

127 Ich sage Ihnen voraus: Es wird in Deutschland, in Europa und auf der Welt keine erfolg-  
128 reiche Marktwirtschaft mehr geben, die nicht das Thema Ökologie und soziale Gerech-  
129 tigkeit als Fundament hat und daraus ableitet, welche Rahmenbedingungen zu setzen  
130 sind. Allein das Predigen der alten sozialen Marktwirtschaft wird die Probleme der Zu-  
131 kunft nach unserer Überzeugung nicht lösen können.

**Jürgen Trittin Bundestag Juli 2009 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): JTB0709**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16230.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schultz, auch wenn es Ihre  
2 letzte Rede war: Sie sollten noch einmal darüber nachdenken, ob Sie die FDP und die  
3 CDU wirklich kritisiert haben oder ob Sie mit Ihrem Vergleich nicht eher die Frauen in  
4 diesem Lande herabgesetzt haben. Wir haben für die Debatte zur Energieaußenpolitik  
5 eine Aussage des Außenministers zum Anlass genommen, die lautet: Die Energieaußen-  
6 politik müsse wieder so etwas wie Chefsache werden. Wir haben also eine Große Anfrage  
7 gestellt und wissen jetzt, wer Chef in der Energieaußenpolitik ist. Es ist nicht Herr Stein-  
8 meier, sondern Freiherr zu Guttenberg. Die Große Anfrage wurde vom Wirtschaftsminis-  
9 terium beantwortet. Wie es in solchen Unternehmen so ist, weiß der Chef nicht immer  
10 alles, was im Betrieb so passiert.

11 Lieber Herr Hintze, wir hatten zum Beispiel nachgefragt, wie es mit der Förderung von  
12 Projekten der erneuerbaren Energien im Ausland aussieht. Es gibt zum Beispiel das Pro-  
13 jekt „Erneuerbare Energien auf den Galapagos-Inseln“, das vom BMZ und dem Umwelt-  
14 ministerium über die GTZ gefördert wird. Dem Wirtschaftsministerium ist davon aus-  
15 weislich der Großen Anfrage nichts bekannt. Ich finde es bezeichnend – auch wenn es  
16 sich nur ein kleines Beispiel handelt –, dass das federführende Ministerium dieser Bun-  
17 desregierung in einer so existenziellen und strategischen Frage keine Übersicht über das  
18 hat, was in anderen Häusern passiert. Das war meine erste Feststellung. Ich finde es  
19 falsch, dass es in diesem Lande keine Kohärenz in der Energieaußenpolitik gibt.

20 Interessant ist, wie das Wirtschaftsministerium definiert, was Energieaußenpolitik ist.  
21 Demzufolge gehe es in einem sich weltweit verschärfenden Wettbewerb um Energieres-  
22 sourcen darum, Chancen besser nutzen zu können. Da frage ich mich, ob das Auswärtige  
23 Amt dieses Verständnis tatsächlich teilt.

24 Hat es sich nicht schon herumgesprochen, dass die Strategie, Energiesicherheit dadurch  
25 zu erreichen, dass alle gegeneinander rennen und jeder auf seinen eigenen Vorteil bedacht  
26 ist, in einer Welt begrenzter Ressourcen automatisch zum Scheitern verurteilt ist? Hat  
27 man nicht begriffen, dass die Vorstellung, im Wettlauf vorne sein zu müssen, nicht zu  
28 mehr, sondern zu weniger Sicherheit führt? Ist nicht bekannt, dass der Wettlauf um das

29 irakische Öl – nach dem Motto „Wie kommt unser Öl unter deren Sand?“ – ein Konzept  
30 gewesen ist, das grausam gescheitert ist?

31 Hat es sich in der Bundesregierung nicht herumgesprochen, dass es Energiesicherheit  
32 nicht in nationaler Form gibt – weder für Deutschland noch für die EU, Russland, Saudi  
33 Arabien oder Herrn Chávez –, sondern nur gemeinsam? Es gibt sie nur, wenn wir es  
34 schaffen, einen vernünftigen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage sowie zwi-  
35 schen Herstellern, Exporteuren und Importeuren begrenzter Ressourcen hinzubekommen.

36 Die Vorstellung, dass man das als einen Wettlauf organisieren kann, ist wirklich abenteu-  
37 erlich, und sie wird auch den zentralen Sicherheitsproblemen, die diesbezüglich eine  
38 Rolle spielen, nicht gerecht. Wir müssen alles tun, um den Wettbewerb um knappe Res-  
39 sourcen zu mindern, statt ihn anzustacheln.

40 Wir müssen alles tun, um einseitige Abhängigkeiten zu mildern. Das geht nicht nur, in-  
41 dem man noch mehr Pipelines baut. Die Nabucco- oder die Nord-Stream-Pipeline mögen  
42 für sich genommen sinnvoll sein. Es muss aber im Kern eine Strategie entwickelt werden,  
43 die auf der einen Seite Ländern, die in bitterer Armut leben, den Zugang zu Energie er-  
44 möglicht – das ist neben dem Zugang zu sauberem Wasser eine zentrale Voraussetzung  
45 für Entwicklung und die Überwindung von Armut – und auf der anderen Seite den Nach-  
46 fragedruck auf begrenzte Ressourcen mindert. Das ist eine widersprüchliche und sehr  
47 komplizierte Aufgabe.

48 Aber diese Aufgabe werden wir nicht bewältigen können, wenn wir als ein Land mit ei-  
49 nem erheblichen Energiebedarf – pro Kopf liegt er weit über dem Weltdurchschnitt – so  
50 tun, als könnten uns die anderen egal sein und als müssten wir hauptsächlich schneller als  
51 die anderen Länder sein.

52 Es gibt aber auch andere wichtige Bereiche. Man exportiert und ist energieaußenpolitisch  
53 nicht untätig. Diese Bundesregierung hat den Weg dafür frei gemacht, Atomtechnologie  
54 nach Indien zu exportieren. Diese Bundesregierung hat mit Zustimmung des Umweltmi-  
55 nisteriums – angeblich ist man in der Atomfrage ja zerstritten – ein neues Kooperations-  
56 abkommen mit Brasilien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie ge-  
57 schlossen.

58 Es ist erstaunlich, dass Sie in ein Land, das 90 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren  
59 Energien erzeugt und das über riesige Gas- und Ölvorräte verfügt, die Technologie zur  
60 vollständigen Beherrschung des Brennstoffkreislaufes, zur Wiederaufarbeitung und zur  
61 Anreicherung exportieren.

62 Das ist proliferationspolitischer Wahnsinn. Außerdem ist es energiepolitischer Unsinn,  
63 weil weder Brasilien noch andere auf diese Weise ihren Energiebedarf decken können.  
64 Denn eine Nischentechnologie, die heute gerade einmal 3 Prozent der auf der Welt ver-  
65 brauchten Endenergie bereitstellt, wird die Energienöte der sich entwickelnden Welt nicht  
66 beheben können.

67 Wir müssen die Internationale Energie-Agentur öffnen und sie von einer Veranstaltung  
68 allein der Industrieländer zu einer, bei der alle Länder mit am Tisch sitzen, machen. Sie  
69 prognostiziert, dass wir es mit einer Verdoppelung des weltweiten Energiebedarfs bis  
70 zum Jahr 2030 zu tun haben. Das ist die Herausforderung. Lassen Sie uns im Hinblick  
71 darauf nicht über Seitenthemen sprechen.

72 Was ist die erste Aufgabe für uns? Die Grundaufgabe der Energieaußenpolitik ist es, den  
73 Nachfragedruck zu mindern.

74 Es kann nicht sein, dass die entwickelten Länder immer noch über 50 oder 60 Prozent des  
75 Gases und Öles für 15 Prozent der Weltbevölkerung beanspruchen. Wenn wir eine solche  
76 Entwicklung einleiten wollen, dann müssen wir den Nachfragedruck mindern. Das geht  
77 nur mit einer Strategie, die auf mehr erneuerbare Energie, mehr Energieeffizienz und  
78 mehr Energieeinsparung setzt.

79 Das Interessante ist: Diese Strategie führt im Ergebnis dazu, dass unsere Abhängigkeit  
80 von Importen drastisch gemindert wird. Würden wir das Ziel erreichen, bis 2030 die  
81 Treibhausgasemissionen in Europa um 40 Prozent zu reduzieren, dann würde unsere mo-  
82 mentane Abhängigkeit in Europa von Energieimporten von über 75 Prozent auf unter 50  
83 Prozent sinken. Das ist praktische Energieaußenpolitik. Das ist etwas anderes, als sich in  
84 energiepolitischen Fragen gegenseitig zu blockieren.

**Renate Künast Bundestag Juli 2009 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): RKB0709**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16230.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin – – Danke für den Hin-  
2 weis; wenn sie ihren Stuhl jetzt schon freiwillig räumt, ist man ja froh, festzustellen, wo  
3 sie überhaupt ist.

4 Es wäre auch schön, wenn sie von dort aus zuhören würde, statt die Interna der CDU/CSU  
5 zu besprechen. – Wie Herr Kollege Westerwelle sagt: In der ersten Runde gehört es sich  
6 so.

7 Frau Merkel hat von einem entscheidenden Jahr gesprochen. Sie hat jedoch zu jedem  
8 Punkt in ihrer Rede in der Art eines überfliegenden Bundesadlers gesprochen. Ich sage  
9 aber ganz klar: Frau Merkel, es reicht nicht, als Naturwissenschaftlerin die Welt mit ihren  
10 Naturgesetzmäßigkeiten jetzt einfach zu beschreiben und dann zu sagen, dieses Jahr sei  
11 wichtig. Jeder Tag ist wichtig, Frau Merkel, und noch wichtiger ist, dass man selber eine  
12 Richtung und ein Ziel vor Augen hat und dass man dann entsprechend führt. Das tun Sie  
13 nicht. Das haben Sie hier heute auch nicht getan. – Doch, Herr Kauder, das stimmt.

14 Sie beschreiben hier Dinge. Sie beschreiben so schön, man müsste sich wieder einmal  
15 mehr mit sozialer Marktwirtschaft beschäftigen. Ihre ganze Rede zeigt, dass Sie gar nicht  
16 gemerkt haben, dass wir in der Finanzpolitik und in der Wirtschaftspolitik einen Epo-  
17 chenwechsel aufgrund der Klimakrise und der Hungerkrise haben.

18 Sie haben gar nicht gemerkt, wie sehr sich die Politik der USA durch Barack Obama  
19 verändert hat. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Es gehört wirklich einiges dazu, nach all  
20 dem, was bei uns in der Finanz-, der Wirtschafts- und der Klimapolitik versäumt wurde,  
21 zu sagen: Wir möchten die USA ermutigend führen. – Das ist der Beweis dafür, dass Frau  
22 Merkel nicht verstanden hat, dass die USA und andere Länder längst losgegangen sind. –  
23 Meine Damen und Herren von der CDU/CSU, Sie brauchen das, was von der grün-roten  
24 Regierung in diesem Land angerichtet und in Bewegung gesetzt wurde, jetzt nicht zu  
25 verdrehen. – Bei Ihnen herrscht wohl immer Stammtischniveau. – Wir haben 1,8 Millio-

26 nen Jobs im Bereich der Umwelttechnologie und fast 300 000 Arbeitsplätze auf dem Ge-  
27 biet erneuerbarer Energien geschaffen. Was haben Sie damals gemacht? Sie haben nur  
28 darüber geredet, sind aber nie losgegangen.

29 In diesen Politikbereichen ist seit vier Jahren Stillstand zu verzeichnen. China, Indien,  
30 Südkorea und die USA schließen, obwohl sie einen gewissen Rückstand haben, zu uns  
31 auf oder überholen uns sogar. Sie haben unsere Technologieführerschaft aufs Spiel ge-  
32 setzt. Das ist die Wahrheit.

33 Wir brauchen jetzt eine Green Economy. Selbst Ban Kimoon fordert dies. Neulich haben  
34 in New York 20 UN-Organisationen diese Forderung erhoben, und selbst die Weltbank  
35 vertritt seit einiger Zeit diese Auffassung. Heute hat die Kanzlerin gesagt: Ich freue mich,  
36 dass Deutschland und die USA gemeinsam für eine Charta des nachhaltigen Wirtschaft-  
37 tens eintreten. – Frau Merkel, das haben Sie zum wiederholten Male erzählt.

38 Passiert ist aber nichts. Wir wollen keine Ankündigungen nach dem Motto „Im Himmel  
39 ist Jahrmarkt“. Wir sind der Meinung, dass Sie jetzt endlich einmal losgehen müssen.

40 Frau Merkel, Sie wissen selbst, dass in Ihrer Politik Mängel vorhanden sind. Ich habe mir  
41 einmal die Rede, die Sie in der letzten Woche beim Bundesverband der Energie- und  
42 Wasserwirtschaft gehalten haben, durchgelesen. Dort haben Sie sehr schön formuliert –  
43 jetzt können Sie wieder laut johlen, meine Herren von der Union –, wenn man sich die  
44 Konjunkturprogramme der USA und Chinas vor Augen halten würde, könne man fest-  
45 stellen, dass man in diesen Ländern beides im Blick habe: die grüne Erneuerung der Wirt-  
46 schaft und die Ankurbelung der Binnenkonjunktur. Dann hat die Kanzlerin gesagt: Diesen  
47 Weg sollten auch wir beschreiten. – Frau Merkel, das hätten Sie längst tun können! – Wo  
48 sind jetzt eigentlich Ihre Zwischenrufe, meine Herren?

49 Frau Merkel ist, wie gesagt, der Meinung, dass die USA strukturell weiter sind als wir.  
50 Das sagen Sie allerdings erst jetzt, nachdem Ihre Regierung, ohne soziale und ökologische  
51 Kriterien zu beachten, 80 Milliarden Euro herausgehauen hat, zum Beispiel für eine Ab-  
52 wrackprämie oder für neue Bestellkataloge von Versandhäusern, bei denen letztlich doch  
53 niemand bestellt.

54 Frau Bundeskanzlerin, eines geht nicht: Sie können nicht nur mit milden Worten fordern,  
55 man müsse hier weiterhin die soziale Marktwirtschaft fördern, während man über die  
56 soziale – ich füge hinzu: die ökologische – Marktwirtschaft auf internationaler Ebene erst  
57 irgendwann in der Zukunft diskutieren müsse. Die Frage, was man unternehmen muss,  
58 um nicht auf Kosten kommender Generationen zu leben, wird hier und heute und auch in  
59 Deutschland entschieden. Darauf kommt es an.

60 Sie, Frau Merkel, spielen immer noch das alte Spiel „Klimaschutz gegen Arbeitsplätze“.  
61 Ich sage Ihnen eines: Von Ihnen hört man schöne Worte, allerdings immer in sehr allge-  
62 meiner Form. Als es aber Ende letzten Jahres darum ging, klare Kante zu zeigen und  
63 innerhalb der Europäischen Union das weitere Vorgehen abzustimmen, waren Sie dieje-  
64 nige, die den Klimaschutz gegen Arbeitsplätze gestellt hat. Damals haben Sie hier und  
65 andernorts versprochen – Zitat –: Der EU-Gipfel wird keine Klimaschutzbeschlüsse fas-  
66 sen, die in Deutschland Arbeitsplätze ... gefährden. Dafür werde ich sorgen.

67 Damit haben Sie die europäische Klimaschutzpolitik verwässert. Frau Merkel, Sie hätten  
68 zumindest sagen können, dass wir in Deutschland neue Arbeitsplätze schaffen. Aber Sie  
69 verhalten sich nach dem Motto „Ich darf mich nicht trauen, loszugehen“. Sie haben das  
70 vorhandene Geld nicht so investiert, dass in diesem Land und in der Europäischen Union  
71 ein Schwung entsteht und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

72 Wir sagen Ihnen: Innerhalb von vier Jahren kann man in diesem Land zwar nicht nur,  
73 aber auch durch Energie- und Klimapolitik 1 Million neue Arbeitsplätze schaffen. Darauf  
74 kommt es an. So setzt man eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft in die Tat um.

75 Sie wollen die Richtung vorgeben, haben sich aber selber nie entschieden, wofür Sie ste-  
76 hen. Sie reden vom Primat der Politik, haben das Primat der Politik in den letzten vier  
77 Jahren und gerade in den letzten zwölf Monaten aber nicht an sich gezogen und genutzt.

78 Das Primat der Politik zeigt sich nicht am Ansteigen der Zahl der Gesetze, das Primat der  
79 Politik zeigt sich daran, dass man sich selber fragt – der Kollege Eichel hat das angespro-  
80 chen –: Was ist unsere soziale Aufgabe und Verantwortung? Was ist unsere Verantwor-  
81 tung gegenüber nachfolgenden Generationen? Was ist unsere Verantwortung beim Erhalt  
82 unserer natürlichen Lebensgrundlagen? Wenn man dieses in Gesetze gießt, darf aber nicht  
83 Herr Ackermann der Autor sein.

84 Dann, meine Damen und Herren, muss man wirklich auf Neuausrichtung setzen, auf  
85 nachhaltiges Wirtschaften, auf Reformen jetzt, und darf nicht wie Sie sagen: Wir sollten  
86 uns jetzt nach den USA und China richten.

87 Wir haben in diesem Land ein Minus von 438 Milliarden Euro. Mindestens genauso stark  
88 wie das Minus ist die Politikverdrossenheit in diesem Land gestiegen, weil man nicht  
89 erkennen kann, dass in Zeiten der Krise die Politik – Sie haben es nicht gemacht – sich  
90 ein Herz nimmt und sagt: Wir bestimmen jetzt, wie Gemeinwohlorientierung und Gene-  
91 rationengerechtigkeit in Gesetze gegossen werden. – Frau Merkel, wie kann man hier  
92 über soziale Marktwirtschaft reden, sich gleichzeitig aber dazu treiben lassen, trotz dieses  
93 Minus von 438 Milliarden Euro Steuererleichterungen für Besserverdienende zu verspre-  
94 chen? Herr Meyer, Sie haben gesagt: Man kann das Geld nicht zweimal ausgeben.

95 Welchen Teil von diesem Minus von 438 Milliarden Euro wollen Sie denn ein zweites  
96 Mal ausgeben für die versprochenen Steuersenkungen? Sie haben doch erklärt, dass das  
97 nicht geht.

98 Wenn ich in diesem Saal einmal nach rechts schaue, sehe ich die Partei, die Frau Merkel  
99 immer treibt. Da kann ich nur sagen: Diese Doublebind-Aktivitäten kennen wir nur zu  
100 gut: Hier fordern Sie immer, die Steuern zu senken und finanziell nicht einzugreifen.  
101 Doch wer ist überall, wohin der Bundesadler mit dem Geldsäckel fliegt, ob in Nordrhein-  
102 Westfalen, in Hessen oder am Ende in Bayern, ob bei Opel oder bei Quelle, der Erste, der  
103 sich beim Bundesadler hinten an den Bürzel hängt und zustimmt? Es ist immer die FDP.  
104 So viel zu Ihrer Glaubwürdigkeit.

105 Meine Damen und Herren, Frau Bundeskanzlerin, Lobesreden über sich selber halten und  
106 eine Art Führungsanspruch international behaupten kann man erst, wenn man den Acker  
107 zu Hause bestellt hat. Ich will Ihnen zwei, drei Punkte nennen, wo Sie das, auch in Ihrer  
108 Rede, nicht getan haben.

109 Erstens, bei der Finanzmarktregulierung. Sie haben beim G-20-Gipfel in London gesagt:  
110 Kein Staat, kein Produkt, kein Institut soll unreguliert bleiben. – Jetzt macht Barack  
111 Obama eine umfassende Finanzmarktreform, stellt alle wichtigen, systemrelevanten In-  
112 stitute unter eine Aufsicht, macht den Stresstest für Banken, verstaatlicht, zwingt die Ban-

113 ken zur Kooperation. Und was passiert hier? Frau Merkel, wo bleibt die einheitliche Ban-  
114 kenaufsicht? Wo bleibt die Bankenaufsicht, die alle Produkte zertifiziert und notfalls  
115 nicht auf den Markt lässt? Wo bleibt der Schutz der Verbraucher? Wo bleiben Regelun-  
116 gen, die verhindern, dass so eine Krise wieder passiert?

117 Stattdessen sitzen wir auf Bürgschaften und Beteiligungen, und es gibt immer noch keine  
118 Neuausrichtung. Staatsgelder werden gegeben, und die gleichen Banken investieren im-  
119 mer noch und haben Dependancen in Steueroasen. So nicht, Frau Merkel! Das ist keine  
120 neue Politik, und das ist auch nicht soziale Marktwirtschaft.

121 Schauen wir uns Ihre Wirtschaftspolitik an! Von der Charta für nachhaltiges Wirtschaften,  
122 die Sie so schön versprochen haben, war schon oft die Rede. Sie reden hier von der  
123 Bekämpfung des Hungers, sagen, dass wir uns um Afrika kümmern müssen. Das ist alles  
124 richtig. Aber wenn man das will, Frau Merkel, darf man nicht zeitgleich sagen, dass wir  
125 sofort einen Abschluss der WTO-Verhandlungen brauchen. So, wie der Stand der WTO-  
126 Verhandlungen im Augenblick ist, ginge das zulasten der am wenigsten entwickelten  
127 Länder. Wer den Hunger bekämpfen will, wer die Ernährung sichern will, der muss bei  
128 der WTO dafür sorgen, dass die Industrieländer einen neuen Vorschlag machen, einen  
129 Vorschlag, bei dem anders gewirtschaftet wird, sozial und ökologisch.

130 Sie tun auf der einen Seite so, als wollten Sie den Hunger bekämpfen, auf der anderen  
131 Seite wollen Sie aber mit der WTO das Gleiche noch einmal tun. Ich habe es schon gesagt:  
132 Sie haben die Klimaziele zur Erreichung von mehr Klimaschutz verwässert. Sie haben es  
133 nicht geschafft, für den Gipfel in L'Aquila etwas vorzulegen, mit dem wirklich dafür  
134 gesorgt wird, die Gespräche dort – Vorgaben gemacht werden. Stattdessen wollen Sie  
135 mehr Braunkohlekraftwerke bauen und die Atomkraftwerke länger am Netz lassen. Auch  
136 das ist keine soziale und ökologische Marktwirtschaft.

137 Meine Damen und Herren, wir erwarten – und zwar kohärent: mit nationaler und interna-  
138 tionaler Politik –, dass Sie in L'Aquila wirklich für Klimaschutz und einen Erfolg in Ko-  
139 penhagen eintreten, dass Sie eine Finanzierungszusage für die Entwicklungsländer geben  
140 und dieses Geld auch zahlen, weil nur dann die anderen in Kopenhagen mitmachen wer-  
141 den – nicht mehr und nicht weniger.

142 Ich komme zu meinen letzten Sätzen. – Frau Merkel, Sie haben die letzte Regierungser-  
143 klärung abgegeben. Sie haben in dieser Legislaturperiode gesagt, Sie wollten dem Land  
144 dienen. Wenn ich zurückschaue, sehe ich aber keinen Aufbruch, sondern Stillstand.

145 Es wird Zeit für eine Regierung, die eine gemeinsame Richtung hat. Es wird Zeit für eine  
146 Regierung, die den Menschen keine Steuerlügen und auch keine alten Rezepte aufischt.

147 Es wird Zeit für eine Regierung, die den Mut und die Courage hat, mit einer ökologisch-  
148 sozialen Vision tatsächlich den Umbau dieses Landes zu organisieren, weil nur so die  
149 Jobs entstehen, auf die die Menschen warten.

### Jürgen Trittin Elefantenrunde 2009: JTE09

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=xnXTAh6VWFU> (eigene Transkription)

1 **Herr Trittin:** Wir haben aber eins geschafft: Wir haben das beste Ergebnis, dass es je in  
2 der Geschichte der Grünen bei einer Bundestagswahl gegeben hat, erreicht. Wir haben  
3 fast 25 Prozent der Wählerinnen und Wähler dazugewonnen. Aber selbst dieses phantas-  
4 tische Ergebnis war nicht hinreichend, um zum Beispiel die Verluste, die die SPD erlitten  
5 hat, auszugleichen und auf diese Weise Schwarz-Gelb zu verhindern. Deswegen Glück-  
6 wunsch an Frau Merkel. Glückwunsch an Herrn Westerwelle. Sie haben eine Mehrheit  
7 und wir nehmen diese Rolle an, die jetzt auf uns zukommt, einer munteren Opposition.  
8 Das werden wir mit Nachdruck betreiben. Über die Frage wie es in der Energiepolitik  
9 geht, in der Steuerpolitik. Das ist unser Verständnis, mit dem man mit einem solchen  
10 Wahlergebnis umgeht.

11 **Herr Trittin:** Das wird sich im Mai ändern, weil wir dann Herrn Rüttgers abwählen.

12 **Herr Trittin:** Das ist seit 2005 beendet. Weil seitdem hat es eine Große Koalition gege-  
13 ben. Aber insofern stellt, dass aber auch nicht in Abrede, dass sich zwischen den Sozial-  
14 demokraten und den Grünen größere Übereinstimmungen gibt, als zwischen den Grünen  
15 und beispielsweise der CDU. Aber bevor wir uns über Oppositionsstrategien hier unter-  
16 halten: Ich glaube das wird nicht das sein, worüber die nächsten Auseinandersetzungen  
17 gehen. Die nächsten Auseinandersetzungen würden zum Beispiel über die Frage gehen  
18 „können wir es uns leisten in einer Krise, in einer Situation mit massiven Einbrüchen bei  
19 den Steuereinnahmen, in dem Umfang wie es Herr Ramsauer und Herr Westerwelle ge-  
20 fordert haben, Steuern zu senken.“ Wie bezahlen wir das? Wird das auf Kosten der Bil-  
21 dung an dieser Stelle gehen? Das werden die Auseinandersetzungen sein. Neben der  
22 Frage „wollen wir in diesem Lande eigentlich auf eine Energiepolitik setzen, die den  
23 Schwerpunkt auf erneuerbare, statt auf Kohle und Atom.

24 **Herr Trittin:** Es gibt auf der ganzen Welt nicht einen Fall, wo diese Logik, durch Steu-  
25 erensenkungen so viel Wachstum zu generieren, dass am Ende des Tages Mehreinnahmen  
26 dabei rauskommen. Nirgendwo hat das geklappt. Der erste, der es im großen Stil probiert  
27 hat war Ronald Reagan. Das Ergebnis war: Anschließend musste Bill Clinton die Aktien-  
28 gewinne heftig besteuern. So heftig wie sie bei uns nicht besteuert werden, um wieder

29 einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen. Das heißt: Sie wollen den reaganschen  
30 Irrtum wiederholen. Das ist ja auch eine Botschaft für heute Abend.

31 **Herr Trittin:** Bisläng hatten wir eine Situation, dass wir eine Oppositionspartei hatten,  
32 die sagte Privat vor Staat, eine andere die gesagt hat Staat vor Privat und eine dritte, die  
33 gesagt hat man muss einen vernünftigen Mix aus solchen Instrumenten machen. Das wa-  
34 ren wir. Das war ein bisschen schwierig dann mit den Absprachen. Ich glaube zwei An-  
35 träge, die wir gemeinsam gemacht haben Herr Westerwelle. Ansonsten habe ich das nicht  
36 gesehen. Wir werden jetzt eine andere Situation haben. Es wird anders sein, als unter der  
37 Großen Koalition. Es wird wieder eine klar definierte Auseinandersetzung geben zwi-  
38 schen Opposition und Regierung. Aber ich sage Ihnen ganz deutlich: in dieser klaren Ge-  
39 genüberstellung von Opposition und Regierung vermute ich werden die Sozialdemokra-  
40 ten sagen sie bleiben Sozialdemokraten und die Linken bleiben das, was sie für links  
41 halten und die Grünen werden ihren Kurs der Eigenständigkeit, den wir in diesem Wahl-  
42 kampf durchgezogen haben und wo wir gut gepunktet mithaben, beibehalten. Das wird  
43 in der einen oder anderen Frage dann immer wieder zu engen Abstimmungen kommen,  
44 weil sich die Oppositionsparteien in einer Sache nicht einig sind. Aber es gibt keine Ko-  
45 alition in der Opposition, sondern es wird auch einen Wettbewerb darüber geben, wer die  
46 bessere Opposition ist. Und da bin ich der Auffassung, wir sind zwar klein, aber klug.  
47 Wir wissen, dass nicht die lauteste Opposition die beste ist.

**Jürgen Trittin Bundestag November 2009 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): JTB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

- 1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Bundeskanzlerin! Manchem Anfang  
2 wohnt ja ein Zauber inne.
- 3 Aber für Sie als Bundeskanzlerin ist das hier eben kein Anfang, sondern der zweite Auf-  
4 guss, und so war auch Ihre Regierungserklärung. Schwarz-Gelb fängt nicht neu an, son-  
5 dern versucht, wenn ich Frau Homburgers Ausführungen richtig verstanden habe, eigent-  
6 lich eher, bei dem wieder anzuknüpfen, wofür 1998 Helmut Kohl abgewählt worden ist.
- 7 Aber dafür, dass Sie hier nur als Revival-Band angetreten sind, war dieser Anfang doch  
8 reichlich holprig. Sie haben dem Wort „Fehlstart“, wie ich finde, eine völlig neue Inter-  
9 pretation gegeben. Wann hatten wir jemals eine Regierung, die schon vor Abgabe der  
10 Regierungserklärung durch die Kanzlerin eine Kabinettsklausur ansetzen musste, um sich  
11 darüber zu verständigen, was sie in ihrem Koalitionsvertrag vor gerade einmal zehn Ta-  
12 gen aufgeschrieben hatte?
- 13 Nun ist es nicht verwunderlich, dass Sie damit Probleme haben. Denn dieser Koalitions-  
14 vertrag behauptet zwar, Mut zur Zukunft zu unterstreichen; aber wenn man ihn durch-  
15 blättert und liest, stellt man fest: In allen Bereichen finden sich Hinweise auf neue Kom-  
16 missionen, und er enthält über 84 Prüfaufträge. „Mut zum Prüfauftrag“, das hätten Sie  
17 über Ihren Koalitionsvertrag schreiben sollen.
- 18 Da muss man sich nicht wundern, wenn ein Streit in den eigenen Reihen ausbricht. Aber  
19 diesen Streit haben Sie, Frau Merkel, mit Ihrer Regierungserklärung zu überspielen ver-  
20 sucht. Das dreisteste Stück darin fand ich Ihre Passage zu Opel, in der Sie uns diesen  
21 Vorgang als Erfolg zu verkaufen versucht haben. Ihnen muss es doch in den Ohren ge-  
22 klungen haben, als Sie vom Capitol Hill herunterkamen und aus der Presse erfahren ha-  
23 ben, wie gewichtig diese Kanzlerin von den Amerikanern eingeschätzt wird, nämlich:  
24 Man muss auf Ihre Meinung nichts geben. Daher konnte sich ein staatseigener Betrieb  
25 wie GM mit Blick auf den Verkauf von Opel anders entscheiden, ohne Sie vorher zu  
26 fragen. Sie sind ein politisches Leichtgewicht. Das wurde durch die Entscheidung von

27 GM bewiesen. – Herr Kauder, das mit dem Kasper nehme ich gerne entgegen. Ich habe  
28 schon verstanden.

29 Sie müssen eines berücksichtigen: Wir werden Ihnen nicht durchgehen lassen, im Wahl-  
30 kampf und auch hier das eine oder andere versprochen zu haben, dann aber das Gegenteil  
31 zu machen. Wenn man sich anschaut, was Sie im Wahlkampf mit Blick auf drei Bereiche  
32 versprochen haben, dann muss man feststellen, dass diese Koalition schlicht und ergrei-  
33 fend mit dreifachem Wortbruch beginnt.

34 Erstens. Sie haben den Menschen in diesem Lande erklärt, es gebe künftig mehr Netto  
35 vom Brutto. Das stimmt für einen bestimmten Personenkreis, nämlich für den, der über  
36 sehr hohe Einkommen verfügt. Was ist aber mit denjenigen, die zum Beispiel als Nor-  
37 malverdiener künftig eine Kopfpauschale für die Pflegeversicherung zahlen müssen?  
38 Was ist mit denjenigen, die als Normalverdiener künftig eine Kopfpauschale für die Kran-  
39 kenversicherung zahlen müssen? Was ist mit all denjenigen Bürgerinnen und Bürgern,  
40 die, weil Sie an der Mehrwertsteuer ohne Ende herumschrauben, künftig höhere Müllge-  
41 bühren und höhere Abwassergebühren zahlen müssen? All diese werden weniger Netto  
42 vom Brutto haben. Das ist die Wahrheit, und das ist der Wortbruch, den Sie begangen  
43 haben.

44 Sie haben sich hier in wechselnden Formulierungen mal zur Mitte, mal zur bürgerlichen  
45 Mitte und mal zur christlichen Mitte bekannt. Ich sage Ihnen: Diese Politik trifft das bür-  
46 gerliche Lager der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie trifft das durchaus bürger-  
47 liche Lager der Geringverdiener. Sie trifft das bürgerliche Lager der Mehrheit der Bevöl-  
48 kerung. Sie sind in diesem Sinne nicht bürgerlich. Sie haben schlicht und ergreifend nur  
49 die Interessen der – um ein sehr altertümliches Wort zu gebrauchen – Bourgeoisie, aber  
50 nicht der Bürger in diesem Lande im Kopf.

51 Zweitens. Ich habe noch in den Ohren, wie Sie, Frau Merkel, erklärt haben, es gebe mit  
52 Ihnen keine Steuersenkungen auf Pump. Das war Ihre Wahlaussage. Heute erklären Sie  
53 hier: Dieses Wahlversprechen vergessen wir; wir setzen voll auf Pump. – Sie legen einen  
54 Haushalt vor, in dem Sie bis 2013 mindestens 24 Milliarden Euro einsparen wollen, und  
55 das bei einer Neuverschuldung im gleichen Zeitraum von 455 Milliarden Euro. Das ist  
56 völlig verantwortungslos. Die Rechnung haben die Kommunen und die Kreise in unserem

57 Lande zu zahlen. Allein aufgrund Ihres heutigen Maßnahmenpakets fehlen den Kreisen  
58 und den Kommunen 3,6 Milliarden Euro.

59 Es ist nicht nur verantwortungslos, sondern auch völlig wirkungslos. Denn Steuersenkun-  
60 gen in dieser Form haben noch nie zu Wachstum geführt – außer auf den Konten der  
61 Besserverdienenden. Gesamtwirtschaftliches, realwirtschaftliches Wachstum ist damit  
62 noch nie angestoßen worden. Drittens. Der Höhepunkt ist das Gesetz, das Sie hier vorge-  
63 stellt haben, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Da legen Sie uns zur Wachstumsbe-  
64 schleunigung die Maßnahme vor, dass künftig die Erbschaftsteuer für Geschwister ge-  
65 senkt werden soll. Nun kann man darüber so oder so denken. Aber, liebe Frau Homburger,  
66 können Sie mir einmal erklären, was das mit Wachstum zu tun haben soll? Schneller  
67 sterben für mehr Wachstum, oder was soll das sein, was Sie uns an dieser Stelle hier  
68 vorlegen? Das kann doch nur jemand aus Ihrem Gewerbe an dieser Stelle denken.

69 Sie erledigen mit diesem Gesetz auch gleich ein weiteres Versprechen, das die Kanzlerin  
70 an dieser Stelle in der Regierungserklärung heute wiederholt hat. Sie plädieren – ich zi-  
71 tiere – für ein einfacheres, für ein gerechteres Steuersystem. – Und ein niedrigeres Steu-  
72 ersystem. – Das haben Sie proklamiert.

73 Was legen Sie uns vor? Sie legen uns einen Gesetzentwurf vor, mit dem der Ausnahme-  
74 tatbestand, was den ermäßigten Mehrwertsteuersatz betrifft, auf das Hotel- und Gaststät-  
75 tengewerbe ausgeweitet werden soll. Dies gilt dort aber nicht für jeden Bereich, sondern  
76 nur für Übernachtungen. Davon ausgenommen sind das Hotelfrühstück und der Besuch  
77 der Sauna im Hotel. Das ist kein einfacheres Steuerrecht, das ist ein komplizierteres Steu-  
78 errecht. Das ist nicht einfach, niedrig und gerecht, sondern kompliziert, bürokratisch und  
79 ungerecht. Das ist Ihre Politik.

80 Herr Westerwelle hat im Wahlkampf versucht, den Eindruck zu erwecken, dass die FDP  
81 nicht mehr die Partei der Besserverdienenden sei. Man habe jetzt auch ein soziales Herz  
82 entdeckt; und so zog die Wärme in die liberalen Stuben ein.

83 Schauen wir uns einmal an, was Sie uns vorlegen. Sie schlagen die Erhöhung des Schon-  
84 vermögens von Hartz-IV-Beziehern vor. Das heißt, Sie korrigieren den Unsinn, den Mi-  
85 nisterpräsidenten aus CDU- und FDP-geführten Ländern im Bundesrat durchgesetzt ha-  
86 ben. Dass Sie das tun, ist richtig. Ich lobe Sie dafür.

87 Jetzt machen Sie sich aber einmal klar, wie weit diese neue soziale Wärme reicht. Sie  
88 betrifft 11 000 von 5,5 Millionen Anträgen auf Bezug von Arbeitslosengeld II. Sie betrifft  
89 0,2 Prozent der Bedürftigen in diesem Lande. 99,8 Prozent der Armen gehen bei Ihrer  
90 Politik schlicht und ergreifend leer aus, ihr Regelsatz wird nicht erhöht. So viel zur sozi-  
91 alen Wärme Ihrer Koalition.

92 Ein zweites Symbol Ihrerseits ist: mehr Geld für Kinder. Man kann das einfach durch-  
93 rechnen: Der Steuerfreibetrag für Kinder führt in Haushalten, die den Spitzensteuersatz  
94 zu zahlen haben, zu einer Entlastung von 443 Euro pro Kind und Jahr. Für Normalver-  
95 diener, die Kindergeld bekommen, sind es 240 Euro mehr. Für 1,8 Millionen Kinder im  
96 Wedding, in Köln-Mülheim, in den ostdeutschen Ländern usw. bedeutet diese Maß-  
97 nahme: Sie bekommen gar nichts. Dazu sage ich Ihnen: Reiche Kinder mit 443 Euro und  
98 Mittelstandskinder mit 240 Euro zu belohnen und die ärmsten Kinder leer ausgehen zu  
99 lassen, das ist weder eine Politik der Mitte noch eine Politik, die sich christlich nennen  
100 kann. Das ist soziale Kälte, das ist gemein und kaltherzig. Das ist Ihre Koalition.

101 Damit man diese Klientelpolitik für Besserverdienende durchsetzen kann, für all das hat  
102 die FDP alle anderen Inhalte geopfert: Die Abschaffung der Wehrpflicht findet nicht statt.  
103 Die Abschaffung der Onlinedurchsuchung findet nicht statt. Die Abschaffung des Ent-  
104 wicklungshilfeministeriums – dies ist eine falsche Forderung – findet nicht statt. Dirk  
105 Niebel ist jetzt sein eigener Abwicklungsminister.

106 Der Vizekanzler hat auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Koalitionsvertrages ge-  
107 sagt, die Entscheidung für Dirk Niebel sei gut. Jetzt werde zumindest keine Nebenaußen-  
108 politik gemacht. Auch das ist schon widerlegt worden. Herr Niebel hat in der Bild-Zei-  
109 tung das Ende der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China verkündet. Man kann in  
110 der Sache über diese Frage streiten. Aber dass man einem der wichtigsten Partner im G-  
111 20-Prozess, einem Land, auf das man angewiesen sein wird, wenn man in Kopenhagen  
112 einen Verhandlungserfolg erreichen will, den Abbruch der wirtschaftlichen Zusammen-  
113 arbeit nicht mal kurz per Bild-Zeitung verkündet, sollte auch einem außenpolitischen An-  
114 fänger klar sein.

115 Die vierte Herausforderung ist ein sparsamer und nachhaltiger Umgang mit natürlichen  
116 Ressourcen. Dafür müssen Sie keine Laufzeiten verlängern. Aber dafür dürfen Sie auch

117 kein neues Fenster für die Nutzung von Kohle öffnen. Wenn Sie die bestehende Überlast  
118 aus Atomstrom und Kohlestrom, die schon heute dazu führt, dass wir Windparks abschalten  
119 müssen, in unseren Stromnetzen erhöhen, dann sorgen Sie nicht für mehr erneuerbare  
120 Energien, sondern dann bremsen und blockieren Sie den Ausbau der erneuerbaren Ener-  
121 gien. Deswegen ist das, was Sie in diesem Lande energiepolitisch vorhaben, ein Anschlag  
122 auf den Klimaschutz und auf einen verantwortlichen Umgang mit Ressourcen.

123 Nein, meine Damen und Herren, Sie sind den Herausforderungen nicht gerecht geworden.  
124 Kluge Wirtschaftspolitik heißt in diesen Zeiten, dafür zu sorgen, dass in Klima, Bildung  
125 und Gerechtigkeit investiert wird. Diese Herausforderung haben Sie nicht gemeistert.  
126 Stattdessen entlasten Sie die Industrie überall dort, wo sie eigentlich zu Effizienz und  
127 Ressourceneinsparung gebracht werden soll. Genau dieser Stimulus fällt in Ihrer Koaliti-  
128 onsvereinbarung völlig unter den Tisch. Deswegen sage ich Ihnen: Sie sind da nicht  
129 glaubwürdig.

130 Sie sind auch nicht glaubwürdig beim Subventionsabbau. Nicht eine einzige umwelt-  
131 schädliche Subvention schaffen Sie ab; das Volumen beträgt in diesem Lande 42 Milli-  
132 arden Euro. Stattdessen diskutieren Sie über die Einführung neuer Subventionen. Schöne  
133 staatsferne Liberale sind Sie, liebe Kollegin Homburger!

134 Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht leere Wachstumsversprechen, wir brau-  
135 chen Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit. Aber wir werden dies nicht mit  
136 einer Regierung schaffen, die für sich selber nur ein Rezept hat, nämlich auf die veralteten  
137 wirtschaftspolitischen Rezepte der 90er-Jahre zu setzen. In Ihrer Koalitionsvereinbarung  
138 ist kein roter Faden zu erkennen, sieht man von den roten Zahlen neuer Schulden ab. Das  
139 müssen wir hier unter dem Strich feststellen.

140 Sie haben es geschafft – dafür haben Sie mein Kompliment, liebe Frau Merkel –, im  
141 Schlafwagen an die Macht zu kommen. – Jetzt darf man nicht einmal mehr Komplimente  
142 machen; das verstehe ich gar nicht. – Nun sind Sie im Zug angekommen. Sie haben den  
143 Zug gekapert und geben sich zu erkennen: Ihre Lok fährt mit Kohle- und Atomstrom, die  
144 hinteren Waggons werden abgekoppelt, in der zweiten Klasse fällt die Heizung aus, im  
145 Bistrowaggon steigen die Preise, aber dafür werden in der ersten Klasse Graticocktails  
146 serviert. Das ist Schwarz-Gelb auf einen Satz gebracht.

**Renate Künast Bundestag Dezember 2009 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
RKB1209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17012.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin! Herr Ruck, ich glaube,  
2 Sie haben uns mit Ihrer Rede und Ihrer Gesundheitsbeterei fast an die Grenze des Einschlafens  
3 gebracht.

4 Das ist angesichts dieses Themas schade. Da wir gerade über den Ticker erfahren, dass  
5 Regierungskreise in Dänemark sagen, die dänische Regierung habe das Ziel eines umfas-  
6 senden Abkommens möglicherweise schon aufgegeben, will ich eines zur Debatte hier  
7 sagen: Ich glaube, allen voran Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben die Bedeutung von Ko-  
8 penhagen nicht wirklich und wahrhaftig verstanden. Kopenhagen ist nicht nur die wich-  
9 tigste Wirtschaftskonferenz, wo man die alten Lobbyisten befriedigen muss, damit es ein  
10 Weiter-so gibt und keine Wettbewerbsregeln, die hier, aber nicht anderswo gelten, son-  
11 dern Kopenhagen ist vor allem die wichtigste Klima- und internationale Gerechtigkeits-  
12 konferenz. Das ist das Größte. Was Deutschland und die Europäische Union bisher vor-  
13 gelegt haben, wird dem nicht annähernd gerecht.

14 Da darf es nicht wie in dem üblichen globalen Verhandlungszirkus zugehen, in dem man,  
15 bis man in der letzten Nacht nachgibt, immer sagt, man bewege sich nicht, in dem die  
16 reichen Länder ihre Privilegien bis zur letzten Nacht mit Klauen und Zähnen verteidigen.  
17 Ich fordere Sie auf: Machen Sie sich von dieser mentalen Schwerkraft frei. Begreifen Sie  
18 das Ganze als das, was es ist: die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die, die schon heute  
19 existenziell unter dem Klimawandel leiden. Darin liegt auch eine zentrale Chance für uns,  
20 die wir noch nicht so viel leiden; denn wir haben die Möglichkeit, einen wirtschaftlichen  
21 Aufbruch statt einen wirtschaftlichen Niedergang zu organisieren. Das ist Kopenhagen!

22 Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Dieses Geziehe und Gezerre geht mir auf die Nerven. Au-  
23 ßerdem läuft Ihr Norbert Röttgen wie der Malermeister der CDU mit einem großen Eimer  
24 Farbe durch das Land und tüncht alles grün. Immer wieder heißt es, wir müssten anders  
25 leben. Ich fordere Sie auf: Fangen Sie doch an, anders zu leben, anders zu wohnen, anders  
26 zu produzieren und zu transportieren!

27 Fangen Sie in Kopenhagen damit an! Sagen Sie: Kopenhagen ist für uns die Chance,  
28 endlich den notwendigen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft, die geprägt ist von  
29 Überkapazitäten und Stellenabbau, einzuleiten.

30 Es ist so, dass nicht nur der Klimawandel bedrohlich voranschreitet, sondern dass es  
31 gleichzeitig auch einen Wahnsinnsschub bei der Energietechnologieentwicklung gibt. Ich  
32 glaube, hier haben wir ökonomische Möglichkeiten. Wenn ich als Grüne dies zu begrün-  
33 den hätte – abgesehen vom Klimawandel und den Menschen, deren Existenz bedroht ist  
34 und die leiden –, würde ich sagen: Lösen wir in Deutschland, wir als Deutsche in und mit  
35 der Europäischen Union durch ein ganz gezieltes Erbringen von Vorleistungen und durch  
36 Voranschreiten einen Wettbewerbsdruck auf andere aus, statt immer zu sagen: China oder  
37 Obama haben sich noch nicht bewegt. – Wir könnten vorne sein, Arbeitsplätze schaffen  
38 und den Rest hinter uns herziehen, statt eine Schnecke zu sein.

39 Seien wir ein Leitmarkt! Sagen wir doch: Wir wollen eine Europäische Union der erneu-  
40 erbaren Energien. – Steigern wir unsere Produktivität durch den intelligenten Umgang  
41 mit Energie statt durch Lohndrückerei! Betreiben wir Kostenreduktion zu unserem eige-  
42 nen Vorteil und für den Klimaschutz! Das wäre sinnvoll. Davon, Frau Bundeskanzlerin,  
43 habe ich von Ihnen aber kein einziges engagiertes Wort gehört.

44 Ich formuliere es einmal so: Ich habe von Ihnen kein mitleidendes Wort gehört über die  
45 Sorgen der Entwicklungsländer, die Sorgen Afrikas, die Sorgen der Länder mit großen  
46 Küstenregionen und der Inseln. Das 2-GradZiel ist für Afrika eine Zumutung. Für Afrika  
47 heißt das allgemeine 2-Grad-Ziel, dass es dort um ungefähr 4 Grad wärmer wird. Das  
48 führt dazu, dass sich nicht beackerbares Land, Dürren und Hunger weiter massiv ausbrei-  
49 ten. Trotzdem stellen Sie sich hier hin und sagen: Wir sind bereit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis  
50 2020 um 40 Prozent zu senken, aber erst dann, wenn sich auch andere bewegen. – In  
51 Afrika kann sich keiner bewegen, und den Afrikanern kann man nicht sagen: China be-  
52 wegt sich nicht, deshalb bewegen auch wir uns nicht. – Bedenken Sie den Zusammenhang  
53 zwischen Klimagerechtigkeit und Wirtschaft! Bewegen wir uns endlich! Seien wir das  
54 Land, das den Wettbewerb um Effizienz und intelligente neue Lösungen antreibt, und  
55 profitieren wir notfalls sogar selbst davon! Ich habe in den letzten Tagen an Michail Gor-  
56 batschow gedacht. Ich weiß nicht, ob Sie alle noch in Erinnerung haben, wie die Situation  
57 1989 war – was damals erreicht wurde, kommt manch einem heute ja selbstverständlich

58 vor –: 1989 lebten wir immer noch in einer Blockkonfrontation. Alles, was sich damals  
59 ereignete, zum Beispiel im heutigen Tschechien, insbesondere in Prag, oder an der unga-  
60 rischen Grenze, hat uns richtig ins Herz getroffen. Jede und jeder von uns hatte Angst,  
61 dass zur Waffe gegriffen wird. Das gesamte Denken war damals von den zwei großen  
62 Blöcken und Systemen dominiert. Immer wieder traf es am Eisernen Vorhang aufeinan-  
63 der und hat sich in alten Kategorien bewegt.

64 Michail Gorbatschow hat vor dem Fall der Mauer das Bild vom gemeinsamen europäi-  
65 schen Haus benutzt. Ich will dieses Bild weiterentwickeln. Dass wir den Klimawandel  
66 aufhalten, ist von solch existenzieller Bedeutung und ungefähr so beachtlich wie der Fall  
67 der Mauer, mit dem die Blockkonfrontation beendet wurde. So müssen wir an dieses  
68 Thema herangehen. Wir müssen sagen: Auf der einen Erde, die wir haben, wollen wir ein  
69 gemeinsames Haus bauen. Dabei darf nicht gezockt werden, dabei sind keine Bedingun-  
70 gen zu stellen, und dabei ist keine Zurückhaltung zu üben. Es darf auch nicht darum ge-  
71 hen, Brosamen vom Tisch der Reichen zu bekommen. Frau Merkel, ich will, dass  
72 Deutschland sagt: Wir werden anders wirtschaften, und wir werden den anderen bei ihrer  
73 Entwicklung helfen.

74 Frau Merkel, Sie sagen, es macht Sie nervös, ob das alles wirklich zu schaffen ist. Meines  
75 Erachtens ist die Wahrheit: Sie sind Teil der mentalen Schwerkraft, die gerade bleiern  
76 über Kopenhagen liegt.

77 Schauen wir uns die beiden Hauptstränge der Verhandlungen einmal an: Das eine sind  
78 die Reduktionsziele, die die Industrieländer anbieten, das andere sind die Finanzhilfen,  
79 um globale Gerechtigkeit zu schaffen. Bei den Reduktionszielen frage ich mich: Wie  
80 kommt Herr Röttgen eigentlich dazu, mit Grandezza Obama und die USA zu kritisieren?  
81 Natürlich kann man sagen: Stimmt, die machen zu wenig. – Aber Hochmut kommt vor  
82 dem Fall. Wenn die USA Geld in die technologische Entwicklung investieren, wird das  
83 in einer Größenordnung losgehen, dass Sie in einem Jahr hier stehen und tränenden Auges  
84 danach fragen: Wo sind denn die deutschen technologischen Entwicklungen? – Halten  
85 Sie sich nicht damit auf, andere zu beschimpfen! Sorgen Sie lieber dafür, dass die Euro-  
86 päische Union selber das Kioto-Ziel erreicht; denn davon ist auch sie noch weit entfernt.

87 Frau Merkel, Sie haben in Meseberg große Ziele angekündigt. Sie haben im September  
88 2007 gesagt: Wir richten unsere Energie- und Klimapolitik neu aus. Sie haben ein Paket  
89 von Maßnahmen entwickelt, die jetzt Schritt für Schritt umgesetzt werden sollen. Ich  
90 weiß nicht, ob Sie dieses Paket noch nicht aufgegeben haben oder ob die Deutsche Bun-  
91 despost wieder einmal versagt hat.

92 Von dem Paket, das Sie angekündigt haben, ist jedenfalls bis jetzt keine einzige Maß-  
93 nahme in der Realität angekommen.

94 Außerdem sind das alles Peanuts, Frau Merkel. Das Wärmegesetz ist ein schlafender  
95 Riese. Vor kurzem haben Sie gesagt, man solle sich nicht ständig um die Ausnahmen  
96 kümmern, die es gibt, die Gebäudesanierung sei der viel größere Teil. Dann fangen Sie  
97 doch einmal an mit der Gebäudesanierung! Dachdämmung? Gestrichen. Nachtspeicher-  
98 heizungen sollen bleiben. Die Gebäudeenergieausweise sind eine Farce. Sie haben sich  
99 beim Thema Energieeffizienz in die Situation manövriert, dass eine Richtlinie, die 2008  
100 umgesetzt sein sollte, bis heute nicht umgesetzt ist. Im Verkehrsbereich vertreten Sie wie  
101 die Grottenolme die alten, leistungsstarken Autos, aber nicht Autos, die heute und morgen  
102 noch gekauft werden. Ja, wir haben Kurzarbeit, Kurzarbeit, Kurzarbeit. Das kommt aber  
103 nicht von ungefähr, meine Herren. Die Krönung ist, dass Sie bei der Frage einer Energie-  
104 politik in Deutschland bis Oktober 2010 blankziehen. Ihre Methode hindert große und  
105 kleine Unternehmen in Deutschland momentan daran, in eine andere Energiepolitik zu  
106 investieren. Das ist der Malermeister Röttgen, das ist die Bundeskanzlerin.

107 In NRW wollen Sie den Klimaschutz aus dem Gesetz herausstreichen, damit Sie in Dat-  
108 teln ein neues Kohlekraftwerk bauen können. Das ist keine Glaubwürdigkeit beim Thema  
109 Klimaschutz.

110 Bauen wir doch das gemeinsame Haus auf! Hören wir auf, auf Kosten anderer zu leben.  
111 Dazu, sage ich Ihnen, brauchen wir nicht nur ein Bekenntnis zur Reduzierung des CO2-  
112 Ausstoßes. Wir brauchen einen zweiten Verhandlungsstrang: dass die historischen Ver-  
113 ursacher endlich Verantwortung übernehmen.

114 8,5 Milliarden Euro machen Sie mal eben locker als Steuergeschenke für Hotels und Er-  
115 ben; aber nur 2,4 Milliarden Euro wollen Sie geben, um den Ärmsten der Armen, die

116 existenziell unter dem Klimawandel leiden, zu helfen. Meine Damen und Herren, als Ver-  
117 treter der größten Volkswirtschaft in der Europäischen Union sollten wir sagen: Wir top-  
118 pen das, wir geben unabhängig von der Gesamtsumme, die zustande kommt, mindestens  
119 10 Milliarden Euro. Mein letzter Satz: Wir werden Sie an dem C im Namen Ihrer Partei  
120 messen. Wir werden nicht zulassen, dass uns Herr Niebel in einer Vernebelungstaktik  
121 vorrechnen will, dass wir die ODA-Quote von 0,7 Prozent des BIP durch Klimaschutz-  
122 maßnahmen erfüllt hätten.

123 Wir sind die Verursacher des Klimawandels. In Kopenhagen geht es um das Gemein-  
124 same. Sperren Sie die armen Länder nicht aus! Gehen Sie endlich in Vorleistung und  
125 fangen Sie mit der ökologischen Modernisierung in Deutschland an.

DIE LINKE

2009

**Oskar Lafontaine Bundestag Februar 2009 (DIE LINKE): OLB0209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16206.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Präsident der Deutschen  
2 Bundesbank hat auf einer internationalen Konferenz festgestellt: Die Weltwirtschaft be-  
3 findet sich im freien Fall. Ich benutze heute lieber das Bild des Flächenbrandes. Von  
4 diesem Flächenbrand sind die Weltfinanzmärkte ebenso wie die gesamte Weltwirtschaft  
5 betroffen. Wenn ein Flächenbrand festgestellt wird, dann muss man löschen. Die Lösch-  
6 fahrzeuge stehen bereit. Wir werfen aber der Bundesregierung vor, dass sie diese Lösch-  
7 fahrzeuge nicht einsetzt. Dies will ich jetzt im Einzelnen erläutern.

8 Der Bundesfinanzminister hat davon gesprochen, es gäbe kein Drehbuch. Es gibt aber  
9 sehr wohl Erfahrungen und Maßnahmen, die andernorts gewirkt haben und auf die wir  
10 jetzt zurückgreifen könnten. Die Bundeskanzlerin beklagt sich, sie stehe vor einer Nebel-  
11 wand. Ich glaube nicht, dass diese Analyse ausreichend ist, um mit der gegenwärtigen  
12 Krise fertig zu werden.

13 Nun will ich konkret erläutern, welche Löschfahrzeuge sie nicht einsetzt und damit in  
14 großem Umfang dazu beiträgt, dass weitere Milliarden sinnlos verschleudert werden. Sie  
15 versuchen jetzt seit Monaten, den Interbankenhandel, den Fluss des Geldes zwischen den  
16 Banken, in Gang zu setzen. Obwohl Sie das seit Monaten versuchen, gelingt Ihnen das  
17 nicht. Viele mittelständische Betriebe und sogar viele Großbetriebe, die hervorragende  
18 Finanzstrukturen haben, beklagen sich darüber, dass die Kreditbeschaffung immer  
19 schwieriger wird. Wenn Sie es nicht endlich schaffen, dass der Interbankenhandel wieder  
20 in Gang kommt und die Kredite fließen, dann wird die Wirtschaft immer weiter einbre-  
21 chen. Deshalb dürfen Sie nicht weiter zögern.

22 Ich rufe noch einmal das schwedische Modell – das ist eine Erfahrung aus der Vergan-  
23 genheit – in Erinnerung. Dieses Modell hat Erfolg gehabt. Sie können dabei die Frage  
24 offen lassen, was Sie machen, wenn das System wieder funktioniert. Aber jetzt ist das  
25 schwedische Modell die beste Lösung, um der Krise überhaupt Herr zu werden.

26 Erstens. Sie erreichen mit diesem Modell, dass der Geldfluss wieder in Gang kommt.  
27 Zurzeit belauern sich die privaten Geschäftsbanken und geben keine Kredite mehr, weder

28 untereinander noch an Dritte, weil sie unsicher sind und die Risiken nicht kennen. Nur  
29 das schwedische Modell beseitigt diesen Zustand. Deshalb plädiere ich nachdrücklich für  
30 die Einführung dieses Modells. Das heißt, Übernahme des Kreditsektors in öffentliche  
31 Verantwortung.

32 Zweitens. Nur das schwedische Modell stellt sicher, dass keine Geschäfte außerhalb der  
33 Bücher getätigt werden. Zurzeit werden immer noch in großem Umfang Geschäfte au-  
34 ßerhalb der Bücher getätigt.

35 Drittens. Nur das schwedische Modell stellt sicher, dass keine Geschäfte mit Steueroasen  
36 getätigt werden. Es wäre dringend notwendig, dass ein großer Industriestaat – die Bun-  
37 desrepublik Deutschland ist das – darauf hinwirkt, dass seine Kreditinstitute keine Ge-  
38 schäfte mehr mit Steueroasen machen.

39 Viertens. Nur die öffentliche Verantwortung stellt sicher, dass kein Handeln mehr mit  
40 Schrottpapieren betrieben wird. Zurzeit werden in großem Umfang Verbriefungen bei  
41 den Banken in Anspruch genommen, es werden in großem Umfang Kreditversicherungen  
42 getätigt usw. Wenn wir jetzt nicht endlich eingreifen, dann handeln wir völlig verantwor-  
43 tungslos und fahrlässig und sind verantwortlich für die Verschleuderung weiterer Steuer-  
44 milliarden.

45 Fünftens. Die Übernahme in öffentliche Verantwortung ist die billigste Lösung. Man  
46 kann das allein bei der HRE sehen. Nur der Staat ist zurzeit in der Lage, zu billigen Kon-  
47 ditionen zu refinanzieren. Wenn man die privaten Anteilseigner diese Refinanzierung si-  
48 cherstellen lässt, dann wird es nur teuer, und die Mittel, die wir bereitstellen müssen,  
49 werden nur größer. Erkennen Sie doch, dass dieser einfache Zusammenhang von nieman-  
50 dem geleugnet werden kann!

51 Sechstens. Nur die Übernahme in öffentliche Verantwortung löst die Probleme, die mit  
52 der Bad Bank angesprochen worden sind. Es wäre ein Treppenwitz der Weltgeschichte,  
53 wenn wir eine öffentliche Bad Bank einrichteten und dann den Privaten weiterhin die  
54 Geschäfte und die zu erwartenden Gewinne überließe. Es kann so nicht weitergehen,  
55 dass auf der einen Seite alle Verluste und seien es Hunderte von Milliarden sozialisiert  
56 werden, während auf der anderen Seite eine Privatisierung der Gewinne stattfindet.

57 Siebtens. Nur so stellen wir sicher, dass die Zinssenkungen der Zentralbank auch weiter-  
58 gegeben werden können. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Dazu hört man von Ihnen  
59 nichts. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller hat immer darauf hingewiesen,  
60 dass die Geldpolitik ziehen, aber nicht stoßen kann. Ziehen heißt: Durch Erhöhung der  
61 Zinssätze kann man eine sehr starke Konjunktur bremsen. Stoßen heißt: Man kann eine  
62 schwache Konjunktur durch Senken der Zinssätze anregen. Das Stoßen ist in dem Moment  
63 nicht möglich, in dem die Banken die Zinssenkung der Zentralbank nicht weitergeben.  
64 Ein öffentlicher Sektor wäre aber dazu in der Lage. Er würde daher die notwendigen  
65 konjunkturellen Impulse möglich machen. Das ist der Grund, warum wir dafür plädieren.  
66

67 Nun werden Sie sagen, das sei das typische Oppositionsgerede, zu sagen, die Bundesregierung  
68 tut nichts. Es ist in höchstem Maße fahrlässig, was Sie zu verantworten haben. Ich zitiere  
69 hier die Welt: Der Wettlauf um die besten Konzepte vom globalen Finanzgipfel Anfang April  
70 in London gewinnt an Tempo. Dabei ist zwischen Vorschlägen zu unterscheiden, die  
71 substantiell sind. Und jenen, die nur zum Ziel haben, den Eindruck zu erwecken, als tue  
72 man etwas. Leider ist aus Berlin bislang vor allem Letzteres zu vernehmen. Sowohl der  
73 Weltwirtschaftsrat, den Bundeskanzlerin Frau Merkel in Davos erneut vorschlug, als auch  
74 der Vorstoß, einen globalen Risikoatlas zu schaffen, klingen zwar gut. Aber sie sind kaum  
75 dafür geeignet, die Welt schon bald entscheidend krisenfester zu machen.  
76

77 Das ist der entscheidende Vorwurf. Während Sie jetzt löschen müssten, machen Sie Konferenzen  
78 der Feuerwehrmänner, verlangen irgendeinen Atlas und unterlassen die wichtigsten Schritte,  
79 um das Finanzsystem wieder in Ordnung zu bringen.

80 Es soll doch einmal jemand hier hintreten und sagen, was Sie auf nationaler Ebene zur  
81 Reregulierung unternommen haben. Ich sage noch einmal: Nach wie vor gibt es Geschäfte  
82 außerhalb der Bilanzen, nach wie vor gibt es Geschäfte mit Steueroasen, nach wie vor  
83 gibt es die Zulassung des Handels mit Schrottpapieren. Es ist doch fahrlässig und verantwortungslos,  
84 dass der Staat da überhaupt nichts tut und weiterhin das Verschleudern von  
85 Milliarden ermöglicht.

86 Wir haben Ihnen einen Katalog vorgelegt, der sich an die Vorschläge des ehemaligen  
87 Bundeskanzlers Schmidt anlehnt, der sich international auf diesem Gebiet als Experte  
88 ausgezeichnet hat. Sie hätten ihn nur beschließen müssen. Sie sind noch nicht einmal in  
89 der Lage, dazu ein einziges Argument vorzutragen. Kein einziges Argument habe ich  
90 dazu gehört. Null. Nun haben wir Ihnen heute einen Beschlussvorschlag vorgelegt, der  
91 wiedergibt, was international renommierte Makroökonomien vorgeschlagen haben, was  
92 jetzt zu tun ist. An der Spitze ist der renommierteste Wachstumsforscher der Welt, Bob  
93 Solow. Bob Solow hat mit zehn Makroökonomien aus Europa ein Manifest vorgelegt, wie  
94 jetzt konjunkturell gegenzusteuern sei. Wir haben dieses Manifest zur Beschlussfassung  
95 vorgelegt. Wir wissen, dass Sie alles, was die Linke vorschlägt, aus ideologischen Vor-  
96 behalten heraus ablehnen werden. Aber übernehmen Sie doch wenigstens, was die Fi-  
97 nanzmarktregulierung und die Konjunktursteuerung angeht, die Konzepte international  
98 renommierter Makroökonomien.

99 Bob Solow und weitere Makroökonomien fordern, zur Konjunktursteuerung mindestens  
100 2 Prozent des Bruttosozialprodukts pro Jahr aufzuwenden, um die rasante Talfahrt der  
101 Wirtschaft aufzuhalten. Schmidt hat Ihnen vorgeschlagen, 3 bis 4 Prozent dafür aufzu-  
102 wenden. Sie meinen nach wie vor, Sie könnten es bei etwas mehr als 1 Prozent bewenden  
103 lassen. Allein die Kenntnis der Grundrechenarten müsste Sie angesichts des freien Falls  
104 der Wirtschaft zu der Einsicht bringen, dass Sie mit etwas mehr als 1 Prozent nicht aus-  
105 kommen werden, wenn Sie selbst einen Rückgang der Wirtschaft um 2,25 Prozent prog-  
106 nostizieren. Sie handeln völlig fahrlässig und sind verantwortlich dafür, dass immer mehr  
107 Menschen in Deutschland arbeitslos werden.

108 Die Makroökonomien mahnen weitere Zinssenkungen an; diese Zinssenkungen werden  
109 demnächst wohl fällig. Sie sagen ferner – das ist ganz entscheidend –: Sämtliche Klagen  
110 über nationale Maßnahmen, die durchgeführt werden, um dem Nachbarn Schaden zuzu-  
111 fügen oder um ihm gegenüber Vorteile zu erreichen, sind dann obsolet, wenn es endlich  
112 gelingt, die europäische Finanzpolitik zu koordinieren. Man kann das nur unterstreichen.  
113 Ein einheitlicher Währungsraum hat ohne eine stark koordinierte Fiskalpolitik keinen  
114 Sinn. Dieser Ratschlag der Makroökonomien ist dringend zu beherzigen. Sie müssen eu-  
115 ropäisch koordinieren. Europäisch koordinieren heißt in diesem Fall: Jedes Land muss

116 mindestens 2 Prozent des Bruttosozialproduktes aufwenden, um konjunkturell gegenzu-  
117 steuern. Wenn das geschieht, ist jede Diskussion darüber, dass mehr italienische, deutsche  
118 oder französische Autos gekauft werden, hinfällig.

119 In diesem Manifest schlagen die Makroökonomien auch eine verbesserte institutionalisierte  
120 Rolle der Finanzminister auf europäischer Ebene vor; sie regen die Einrichtung  
121 eines Sekretariats an. Wie immer Sie das nennen wollen – ich habe das hier schon öfter  
122 angeführt; Jacques Delors hat immer von einer Wirtschaftsregierung gesprochen; der  
123 französische Präsident Sarkozy hat ähnliche Vorschläge gemacht –, dahinter steht nur das  
124 eine: Wenn man eine gemeinsame Währung hat, braucht man eine koordinierte Finanz-  
125 und Wirtschaftspolitik; sonst gibt es Verwerfungen und Schäden für alle Volkswirtschaften.  
126

127 Die Makroökonomien schlagen selbstverständlich auch vor, zu konsolidieren. Das ist kein  
128 Streitpunkt. Die Frage ist nur, wie konsolidiert wird. Hier wird vorgeschlagen, keine starren  
129 Regeln zu beschließen, die sowieso nicht mehr beherzigt und bei jeder konjunkturellen  
130 Talfahrt gebrochen werden, sondern längerfristig laufende Ausgaben durch laufende  
131 Einnahmen zu decken. Dieser Vorschlag ist viel sinnvoller als das Befolgen starrer Re-  
132 geln, etwa der Maastricht-Kriterien, mit denen wir in der Vergangenheit schlechte Erfah-  
133 rungen gemacht haben.

134 Der wichtigste Punkt auch dieser Makroökonomien ist, endlich den Finanzmarkt zu regu-  
135 lieren. Sie schlagen hierfür einfache und klare Regeln vor. Die von uns immer wieder  
136 vorgetragenen Regeln – keine Geschäfte mit Steueroasen, keinen Schrotthandel und keine  
137 Geschäfte außerhalb der Bilanz – sind so klar und so eindeutig, dass jeder ihrer Richtig-  
138 keit sofort und unverzüglich zustimmen kann.

139 Im Übrigen sagen diese Professoren selbstverständlich – um Herrn Kollegen Westerwelle  
140 anzusprechen –, dass Steuersenkungen derzeit das am wenigsten geeignete Mittel sind.  
141 Das alles ist doch wissenschaftlich untersucht. Sie werden in der angelsächsischen Nati-  
142 onalökonomie kaum jemanden finden, der sagt: Steuersenkungen sind das beste Mittel,  
143 um konjunkturell gegenzusteuern. – Soweit ich weiß, ist er kein renommierter amerika-  
144 nischer Nationalökonom. Aber ich kann mich irren.

145 Wenn Sie das einmal nachlesen, stellen Sie fest: Dort wird gesagt, dass bei öffentlichen  
146 Investitionen pro Dollar zwei bis drei Dollar Folgeinvestitionen hervorgerufen werden,  
147 während bei Steuersenkungen allenfalls 70 Cent von einem Dollar ausgegeben werden.  
148 Das sind Grundrechenarten, gegen die Sie hier immer wieder verstoßen, Herr Kollege  
149 Westerwelle.

150 Es ist nun einmal so: Die Hälfte der Haushalte zahlt keine Lohn- und Einkommensteuern.  
151 Wollen Sie die Hälfte der Haushalte ausklammern, wenn Sie konjunkturell gegensteuern?  
152 Wollen Sie beim konjunkturellen Gegensteuern tatsächlich diejenigen ausklammern, die  
153 jeden Euro ausgeben würden? Wollen Sie nur diejenigen bedienen, die ihre Euros teil-  
154 weise auf die Sparkonten bringen? Was hier vertreten wird, ist doch irrsinnig. Das hat  
155 doch nur, wenn man so will, klientelpolitische Gründe; ansonsten ist das völliger Non-  
156 sens, der hier vorgetragen wird.

157 Das gilt im Übrigen auch für Freibeträge. Eine Anhebung der Freibeträge, die Sie hier so  
158 vehement verteidigt haben, wird nur denen zugutekommen, die Steuern zahlen. Aber die  
159 vielen, die keine Steuern zahlen, müssen anders unterstützt werden; und diese haben Un-  
160 terstützung auch am nötigsten. Deshalb ist der Weg, den Sie vorschlagen, falsch.

161 Insofern ist es auch kein Zufall, dass unsere Vorschläge – das hat, wie ich glaube, die  
162 Frankfurter Rundschau heute veröffentlicht – von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt  
163 werden. Sie kämen nämlich der Mehrheit der Bevölkerung eher zugute als das, was bisher  
164 beschlossen wurde. Unsere Vorschläge sind: Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze, Ver-  
165 besserungen bei den Renten und eine Lohnentwicklung, die die Arbeitnehmerinnen und  
166 Arbeitnehmer in die Lage versetzt, das auszugeben, was sie notwendigerweise für ihre  
167 Familien ausgeben müssen. Deshalb sagen wir noch einmal: Das Konjunkturpaket muss  
168 auch sozial ausgewogen sein.

169 Sozial ausgewogen müssen insbesondere Hartz-IV-Sätze, Renten und Löhne sein. Zum  
170 Schluss noch eine Bemerkung zu etwas, das mich wirklich mit Sorge erfüllt. Ich habe ja  
171 nichts dagegen, wenn eine Partei einen Höhenflug erlebt. Das sei ihr gegönnt. Unter  
172 Sportlern muss man auch anderen Erfolg gönnen. – Sie wissen doch, dass es ein Auf und  
173 Ab gibt. – Ich möchte allerdings noch zwei Dinge dazu sagen.

174 Dass die FDP – das habe ich gestern gelesen – in der jetzigen Situation die gesetzliche  
175 Krankenversicherung vollständig privatisieren will, schlägt doch dem Fass nun wirklich  
176 den Boden aus. Das ist unglaublich!

177 Deswegen sage ich Ihnen: Wir werden alles tun, um eine schwarz-gelbe Mehrheit zu ver-  
178 hindern. Wir werden das auch erreichen. Dafür stehen wir, meine sehr geehrten Damen  
179 und Herren.

180 Das Gleiche trifft natürlich auch auf Ihre Ankündigung zu, die Rentnerinnen und Rentner  
181 zur Kasse zu bitten, um die Milliarden, die da verschleudert worden sind, in Zukunft be-  
182 zahlen zu können. Was ist das denn für ein asozialer Ansatz? Leider haben auch ein Ab-  
183 geordneter der CDU und ein Abgeordneter der SPD vor einigen Wochen solche Äuße-  
184 rungen getätigt. Das ist doch völlig unglaublich! Es müssen endlich einmal diejenigen zur  
185 Kasse gebeten werden, die das Ganze verbochen haben, und nicht die Bevölkerung.

186 Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zu den Schulden. Ich beobachte die Uhr, Herr Präsident.  
187 – Schauen Sie sich einmal die Vermögensbesteuerung anderer großer Industriestaaten an.  
188 Die Zinsbelastung Deutschlands liegt etwa bei 60 Milliarden Euro. Würden wir beispiels-  
189 weise die englische Vermögensbesteuerung einführen, erhielten wir alleine 100 Milliar-  
190 den Euro aus der Vermögensbesteuerung. Daran sehen Sie, warum Sie nicht erfolgreich  
191 arbeiten können. Wenn Sie die Ungleichgewichte bei Vermögen und bei Einkommen  
192 nicht beseitigen, wenn Sie es nicht schaffen, diejenigen, die die Profiteure der Entwick-  
193 lungen der letzten Jahre waren, zur Finanzierung der Staatsfinanzen heranzuziehen, dann  
194 verschärfen Sie die Krise weiter. Das muss um jeden Preis vermieden werden.

**Oskar Lafontaine Bundestag Juli 2009 (DIE LINKE): OLB0709**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16230.pdf>

1 Herr Kollege Eichel, auch ich darf Ihnen viel Glück für Ihre Zukunft wünschen. Als Ihr  
2 Nachfolger – in der Rednerliste natürlich – möchte ich dies besonders betonen. Herr Prä-  
3 sident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundeskanzlerin hat eine Regie-  
4 rungserklärung zu den Themen des G-8-Gipfels abgegeben. Sie hat zehn Themen oder  
5 mehr angesprochen. Ich kann mich aus Zeitgründen nur einem Thema zuwenden, der  
6 Finanzkrise.

7 Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung den Satz wiederholt, man habe im  
8 internationalen Rahmen eine klare Verpflichtung für eine neue Finanzmarktverfassung  
9 auf den Weg gebracht. Ich möchte betonen, dass solche Erklärungen seit mindestens  
10 20 Jahren auf internationaler Ebene abgegeben werden. Die Frage ist also nicht, ob heute  
11 wieder solche Erklärungen abgegeben werden, sondern die Frage muss lauten: Was soll  
12 konkret wann und wo geschehen? Dazu haben wir leider überhaupt nichts gehört.

13 Ich möchte drei Quellen zitieren, um das zu beleuchten. Die erste Quelle ist der Präsident  
14 des BDI. Er sagt: Ich fürchte, dass auf den globalen Finanzmärkten das Kasino schon  
15 wieder eröffnet wird. Ich will es präzisieren: Es ist bereits wieder eröffnet. Das ist das  
16 große Problem unserer Zeit. Das Kasino läuft ohne jede Einschränkung weiter.

17 Die zweite Quelle ist ein Artikel des Spiegel von dieser Woche, in dem es schlicht und  
18 einfach heißt: Die Notenbanken teilen den Kreditinstituten Rekordsummen zu, doch die  
19 geben die Milliarden nicht weiter. Der Wirtschaft droht eine Kreditklemme – während  
20 die Banken mit dem Geld glänzende Geschäfte machen.

21 Es wäre doch das Mindeste gewesen, dass die Bundeskanzlerin auf diesen Sachverhalt  
22 eingeht und einmal Vorschläge macht, wie die Kreditklemme überwunden werden kann.

23 Es ist doch kaum zumutbar, wenn Allgemeinplätze in Serie abgelassen werden, ohne dass  
24 die drängendsten Probleme unserer Zeit auch nur angedeutet, geschweige denn irgend-  
25 welche Lösungsansätze hierfür vorgetragen werden.

26 Meine letzte Quelle ist ein Kommentar in der Süddeutschen Zeitung zu den Regulierungs-  
27 maßnahmen in den USA: Minister Geithner verzichtet darauf, die Zahl der Regulierungs-  
28 behörden in den USA zu reduzieren. Es bleibt bei dem schädlichen Wirrwarr. Viele Ban-  
29 ken hatten die unzähligen Lücken im System meisterhaft genutzt und missbraucht.

30 Wenn Sie jetzt auf europäischer Ebene neue Behörden schaffen, besteht die Gefahr, dass  
31 dieses Urteil auch in vollem Umfang auf die Regulierungsvorschläge der EU zutrifft.  
32 Viele Behörden garantieren eben nicht automatisch eine Regulierung. Sie schaffen eher  
33 Wirrwarr, und damit wird den Banken die Möglichkeit gegeben, weiterhin das System zu  
34 unterlaufen.

35 Meine Damen und Herren, ich hätte erwartet, dass die Bundeskanzlerin wenigstens einen  
36 Vorschlag macht, wie denn international für Regulierung gesorgt werden soll – wenig-  
37 stens einen einzigen. Leider haben wir keinen gehört. Deshalb möchte ich drei Vorschläge,  
38 die es auf internationaler Ebene gibt, noch einmal in Erinnerung rufen: Erstens. Wir sind  
39 der Überzeugung, dass eine Wechselkursstabilisierung stattfinden muss. Es gibt derzeit  
40 auch Wechselkurskrisen; über diese wird viel zu wenig geredet. Es ist nötig, Bandbreiten  
41 insbesondere zwischen den Leitwährungen festzulegen. Es wäre eine interessante Frage,  
42 wie sich die Bundesregierung zu diesem international seit vielen Jahren gemachten Vor-  
43 schlag stellt.

44 Zweitens. Wir brauchen eine Regulierung des Kapitalverkehrs. Wer wissen will, wie das  
45 geht, möge sich die Regulierung der 80er-Jahre ansehen. Da gab es einen regulierten Ka-  
46 pitalverkehr. Oder er nehme die ungezählten Stellungnahmen auch von Leuten, die von  
47 der Deregulierung profitiert haben, zur Kenntnis, zum Beispiel von Herrn Soros, und äu-  
48 ßere sich dann dazu, in welcher Form er den internationalen Kapitalverkehr regulieren  
49 will. Wer dazu aber keinen einzigen Vorschlag bringt, ist nicht in der Lage, eine sachge-  
50 mäßige Antwort auf die gegenwärtige Krise zu geben.

51 Drittens. Wenn es nicht gelingt, die wichtigsten Leitwährungen über diese Regulierungen  
52 in ein vernünftiges Verhältnis zueinander zu bringen, dann muss man auf den Vorschlag  
53 der Sonderziehungsrechte zurückgreifen, also auf den Vorschlag, den US-Dollar durch  
54 eine andere Leitwährung zu ersetzen. Es würde mich interessieren, ob die Regierung sol-  
55 che Vorschläge überhaupt einmal zur Kenntnis genommen und darüber diskutiert hat und,

56 wenn ja, welche Stellung sie dazu bezieht. Ich stelle hier aber fest, dass es zwar das hehre  
57 Bekenntnis gibt, auf internationaler Ebene irgendetwas zum Besten zu wenden, aber kein  
58 einziger Vorschlag gemacht wurde, wie das denn geschehen könnte. Die Bundesregie-  
59 rung hat international völlig versagt.

60 Nun kommen wir zur Regulierung auf nationaler Ebene. Es ist ja das übliche Spiel, dass  
61 man, wenn man national nichts zustande bringt, auf die internationale Ebene ausweicht.  
62 Ich habe hier aus dem Spiegel-Artikel den Satz „Die Notenbanken teilen den Kreditinsti-  
63 tuten Rekordsummen zu“ erwähnt. Davon kommt aber nichts bzw. – ich muss mich prä-  
64 zisieren – viel zu wenig beim Mittelstand an. Man muss doch sagen, was man angesichts  
65 dessen tun will. Unsere Antwort ist klar: Wie nach der großen Depression in den Verei-  
66 nigten Staaten und wie nach der Krise in Schweden ist jetzt eine staatliche Kontrolle des  
67 Bankensektors dringend notwendig, sonst bekommt man die Krise in Deutschland nicht  
68 in den Griff. Auch die Kreditklemme wird man sonst nicht in den Griff bekommen.

69 Es sind nämlich immer noch Risiken in einem Ausmaß in den Bilanzen, dass ein orden-  
70 tliches Geschäft überhaupt nicht möglich ist. Die Analyse des Spiegel, also nicht die der  
71 Fraktion der Linken, sagt ja alles: Das Geld, das die Notenbanken ausgeben, kommt  
72 schlicht und einfach nicht in der Realwirtschaft an. Es wäre jetzt aber nicht nur wichtig,  
73 die Banken zu stabilisieren, sondern noch viel wichtiger wäre es, die Realwirtschaft zu  
74 stabilisieren. Wenn Sie nicht dafür sorgen, dass das Geld auch bei dieser ankommt, ver-  
75 sagen Sie auch in diesem Punkt, meine Damen und Herren.

76 Es wäre schön, wenn Sie sich dazu durchringen könnten und es gelingen würde, die Ban-  
77 ken in staatliche Regie zu übernehmen. Selbst Professor Sinn – er ist doch Ihr Haupttrat-  
78 geber – schlägt Ihnen das vor; dafür könnte man ihm auf Knien danken. Es wäre jetzt an  
79 der Zeit, dass Sie darüber nachdenken. Sie könnten einfach einmal experimentelle An-  
80 sätze nutzen und den schwedischen Weg einschlagen; die Schweden haben das ja hinbe-  
81 kommen. Aber Sie lassen weiterhin eine Bank – ich muss das immer wieder betonen –,  
82 die Sie mit 18 Milliarden Euro unterstützen und am Leben erhalten, krumme und sogar  
83 kriminelle Geschäfte machen. Damit ist schon an diesem einen Fall der Commerzbank  
84 bewiesen, dass Sie völlig ungeeignet sind, die Krise in den Griff zu bekommen oder gar  
85 zu lösen.

86 Ich möchte noch einmal wiederholen, welche Regulierungen auf nationaler Ebene not-  
87 wendig sind – es könnte ja sein, dass irgendjemand doch einmal dazu Stellung nimmt –:  
88 Erstens. Wir müssen die kriminellen Geschäfte mit Steueroasen unterbinden. Das ist na-  
89 tional regelbar, und das ist auch überhaupt kein Problem. Man muss solche Geschäfte mit  
90 Strafe belegen. Warum sagen Sie dazu nichts? Warum reden Sie nur wolkig über die  
91 Köpfe der Menschen hinweg? Es wird weiterhin Geld in Steueroasen verschoben, und es  
92 werden weiterhin kriminelle Geschäfte gemacht. Sie sind die Hehlerin bzw. der Hehler  
93 dieser Geschäfte. Sie sollten sich endlich dieser Frage stellen.

94 Zweitens. Es werden weiterhin Geschäfte außerhalb der Bilanz getätigt, weil die entspre-  
95 chende nationale Regulierung fehlt. Auch hier möchte ich daran erinnern: Da man in der  
96 Lage war, die Zweckgesellschaften national zu erlauben, ist man auch in der Lage, sie  
97 national wieder zu untersagen.

98 Das Mindeste, was hier geschehen müsste, wäre, Klarheit in den Bilanzen zu schaffen.

99 Drittens. Es ist ja abenteuerlich: Wir haben mittlerweile sehr viel über die Giftpapiere  
100 gehört, und das ist eigentlich eine harmlose Umschreibung. Es hört sich so an, als wäre  
101 lediglich ein Gift in den Bankensektor geflossen. Nein, es sind vielmehr Konstrukte, die  
102 Verantwortlichkeiten zuweisen. Aber dass diese Giftpapiere auch heutzutage noch ein-  
103 fach so mir nichts, dir nichts überall gehandelt werden, ist kaum zu glauben. Selbst Ban-  
104 ken, die zu 100 Prozent in Bundesbesitz sind, handeln weiterhin mit verbrieften Krediten.  
105 Diese Banken interessiert es überhaupt nicht, was Sie hier erzählen. Sie handeln einfach  
106 weiter mit diesen Giftpapieren. Ich fordere hier für meine Fraktion, den Handel mit sol-  
107 chen Schrott- bzw. Giftpapieren zu untersagen.

108 Ich komme viertens zur Regulierung der Hedgefonds. Diesen Punkt hat die Kanzlerin  
109 immerhin allgemein angesprochen. Hier wüssten wir gerne konkret, wie dies aussehen  
110 soll. Da geht es in erster Linie um die ungeheure Hebelwirkung und die daraus resultie-  
111 renden Folgen. Hierzu muss man eine Regulierung konkret vorschlagen und hier in der  
112 Bundesrepublik anfangen. So kann es doch nicht weitergehen, weil das Wirken der Hed-  
113 gefonds letztendlich zum Verlust von vielen Arbeitsplätzen führt, um einmal den Zusam-  
114 menhang an dieser Stelle deutlich zu machen.

115 Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus Zeitgründen möchte ich einen weiteren  
116 Punkt nur kurz ansprechen: Hier wird des Öfteren der Klimawandel angeführt. Auch die-  
117 ser hat etwas mit der Finanzkrise zu tun. Denn das Stichwort Deregulierung hat auch  
118 etwas mit der Frage, wie international gewirtschaftet worden ist, zu tun. Ich möchte es  
119 noch deutlicher sagen: Solange 25 Prozent Rendite die Ziele der Akteure auf den Finanz-  
120 märkten sind, ist eine nachhaltige CO<sub>2</sub>-Reduzierung bis 2050 eine pure Illusion.

121 Solche Renditeziele zwingen dazu, die Kosten zu externalisieren, wie es so schön im  
122 Fachchinesisch heißt. Sie zwingen dazu, den Umweltschutz zu vernachlässigen, weil der  
123 Umweltschutz als lästiger Kostenfaktor betrachtet wird. Deshalb ist eine Umkehr bei den  
124 internationalen Renditevorgaben Voraussetzung, wenn man ein nachhaltiges Wirtschaften  
125 in Angriff nehmen will.

126 Es ist interessant, dass bei solchen Regierungserklärungen immer wieder gesagt wird:  
127 Wir wollen alles tun, damit sich eine solche Krise nie wieder wiederholt. – Diesen Satz  
128 habe ich auch von der Kanzlerin, die übrigens weg ist, gehört. Ich möchte wissen, was sie  
129 damit bezweckt und wem sie damit imponieren will. Ich möchte es hier einmal sagen,  
130 Herr Präsident: Wenn ein Regierungschef auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene  
131 eine Erklärung abgibt, dann ist es parlamentarische Gepflogenheit, dass er sich auch die  
132 Ausführungen der Opposition dazu anhört. Wer dies nicht tut, verrät schlicht und einfach,  
133 dass er parlamentarische Gepflogenheiten nicht kennt.

134 – Ich weiß nicht, wo ich die Frau Bundeskanzlerin suchen soll. Sie äußert so oft, dass  
135 Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Ich wünsche mir, dass Sie insoweit  
136 gestärkt aus der Krise hervorgehen, dass Sie sich kritische Reden anhören können. Das  
137 wäre die Mindestvoraussetzung für eine Kanzlerin, damit sie gestärkt aus der Krise her-  
138 vorgehen kann.

139 Wir haben in den letzten Jahren vor allem eines festgestellt: Verantwortungsloses Han-  
140 deln nicht nur im Bankensektor, sondern auch in der Realwirtschaft hat immer mehr Ar-  
141 beitsplätze zerstört. Ich erinnere an die Fälle, die in aller Munde sind, in denen mit dem  
142 Industrievermögen spekuliert worden ist: Schaeffler, Porsche, Merckle – auch tragische  
143 Fälle sollen hier genannt werden.

144 Unsere Antwort auf diese Krise ist die, dass die Belegschaften in Zukunft stärker an all  
145 diesen Entscheidungen beteiligt werden müssen. Denn wir sind von einem zutiefst über-  
146 zeugt: Einzelne, die ein Milliardenvermögen ihr Eigen nennen, werden es auch in Zukunft  
147 nicht unterlassen, weiter zu spekulieren, sondern nur die Gesamtbelegschaft, die haftet  
148 und um die Existenz ihrer Arbeitsplätze fürchtet, wird solche unverantwortlichen Speku-  
149 lationen verhindern. Das ist für uns die entscheidende Antwort auf die Finanzkrise.

150 Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Frage ist zunächst einmal, ob wir zu  
151 regulieren bereit sind. Ich stelle hier fest, dass ich von der Bundeskanzlerin keinen einzi-  
152 gen Regulierungsvorschlag gehört habe. Sie hat sich damit das denkbar schlechteste  
153 Zeugnis ausgestellt.

154 Die zweite Frage ist: Wer soll eigentlich die Zeche für die Krise zahlen? Ich muss aner-  
155 kennen, dass Westerwelle immerhin etwas vorsichtiger geworden ist. Er redet jetzt von  
156 einem fairen Steuersystem.

157 Ich weiß nicht, ob Sie die Akzentverschiebung bemerkt haben. Er hat anscheinend er-  
158 kannt, dass Steuersenkungsversprechen in der jetzigen Situation mehr oder weniger al-  
159 bern und lächerlich sind.

160 Die entscheidende Frage ist aber die: Wer soll die Zeche für diese Krise zahlen? Alles,  
161 was wir gehört haben – zum Beispiel in Sachen Mehrwertsteuer –, deutet da drauf hin, dass  
162 Sie wie bisher weitermachen wollen. Dies wird die entscheidende Auseinandersetzung  
163 der kommenden Monate sein. Es darf nicht sein, dass Arbeitnehmer, Rentner und sozial  
164 Bedürftige die Zeche für dieses verantwortungslose Handeln zahlen müssen.

### Oskar Lafontaine Elefantenrunde 2009: OLE09

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=xnXTAh6VWFU> (eigene Transkription)

1 **Herr Lafontaine:** Nein, das war nicht das was wir gewollt haben. Wir wollten natürlich  
2 eine linke Mehrheit und haben das unsere dafür getan. Zunächst einmal will ich feststel-  
3 len, dass wir auch das beste Ergebnis unserer Parteiengeschichte haben. Wir sind erst  
4 zwei Jahre alt, aber immerhin. Die Linke ist jetzt etabliert in Deutschland und ich hoffe,  
5 dass das auch langsam einmal zur Kenntnis genommen wird. Wir sind jetzt in sechs west-  
6 lichen Landtagen, nachdem wir eben in den neuen Bundesländern immer vertreten waren.  
7 Und unser Augenmerk, wenn es um die Probleme der Zukunft geht, richtet sich jetzt auf  
8 den Bundesrat. Ich will das Stichwort hier mal einführen. Denn es geht jetzt darum na-  
9 türlich, dafür Sorge so tragen, dass in dieser Krise nicht diejenigen zur Kasse gebeten  
10 werden, die mit der Krise gar nichts zu tun haben, die sozialen Schwächeren. Und da wird  
11 dem Bundesrat, bei einer solchen Konstellation eine ganz wichtige Rolle zukommen und  
12 wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

13 **Herr Lafontaine:** Das ist natürlich überraschend, weil die Liberalen für eine Politik stan-  
14 den und auch noch stehen, die die Krise herbeigeführt hat. Also das ist die Deregulierung.  
15 Das ist ja ein Kernwort der Liberalen über viele Jahre gewesen. Die Deregulierung hat zu  
16 verheerenden Zuständen auf den internationalen Finanzmärkten geführt. Ich möchte aber  
17 noch etwas sagen zu der Diskussion um die Politik der letzten Jahre. Ich will hier gar  
18 keine Kontroversen nochmal aufmachen. Aber wenn man über die Situation in Deutsch-  
19 land spricht, muss man wissen, dass wir eine Situation haben das der Niedriglohnsektor  
20 der größte aller Industriestaaten ist. Deshalb nützen die Zahlen der Arbeitsplätze gar  
21 nichts. Man muss die konkrete Situation der Menschen sehen. Und dieser Niedriglohn-  
22 sektor bringt natürlich für viele Menschen eine Verschlechterung der Lebensbedingungen  
23 mit und das wirkt sich in Wahlergebnissen aus. Das weitere ist, dass der Sozialstaat an  
24 vielen Stellen erheblich beschädigt worden ist. Auch im Vergleich zu den sozialen Orga-  
25 nisationen anderer Industriestaaten. Und die Menschen wissen das und die setzen sich  
26 dagegen zu wehr. Teilweise reagieren sie mit Wahlenthaltungen. Das heißt, wenn wir also  
27 nicht analysieren, was zu der jetzigen Situation geführt hat, werden wir auch keine Ant-  
28 worten finden. Auf jeden Fall werden wir mit einem Niedriglohnsektor der zunimmt und

29 einer Lohnentwicklung, die mit die schlechteste aller Industriestaaten ist, auf Dauer nicht  
30 bestehen können.

31 **Herr Lafontaine:** Entschuldigen Sie mal. Nein. Sie müssen ja auch zur Kenntnis nehmen  
32 wie unser Ergebnis ist. Vielleicht sollte man das wieder einblenden. Ich habe manchmal  
33 den Eindruck Sie registrieren das nicht ganz. Also das Ergebnis der Linken meine ich.  
34 Für die bin ich ja hier und es hat ja doch viele überrascht, dass wir so stark geworden  
35 sind. Natürlich bedaure ich, dass die SPD eben so schlecht abgeschnitten hat, weil das  
36 letztendlich zu der Möglichkeit führt, die werden wir demnächst ja sehen, das sozial- und  
37 steuerpolitische Entscheidungen getroffen werden, die wir für falsch halten und sicherlich  
38 auch die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für falsch halten wird. Das kann  
39 man jetzt schon prognostizieren.

40 **Herr Lafontaine:** Das weiß ich nicht, aber ich will den Unterton aufgreifen. Überbie-  
41 tungswettbewerb. Es sind ja viele unserer Vorstellungen ja immer kritisiert worden, die  
42 dann kurz vor der Wahl jetzt übernommen worden sind. Ich nehme mal die Börsenum-  
43 satzsteuer. Als wir sie angefordert haben, haben andere erklärt, dass sei alles Unfug. Mitt-  
44 lerweile ist das in anderen Parteien eine Forderung, die übernommen worden ist von uns.  
45 Oder ich nehme die Steuer auf Finanzmarkttransaktionen, die auch von uns gefordert  
46 worden ist, auch von den Grünen, wie ich fairerweise sagen muss, selbst aufgegriffen  
47 worden ist von der Vorsitzenden der CDU, der Bundeskanzlerin. Das begrüße ich. Mal  
48 sehen was daraus wird. Aber das Hauptproblem möchte ich hier mal ansprechen der  
49 nächsten Zeit. Das Hauptproblem ist, ob es gelingt den Finanzsektor in Ordnung zu brin-  
50 gen. Und der Gipfel hat gezeigt, dass sich die Staaten der Welt derzeit uneinig sind ihre  
51 Banken an die Leine zu legen, denn richtigerweise wird in der gesamten Presse darge-  
52 stellt, die machen so weiter, wie bisher und die handeln wieder mit allen Giftpapieren und  
53 sind dabei die Welt weiter in große Krisen zu stürzen. Das ist die Hauptaufgabe. Ob diese  
54 Konstellation geeignet sein wird mit Deregulierung und Privatisierung? Wo wären denn  
55 die Banken ohne den Staat heute? Sie wären alle verschwunden. Ob diese Konstellation  
56 jetzt die richtige ist, das werden wir sehen und dass werden wir mit großem Vergnügen  
57 in den nächsten Monaten beobachten, wie sie eine politische Auseinandersetzung führen.  
58 Nur Überbietungswettbewerb: Bitte sehr, zwei Vorschläge von uns sind hierzu übernom-  
59 men worden. So möchte das nun auch weitergehen.

60 **Herr Lafontaine:** Herr Westerwelle ich sprach von der Börsenumsatzsteuer und von der  
61 Steuerfinanzmarkttransaktion. Das hat mit Ihnen einen Teufel zu tun.

**Oskar Lafontaine Bundestag November 2009 (DIE LINKE): OLB1109**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgabe einer Regierungser-  
2 klärung zu Beginn einer Legislaturperiode ist, die wichtigsten Probleme zu benennen und  
3 Lösungsvorschläge zu unterbreiten, wie diese Probleme bewältigt werden können.

4 Nach unserer Auffassung ist dies nicht gelungen. Vielmehr hat die Bundeskanzlerin in  
5 ihrer Regierungserklärung wesentliche Aufgaben nicht erkannt, geschweige denn Lö-  
6 sungsvorschläge gemacht, wie diese Aufgaben zu bewältigen sind.

7 Ich beginne mit der ersten Aufgabe, die sie benannt hat. Sie sagte, die erste Aufgabe sei,  
8 die Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Wer könnte  
9 dem widersprechen? Aber ganz entscheidend ist, dass sie die wesentliche Aufgabe außer  
10 Acht gelassen hat. Das entwertet völlig ihre Regierungserklärung. Wir müssen nicht zu-  
11 erst die Folgen ins Auge fassen, sondern die Ursachen der internationalen Finanzkrise  
12 erkennen und endlich die Weltfinanzmärkte regulieren.

13 Es entwertet diese Regierungserklärung völlig, dass dazu keinerlei Vorschläge gemacht  
14 worden sind. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben die wichtigste Aufgabe unserer Zeit über-  
15 haupt nicht erkannt, geschweige denn Lösungsvorschläge dazu gemacht. Es ist schön,  
16 wenn wir jetzt ab und zu hören, dass eine Börsenumsatzsteuer auf einmal populär ist. Wir  
17 erinnern uns noch gut daran, dass oft von billigem Populismus die Rede war, als wir eine  
18 solche Steuer gefordert haben. Es ist ganz schön, dass auch Sie sich nach vielen anderen  
19 Staatsmännern zu einer Transaktionsteuer bekennen. Als wir das hier vorgetragen haben,  
20 hieß es, das sei unpraktikabel und billiger Populismus. Es ist wunderbar für mich, zu  
21 erleben, wer alles sich jetzt zum Keynesianismus bekennt und ihn täglich herunterbetet,  
22 nachdem er jahrzehntelang verurteilt worden ist. Jawohl, es ist wahr: Der Keynesianismus  
23 rettet zurzeit die Weltwirtschaft mit expansiver Finanzpolitik und expansiver Geldpolitik.  
24 Es ist schön, dass Sie das erkannt haben.

25 Aber nun haben Sie keinerlei Vorschläge gemacht, wie die Weltfinanzkrise zu bewältigen  
26 ist, wie die Ursachen zu bekämpfen sind. Ich will einige Vorschläge von unserer Seite  
27 machen.

28 Erstens. Wir brauchen eine neue internationale Leitwährung, die den Dollar ablöst und  
29 die geeignet ist, die Währungsspekulationen und das Schwanken der Währungen in der  
30 Zukunft mehr oder weniger auszuschließen, zumindest zu mindern.

31 Zweitens. Wir brauchen eine Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs. Es kann  
32 nicht sein, dass weiterhin auf Knopfdruck Milliarden um den Erdball kursieren und die  
33 Weltwirtschaft auf eine Art und Weise zerstören, wie wir es in den letzten Jahren erlebt  
34 haben.

35 Drittens. Wir brauchen ein Austrocknen der Steueroasen. Es ist einfach nicht zu fassen,  
36 dass an dieser Stelle überhaupt nichts unternommen wird. Vielmehr sieht man tatenlos  
37 zu, dass auch mit Milliarden Steuergeldern unterstützte Banken weiterhin Steuerhinter-  
38 zziehung in Steueroasen betreiben. Unglaublich. Diese Regierung ist unfähig, diese Kern-  
39 aufgaben unserer Zeit überhaupt anzugehen.

40 Viertens. Wir brauchen ein Verbot von Hedgefonds.

41 Fünftens. Wir brauchen ein Verbot der Schrottpapiere. Solange das nicht der Fall ist, so  
42 lange wird die Spekulation weitergehen, so lange wird es Verwerfungen in der Volks-  
43 wirtschaft geben.

44 Sechstens. Es muss die billige Ausrede aufhören, man könne das nur international bewäl-  
45 tigen. Zu dieser billigen Ausrede haben sich alle Staatsmänner in den letzten Jahren ver-  
46 standen. Wir haben hier vor einiger Zeit, im Oktober 2008, eine Antwort der Bundesre-  
47 gierung auf die Frage nach den Deregulierungsmaßnahmen der letzten Jahre erhalten. Es  
48 waren 50 Deregulierungsmaßnahmen. Sie sind alle aufgelistet. Wenn Sie mindestens 30  
49 bis 40 davon zurücknahmen, dann würden Sie hier in Deutschland dafür Sorge tragen,  
50 dass die Finanzspekulation endlich wieder durch Investitionen in die Realwirtschaft ab-  
51 gelöst wird. Das ist die dringende Aufgabe unserer Zeit.

52 Siebentens. Es ist auch endlich geboten, dass Sie nicht Diskussionsverweigerung betrei-  
53 ben und den Kopf immer wieder in den Sand stecken. Hier wird der EU-Vertrag ständig  
54 gelobt, gelobt, gelobt, aber ein entscheidender Artikel des EU-Vertrags wird verschwie-  
55 gen, wird nicht zur Kenntnis genommen und wird in seiner Tragweite überhaupt nicht  
56 begriffen. Ich lese es Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, vor. In Art. 56 heißt es:

57 Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Kapitalver-  
58 kehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Län-  
59 dern verboten. Mit anderen Worten: Der EU-Vertrag untersagt eine vernünftige Regulie-  
60 rung der Weltfinanzmärkte. Er ist damit absolut unzeitgemäß.

61 Entscheidend ist aber, dass es den Regierungen dieser Welt nicht gelingt, die Regulierung  
62 der Finanzmärkte nach vorne zu bringen. Es ist schon so – ich zitiere ihn noch einmal –,  
63 dass Tietmeyer ein Seher war. Er sagte einmal: Sie alle unterliegen jetzt der Kontrolle der  
64 internationalen Finanzmärkte. – Daran hat sich nichts geändert. Die internationalen Fi-  
65 nanzmärkte und die Finanzindustrie bestimmen die Politik, und nicht Sie.

66 Sie sind im Grunde genommen, wenn man so will, nur dazu da, irgendwelche Allgemein-  
67 plätze abzusondern. Die Presse weltweit schreibt: Die Banken machen weiter wie bisher.  
68 – Das ist ein großer Skandal. Die nächste Blase wird vorbereitet.

69 Die zweite Aufgabe, die Sie angesprochen haben, hat mich jetzt doch fasziniert. Sie sag-  
70 ten: Wir müssen das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat verbessern.  
71 Donnerwetter, ich hätte mir nicht vorstellen können, dass Sie zu dieser Einsicht kommen.  
72 Wir haben eine ganz andere Sichtweise. Wir glauben, wir müssen das Verhältnis der Bun-  
73 deskanzlerin und der sie tragenden Parteien zu den Bürgerinnen und Bürgern dieses Staa-  
74 tes verbessern. Das ist eine ganz andere Herangehensweise.

75 Sie müssen, achtens, endlich einmal die Lebensbedingungen der Menschen in diesem  
76 Lande zur Kenntnis nehmen und dann Vorschläge unterbreiten, wie diese Lebensbedin-  
77 gungen verbessert werden können. Das ist Ihre Aufgabe, anstatt zu sagen, wir müssten  
78 das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat verbessern. Nein, Sie müssen end-  
79 lich Ihr Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes verbessern und zur  
80 Kenntnis nehmen, was eigentlich ist.

81 Dann hätten Sie beispielsweise gesehen, dass die Hauptbetroffenen der verfehlten Politik  
82 der letzten Jahre die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter waren. Kein Wort zu diesem  
83 Skandal. Wir als Partei Die Linke bleiben dabei, dass die Leiharbeit verboten oder zu-  
84 mindest weitgehend reduziert werden muss.

85 Wenn man sich schon nicht zu dieser Lösung versteht, dann sollte man sich an Frankreich  
86 ein Beispiel nehmen, wo es einen Risikoaufschlag für Leiharbeiter gibt. Die erhalten so-  
87 gar mehr als ihre Kollegen. Oder man sollte zumindest die englische Lösung nehmen,  
88 dass nach sechs Wochen die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gleichbezahlt werden  
89 müssen. Sie sehen nicht, was im Volke los ist. Sie reden allgemein über die Köpfe der  
90 Menschen hinweg.

91 Wir müssen die befristeten Arbeitsverhältnisse reduzieren. Hier sieht man, dass das, was  
92 diese Koalition vorhat, wie die Faust aufs Auge passt: Sie haben überhaupt nicht zur  
93 Kenntnis genommen, was passiert. Wer jetzt noch sagt, wir müssen die befristeten Ar-  
94beitsverhältnisse ausweiten, der hat nicht mehr alle Tassen im Schrank.

95 Die deregulierten Arbeitsmärkte sind die Hauptursache für die Zerstörung der Familien  
96 in unserem Lande. Ich sage noch einmal an die selbsternannte Familienpartei CDU: Sie  
97 sind verantwortlich für die Zerstörung der Familien in unserem Land; denn junge Leute,  
98 die nicht wissen, ob sie in ein paar Monaten noch Geld auf dem Konto haben, können  
99 weder eine Familie gründen noch Kinder in die Welt setzen. So einfach ist der Zusam-  
100 menhang. Sie wollen die befristeten Arbeitsverhältnisse auch noch ausweiten und reden  
101 dann von der Pflege der Familien.

102 Wir brauchen endlich den gesetzlichen Mindestlohn. Obwohl in diesem Lande formal  
103 viele Jahre lang eine Mehrheit dafür war – das sage ich auch an SPD und Grüne hier im  
104 Parlament gerichtet –, ist es wirklich bedauerlich, dass wir es nicht zustande gebracht  
105 haben, den gesetzlichen Mindestlohn zu beschließen. Es ist eine Schande für eine der  
106 reichsten Volkswirtschaften der Welt, dass immer mehr Menschen acht Stunden am Tag  
107 arbeiten, ohne sich oder ihre Familie ernähren zu können.

108 Neuntens. Wir müssen endlich die Hartz-IV-Sätze für Kinder erhöhen. Das wäre die  
109 wichtigste Aufgabe. Es kann in unserem Land doch nicht die Aufgabe sein, das Kinder-  
110 geld für Besserverdienende zu erhöhen. Wo sind wir eigentlich? Wenn man ein soziales  
111 Gesicht haben möchte, dann muss man dort anfangen, wo die Not am größten ist.

112 Zehntens. Wir müssen der immer weiteren Ausbreitung des Niedriglohnsektors entge-  
113 genwirken. Es ist doch eine Schande – wir konnten es heute lesen –: Ende der 1990er-

114 Jahre hatten die Niedriglöhner 64 Prozent des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkom-  
115 mens; heute sind es nur noch 53 Prozent. Die Niedriglöhner haben also fast nur noch die  
116 Hälfte des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens, und Sie, Frau Bundeskanzlerin,  
117 stellen sich noch nicht einmal dieser Frage. Ich möchte nur sagen: Die Ursache ist das  
118 Lohndumping, ausgelöst durch eine Formel für die Zumutbarkeit von Arbeit. Diese For-  
119 mel besagt: Du musst jede Arbeit annehmen, sei sie noch so schlecht bezahlt und sei sie  
120 noch so weit unter deiner Qualifikation. Diese Zumutbarkeitsregel muss weg. Zu  
121 Deutsch: Hartz IV muss weg. Wir als Partei Die Linke hier im Deutschen Bundestag  
122 bleiben dabei.

123 Wir glauben, dass es jetzt – das ist eine Aufgabe, die ich ansprechen möchte, weil Sie sie  
124 nicht angesprochen haben – Aufgabe ist, die Wirtschaft endlich zu demokratisieren. Was  
125 die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in letzter Zeit erlebt haben, war nicht Freiheit,  
126 sondern existenzielle Bedrohung und ein Ausmaß an Fremdbestimmung, wie es das in  
127 dieser Form in Deutschland noch nicht gegeben hat.

128 Wir schlagen daher vor, elftens, endlich die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen  
129 zurückzunehmen; denn wir haben den unhaltbaren Zustand, dass kleine Betriebe in zehn  
130 Jahren fünfmal den Anteilseigner wechseln. Von nachhaltiger Wirtschaft kann in diesem  
131 Lande überhaupt nicht mehr die Rede sein.

132 Zwölftens. Wir schlagen vor, die Erbschaftsteuer nicht für Millionengeschenke an reiche  
133 Erbende zu missbrauchen, sondern sie zu verwenden, um Belegschaftsanteile aufzu-  
134 bauen. Man sollte den Betrieben, die Erbschaftsteuer zahlen müssen, diese Steuer dann  
135 erlassen, wenn sie die entsprechenden Mittel in Belegschaftsanteile umwandeln. Das  
136 wäre eine Reform, das wäre ein Neuansatz, der endlich einmal dazu führen würde, dass  
137 Belegschaften an ihren Betrieben beteiligt werden können.

138 Dreizehtens. Wir bleiben dabei, dass staatliche Zuschüsse nicht mehr dazu dienen kön-  
139 nen, den Vermögensaufbau einzelner Privater zu finanzieren. Wir sind der Auffassung:  
140 Staatliche Zuschüsse müssen entweder in Staatsanteile oder in Belegschaftsanteile umge-  
141 wandelt werden, gerade jetzt.

142 Außerdem sind wir der Auffassung, dass wir jetzt darangehen müssen, die Enteignung  
143 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stoppen. Ich sage hier ganz bewusst: Das

144 ist eine Kernaufgabe der nächsten Jahre. Wir müssen die Bilanzierungsvorschriften so  
145 ändern, dass der Zuwachs des Betriebsvermögens ab einer bestimmten Betriebsgröße –  
146 etwa ab 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – zur Hälfte den Belegschaften und  
147 ihren Belegschaftsgesellschaften gutgeschrieben wird. Es darf nicht so weitergehen – ich  
148 sage das, weil ich hier gerade die FDP im Blick habe –, dass immer nur Einzelne vom  
149 ständigen Zuwachs des Betriebsvermögens profitieren. Die FDP der 1970er-Jahre sah  
150 darin eine erhebliche Freiheitsgefährdung. Sie hat recht: Der Zuwachs des Betriebsver-  
151 mögens und die schlechte Verteilung führen dazu, dass Einzelne in der Gesellschaft im-  
152 mer mehr abgehängt werden, dass der Niedriglohnsektor immer weiter ausgebaut wird.  
153 Genau das gefährdet die Freiheit, und insofern war diese Sichtweise richtig.

154 Als dritte Aufgabe haben Sie genannt: Wir müssen Antworten auf die Veränderungen im  
155 Altersaufbau finden. Ja, natürlich, das ist richtig. Wir sagen aber, dass die Aufgabe eine  
156 ganz andere ist: Wir müssen, vierzehntens, die sozialen Sicherungssysteme wiederher-  
157 stellen und helfen, Altersarmut zu vermeiden. Was Sie hier zustande gebracht haben,  
158 nämlich die Zerstörung der gesetzlichen Rente, war einer der größten Fehler der deut-  
159 schen Politik in den letzten Jahren.

160 Fünfzehntens. Wenn man in Zeiten wie dieser darangeht, die Kapitaldeckung in der Pfl-  
161 egeversicherung auszubauen, dann hat man nichts von der internationalen Finanzkrise ver-  
162 standen. Wirklich nichts. Es ist doch so, dass die weltweite Umstellung auf Kapitalde-  
163 ckung dazu geführt hat, dass die Pensionsfonds in großem Umfang spekuliert haben. Das  
164 Ende vom Lied ist nun, dass viele ältere Menschen in vielen Ländern ihre Altersvorsorge  
165 verloren haben. Wollen wir das auf die Pflegeversicherung ausweiten? Man fasst es nicht,  
166 wenn man sieht, in welchem Umfang diese Regierung die Zeichen der Zeit nicht erkannt  
167 hat.

168 Ich sage hier in aller Klarheit: Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen deutlich, dass  
169 die gesetzlichen Sicherungssysteme die verlässlichsten sind. Worum geht es, wenn man  
170 die Existenzsorgen der Menschen, die geringe Einkommen haben, aufgreifen und Lö-  
171 sungsvorschläge anbieten will? Da geht es um den Ausbau und die Stärkung der gesetz-  
172 lichen Sicherungssysteme und niemals um den Aufbau kapitalgedeckter Systeme.

173 Im Übrigen ist es ökonomisch völliger Unsinn, wenn man in Zeiten, in denen die Binnen-  
174 nachfrage schwach ist und die Reallöhne sinken, die Arbeitnehmer auch noch zwingt, zu  
175 sparen. Das ist so kontraproduktiv, dass man wirklich die Frage aufwerfen muss, ob über-  
176 haupt die Inhalte, die man im ersten Semester eines Volkswirtschaftsstudiums lernt, den  
177 Personen auf der Regierungsbank präsent sind.

178 Als vierte Zukunftsaufgabe haben Sie genannt: Wir wollen einen zukunftsfesten Umgang  
179 mit den weltweit vorhandenen natürlichen Ressourcen entwickeln. Dazu sagen wir als  
180 Partei Die Linke: Wenn man das wirklich will, dann darf man, sechzehntens, die Rest-  
181 laufzeiten von Atomkraftwerken nicht verlängern. Das ist doch das Gegenteil von dem,  
182 was dann erforderlich wäre.

183 Wer die Vision einer atomwaffenfreien Welt hat, meine Damen und Herren, aber gleich-  
184 zeitig die Restlaufzeiten von Atomkraftwerken verlängern will, der versteht entweder die  
185 Technologie nicht oder weiß nicht, was er will. Wer eine atomwaffenfreie Welt will,  
186 muss, siebzehntens, auch dafür sorgen, dass die Stromversorgung in Zukunft ohne Atom-  
187 kraftwerke sichergestellt wird. Denn genau diese sind Voraussetzung dafür, um den Stoff  
188 herzustellen, den man zum Bau der Bombe braucht.

189 Natürlich müssen wir erneuerbare Energien stärken. Aber noch wichtiger ist – das ist der  
190 achtzehnte Programmpunkt, den ich hier vortragen möchte – eine Rekommunalisierung  
191 der Energieversorgung. Es war ein großer Fehler, Monopole zuzulassen, die nun in  
192 schamloser Weise abzocken. Wir brauchen eine Rekommunalisierung der Energieversor-  
193 gung und eine staatliche Kontrolle der Energiepreise, um diese Abzocke endlich zu be-  
194 enden.

195 Als letzte Aufgabe haben Sie genannt: Sie wollen das Verhältnis von Freiheit und Sicher-  
196 heit weiter festigen. Dazu gibt es eine ganz entscheidende Voraussetzung, die ich hier  
197 benennen will. Die entscheidende Voraussetzung ist, dass die deutsche Außenpolitik im  
198 Sinne Kants – ich nenne ihn einmal bewusst – wieder zum Völkerrecht zurückkehrt, weil  
199 das Völkerrecht die Grundlage von Freiheit und Sicherheit für alle Völker dieser Erde ist.

200 In Ihrer Regierungserklärung gab es eine ganz verräterische Formulierung: Ziemlich am  
201 Anfang steht, die Frage der Zukunft sei, wer sich den Zugriff – ich betone das Wort „Zu-  
202 griff“ – auf Rohstoffe und Energiequellen sichere. Es geht nicht um den „Zugriff“ auf

203 Rohstoffe und Energiequellen, es geht um die friedliche Nutzung. Angesichts der Kriege  
204 der letzten Jahre sagen wir: Wir halten es für völlig falsch, wenn sich die Bundesrepublik  
205 Deutschland in imperiale Kriege zur Sicherung von Rohstoffquellen einspannen lässt.  
206 Das war der Fehler der Außenpolitik der letzten Jahre.

207 Sie reden davon, sie seien eine christlich-liberale Koalition der Mitte oder was auch im-  
208 mer. Wenn man das Wort „Christentum“ in den Mund nimmt, dann sollte man begriffen  
209 haben, Frau Bundeskanzlerin – das ist nicht zum Lachen –, dass man alle Anstrengungen  
210 unternehmen muss, um endlich die Waffenexporte zurückzuführen. Diese sind doch die  
211 Grundlage für vieles Elend in der Welt. Warum verstehen Sie das nicht?

212 Meine letzte Bemerkung bezieht sich auf Afghanistan. Wir sind jetzt viele Jahre dort im  
213 Krieg; das haben wir immer so gesehen. Ich habe immer wieder gesagt, dass ich durchaus  
214 unterstellt habe, dass es die eine oder den anderen gab, die der Auffassung waren, dass  
215 man mit diesen Militäreinsätzen Gutes bewirken könne. Aber nach so vielen Jahren muss  
216 man doch bereit sein, wie es zum Beispiel in den Vereinigten Staaten im Falle des Irak  
217 oder jetzt in Bezug auf Afghanistan in mehreren Staaten der Welt bereits geschehen ist,  
218 zu erkennen, dass dieser Weg falsch war. Wir können diesen Krieg nicht gewinnen. Man  
219 kann die Stammesgesellschaft Afghanistans nicht zwingen, eine westliche Demokratie  
220 aufzubauen. Sie kämpfen dort gegen eine Kultur, und diesen Kampf können Sie nicht  
221 gewinnen. Begreifen Sie das doch endlich!

222 Deshalb sagen wir: Es ist wirklich ein schwerer Fauxpas, dass der neue Bundesverteidi-  
223 gungsminister – ich sehe ihn im Moment nicht auf der Regierungsbank – gesagt hat, das  
224 Unglück von Kunduz, wie ich es nenne, sei „angemessen“ gewesen. Ich sage hier für  
225 meine Fraktion: Eine Militäraktion, bei der unschuldige Zivilisten ums Leben kommen,  
226 ist niemals angemessen. Wir sollten eine solche Sprache aus diesem Parlament verban-  
227 nen.

228 Wir sagen Ihnen: Ziehen Sie die Truppen aus Afghanistan zurück! Es wäre an der Zeit;  
229 Sie sollten nicht warten, bis die Diskussion in Amerika so weit ist, dass man den Afgha-  
230 nistankrieg beenden will.

231 Sie haben in Ihrer Regierungserklärung die wichtigen Aufgaben unserer Zeit verfehlt.  
232 Diese Regierung ist eine falsche Regierung zur falschen Zeit.

**Dr. Gregor Gysi Bundestag Dezember 2009 (DIE LINKE): GGB1209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17012.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Streit zwischen Frau Homburger und  
2 Herrn Kelber höre ich zwar gerne. Das Problem ist aber, dass bisher keine Regierung –  
3 egal welche – auch nur in die Nähe der Marke gekommen ist, die wir uns einmal interna-  
4 tional gesetzt hatten, nämlich 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für wirksame Ent-  
5 wicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

6 Ich mache Ihnen einen Vorschlag, wie wir den Streit schlichten könnten: Wir beschließen  
7 gemeinsam – wenn nicht heute, dann meinetwegen im Januar –, dass wir in einem jährli-  
8 chen Rhythmus die Mittel erhöhen, sodass wir in vier Jahren am Ende dieser Legislatur-  
9 periode sagen können: Jetzt stellt Deutschland 0,7 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts  
10 für wirksame Entwicklungshilfe zur Verfügung. Das könnten wir doch machen. Dann  
11 brauchten Sie sich gar nicht mehr zu streiten.

12 Die Frau Bundeskanzlerin – sie spricht gerade mit Herrn Niebel – hat völlig recht, wenn  
13 sie sagt, dass die drohende Klimakatastrophe das Überleben der Menschheit gefährdet  
14 und dass es um Menschheitsfragen geht. Ich muss zunächst darauf hinweisen: Es ist schon  
15 interessant, zu sehen, wie sehr sich unsere Bundesländer für die Menschheitsfragen inte-  
16 ressierten. Ich bitte Sie, einmal einen Blick auf die Bundesratsbank zu werfen. Dann kön-  
17 nen Sie feststellen, welches große Interesse unsere Bundesländer an diesen Menschheits-  
18 fragen haben.

19 Es ist wahr: Wenn die Klimakatastrophe eintritt, wird es unbeschreibliche Katastrophen  
20 geben, auch, aber nicht nur den Untergang von Inselstaaten. Die Bekämpfung der Klima-  
21 katastrophe ist ebenso wichtig wie der weltweite Kampf gegen Armut, Elend und Unter-  
22 drückung, gegen Tod durch Hunger und gegen Tod durch fehlende medizinische Versor-  
23 gung. Herr Niebel, wenn Sie anfangen, das gegeneinander aufzurechnen, machen Sie die  
24 Menschheit kaputt. Das kann nicht unsere Herangehensweise sein.

25 Den Schaden hinsichtlich des Klimas haben die Industriestaaten im fossilen Industriezeit-  
26 alter angerichtet. Also haben sie doch eine besondere Verantwortung. Der Treibstoff für  
27 die Klimakatastrophe waren und sind Erdöl und Erdgas. Es geht – das muss man sich

28 eingestehen – um eine neue Produktions- und Konsumtionsweise, um neue Technologien.  
29 Es geht weltweit um die soziale Frage und in gewisser Hinsicht sogar um die Systemfrage.  
30 Menschen müssen ein Interesse am Schutz und am Erhalt ihrer natürlichen Lebensgrund-  
31 lage haben. Die These, dass wir die Natur zerstören, ist falsch. Das können wir gar nicht;  
32 so stark ist der Mensch nicht. Ich gebe Ihnen einmal ein ganz anderes Beispiel: Sie wissen  
33 ja, dass der französische Staat seine Atomwaffenversuche immer im Ozean in der Nähe  
34 des Bikini-Atolls durchgeführt hat. Dort kann von uns keiner mehr hin, weil dieses Gebiet  
35 stark kontaminiert ist. – Nun warte doch mal, Frau Künast. Du wirst das auch noch ver-  
36 stehen.

37 Dokumentaristen sind dorthin gefahren und haben einen Film gedreht, weil sie sich dafür  
38 interessierten, ob es dort noch Tiere und Pflanzen gibt. Da stellte sich Folgendes heraus:  
39 Der Mensch kann dort nicht mehr existieren; er braucht riesige Schutzanzüge. Alle Pflan-  
40 zen und Tiere, die es früher gab, gibt es nicht mehr. Aber es gibt andere Pflanzen und  
41 Tiere, denen es nichts ausmacht, schwer kontaminiert zu sein.

42 Was ich erklären will, ist: Die Natur können wir gar nicht zerstören. Aber wir können die  
43 Natur in einem Grade beschädigen, dass wir, die Menschen, hier nicht mehr existieren  
44 können. Das ist das Problem. Deshalb brauchte man nur einen einigermaßen klugen Ego-  
45 ismus. Schon das würde ausreichen, um endlich etwas für den Klimaschutz zu tun. Leider  
46 haben wir so viele doofe Egoisten, die nicht einmal das begreifen.

47 Es geht beim Klimaschutz um unsere Kinder, unsere Enkel, unsere Urenkel. Es geht um  
48 die Verhinderung von Flucht, von Armut, von Naturkatastrophen und von neuartigen  
49 Kriegen. Es gibt viele Unternehmen, die sich dabei wohlfühlen und auf den Klimaschutz  
50 hoffen, und zwar nicht nur aus egoistischen Interessen, weil sie sich sagen: „Dann geht  
51 es meinen Kindern, Enkeln und Urenkeln besser“, sondern auch deswegen, weil sie rege-  
52 nerative Energien und neue Antriebstechniken herstellen sowie energiesparende Maschi-  
53 nen produzieren. Das heißt, sie brauchen genau diese Entwicklung.

54 Dann gibt es andere Unternehmen und Unternehmensverbände, die immer vor zu viel  
55 Klimaschutz warnen, weil sie höhere Kosten befürchten, und sie drohen uns mit dem  
56 Abbau von Arbeitsplätzen etc. Daran wundert mich – das muss ich hier wirklich einmal  
57 sagen –: Selbst wenn man ein Boss ist, der nur an Profite denkt, man aber Kinder hat,

58 dann will man doch, dass auch die Urenkel noch leben können. Angesichts einer Mensch-  
59 heitsfrage muss doch einmal das kurzfristige Interesse an einem riesigen Profit zurück-  
60 treten können. Man muss doch einmal sagen: Ich will, dass meine Enkel und Urenkel hier  
61 noch leben können.

62 Frau Bundeskanzlerin, warum können Sie diesen Bossen nicht einmal erklären, nicht  
63 kurzfristig, sondern langfristig zu denken? Selbst jemand, der den Kapitalismus ganz toll  
64 findet, kann ihn nur erleben, wenn es die Menschheit noch gibt. Ich begreife es überhaupt  
65 nicht, warum sie so uneinsichtig sind.

66 Herr Kauder, ich habe es mitbekommen: Die Wirtschaft entscheidet, was die Politik  
67 macht. Aber es gibt Unterschiede in der Wirtschaft. Man muss sich ja nicht nach der  
68 kurzfristigen und dümmsten Wirtschaft richten, sondern könnte sich nach den Leuten  
69 richten, die etwas weitsichtiger sind. Ich sage es noch einmal: Es gibt einen doofen und  
70 einen intelligenten Egoismus. Es ist nicht hinnehmbar, dass der doofe regiert.

71 Im Übrigen haben viele verstanden, dass es um Menschheitsfragen geht. Deshalb gibt es  
72 gewaltige Demonstrationen, nicht nur, aber auch in Kopenhagen. Ich stelle fest, dass die  
73 Polizei dort massiv und robust gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vorgeht.  
74 Vielleicht wäre es richtiger, robust und massiv gegen diejenigen vorzugehen, die den  
75 Schutz des Klimas verhindern.

76 Eigentlich sollte in Kopenhagen ein Nachfolgeabkommen zum 2012 auslaufenden Kioto-  
77 Protokoll abgeschlossen werden. Es sieht heute nicht danach aus, als ob es zustande  
78 komme. Es geht ja nicht nur um neue Ziele für die Minderung des Ausstoßes von Klima-  
79 gasen in Industrieländern. Es geht auch um Minderungsziele für die Schwellen- und die  
80 Entwicklungsländer – darauf haben Sie hingewiesen, Frau Bundeskanzlerin – und auch  
81 um die Finanztransfers an Entwicklungsländer. Es geht also nicht nur um Klimaschutz,  
82 sondern auch um die Anpassung an die Folgen der Klimawende.

83 Wir haben jetzt eine Spaltung von Nord-Süd erlebt, wie wir sie so direkt, so unmittelbar  
84 und so einheitlich schon lange nicht mehr bei einer UNO-Konferenz erlebt haben. Das  
85 sollte uns sehr nachdenklich machen. Die Vorreiterrolle liegt hier eigentlich bei der EU,  
86 auch bei Deutschland und übrigens auch bei den USA. Deshalb, Frau Bundeskanzlerin:

87 Wenn das Ganze nicht funktioniert, liegt das auch an den völlig unzureichenden Vor-  
88 schlägen aus der EU. Dafür tragen Sie eine Mitverantwortung.

89 Was hat die EU vorgeschlagen? Finanztransfers von 7,2 Milliarden Euro ab 2020. Das ist  
90 lächerlich. Die Weltbank, keine linke Einrichtung, hat gesagt: Es müssen 100 bis 150  
91 Milliarden Euro jährlich sein. Aber nichts davon hat die EU beschlossen. Was hat die EU  
92 gesagt? Sie will den Klimagasausstoß um 20 Prozent reduzieren und unter bestimmten  
93 Bedingungen – Sie haben sie genannt – sogar um 30 Prozent. Jetzt sage ich Ihnen: Heute  
94 entsprechen 30 Prozent den 20 Prozent von vor der Krise. Es ist keine gewaltige Leistung,  
95 die dort angeboten wird. Wir brauchen ein Minderungsziel von 40 Prozent bis zum Jahre  
96 2020 gegenüber 1990. Anders werden wir die Klimakatastrophe nicht verhindern.

97 Wenn wir diese Reduzierung nicht hinbekommen, werden wir eine Erderwärmung erle-  
98 ben, die sich nicht auf 2 Grad begrenzen lässt, sondern bei 3,5 Grad oder, wenn alle so  
99 weitermachen wie bisher, sogar bei 6,5 Grad liegen wird, was zu unbeschreiblichen Ka-  
100 tastrophen führen würde.

101 Frau Bundeskanzler, Sie haben ein langfristiges Ziel für den Zeitraum bis zum Jahre 2050  
102 formuliert. Wenn aber bei den Verhandlungen in Kopenhagen für den Zeitraum bis 2020  
103 nichts herauskommt, dann ist die Konferenz schon gescheitert; denn das Ziel bis 2050 ist  
104 viel zu langfristig. Dann werden wir das Ziel hinsichtlich der Verhinderung der Erder-  
105 wärmung nicht erreichen.

106 Nun sprechen wir einmal von Deutschland und dem Ziel, die Emissionen im Vergleich  
107 zu 1990 um 40 Prozent zu mindern. Ich habe nichts dagegen, dass Sie dieses Ziel verkün-  
108 den; aber der Ehrlichkeit halber hätten Sie, Frau Bundeskanzler, noch erwähnen können,  
109 dass die Emissionsminderungen wegen der Deindustrialisierung des Ostens hervorragend  
110 gelingen können. Nur deswegen sind solche Ziele für Deutschland überhaupt zu errei-  
111 chen.

112 Ich sage noch einmal: Bei den Zahlungen an die Entwicklungsländer kann es nicht um  
113 eine einmalige Zahlung gehen. Es kann auch nicht, wie Herr Niebel meint, um eine Zah-  
114 lung gehen, bei der man etwas, was schon einmal versprochen wurde, einfach umtütet.  
115 Vielmehr muss es um jährliche Zahlungen gehen. Wozu dient der Finanztransfer? Der

116 Norden muss den Süden dafür bezahlen, dass dieser weniger ausstößt, als bei ungebremster  
117 Entwicklung wahrscheinlich wäre. Dafür gewinnen wir hier im Norden Zeit, die wir  
118 brauchen, um den ganzen Strukturwandel abfedern zu können. Um es klar zu sagen: Es  
119 geht nicht um Almosen an Entwicklungsländer.

120 Texas bläst heute noch so viel Treibhausgase in die Luft wie ganz Afrika; das ist die  
121 Wahrheit. Die Entwicklungsländer müssen mithilfe der Industriestaaten bei ihrer Ener-  
122 gieversorgung – im Unterschied zu Europa und Nordamerika – die fossile Phase über-  
123 springen oder sie wenigstens schnell hinter sich lassen, damit sie in Zukunft nicht derar-  
124 tige Umweltschäden anrichten, wie sie durch Europa und Nordamerika bereits angerichtet  
125 worden sind. Es geht also um Hilfe für die Menschheit, um Hilfe für uns selbst. Schon  
126 deshalb ist jede Zurückhaltung skandalös.

127 Die Beseitigung der durch Überflutungen und Versalzungen der Böden verursachten  
128 Schäden ist viel teurer als das, was wir jetzt an Geld einsetzen müssten, um die Klimaka-  
129 tastrophe zu verhindern. Es ist also unser Eigeninteresse, wie es auch unser Eigeninteresse  
130 ist, zu verhindern, dass die großen Urwälder dieser Erde für immer verschwinden.

131 Hier gibt es einmal ein konkretes Angebot von Ecuador. Wo bleibt denn da die Antwort  
132 der Bundesregierung? Ecuador hat einen riesigen Urwald, darunter liegt sehr viel Erdöl.  
133 Das Land hat nun die Möglichkeit, das Öl zu fördern; dann wäre es ökonomisch versorgt.  
134 Ecuador ist das erste Land, das der internationalen Gemeinschaft einen anderen Weg an-  
135 bietet und sagt: Wir lassen den Urwald stehen, wenn ihr uns den Schaden zahlt, den wir  
136 dadurch haben, dass wir das Erdöl nicht gewinnen. Wo bleiben die Antworten? Ich muss  
137 sagen, dass Frau Wiczorek-Zeul zumindest noch freundliche, wohlwollende Briefe ge-  
138 schrieben hat; von Herrn Niebel wage ich das gar nicht zu erhoffen. Das ist das Problem,  
139 mit dem wir es hier zu tun haben.

140 Herr Präsident, ich bin sofort fertig. Die USA müssen klare Verbindlichkeiten eingehen.  
141 Wenn die USA dies tun, wird es China auch tun. Herr Röttgen, ich sage Ihnen als Um-  
142 weltminister eins: Wenn Sie so weitermachen und denken, neue Kohlekraftwerke und die  
143 Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke lösen unsere Probleme, dann sage ich  
144 Ihnen: Das Ganze geht schief. Sie haben von den erneuerbaren Energien nichts verstan-  
145 den; das ist das Problem. Danke schön.

**Katja Kipping Bundestag Dezember 2009 (DIE LINKE): KKB1209**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17012.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit dem Verfassungsgerichtsurteil sind  
2 jetzt zwei Jahre vergangen, in denen keine übergreifende Einigung gelang, und wir haben  
3 noch ein Jahr bis zum Ablauf der Frist. Ein Jahr ist eigentlich viel zu kurz, um eine mög-  
4 liche Umstrukturierung umzusetzen. Kurzum: Wir befinden uns quasi in einem Dilemma.  
5 Frau von der Leyen, Sie sind jetzt wahrlich nicht zu beneiden; denn selbst wenn es FDP  
6 und CDU/CSU gelänge, sich auf ein Modell zu einigen, dann wäre nicht auszuschließen,  
7 dass auch dieses Modell in ein, zwei Jahren vom Bundesverfassungsgericht gekippt  
8 würde. Das große Problem dabei ist, dass uns eine Suppe eingebrockt wurde, die am Ende  
9 andere auslöffeln müssen.

10 Da von der Organisationsreform Millionen Menschen existenziell betroffen sind, ist äu-  
11 ßerste Sorgfalt geboten. Ich möchte aus Sicht der Linken darstellen, was unserer Meinung  
12 nach auf gar keinen Fall passieren darf.

13 Erstens darf die Bundesagentur auf keinen Fall einfach so weiteragieren wie bisher. Im  
14 Zuge der Hartz-Gesetze wurde aus dem Arbeitsamt eine Agentur, in der alles betriebs-  
15 wirtschaftlich ablaufen sollte. Auf der Strecke geblieben sind dabei der sozialpolitische  
16 Auftrag und die innerbetriebliche Demokratie. Wir als Linke sagen: Die Bundesagentur  
17 muss wieder demokratisiert werden, und sie muss ihren sozialpolitischen Auftrag wahr-  
18 nehmen.

19 Oberste Aufgabe der Bundesagentur ist es, dafür Sorge zu tragen, dass niemand unter die  
20 Räder kommt. Das heißt, es braucht eine andere Beratungsqualität. Heute stehen die Mit-  
21 arbeiterinnen und Mitarbeiter häufig unter dem Druck, Einsparungen vorzunehmen. Es  
22 gibt feste Einsparquoten, die zu erfüllen sind. Das ist in den Beratungsgesprächen maß-  
23 gebend. Wir meinen jedoch, dass die Hauptaufgabe in den Beratungsgesprächen darin  
24 besteht, die Menschen über ihre Rechte aufzuklären und dafür Sorge zu tragen, dass nie-  
25 mand unter das Existenzminimum fällt.

26 Zweitens darf auf keinen Fall passieren, dass das drohende Chaos im Zuge einer mögli-  
27 chen Umstrukturierung am Ende auf dem Rücken der Erwerbslosen und der Mitarbeite-  
28 rinnen und Mitarbeiter der Argen ausgetragen wird. Wir müssen uns vergegenwärtigen,  
29 dass es bei Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II um existenzielle Leistungen geht.  
30 Wenn das Finanzamt bei der Einkommensteuerberechnung mal einen Fehler macht, dann  
31 ist das ärgerlich, aber es hat keine existenziellen Folgen. Im Bereich von Hartz IV geht  
32 es aber um Menschen, die in der Regel kein finanzielles Polster haben, sodass jede unge-  
33 rechtfertigte Leistungsverweigerung sofort existenzielle Wirkungen hat. Deswegen ist  
34 das Mindeste, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU und der FDP, was Sie  
35 angesichts dieses Dilemmas in die Wege leiten sollten, dass Widersprüche endlich eine  
36 aufschiebende Wirkung haben. Bisher ist das nicht der Fall. Es wird aber zu einem Prob-  
37 lem, wenn eine Leistung unrechtmäßig verweigert wird. Das kommt nicht selten vor. Wir  
38 alle wissen, dass ein Großteil der Widersprüche erfolgreich ist. Einem Drittel aller Wi-  
39 dersprüche wird in Gänze stattgegeben. Nur noch zur Erinnerung: Wir reden hier über  
40 Menschen, die kein finanzielles Polster haben. Wie wir wissen, scheiden sich an Hartz IV  
41 oft die Geister, ideologisch und ganz grundsätzlich. Aber die angesprochene kleine So-  
42 fortmaßnahme ist nichts anderes als ein pragmatischer Schritt. Hier sollten Sie keine ide-  
43 ologische Abwehrfront aufbauen, sondern die Sache in Angriff nehmen.

44 Drittens. Erwerbslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Um dieses Problem  
45 anzugehen, bedarf es bundesweit einheitlicher Standards. Auf keinen Fall darf das Prob-  
46 lem der Erwerbslosigkeit auf die Kommunen abgewälzt werden. Vor allem darf sich der  
47 Bund nicht zunehmend aus seiner finanziellen Verantwortung stehlen, wie wir es erst vor  
48 wenigen Tagen bei den Abstimmungen über den Bundesanteil an den Kosten der Unter-  
49 kunft erleben konnten.

50 Als Hartz IV eingeführt wurde, wurden Leistungen aus einer Hand versprochen. Nun  
51 droht möglicherweise eine Zersplitterung, wenn sich das Modell des Bundesministeriums  
52 durchsetzt. Das hieße im Grunde zwei Anlaufpunkte, zwei Anträge und jede Menge mehr  
53 Bürokratie. Es droht ein Streit über Zuständigkeiten. Gesetzt den Fall, dass es strittig ist,  
54 ob und welche Leistung jemand bekommt: Wer entscheidet dann? Die Kommune? Wie  
55 wir wissen, liegt die Fach- und Rechtsaufsicht bei den Ländern. Die Bundesagentur für  
56 Arbeit? Wie wir wissen, liegt hier im Zweifelsfall die Rechtsaufsicht beim Bund. Vor

57 diesem Hintergrund eines drohenden Chaos warnt der Deutsche Sozialgerichtstag aus gu-  
58 tem Grund davor, dass dann, wenn sich das Modell des Bundesministeriums durchsetzt,  
59 mit einer Verdoppelung der Zahl der Verfahren vor den Sozialgerichten zu rechnen ist.  
60 Als ob die Sozialgerichte schon heute nur Däumchen drehen!

61 Der Dachverband unabhängiger Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen fordert vor die-  
62 sem Hintergrund aus gutem Grund Folgendes: Wir fordern Leistungen aus einer Hand,  
63 nicht nur unter einem Dach. Wir fordern die Aussetzung jeglicher Diskriminierung und  
64 Sanktionierung der Betroffenen. – Mit beiden Forderungen hat der Dachverband recht.  
65 Es bedarf Leistungen aus einer Hand, und es muss mit den Sanktionen Schluss sein, wenn  
66 es um das Existenzminimum geht. Die Debatte über die Organisationsstruktur der Job-  
67 center steht in recht engem Zusammenhang mit den Hartz-IV-Reformen. Diese sind nun  
68 fast fünf Jahre in Kraft. Insofern ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Das Bundesministe-  
69 rium selbst hat vor wenigen Tagen Bilanz gezogen. Wir meinen als Linke: Dieser Bilanz  
70 muss man eine alternative Bilanz entgegenstellen. Fünf Jahre Hartz IV bedeuten fünf  
71 Jahre Armut per Gesetz. Hartz IV hat die Armut wirklich verschärft.

72 Es gibt eine offizielle Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die klar besagt: 60 Prozent der  
73 ehemaligen Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher haben Ver-  
74 luste. Wir wissen zudem, dass die Regelleistung deutlich unter der Armutsrisikogrenze  
75 liegt. Hartz IV hat also die Armut verschärft. Hartz IV hat aber nicht nur die Situation der  
76 Langzeiterwerbslosen verschlechtert. Hartz IV hat auch Auswirkungen auf die Situation  
77 derjenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben. Eine Studie des IAB hat uns das schwarz  
78 auf weiß verdeutlicht. Im Zuge von Hartz IV ist die sogenannte Konzessionsbereitschaft,  
79 das heißt die Bereitschaft, niedrigere Löhne und ungesündere Arbeitszeiten in Kauf zu  
80 nehmen, deutlich gestiegen. Das Ganze läuft nach einem altbekannten Muster: Je schlim-  
81 mer die Situation der Erwerbslosen ist und je stärker Erwerbslose stigmatisiert werden,  
82 desto eher sind diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, bereit, alles zu tun, um  
83 nicht auch noch in die Erwerbslosigkeit zu fallen. Deswegen sagen wir: Die Kämpfe für  
84 gute Arbeit und die Kämpfe für garantierte Rechte für Erwerbslose gehören untrennbar  
85 zusammen.

86 Hartz IV verschärft auch die Abhängigkeiten zwischen Menschen, die zusammenleben  
87 und nach der Begrifflichkeit des Sozialgesetzbuches unter das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft fallen. Ich möchte Ihnen das an dem Fall einer alleinerziehenden Mutter skizzieren. Sie hat lange Zeit als Floristin gearbeitet und musste schon in dieser Zeit immer  
88 aufstockende Leistungen beziehen, weil ihr Einkommen nicht reichte. Sie hat zwei Töchter und hat vor kurzem ihren Job verloren. Die eine Tochter ist in der Pubertät, und die  
89 andere Tochter hat nun einen Ausbildungsplatz als Bürokauffrau bekommen. Als die  
90 Tochter den Ausbildungsplatz bekam, hat man sich gefreut, hat sogar ein bisschen gefeiert und geträumt. Als man dem Jobcenter aber den neuen Stand in der Familie mitteilte,  
91 bekam die Frau zur Information: Da die Tochter in der Ausbildung zur Bedarfsgemeinschaft gehört, wird die Ausbildungsvergütung voll angerechnet und werden die Leistungen des Jobcenters entsprechend verringert. Da die Tochter unter 25 Jahren ist, darf sie  
92 nicht ausziehen und eine eigene Bedarfsgemeinschaft begründen. – Was ist denn das für  
93 ein Signal an einen jungen Menschen, der sich gerade am Beginn seiner Ausbildung befindet?  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100

101 Frau von der Leyen, Sie haben in Ihrem alten Ministerium deutlich bewiesen, dass der  
102 Begriff Geschlechtergerechtigkeit für Sie kein Fremdwort ist. Sie haben auch im Ausschuss deutlich gemacht, dass Ihnen gerade die Situation der Alleinerziehenden sehr am  
103 Herzen liegt. Bei dem Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft besteht im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit unglaublich viel Handlungsbedarf. Wir als Linke meinen: Dieses  
104 Konstrukt gehört abgeschafft.  
105  
106

107 Hartz IV bedeutet auch Ausgrenzung und Stigmatisierung per Gesetz. Sie wissen, dass  
108 Sozialdetektive eingesetzt wurden, die den Erwerbslosen teilweise sogar bis in die Schlafzimmer nachspioniert haben.  
109

110 Aus all diesen und vielen anderen Gründen mehr gilt für uns als Linke nach wie vor:  
111 Hartz IV muss weg, Hartz IV muss überwunden werden. Es ist für uns nicht hinnehmbar,  
112 dass in diesem Land die Unterhaltszahlungen für Menschen gekürzt und diese sogar bis  
113 auf 0 Euro reduziert werden. Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass über die Stigmatisierung von Erwerbslosen Druck auf die Löhne und damit auf die Beschäftigten ausgeübt  
114 wird. Wir haben Ihnen schon viele Vorschläge unterbreitet, wie man unserer Meinung  
115

116 nach Hartz IV überwinden kann. Wir haben Sie mit konkreten Alternativen wie einer  
117 sanktionsfreien Mindestsicherung konfrontiert. Das werden wir auch weiter machen.

118 Für den womöglich eintretenden Fall, dass Sie sich im Laufe dieser Wahlperiode noch  
119 nicht für unser Modell der sanktionsfreien Mindestsicherung begeistern können, was ich  
120 sehr bedauern würde, möchte ich Sie an eine kleine Maßnahme erinnern, die ich bereits  
121 genannt habe: Sorgen Sie dafür, dass Widersprüche wenigstens eine aufschiebende Wir-  
122 kung haben! Vor uns stehen viel Chaos und Unsicherheit. Sie haben jetzt die Verantwor-  
123 tung dafür, dass diese Politik nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen wird, die  
124 wahrlich nichts dafür können, nämlich auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitar-  
125 beiter in den Argen sowie dem der Erwerbslosen.

126 Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.